

**BULLETIN** 2008 ZUR SCHWEIZERISCHEN SICHERHEITSPOLITIK



## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
---------	---

### AKTUELLE DISKUSSION

Public-Private Partnerships und die Grenzen einer vermeintlichen Wunderlösung: Ein erweitertes Governance-Modell für den Schutz kritischer Infrastrukturen	9
<i>von Myriam Dunn Cavelty und Manuel Suter</i>	

Strategisches Krisenmanagement in der Schweiz: Die Debatte um das Sicherheitsdepartement	43
<i>von Christoph Doktor</i>	

Personalknappheit beim schweizerischen Berufsmilitär: Rekrutierungsstrategien europäischer Staaten	59
<i>von Tibor Szvircsev Tresch</i>	

Nationale Fähigkeitenentwicklung und die Rolle internationaler Organisationen	89
<i>von Christian Mölling</i>	

### PROJEKTE DES CENTER FOR SECURITY STUDIES

Vertrauensbildende Massnahmen für die koreanische Halbinsel	125
<i>von Simon J. A. Mason und Victor Mauer</i>	

Mediation Support Project (MSP): Massgeschneiderte Verstärkung der schweizerischen Mediationskapazitäten	137
<i>von Simon J. A. Mason und Matthias Siegfried</i>	

Aktuell und konzis: Die «CSS Analysen zur Sicherheitspolitik» 147  
*von Daniel Mückli*

Kurzangaben zu den Autorinnen und Autoren 151

## CHRONOLOGIE

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik  
von Januar bis Dezember 2007 155

## VORWORT

Die Generierung von Sicherheit ist nicht mehr ausschliesslich die Angelegenheit von Staaten. Die thematische Ausweitung des Risikospektrums, die im Zuge der Globalisierung zunehmenden Interdependenzen, der transnationale Charakter vieler Risiken sowie der Umstand, dass immer mehr nichtstaatliche Akteure eine bedeutende Rolle in sicherheitsrelevanten Politikfeldern einnehmen, machen eine Kooperation unterschiedlichster staatlicher und nichtstaatlicher Stellen unabdingbar. Besonders deutlich zeigt sich dies beim Schutz kritischer Infrastrukturen. Der erste Artikel des diesjährigen Bulletins thematisiert die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft in diesem Bereich und hinterfragt das bisher dominierende Konzept der *Public-Private Partnerships* (PPP). Auf der Grundlage des Netzwerk-Ansatzes entwickelt der Beitrag einen Vorschlag, wie die Probleme, die bei dieser Form der öffentlich-privaten Zusammenarbeit auftreten, teilweise entschärft werden können und leitet daraus Anregungen und Empfehlungen für die laufende Erarbeitung einer schweizerischen Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen ab.

Auch der zweite Artikel setzt sich mit der notwendigen Kooperation und Koordination im Bereich der Sicherheitspolitik auseinander. Im Zentrum steht die regierungs- und verwaltungsinterne Zusammenarbeit auf horizontaler Ebene zwischen den verschiedenen Departementen und Behörden und auf vertikaler Ebene zwischen Bund und Kantonen. Der Beitrag analysiert den Beschluss des Bundesrats von Ende Mai 2008, mit dem Abbruch der Departementsreorganisation vorderhand auf die Einrichtung eines Sicherheitsdepartements zu verzichten, und fragt nach den Konsequenzen dieses Entscheids für das strategische Krisenmanagement der Schweiz.

Der Schweizer Armee mangelt es trotz des Wehrpflichtsystems an Berufsmilitärs. Wie gehen europäische Staaten mit Freiwilligenstreitkräften, die ihr gesamtes Personal auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutieren müssen, mit den Herausforderungen der Personalgewinnung und -bindung um? Welche Strategien wenden sie an, um ihre Personalprobleme zu lösen? Und welche Schlüsse können aus diesen Erfahrungen für die Schweiz gezogen werden? Mit diesen Fragen setzt sich der dritte Beitrag auseinander.

Die militärische Fähigkeitenentwicklung steht im Zentrum des vierten Artikels. Angesichts des internationalen Trends weg von einer bedrohungs-

basierten hin zu einer fähigkeitsbasierten Planung analysiert der Beitrag anhand ausgewählter Beispiele (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien) die Entwicklung der Fähigkeitengenerierung auf nationalstaatlicher Ebene. Anschliessend beleuchtet er am Beispiel der Europäischen Union die Wechselwirkungen zwischen den Nationalstaaten und den internationalen Organisationen in diesem Bereich.

In der Rubrik Projekte des *Center for Security Studies* (CSS) wird zum einen eine Studie zur Bedeutung von vertrauensbildenden Massnahmen im innerkoreanischen Konflikt vorgestellt und zum anderen das *Mediation Support Project* (MSP) präsentiert, ein Projekt, welches auf die Verstärkung der schweizerischen Mediationskapazitäten abzielt. Die Studie ist das Resultat einer Zusammenarbeit des CSS mit dem *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI), das MSP basiert auf einer Kooperation des CSS mit *Swisspeace* und wird vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt. Die anschliessende Übersicht über die bisher erschienenen «CSS Analysen zur Sicherheitspolitik» erlaubt es, einen Überblick über das breite thematische Spektrum zu gewinnen, welches diese prägnanten strategischen Analysen seit ihrer Lancierung Ende 2006 abdecken. Die Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik rundet wie jedes Jahr die thematischen Beiträge des Bulletins ab.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge. Zahlreiche weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CSS haben mit ihrem Engagement ebenfalls zur Publikation dieses Bulletins beigetragen: Christiane Callen, Lajescha Dubler, Anna Locher und Samuel Witzig haben sich für das Lektorat zur Verfügung gestellt, Chris Findlay übersetzte mehrere Beiträge aus dem Englischen, das Layout lag in den bewährten Händen von Fabian Furter und Frank Haydon kümmerte sich um die organisatorischen Belange. Auch ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Zürich, im Juli 2008

**Prof. Dr. Andreas Wenger**

Leiter des Center for  
Security Studies  
der ETH Zürich

**Dr. Victor Mauer**

stv. Leiter des Center for  
Security Studies  
der ETH Zürich

**Daniel Trachsler**

Wiss. Mitarbeiter  
des Center for Security  
Studies der ETH Zürich

## AKTUELLE DISKUSSION





# PUBLIC-PRIVATE PARTNERSHIPS UND DIE GRENZEN EINER VERMEINTLICHEN WUNDERLÖSUNG: EIN ERWEITERTES GOVERNANCE-MODELL FÜR DEN SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUREN

von Myriam Dunn Cavelty und Manuel Suter

## EINLEITUNG

Der Schutz kritischer Infrastrukturen – besser bekannt als *Critical Infrastructure Protection* oder kurz CIP – nimmt in der heutigen Sicherheitsdebatte weltweit einen wichtigen Platz ein. Auch in der Schweiz beschäftigen sich verschiedene Bundesstellen mit CIP, allerdings aus stark unterschiedlichen Blickwinkeln. Um die Koordination zwischen den Aktivitäten zu verbessern, wurde das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) Mitte 2005 vom Bundesrat beauftragt, zusammen mit allen beteiligten Departementen den Handlungsbedarf zu konkretisieren und entsprechende Massnahmen zu erarbeiten, die bis 2012 in eine nationale Strategie münden sollen.<sup>1</sup> Der vorliegende Artikel will in Form eines Denkanstosses einen Beitrag zu den laufenden Arbeiten leisten.

Die Privatisierung und Deregulierung vieler Bereiche des öffentlichen Sektors seit den 1980er Jahren und die Globalisierungsprozesse der 1990er Jahre haben dazu geführt, dass sich heute ein grosser Teil der kritischen Infrastrukturen in privater Hand befindet. Aus der Sicht des Staates, der CIP als ein Problem der nationalen Sicherheit sieht, sorgen die Kräfte des Marktes allein in den meisten Sektoren nicht für genügend Sicherheit.<sup>2</sup> Gleichzeitig

- 1 Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS). *Erster Bericht an den Bundesrat zum Schutz Kritischer Infrastrukturen*. Bern, 20.6.2007. Einsehbar unter: <http://www.bevoelkerungsschutz.admin.ch/internet/bs/de/home/aktuell.parsys.51233.downloadList.66685.DownloadFile.tmp/9039.pdf>.
- 2 Siehe z.B.: Anderson, Ross. Why Information Security is Hard – An Economic Perspective. In: IEEE Computer Society (Hrsg.). *Proceedings of the 17<sup>th</sup> Annual Computer Security Applications Conference*. Washington, DC: IEEE Computer Society, 2001, S. 358–365. <http://www.acsac.org/2001/papers/110.pdf>.

sieht sich der Staat jedoch ausserstande, selbstständig für das öffentliche Gut Sicherheit zu sorgen. Ein zu massiver Eingriff in den Markt ist keine valable Option, denn dieselben Infrastrukturen, die der Staat aus der Perspektive nationaler Sicherheit schützen will, sind fast immer auch die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit und die Prosperität einer Nation. Eine Politik zur Sicherung der kritischen Infrastrukturen muss also die aus Sicht der Sicherheitspolitik negativen Konsequenzen der Liberalisierung, Privatisierung und Globalisierung auffangen, ohne deren positive Effekte zu verhindern.

Als Allheilmittel gegen dieses Problem gelten *Public-Private Partnerships* (PPP), eine Form der Partnerschaft von Staat und Privatwirtschaft. Entsprechende Kooperationsprogramme sind denn auch Teil aller bestehenden Initiativen im CIP-Bereich.<sup>3</sup> Einige dieser Partnerschaften funktionieren erfolgreich, indem die Akteure gegenseitig Informationen austauschen. Andere Kooperationen gehen kaum über eine gemeinsame Willensbekundung der involvierten Parteien hinaus. Vermehrt wurden deshalb in den letzten Jahren kritische Stimmen laut, die die Ineffizienz bestehender Arrangements beklagten<sup>4</sup> oder gar das Konzept der Zusammenarbeit insgesamt in Frage stellten.<sup>5</sup> Dass teilweise eine Korrektur der hohen Erwartungen eingesetzt hat, ist nicht weiter verwunderlich: Die Idee von PPP entstand ursprünglich in einem völlig anderen Kontext, nämlich im Bereich der Verwaltungsreform und des *New Public Management* in den 1980er Jahren. Danach wurde das Konzept der PPP Ende der 1990er Jahre praktisch unreflektiert von vielen Staaten für ihre CIP-Politik übernommen. Bis heute ist es daher nur vage bis gar nicht definiert und vor allem theoretisch nicht fundiert. Dies führt zu

3 Suter, Manuel/Brunner, Elgin. *The International CIIP Handbook 2008. An Inventory of Protection Policies in 25 Countries and 6 International Organizations*. Zürich: Center for Security Studies, im Erscheinen.

4 Auerswald, Philip E./Branscomb, Lewis M./La Porte, Todd M./Michel-Kerjan, Erwann O. Who Will Act – Integrating Public and Private Interests to Make a Safer World. In: Dieselben (Hrsg.). *Seeds of Disaster, Roots of Response: How Private Action Can Reduce Public Vulnerability*. New York: Cambridge University Press, 2006, S. 483–505; Andersson, Jan J./Malm, Andreas. Public-Private Partnerships and the Challenge of Critical Infrastructure Protection. In: Dunn, Myriam/Mauer, Victor (Hrsg.). *International CIIP Handbook 2006, Vol. II: Analyzing Issues, Challenges, and Prospects*. Zürich: Center for Security Studies, 2006, S. 139–168.

5 Gespräch und E-Mail-Austausch mit einem Experten des *Joint Research Centre* der EU in Ispra.

einer Reihe von Problemen bei der Umsetzung, worin der Hauptgrund für die konstatierten Ernüchterungserscheinungen liegt.

Die Kritiker der PPP laufen aber Gefahr, das Kind mit dem Bad auszuschütten: Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft für den Schutz kritischer Infrastrukturen ist nämlich nicht nur sinnvoll, sondern schlichtweg unumgänglich. Deshalb geht dieser Artikel den folgenden Fragen nach: *Was ist der Nutzen des PPP-Konzepts und wo sind seine Grenzen für CIP? Welche anderen Konzepte kommen als Lösungsansätze (eher) in Frage?* Im ersten Kapitel zeigen wir, wo der PPP-Begriff herkommt und aus welchem grösseren, wirtschaftspolitischen Kontext er entstammt. Im zweiten Kapitel beleuchten wir die spezifische Ausprägung von PPP im CIP-Bereich und analysieren die Probleme des Konzepts. Dabei wird nicht die öffentlich-private Zusammenarbeit generell in Frage gestellt, sondern nur die Art und Weise, wie sie bisher organisiert wurde. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die direkte Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Akteuren nicht die einzig mögliche Form der Zusammenarbeit darstellt, sondern nur eines von vielen Instrumenten ist, die im Bereich CIP für die *Governance* eingesetzt werden können.<sup>6</sup> Für die Entwicklung eines neuen, breiteren Verständnisses der öffentlich-privaten Kooperation greifen wir darum im dritten Kapitel auf die *Governance*-Theorie zurück. Das aus dieser Theorie entwickelte Modell wird im abschliessenden vierten Kapitel auf die Schweiz angewendet. Wir argumentieren, dass CIP-Politik möglichst auf sich selbst regulierende und sich selbst organisierende Netzwerke setzen sollte. Die Rolle der Regierung beinhaltet dann nicht mehr die direkte Steuerung und die enge Kontrolle, sondern vielmehr die Koordination von Netzwerken und die Bestimmung von Instrumenten, mit denen diese Netzwerke für CIP-Aufgaben motiviert werden können.

6 Im hier verwendeten Zusammenhang wird *Governance* in Abgrenzung zu traditionellem *Government* verstanden und bezeichnet die Koordination von sozialen Beziehungen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene in Absenz einer zentralen Autorität.

## 1 DER URSPRUNG EINER IDEE: DIE KRISE DER STAATLICHKEIT UND VERWALTUNGSREFORMEN

Experten lokalisieren den Ursprung von PPP in den 1940er Jahren an der Ostküste der USA, wo sie erstmals bei der Restrukturierung und ökonomischen Erneuerung der Pittsburgh-Region eine Rolle spielten.<sup>7</sup> Wirklich populär wurde das Konzept im Zuge der Entbürokratisierungswelle ab Ende der 1970er Jahre vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise. Die neoliberale Staatskritik diagnostizierte damals statt eines Marktversagens Staats- und Bürokratieversagen, wobei «Bürokratisierung» als Sammelbegriff für viele unterschiedliche Kritikpunkte am modernen Wohlfahrtsstaat verwendet wurde. Neo-konservative Regierungen gingen – basierend auf einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – dazu über, günstige Investitionsbedingungen für Unternehmen zu schaffen, um so deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.<sup>8</sup> Die Bürokratie war angehalten, Aufgaben an private Akteure zu übergeben oder sie zumindest in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft zu erfüllen, um so die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen.<sup>9</sup> Auch die Kosten für die Problemlösung sollten auf die verschiedenen privaten und öffentlichen Akteure verteilt werden.

Diese Entwicklungen waren mit einem grundlegenden Wandel des Funktions- und Rollenverständnisses von Staat und Verwaltung verbunden.<sup>10</sup> Die «klassische, ordnungspolitisch begründete Dichotomie von Staat und Markt» wurde in zwei Richtungen relativiert. Zum einen erhielten Markt und Wettbewerb in den öffentlichen Diensten mehr Bedeutung – zum anderen bildeten sich neue Organisations- und Kooperationsformen zwischen privaten und öffentlichen Aufgabenträgern.<sup>11</sup> In diesem Zusammenhang entstanden auch

7 Budäus, Dietrich/Grüning, Gernod. Public Private Partnership – Konzeption und Probleme eines Instruments zur Verwaltungsreform aus Sicht der Public Choice Theorie. In: Budäus, Dietrich/Eichhorn, Peter (Hrsg.). *Public Private Partnership – Neue Formen öffentlicher Aufgabenerfüllung*. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, 1997, S. 25–65, hier S. 26.

8 Willke, Gerhard. *Neoliberalismus*. Campus: Frankfurt, 2003.

9 Vgl. Savas, Emanuel S. *Privatizing the Public Sector – How to Shrink Government*. Chatham: Chatham House Publishers, 1982.

10 Budäus, Dietrich/Eichhorn, Peter. Vorwort. In: Budäus/Eichhorn, *Public Private Partnership*, S. 11–12, hier S. 11.

11 Ebd.

*Public-Private Partnerships*.<sup>12</sup> Sie waren ein Element der Modernisierung des öffentlichen Sektors, die auf eine Effizienzsteigerung der staatlichen Dienstleistungen abzielte und Zwang und Regulierung durch eine *freiwillige* Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern ablöste.<sup>13</sup>

PPP wurden zunächst vor allem im Städtebau verwirklicht, um «gemeinsam die Entwicklung und Erneuerung städtischer Problemzonen zu betreiben».<sup>14</sup> Dies hiess beispielsweise, dass eine Stadt mit vernachlässigtem Innenstadtbereich einen Vertrag mit einem privaten Immobilien-Entwickler abschloss, die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigte und der *Developer* anschliessend Bürogebäude oder Einkaufszentren errichtete und vermarktete.<sup>15</sup> Später wurden auch gemeinsame Technologie- oder Umweltschutzprojekte sowie Partnerschaften im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens oder des Strafvollzugs dazu gezählt.<sup>16</sup> Unterdessen sind PPP ein ausserordentlich heterogenes Konzept, das sich über die Jahre immer wieder verändert hat.<sup>17</sup> Kritische Stimmen bemängeln, dass das Konzept zu einem undifferenzierten Sammelbegriff «für alle möglichen neuen und bereits bekannten Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privaten» geworden sei.<sup>18</sup>

Bei aller definitorisch-konzeptionellen Schwammigkeit kann der Grundcharakter von PPP wie folgt beschrieben werden: Das Ziel von PPP ist es, Synergien bei der gemeinsamen, innovativen Nutzung von Ressourcen sowie bei der Anwendung von Managementwissen zu schaffen. Die Zusammenarbeit soll es den involvierten Parteien ermöglichen, ihre Ziele besser zu errei-

12 Hodge, Graeme/Greve, Carsten (Hrsg.). *The Challenge of Public-Private Partnerships – Learning from International Experience*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 2005.

13 Mirow, Thomas. Public Private Partnership – eine notwendige Strategie zur Entlastung des Staates. Beispiele aus der Freien und Hansestadt Hamburg. In: Budäus/Eichhorn, *Public Private Partnership*, S. 13–24, hier S. 22.

14 Budäus/Grüning, *Public Private Partnership*, S. 42f.

15 Ebd., S. 39; Siehe auch: Moteff, John D./Copeland, Claudia/Fischer, John. *Critical Infrastructures: What Makes an Infrastructure Critical?* Congressional Research Report for Congress, RL31556, 29. Januar 2002. Washington, DC: Congressional Research Service, S. 14.

16 Vaillancourt Rosenau, Pauline (Hrsg.). *Public-Private Policy Partnerships*. Cambridge: The MIT Press, 2000.

17 Linder, Stephen H. Coming to Terms with the Public-Private Partnership – a Grammar of Multiple Meanings. In: Vaillancourt Rosenau, *Public-Private Policy Partnerships*, S. 19–36.

18 Budäus/Grüning, *Public Private Partnership*, S. 47.

chen oder diese überhaupt erst realisieren zu können.<sup>19</sup> Zentrale Bedingungen für eine solche Kooperation sind die Komplementarität der jeweiligen Ziele sowie das Vorhandensein von Interdependenzen zwischen den Akteuren und ihren Zielen.<sup>20</sup> Eine Zusammenarbeit im Rahmen von PPP wird dabei vertraglich formalisiert.<sup>21</sup> Weitere Bedingungen, auf die in der Literatur hingewiesen wird, sind das gegenseitige Vertrauen sowie Vorrichtungen, die möglichen Missbrauch begrenzen; das Vorhandensein von klaren, unumstrittenen, schriftlich fixierten Zielen und Strategien; eine klare Risikoverteilung; klare Teilung von Verantwortung und Autorität sowie markt- und erfolgsorientiertes Denken.<sup>22</sup> Angesichts dieser umfassenden Voraussetzungen für den Erfolg von PPP stellt sich die Frage, inwiefern sich die PPP-Idee überhaupt auf CIP übertragen lässt.

## 2 KRITISCHE INFRASTRUKTUREN UND PUBLIC-PRIVATE PARTNERSHIPS

Das Fundament für das CIP-Konzept, das in den letzten Jahren weltweit ständig an Bedeutung gewonnen hat, bildete die 1997 in den USA vorgelegte Studie der *President's Commission on Critical Infrastructure Protection* (PCCIP).<sup>23</sup> Der Erscheinungszeitpunkt dieser Studie ist nicht zufällig: Der Diskurs über den adäquaten Schutz von Infrastrukturen ist damals wie heute eng mit dem Diskurs über die Rolle des Staates in einer durch die Globalisierung veränderten Welt verknüpft. Zwei miteinander verwobene Debatten prägen die Gefahrenperzeption und die möglichen Lösungsansätze:

19 Linder, Stephen H./Vaillancourt Rosenau, Pauline. Mapping the Terrain of the Public-Private Policy Partnership. In: Vaillancourt Rosenau, *Public-Private Policy Partnerships*, S. 1–19, hier S. 5f.

20 Kouwenhoven, Vincent. Public-Private Partnership: A Model for the Management of Public-Private Cooperation. In: Kooiman, Jan (Hrsg.). *Modern Governance – New Government-Society Interactions*. London: SAGE, 1993, S. 119–130, hier S. 120. Zu verschiedenen Arten von PPP siehe Linder, *Coming to Terms with the Public-Private Partnership*.

21 Budäus/Grüning, *Public Private Partnership*, S. 54.

22 Kouwenhoven, *Public-Private Partnership*, S. 124.

23 President's Commission on Critical Infrastructure Protection. *Critical Foundations. Protecting America's Infrastructures*. Washington, DC, 13.10.1997, S. B-1. Nachfolgend zitiert als PCCIP-Report. Siehe auch Wenger, Andreas/Metzger, Jan/Dunn, Myriam. Critical Information Infrastructure Protection (CIIP) – Eine sicherheitspolitische Herausforderung. In: *Bulletin 2002 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 2002, S. 119–142.

Zum einen geht es um den strukturellen Wandel von der Industrie- hin zur Informationsgesellschaft und um die damit einhergehende Globalisierung der Märkte. Zum anderen findet auch eine Globalisierung der Risiken statt.<sup>24</sup> In diesem Umfeld sieht sich der Staat in zunehmendem Masse von nichtstaatlichen Akteuren bedroht, während er gleichzeitig auch auf nichtstaatliche Akteure angewiesen ist, wenn es um den Schutz kritischer Infrastrukturen geht. Im ersten Unterkapitel wird dieser breitere Kontext genauer beschrieben. Im zweiten Unterkapitel gehen wir dann der Frage nach, welche Art von PPP sich im Bereich von CIP als Lösungsansatz herauskristallisiert hat. Im dritten Kapitel zeigen wir die Grenzen dieser «Lösung» auf.

## 2.1 SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUREN IM GRÖßEREN SICHERHEITSPOLITISCHEN KONTEXT

Die Entstehung und Etablierung des CIP-Konzepts geht auf zwei zentrale Faktoren zurück. Erstens hat der Wandel der sicherheitspolitischen Lage nach dem Ende des Kalten Krieges die Schutzbedürftigkeit von Infrastrukturen erhöht. Während des Ost-West-Konflikts wurden sicherheitspolitische Probleme in erster Linie als militärische und akteurbezogene «Bedrohungen» verstanden. Die Identifizierung und Einschätzung dieser Bedrohungen erfolgte aufgrund des so genannten Bedrohungsdreiecks, bestehend aus dem gegnerischen Akteur, dessen feindlichen Absichten sowie dessen Mittel zur Schadensverursachung. War das daraus resultierende Bedrohungsbild während des Kalten Krieges relativ klar, so sind die Formen und Verläufe sicherheitspolitischer Herausforderungen seither wesentlich diffuser geworden. Statt einer begrenzten Anzahl «Bedrohungen» ist eine Vielzahl von «Risiken» in den Blickpunkt der Sicherheitspolitik gerückt.<sup>25</sup> Risiken sind gekennzeichnet durch Ungewissheit und Komplexität. Als Folge dieses diffusen Lagebilds

24 Bailes, Alyson J. K. Introduction: A World of Risk. In: SIPRI (Hrsg.). *SIPRI Yearbook 2007: Armaments, Disarmament and International Security*. Oxford: Oxford University Press, 2007, S. 1–20.

25 Daase, Christopher/Feske, Susanne/Peters, Ingo (Hrsg.). *Internationale Risikopolitik: Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2002; Habegger, Beat. Von der Sicherheits- zur Risikopolitik: eine konzeptionelle Analyse für die Schweiz. In: *Bulletin 2006 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 2006, S. 133–164.

wurde der sicherheitspolitische Fokus nach 1989/91 weniger auf die (schwer identifizierbaren) Akteure, sondern mehr auf die generellen Verwundbarkeiten der gesamten Gesellschaft gelegt.<sup>26</sup>

Die zweite Antriebskraft hinter dem CIP-Konzept war die Globalisierung und speziell die Informationsrevolution, die diesen Prozess wesentlich mitgestaltete und vorantrieb. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien lösten in den 1990er Jahren eine dynamische und tiefgehende Transformation der Gesellschaft aus. Neben einer Vielzahl von positiven Folgen sticht vor allem eine negative Konsequenz dieser hervor: Die erhöhte Verwundbarkeit moderner industrialisierter Gesellschaften durch ihre Abhängigkeit von den zahlreichen nationalen und internationalen Informationsinfrastrukturen. Diese gelten nicht nur als inhärent unsicher, sondern auch als besonders anfällig für asymmetrische Massnahmen.<sup>27</sup>

Durch die Zunahme transnationaler Ströme von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Personen hat die staatliche Ordnungs- und Regulierungsfähigkeit abgenommen. Der Staat scheint einen substantiellen Teil seiner Autorität für das Kollektivgut Sicherheit an die Wirtschaft «verloren» zu haben. Dieser kommt deshalb sowohl bei der Definition als auch bei der Umsetzung einer Schutzpolitik eine bedeutende Rolle zu.<sup>28</sup> Unternehmen sind heute sogar eigentliche Ziele von Bedrohungen geworden, die von islamistischem Terrorismus oder von der organisierten Kriminalität ausgehen. Eine längere Unterbrechung von wichtigen Infrastrukturen haben nicht nur für den Staat, sondern auch für die Privatwirtschaft gravierende negative Folgen, wenn auch aus teilweise unterschiedlichen Gründen. Eine Kooperation scheint deshalb für beide Seiten von Nutzen.

26 Dunn Cavelti, Myriam/Kristensen, Kristian Soby (Hrsg.). *Securing the Homeland: Critical Infrastructure, Risk, and (In)Security*. London: Routledge, 2008.

27 Dunn Cavelti, Myriam/Mauer, Victor/Krishna-Hensel, Sai-Felicia (Hrsg.). *Power and Security in the Information Age: Investigating the Role of the State in Cyberspace*. Aldershot: Ashgate, 2008.

28 Vgl. Bailes, Alyson J. K./Frommelt, Isabel (Hrsg.). *Business and Security: Public-Private Sector Relationships in a New Security Environment*. Oxford: Oxford University Press, 2004.



## 2.2 PPP IN FORM VON INFORMATIONSAUSTAUSCH ALS LÖSUNG?

Die *Presidential Commission on Critical Infrastructure Protection* (PCCIP) wurde von Präsident Bill Clinton eingesetzt, um einen umfassenden Bericht über die Sicherheit aller Infrastruktursysteme der USA zu erstellen. Das Hauptaugenmerk war auf die noch weitgehend unbekannt Bedrohungen aus dem Cyberspace gerichtet: Die globale Informationsinfrastruktur schien anonyme Angriffe von überallher auf der Welt zu ermöglichen und machte gleichzeitig Hackertools einfach zugänglich. Die PCCIP sollte diese Risiken abschätzen, defensive Massnahmen entwickeln und zur Klärung des institutionellen und gesetzlichen Reformbedarfs beitragen. In der Kommission waren *alle* relevanten Ministerien vertreten, nicht mehr nur der sicherheitspolitische Apparat. Zusätzlich wurden auch die privaten Infrastrukturbetreiber mit einbezogen.<sup>29</sup>

Mit dieser Erweiterung der sicherheitspolitischen Akteure um andere Ministerien und zivile Unternehmen wurde das Spektrum der möglichen Strategien im CIP-Bereich über den traditionellen Kernbereich der Sicherheitspolitik ausgedehnt. Gleichzeitig vollzog sich ein Wandel im Objekt der Sicherheitspolitik – weg von der «Nation» als Kollektiv, hin zur Sicherung (technischer) Infrastrukturen.<sup>30</sup> Diese Vorgehensweise beruhte auf der Annahme, dass die Sicherheitspolitik im Falle von CIP nicht mehr eine exklusive Aufgabe des Staates sein konnte, sondern eine Teilung der Verantwortung notwendig machte. Bereits in der Zusammensetzung der Kommission kam die Verschmelzung des PPP-Gedankens mit demjenigen der kritischen Infrastrukturen zum Ausdruck.<sup>31</sup>

Der PCCIP-Bericht betonte nachdrücklich, dass CIP ein Problem war, dass nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat und Privatwirtschaft

29 Lopez, Brian. Critical Infrastructure Protection in the United States since 1993. In: Auerswald, Philip E./Branscomb, Lewis M./La Porte, Todd M./Michel-Kerjan, Erwann O. (Hrsg.). *Seeds of Disaster, Roots of Response: How Private Action Can Reduce Public Vulnerability*. New York: Cambridge University Press, 2006, S. 37–50.

30 Bendrath, Ralf. Elektronisches Pearl Harbor oder Computerkriminalität? Die Reformulierung der Sicherheitspolitik in Zeiten globaler Datennetze. In: S+F. *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* 18 (2000), Nr. 2. [http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath/SuF\\_2000.rtf](http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath/SuF_2000.rtf).

31 Die Clinton-Regierung setzte generell stark auf PPP in allen Bereichen, was zum Beispiel in der *National Performance Review* (später *National Partnership for Reinventing Government*) zum Ausdruck kam.

gemeistert werden konnte. Er hielt fest, dass die interdependenten Infrastrukturen ein Umfeld gemeinsamer Risiken generierten, die ein gemeinsames Risikomanagement erforderten. Dabei appellierte der Bericht nicht nur an die Verantwortung der Privatwirtschaft, die als Besitzerin und Betreiberin der meisten Infrastrukturen ihren Teil zur Sicherheit beitragen sollte,<sup>32</sup> sondern auch an deren Eigeninteresse, da sie direkt von Cyber-Attacken bedroht war.<sup>33</sup> Als unmittelbarste Notwendigkeit für den Schutz kritischer Infrastrukturen bezeichnete die Kommission den Informationsaustausch (*Information-Sharing*) zwischen allen relevanten Akteuren im CIP-Bereich.<sup>34</sup> Durch den Austausch von Informationen sollten gegenseitige *Win-Win*-Situations geschaffen werden.<sup>35</sup> Wie könnte ein solcher Informationsaustausch aussehen? Beispielsweise könnte die Regierung proprietäre geheimdienstliche Informationen über die Bedrohungslage zur Verfügung stellen, während der private Sektor dem Staat im Gegenzug Information über die Schwachstellen und das Funktionieren der Infrastruktur liefert. Solche Informationen sind für die Regierung unerlässlich, um eine gesamtheitliche Gefahrenabschätzung vornehmen und eine Frühwarnung gewährleisten zu können. Der Austausch von Informationen über Attacken und mögliche Gegenmassnahmen unter den verschiedenen Unternehmen führt dazu, dass diese kostengünstig Know-how gewinnen und ihre Schutzmassnahmen gezielter einsetzen können<sup>36</sup> – was wiederum die Sicherheit des Gesamtsystems erhöht. Darüber hinaus können Regierungen Firmen direkten Zugang zu den Strafvollzugs-

32 Im Wortlaut: «*Because the infrastructures are mainly privately owned and operated, we concluded that critical infrastructure assurance is a shared responsibility of the public and private sectors.*» PCCIP-Report, S. i.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 21; S. 27.

35 Im Wortlaut: «*Government can help by collecting and disseminating information about all the tools that can do harm. Owners and operators can help by informing government when new tools or techniques are detected.*» Ebd., S. 20.

36 Anderson, Ross/Moore, Tyler. The Economics of Information Security. In: *Science* 314 (2006), Nr. 5799, S. 610–623; Gordon, Lawrence A./Loeb, Martin P./Lucyshyn, William. Sharing Information on Computer Systems Security: An Economic Analysis. In: *Journal of Accounting and Public Policy* 22 (2003), Nr. 6, S. 461–485; Gal-Or, Esther/Ghose, Anindya. The Economic Incentives for Sharing Security Information. In: *Information Systems Research* 16 (2004), Nr. 2, S. 186–208.

behörden ermöglichen, die bei internationalen Cyber-Kriminalitätsvorfällen behilflich sein können.<sup>37</sup>

Nach der Vorlage des PCCIP-Berichtes folgte Präsident Clinton im Mai 1998 mit den *Presidential Decision Directives* PDD-62 und -63<sup>38</sup> weitgehend den dort formulierten Empfehlungen. Unter anderem sollten in den einzelnen Sektoren *Information Sharing and Analysis Centers* (ISAC) gegründet werden, deren genaue Form und Arbeitsweise von den privaten Betreibern selbst bestimmt werden sollten.<sup>39</sup> 1999 wurde im Finanzsektor das erste ISAC gegründet, bald folgten weitere ISAC in anderen wichtigen Sektoren.<sup>40</sup> Diese ISAC dienen dem Austausch von Informationen über Sicherheit, Störungen und *Best Practices* unter den ISAC-Mitgliedern (Unternehmen der gleichen Branche) und auch mit anderen ISAC. Obwohl die meisten ISAC subventioniert sind oder sogar vollständig von der Regierung finanziert werden, steht es den Unternehmern völlig frei, wie sie ihre ISAC organisieren. Es gibt daher grössere Unterschiede in den Strukturen sektorspezifischer ISAC.<sup>41</sup>

Neben den USA unterhalten auch viele andere Regierungen ähnliche Programme, die den Informationsaustausch zwischen den Betreibern kritischer Infrastrukturen fördern sollen. Viele bezeichnen den Informationsaustausch sogar als oberste Priorität.<sup>42</sup> Solche Informationsaustauschgremien haben sich weltweit als Hauptform von PPP im Bereich CIP etabliert. Jenseits des alten

37 Suter Manuel. *A Generic National Framework for Critical Information Infrastructure Protection. Meeting Background Paper for the 2<sup>nd</sup> Facilitation Meeting for WSIS Action Line C5*. Genf: International Telecommunication Unit (ITU), 2007.

38 Clinton, William J. *Protection Against Unconventional Threats to the Homeland and Americans Overseas: Presidential Decision Directive 62*. Washington, DC, 22. Mai 1998; Clinton, William J. *Protecting America's Critical Infrastructures: Presidential Decision Directive 63*. Washington, DC, 22. Mai 1998.

39 Vgl. National Security Council. *White Paper. The Clinton Administration's Policy on Critical Infrastructure Protection: Presidential Decision Directive 63*. Washington, DC, Mai 1998. <http://www.fas.org/irp/offdocs/paper598.htm>.

40 United States General Accounting Office. *Critical Infrastructure Protection: Establishing Effective Information Sharing with Infrastructure Sectors*. Washington, DC: General Accounting Office, 2004.

41 Prieto, Daniel B. Information Sharing with the Private Sector: History, Challenges, Innovation, and Prospects. In: Auerswald/Branscomb/La Porte/Michel-Kerjan, *Seeds of Disaster*, S. 404–428.

42 Vgl. Suter/Brunner, *CIIP Handbook 2008*. Auch die Schweiz setzt mit der Melde- und Analysestelle Informationssicherung MELANI auf ein Kooperationsmodell mit Partnern, die im Bereich Computer- und Internetsicherheit sowie dem Schutz der schweizerischen kritischen Infrastrukturen tätig sind.

staatlichen Gewaltmonopols entstand so eine Art Selbsthilfe-System, in dem der Staat die privaten Sicherheitsaktivitäten teilweise nur noch moderiert, seine repressive Rolle durch die Strafverfolgung und ähnliche Instrumente aber immer noch wahrnimmt.

### 2.3 DIE GRENZEN EINER WUNDERLÖSUNG

Die Idee des Informationsaustauschs zwischen Staat und Wirtschaft wird im CIP-Bereich inzwischen weltweit in die Praxis umgesetzt. Dabei sind in den letzten Jahren Schwierigkeiten aufgetaucht, die teilweise auf praktische, teilweise auf konzeptionelle Probleme zurückzuführen sind.<sup>43</sup> Die Kernprobleme bestehen darin, dass erstens der PPP-Begriff das Phänomen der bestehenden Partnerschaften nur sehr rudimentär zu beschreiben vermag bzw. dass die Mehrheit der sogenannten PPP zum Schutz kritischer Infrastrukturen gar keine PPP im eigentlichen Sinne sind. Zweitens sind die Interessen der Privatwirtschaft und des Staates bei CIP häufig nicht konvergent und PPP scheinen als Lösung daher ungeeignet. Drittens schliesslich sind die bestehenden Zusammenarbeitsformen zu limitiert ausgestaltet. Sie tragen den Interdependenzen zwischen den Infrastrukturen viel zu wenig Rechnung und beziehen einige wichtige Akteure nicht mit ein.

Wie oben beschrieben, brauchen PPP für ihr Funktionieren Zielkomplexität, gegenseitiges Vertrauen, klare Ziele und Strategien, eine klare Risikoverteilung, die klare Aufteilung von Verantwortung und Autorität sowie markt- und erfolgsorientiertes Denken.<sup>44</sup> PPP sind darum projektbezogen und zielen auf eine Kostensenkung und eine Effizienzsteigerung ab. Zusammenarbeitsformen im CIP-Bereich hingegen sind programmbezogen (d.h. sie haben keine zeitliche Befristung) und haben nicht eine Effizienzsteigerung zum Ziel, sondern die Erhöhung der Sicherheit. Im Gegensatz zu projektbezogenen PPP ist es zudem oft schwierig, messbare Ziele zu formulieren, da

43 Algeier, Scott C. *Information Sharing, Success and Challenges: The U.S. Experience*. Konferenzpapier am Critical Infrastructure Protection (CIP) Workshop, Frankfurt a.M., 29.–30. September 2003; United States General Accounting Office. *Information Sharing – DHS Should Take Steps to Encourage More Widespread Use of Its Program to Protection and Share Critical Infrastructure Information*. Washington, DC: General Accounting Office, April 2006.

44 Kouwenhoven, *Public-Private Partnership*, S. 124.

zunächst oft der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen im Vordergrund steht, was den angestrebten Informationsaustausch überhaupt erst ermöglicht. Dieser Prozess ist zeitintensiv und kaum mit dem Gedanken der Effizienzsteigerung kompatibel, der traditionellen PPP zugrunde liegt. Darüber hinaus besteht eine schwer überbrückbare Dissonanz zwischen der Sicherheitslogik und der PPP-Logik: Das Generieren von Sicherheit für die Bevölkerung stellt eine Kernaufgabe des Staates dar, was die Delegation von Verantwortung in diesem Bereich zu einer ausserordentlich heiklen Angelegenheit macht.<sup>45</sup>

Es hat sich auch deutlich gezeigt, dass die Interessen der Privatwirtschaft und des Staates bei CIP nur teilweise konvergent sind und sich Synergieeffekte deshalb nicht immer automatisch einstellen. Private Unternehmen befürchten vor allem, dass sensible, mit dem Staat ausgetauschte Informationen über Sicherheitsprobleme vom Staat nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden und der eigene Ruf so Schaden nehmen könnte.<sup>46</sup> Darüber hinaus wickeln die meisten Firmen den Grossteil ihrer Geschäfte im Ausland ab und sehen die Notwendigkeit der nationalen Zusammenarbeit nur teilweise ein. Internationale Ansätze kämen solchen transnational agierenden Unternehmen weit besser entgegen. Schliesslich betrachtet die Privatwirtschaft die Problematik primär aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive und versteht sie in erster Linie als ein *Business-Continuity*-Thema und nicht als ein sicherheitspolitisches Thema. Dies führt zu Differenzen in der Beurteilung der Dringlichkeit der gemeinsam zu lösenden Aufgaben. Aber auch für Regierungen ist die Freigabe von Informationen über potentielle Gefährdungen mit Risiken behaftet. Die Freigabe klassifizierter Informationen kann die

45 Siehe z.B. auch: Percy, Sarah. Mercenaries: Strong Norm, Weak Law. In: *International Organization* 61 (2007), Nr. 2, S. 367–397.

46 Studien belegen, dass eine negative Korrelation zwischen der Veröffentlichung von Sicherheitslücken und dem Marktwert der betreffenden Unternehmen besteht. Siehe: Campbell, Katherine/Gordon, Lawrence A./Loeb, Martin P./Zhou, Lei. The Economic Cost of Publicly Announced Information Security Breaches: Empirical Evidence from the Stock Market. In: *Journal of Computer Security* 11 (2003), Nr. 3, S. 431–448; auch: Cavusoglu, Huseyin/Mishra, Birendra/Raghunathan, Srinivasan. The Effect of Internet Security Breach Announcements on Market Value: Capital Market Reactions for Breached Firms and Internet Security Developers. In: *International Journal of Electronic Commerce* 9 (2004), Nr. 1, S. 69–104.

Aktivitäten der Geheimdienste und anderer Institutionen gefährden.<sup>47</sup> Zusätzlich müssen auch die Bestimmungen im Bereich des Datenschutzes und zum Schutz der Privatsphäre berücksichtigt werden.<sup>48</sup>

Das noch schwerwiegendere Problem ist jedoch, dass die Mehrheit der bestehenden PPP zu limitiert sind. Die meisten PPP im Bereich CIP sind heute so gestaltet, dass eine spezialisierte Behörde mit ausgewählten privatwirtschaftlichen Partnern (den Betreibern der Infrastrukturen) zusammenarbeitet. Diese Kooperationsart trägt der horizontalen und vertikalen Vernetzung der heutigen Infrastrukturen zu wenig Rechnung. Zum einen sind die meist sektorbezogenen PPP (beispielsweise die ISAC) kaum geeignet, um die Interdependenzen zwischen den verschiedenen Infrastrukturen bzw. Sektoren wirksam zu managen (horizontale Vernetzung). Zum anderen können auch die Grossunternehmen alleine nicht für die Sicherheit der von ihnen betriebenen Infrastrukturen garantieren, denn auch sie sind auf viele verschiedene kleinere Akteure angewiesen (vertikale Vernetzung).

Auch die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) haben ein grosses Bedürfnis nach Unterstützung im Bereich der Informationssicherheit. Sie sind stark von Vorfällen betroffen, verfügen aber nur über wenig Mittel für deren Bekämpfung. Auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen ist es deshalb wichtig, Modelle für eine Zusammenarbeit mit KMU zu entwickeln, da die Unterscheidung zwischen kritischen Infrastrukturen und «gewöhnlichen» Unternehmen wegen der immer stärkeren Vernetzung aller Betriebe zunehmend schwieriger wird. Das Aufkommen von so genannten Botnetzen<sup>49</sup> hat zudem deutlich gezeigt, dass ungesicherte Netzwerke unabhängig von ihrem

47 Moteff, John D./Stevens, Gina M. *Critical Infrastructure Information Disclosure and Homeland Security*. Congressional Research Report for Congress, RL31547, 29. Januar 2003. Washington, DC: Congressional Research Service, 2003.

48 Branscomb, Lewis M./Michel-Kerjan, Erwann O. Public-Private Collaboration on a National and International Scale. In: Auerswald/Branscomb/La Porte/Michel-Kerjan, *Seeds of Disaster*, S. 395–404.

49 Der Begriff «Bot» ist von dem Wort «Robot» abgeleitet. Im technischen Umfeld wird der Begriff primär für Fernsteuerprogramme verwendet, über die kompromittierte Systeme von einem Angreifer zentral befehligt werden können. Als Botnetz versteht man einen virtuellen Verbund infizierter *Client*-Systeme, also eine Zusammenschaltung von Bots. Neben *Distributed-Denial-of-Service*-Angriffen (DDoS) ist z.B. auch die Initialverbreitung von neuer *Malware* oder auch der Einsatz von Bots als *Spam-Relay* ein bereits praktiziertes Einsatzszenario (siehe <http://cert.uni-stuttgart.de/doc/netsec/bots.php>).

Standort eine Gefahr für das Funktionieren der Informationsinfrastruktur darstellen können – was wegen der Interdependenzen auch für alle anderen Sektoren Konsequenzen hat. Deswegen bedarf eine wirksame CIP-Politik der internationalen Kooperation. Terroristische und kriminelle Handlungen sowie Natur- und sonstige Katastrophen machen nicht an Ländergrenzen halt, weshalb Gegenmassnahmen auch international zu koordinieren sind.

Die Notwendigkeit einer besseren horizontalen, vertikalen und internationalen Zusammenarbeit stellt die Regierungen vor grosse Herausforderungen. Die Kooperation in der Form des Austausches sensibler Informationen bedingt ein ausgeprägtes gegenseitiges Vertrauen. Solches Vertrauen ist äusserst schwierig aufzubauen.<sup>50</sup> Das grundlegende Problem besteht darin, dass Vertrauen nur durch Zusammenarbeit entstehen kann, während eine solche Zusammenarbeit wiederum selbst von Vertrauen abhängt. Die Errichtung öffentlich-privater Informationsaustausch-Arrangements ist daher ein Huhn-Ei-Paradox – oder anders ausgedrückt, ein klassisches Kooperationsproblem.<sup>51</sup> Der Informationsaustausch zwischen öffentlichen und privaten Partnern funktioniert deshalb meist nur in einem kleinen Rahmen mit ausgewählten Partnern, zwischen denen bereits ein Vertrauensverhältnis besteht oder ein solches relativ einfach aufgebaut werden kann.

### 3 EIN ERWEITERTES GOVERNANCE-MODELL FÜR CIP

Obwohl einige der Partnerschaften zum Zweck des Informationsaustausches recht gut zu funktionieren scheinen, sind dem Modell PPP im Bereich CIP enge Grenzen gesetzt. Deshalb stellt sich die Frage nach alternativen Lösungsansätzen. Gesucht wird konkret ein Ansatz, der die Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft nicht auf die direkte Partnerschaft (wie im Falle von PPP) reduziert, sondern auch andere Formen der Interaktion be-

50 Frye, Emilie. Information-Sharing Hangups: Is Antitrust Just a Cover? In: *The CIP Report* 1 (2003), Nr. 3, S. 6f.; Prieto, *Information Sharing with the Private Sector*.

51 Vgl. Aviram, Amitai. Network Responses to Network Threats: The Evolution into Private Cyber-Security Associations. In: Grady, Mark F./Parisi, Francesco (Hrsg.). *The Law and Economics of Cybersecurity*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006, S. 143–192; Aviram, Amitai/Tor, Avishalom. Overcoming Impediments to Information Sharing. In: *Alabama Law Review* 55 (2004), Nr. 2, S. 231–279.

rücksichtigt. Zur Entwicklung eines solchen Ansatzes greifen wir auf *Governance*-Theorien zurück. Der theoretische Überbau der *Governance*-Theorien besteht in der Abgrenzung zum traditionellen *Government*, wobei die Regierung neu nicht mehr als einziger Akteur im öffentlichen Bereich verstanden wird.<sup>52</sup> *Governance* findet immer dort statt, wo die politische Macht stark fragmentiert ist. Eine Fragmentierung der politischen Macht kann einerseits über eine Dezentralisierung entstehen, wenn die Aufgaben und Kompetenzen der Regierung nach unten (Lokalisierung), nach oben (Supranationalisierung) oder auch seitwärts (Privatisierung) delegiert werden.<sup>53</sup> Andererseits findet sie auch innerhalb der Regierung selbst statt, über die immer stärkere funktionale Differenzierung der Verwaltung.<sup>54</sup>

Innerhalb der *Governance*-Theorie wird vor allem zwischen neoliberalen *Governance*-Theorien und dem Netzwerk-*Governance*-Ansatz unterschieden.<sup>55</sup> Das zentrale Postulat des neoliberalen Ansatzes heisst «weniger *Government* und mehr *Governance*».<sup>56</sup> Das Hauptziel ist die Effizienzerhöhung öffentlicher Verwaltungen, indem die Bürokratie Kompetenzen auf die Privatwirtschaft überträgt. Die im ersten Kapitel beschriebenen Debatten um die Privatisierung, die PPP und auch die Idee des *New Public Management* gehören diesem Ansatz an.<sup>57</sup> Bei CIP geht es jedoch nicht um die Steigerung von Effizienz, sondern um die Erhöhung der Sicherheit. Deshalb ist der neo-

52 Jessop, Bob. The Changing Governance of Welfare: Recent Trends in Primary Functions, Scale and Modes of Coordination. In: *Social Policy and Administration* 33 (1999), Nr. 4, S. 348–359; Krahmman, Elke. Conceptualizing Security Governance. In: *Cooperation and Conflict* 38 (2003), Nr. 1, S. 6–26; Czempel, Ernst-Otto/Rosenau, James N. *Governance Without Government: Order and Change in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 1992; Rhodes, Roderick A. W. The New Governance: Governing Without Government. In: *Political Studies* 44 (1996), Nr. 4, S. 652–667.

53 Krahmman, *Conceptualizing Security Governance*, S. 12.

54 Bevir, Mark/Rhodes, Roderick A. W. *A Decentered Theory of Governance: Rational Choice, Institutionalism, and Interpretation*. Working Papers of the Institute of Governmental Studies, Nr. 10. Berkeley: 2001.

55 Ebd., S. 3–8.

56 Osborne, David/Gaebler, Ted. *Reinventing Government: How the Entrepreneurial Spirit Is Transforming the Public Sector*. Reading, MA: Addison-Wesley, 2001, S. 34.

57 *New Public Management* bildet einen eigenen heterogenen Theoriezweig innerhalb der *Governance*-Ansätze. Ursprünglich wurden auch diese Ideen im anglo-amerikanischen Raum entwickelt, fanden danach aber bald den Weg nach Europa und um die Welt. Die Anfänge der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung», wie NPM in der Schweiz heisst, reichen hierzulande ungefähr ins Jahr 1994 zurück. Die spezifischen Ausprägungen der schweizerischen Diskussion sind hier jedoch nicht von Belang.



liberale Ansatz nur beschränkt als theoretisches Fundament einer CIP-Politik geeignet. Nachfolgend soll versucht werden, mit Hilfe des Ansatzes der Netzwerk-*Governance*, den wir im folgenden Unterkapitel mit dem neoliberalen Ansatz kontrastieren, ein alternatives Modell zu entwickeln. Mit Hilfe des Netzwerk-Ansatzes, der von einem anderen Verständnis der öffentlich-privaten Zusammenarbeit ausgeht, wird in einem zweiten Unterkapitel die neue Rolle der Regierung beschrieben. Im dritten Unterkapitel werden die theoretischen Überlegungen auf CIP angewandt, und es wird gezeigt, wie einige der im vorherigen Kapitel aufgezeigten Probleme dadurch gelöst werden können.

### 3.1 DER NETZWERK-ANSATZ DER GOVERNANCE-THEORIE

Der wichtigste Unterschied des Netzwerk-Ansatzes zum neoliberalen Verständnis der *Governance*-Theorie besteht darin, dass die Einführung von *Governance*-Strukturen nicht länger als Mittel zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung betrachtet wird, sondern als Folge der fortschreitenden Spezialisierung in modernen Gesellschaften.<sup>58</sup> Immer häufiger braucht es zur Erfüllung von Aufgaben sehr spezifisches Expertenwissen. Die zunehmende Arbeitsteilung führt zu einer Verwischung der Grenzen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Viele Aufgaben, welche früher durch den Staat wahrgenommen wurden, werden heute durch spezialisierte Unternehmen erfüllt. Diese Differenzierung der öffentlichen Verwaltung kann dann problematisch werden, wenn es um Angelegenheiten geht, die für das Funktionieren der Gesellschaft essentiell sind. Es stellt sich die Frage, wie der Staat die Erfüllung solcher Aufgaben garantieren kann, wenn er selbst nicht mehr über die notwendigen Mittel und Kompetenzen dazu verfügt.

Bei den neoliberalen Ansätzen wird dieses Problem der Kontrolle dadurch gelöst, dass der Staat die Aufgaben, welche er an Unternehmen delegiert,

58 Kooiman, Jan. Findings, Speculations and Recommendations. In: Kooiman, Jan (Hrsg.). *Modern Governance. New Government-Society Interactions*. London: Sage, 1993, S. 249–262; Stoker, Gerry. Theory and Urban Politics. In: *International Political Science Review* 19 (1998), Nr. 2, S. 119–129; Stoker, Gerry. Governance as Theory: Five Propositions. In: *International Social Science Journal* 50 (1998), Nr. 1, S. 17–28; Bevir/Rhodes, *A Decentred Theory of Governance*, S. 18f.

genau definiert und vertraglich festhält, wie sie zu erfüllen sind. So behält er die Kontrolle und kann korrigierend eingreifen, wenn die Privatwirtschaft die notwendigen Leistungen nicht erbringt. Wenn von einer zunehmenden Spezialisierung ausgegangen wird, kann dies aber nicht mehr gelingen. Der Regierung fehlt schlicht das nötige Expertenwissen, um eine angemessene Kontrolle der ausgelagerten Funktionen und Tätigkeiten sicherzustellen. Gerade am Beispiel CIP manifestiert sich dieser Umstand deutlich: Für die Regierungen ist es kaum möglich, die Qualität von Schutzbestimmungen zu beurteilen, weil ihnen das technische Wissen dazu fehlt. Das schöne Bild der Regierung als Steuermann auf dem Schiff ist überholt; moderne Gesellschaften sind eher mit hochkomplexen Maschinen zu vergleichen, deren Steuerung viel Detailwissen voraussetzt.

Der Netzwerk-Ansatz der *Governance*-Theorie geht deshalb davon aus, dass es in modernen Gesellschaften neue Formen der öffentlichen Verwaltung braucht.<sup>59</sup> Weil die hierarchische Kontrolle durch die Regierung nicht mehr möglich ist, muss die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren auf eine neue Basis gestellt werden. Die Regierung kann nicht mehr einfach Anweisungen erteilen und deren Einhaltung kontrollieren, sondern muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Zusammenarbeit auch ohne Kontrolle funktioniert. Öffentliche Verwaltung wird so zum Team sport, in dem Überzeugungsarbeit, Verhandlungen und gegenseitiges Vertrauen wichtiger sind als Kontrolle und Regulation.<sup>60</sup>

Um eine solche neue Art der Zusammenarbeit zu ermöglichen, braucht es kleine, relativ homogene Netzwerke, in denen sich alle Akteure beteiligen, die in ihrem eigenen Interesse einen Beitrag zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe leisten wollen und können. Diese Akteure, die meist sowohl aus dem öffentlichen als auch aus dem privaten Sektor stammen, sollen sich selbständig untereinander organisieren. Sie selbst setzen die Regeln für das gemeinsame Handeln fest und bestimmen die Verantwortlichkeiten und Verpflich-

59 Peters, Guy B./Pierre John. *Governance Without Government? Rethinking Public Administration*. In: *Journal of Public Administration Research and Theory* 18 (1998), Nr. 2, S. 223–243.

60 Salamon Lester M. *The Tools Approach and the New Governance: Conclusion and Implications*. In: Salamon Lester M. (Hrsg.). *The Tools of Government: A Guide to the New Governance*. Oxford: Oxford University Press, 2002, S. 600–610.

tungen der einzelnen Partner.<sup>61</sup> Die verschiedenen Netzwerke kontrollieren sich auch selbst, weil nur innerhalb eines Netzwerks genügend Wissen vorhanden ist, um zu überprüfen, ob alle ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Selbstkontrolle in diesen Netzwerken ist möglich, weil sich die Akteure auf der Basis einer gemeinsamen Absicht zusammenschliessen. Akteure, die nicht dieselben Grundinteressen haben, werden nicht Teil des Netzwerks.

Die öffentlichen Aufgaben werden also durch zahlreiche unabhängige, sich selbst regulierende und organisierende Netzwerke wahrgenommen. Auch die Regierungen sind typischerweise in diesen Netzwerken durch die jeweils zuständigen Behörden vertreten. Dabei ist es wichtig, dass diese Behörden innerhalb des Netzwerks keine Sonderstellung innehaben. Sie vertreten zwar die Interessen der Regierung, üben aber sozusagen als *primi inter pares* keine Autorität aus, weil das Netzwerk nur dann funktionieren kann, wenn die Entscheidungen in gleichberechtigten Verhandlungen getroffen werden. Die Unabhängigkeit der Netzwerke von der Regierung ist das entscheidende Element des *Governance*-Konzepts. In der Literatur wird deshalb auch oft auf die Idee der «*Governance ohne Government*» verwiesen.<sup>62</sup>

### 3.2 DIE NEUE ROLLE DER REGIERUNG: META-GOVERNANCE

Die Rolle der Regierung ist ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal zwischen den verschiedenen *Governance*-Theorien. Während sie in der traditionellen Verwaltung alle öffentlichen Aufgaben selbst ausführt, sollte sie gemäss dem neoliberalen Ansatz zwar Aufgaben an die Privatwirtschaft auslagern, die Kontrolle aber stets behalten. Im Netzwerk-Ansatz nehmen die Regierungen nun eine neue Rolle ein. Statt die Aufträge zu erteilen und deren Erfüllung zu kontrollieren, übernehmen die Regierungen die Funktion des Koordinators und Stimulators von Netzwerken. Die Regierungen müssen sicherstellen, dass die öffentlichen Aufgaben durch sich selber regulierende

61 Rhodes, *The New Governance*, S. 658f.

62 Siehe u.a.: Czempiel/Rosenau, *Governance Without Government*; Rhodes, *The New Governance*; Peters/Pierre, *Governance Without Government*.

Netzwerke wahrgenommen werden. Diese indirekte Steuerung wird als «Organisation der Selbstorganisation» oder als «Meta-Governance» bezeichnet.<sup>63</sup>

Zu dieser Meta-Governance gehört zunächst die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es den Netzwerken ermöglichen, sich selbst zu organisieren. Scharpf und Mayntz weisen darauf hin, dass Selbstregulation nur im «Schatten der Hierarchie» funktionieren kann, weil sich auch die internen Regeln und Abmachungen zwischen den Akteuren eines Netzwerks schlussendlich auf die zentralstaatlichen Institutionen und Gesetze beziehen.<sup>64</sup> Neben der Schaffung der Rahmenbedingungen bedeutet Meta-Governance aber vor allem Koordination und Promotion. Die Regierungen müssen – wo nötig – neue Netzwerke aktivieren und die bestehenden orchestrieren und modulieren.<sup>65</sup> Konkret bedeutet dies, dass die Regierungen die öffentlichen Aufgaben zunächst definieren und dann überprüfen, ob sie bereits in ausreichendem Masse wahrgenommen werden. Wird eine Aufgabe nicht ausreichend wahrgenommen, müssen die Regierungen neue Netzwerke schaffen oder bestehende Netzwerke dazu bewegen, die Aufgabe zu übernehmen.

Die Wahl der richtigen Instrumente zur Förderung der spezialisierten Netzwerke ist die entscheidende Aufgabe der Regierungen. Die direkte Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Akteuren ist ein mögliches Instrument. Dabei versuchen die Behörden durch ihr Engagement innerhalb des Netzwerks dazu beizutragen, dass öffentliche Aufgaben erfüllt werden. Daneben stehen den Regierungen zahlreiche andere Instrumente zur Verfügung. Die Palette reicht von regulativen Massnahmen (beispielsweise die Verpflichtung von Firmen zur Mitgliedschaft in Zweckverbänden) über das Setzen von Anreizen bis hin zur simplen Unterstützung von Netzwerken durch Pro-

63 Siehe u.a.: Jessop, Bob. The Rise of Governance and the Risk of Failure: The Case of Economic Development. In: *International Social Science Journal* 50 (1998), Nr. 155, S. 29–46; Sorensen, Eva. Meta-Governance: The Changing Role of Politicians in Processes of Democratic Governance. In: *The American Review of Public Administration* 36 (2006), Nr. 98, S. 98–114.

64 Scharpf, Fritz. Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In: *Politische Vierteljahresschrift* 32 (1991), Nr. 4, S. 621–634; Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz. Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren. In: Mayntz Renate/Scharpf Fritz (Hrsg.). *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt/New York: Campus, 1995, S. 9–38.

65 Salamon, Lester M. The New Governance and the Tools of Public Action: An Introduction. In: Salamon, Lester M. (Hrsg.). *The Tools of Government: A Guide to the New Governance*. Oxford: Oxford University Press, 2002, S. 1–47.

motion oder Beratung. Weitere mögliche Instrumente sind soziale und ökonomische Regulationen, die Definitionen der Haftbarkeit, das Abschliessen von Verträgen zwischen öffentlichen und privaten Partnern, Subventionen, Kreditvergaben, Defizitgarantien, die Vergabe von Lizenzen und Konzessionen, die Einrichtung staatlicher Versicherungen, Steuererleichterungen oder auch Bussen.<sup>66</sup> Die Wahl des geeigneten Instrumentes ist deshalb entscheidend, weil die Art der Förderung der Netzwerke durch die Regierung auch die interne Struktur des Netzwerks verändern kann. Obwohl es oft nötig ist, die Netzwerke von aussen zur Erfüllung einer Aufgabe zu motivieren, dürfen dabei die Selbstregulierungs-Mechanismen des Netzwerks nicht untergraben werden, denn sonst fiele die Kontrollfunktion an die Regierung zurück.

### 3.3 NETZWERK-GOVERNANCE IM FALLE VON CIP

Nachfolgend zeigen wir, wie die meisten in Kapitel 2.3 identifizierten Schwierigkeiten mit Hilfe des Netzwerk-Ansatzes gelöst oder zumindest abgeschwächt werden können. Wenn sorgfältiger zwischen den verschiedenen Optionen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit unterschieden und die jeweils am besten geeignete ausgewählt und angewendet wird, kann dies zur besseren Bewältigung der Herausforderungen im Bereich CIP beitragen.

*Problem 1: Der Staat hat keine Möglichkeit zu kontrollieren, ob die privaten Unternehmen ihre Aufgabe im Bereich CIP wahrnehmen.*

Der Verlust der Kontrollfunktion der Regierung ist ein zentrales Argument für einen Netzwerk-Ansatz in der CIP-Politik. Bei einem Informationsaustausch ist es schwierig zu beurteilen, ob die Unternehmen die relevanten Informationen auch tatsächlich weitergeben. Die Lösung des Problems besteht in der Selbstregulation und Selbstkontrolle der Netzwerke. Die Partner in Netzwerken kennen sich gegenseitig gut und können deshalb am ehesten einschätzen, ob ausreichend kooperiert wird. Während Unternehmen beispielsweise gegenüber der Regierung ihre Schwachstellen und Verletzbarkei-

66 Salamon, *Introduction*, S. 21; Sorensen, *MetaGovernance*, S. 100–103.

ten leicht beschönigen können, fällt ihnen dies gegenüber anderen Fachleuten schwerer. Die Lösung für das erste Problem besteht also darin, Teilaufgaben im Bereich CIP der Kontrolle von gut strukturierten, sich selbst organisierenden Netzwerken zu überlassen. So wurde beispielsweise in den USA die Aufgabe der Minderung der Verletzlichkeiten der Informationssysteme der Finanzindustrie weitgehend den bereits vorhandenen Netzwerken in diesem Sektor überlassen.<sup>67</sup>

*Problem 2: Die öffentlich-private Zusammenarbeit erweist sich auf Grund der divergierenden Interessen oft als schwierig.*

Das Problem der divergierenden Interessen entsteht, wenn Partner zu einer Kooperation gezwungen werden. Netzwerke können nur auf der Basis eines ausreichend grossen gemeinsamen Nenners erfolgreich sein. Eine direkte Partnerschaft zwischen Unternehmen und Behörden aus dem Bereich der Sicherheitspolitik ist schwierig, weil die Partner völlig unterschiedliche Hintergründe haben. Eine solche Partnerschaft ist nur dann von Nutzen, wenn die Regierung einen wesentlichen Beitrag zur Funktionalität des Netzwerks leisten kann. Dies kann im Bereich der CIP durchaus der Fall sein, beispielsweise wenn die Regierungen den Unternehmen helfen können, die Bedrohungslage besser einzuschätzen.<sup>68</sup> Weil den Sicherheitsbehörden jedoch oft das Verständnis für die spezifischen Bedürfnisse der Privatwirtschaft fehlt, kann es notwendig sein, neue Netzwerke für die Zusammenarbeit zu schaffen. Häufig sind diese Netzwerke an Schnittstellen das, was als PPP im Bereich CIP bezeichnet wird. Sie können dann funktionieren, wenn die involvierten Akteure auf die gemeinsamen Interessen fokussieren und sich gegenseitig vertrauen. In der Schweiz gibt es mit der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) ein Beispiel für eine funktionierende Partnerschaft

67 The Financial Service Information Sharing and Analysis Center (FS-ISAC). *Financial Service Information Sharing and Analysis Center: Making the Financial Services Sector Stronger and Safer*. Oktober 2007. [http://www.fsisac.com/files/FS-ISAC\\_Overview\\_2007\\_04\\_10.pdf](http://www.fsisac.com/files/FS-ISAC_Overview_2007_04_10.pdf).

68 Suter, *A Generic National Framework for Critical Information Infrastructure Protection*.

an der Schnittstelle zwischen den Netzwerken der Sicherheitspolitik und der Privatwirtschaft.<sup>69</sup>

*Problem 3: PPP sind nur mit ausgewählten Firmen möglich. Sie müssen klein sein, da sie auf gegenseitigem Vertrauen basieren, und es können nicht beliebig viele PPP geschaffen werden, weil dies die Ressourcen der Regierung übersteigen würde.*

Das Problem der begrenzten Anzahl möglicher Partner in PPP besteht nur dann, wenn davon ausgegangen wird, dass die Regierung zwingend direkt mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten muss. Dabei wird die Möglichkeit von sich selbst regulierenden Netzwerken ausser Acht gelassen. Die Unternehmen haben selbst ein Interesse an Sicherheit und engagieren sich teilweise bereits in Teilbereichen von CIP. Die Regierung kann sich darum häufig darauf beschränken, bestehende Netzwerke mit ähnlichen Aufgaben zu fördern oder die Entstehung von neuen Netzwerken im Bereich CIP mit Promotionsmassnahmen zu unterstützen.<sup>70</sup> Ein solches Vorgehen hat beispielsweise die britische Regierung im Bereich der Informationssicherheit gewählt, indem sie den Informationsaustausch zwischen KMU in so genannten *Warning Advice and Reporting Points* (WARPs) fördert, ohne sich selbst direkt daran zu beteiligen.<sup>71</sup>

*Problem 4: Wegen der intensiven Einbindung der Regierung sind PPP nicht geeignet, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern.*

Die internationale Zusammenarbeit wird durch ein direktes Engagement von Regierungen oft eher erschwert. Die Grossunternehmen, welche kritische Infrastrukturen betreiben, sind international in der Regel bereits gut vernetzt. Unter diesen Spezialisten kann sich deshalb eine Zusammenarbeit relativ leicht ergeben. Die Unabhängigkeit von Regierungen ist dabei oft eine

69 Melde und Analysestelle Informationssicherung (MELANI). *Über MELANI*. Juni 2008. <http://www.melani.admin.ch/org/index.html?lang=de>.

70 Aviram, *Network Responses to Network Threats*, S. 185.

71 Warning Advice and Reporting Point (WARP). *WARPs Introduction*. März 2007. <http://www.warp.gov.uk/Index/indexintroduction.htm>.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Ein Beispiel für ein internationales Netzwerk, das sich unabhängig von den Regierungen herausgebildet hat, ist das *Forum of Incident Response and Security Teams* (FIRST), in welchem sich Fachleute gegenseitig austauschen.<sup>72</sup>

*Problem 5: Es existiert eine Dissonanz zwischen der Sicherheitslogik und der PPP-Logik. Die Kernaufgabe des Staates kann nicht ausgelagert werden.*

Dieses Problem lässt sich mit einem Netzwerk-Ansatz *nicht* lösen. Die Auslagerung von essentiellen Aufgaben im Bereich CIP an sich selbst regulierende, nicht durch den Staat zu kontrollierende Netzwerke ist aus sicherheitspolitischer Sicht sogar problematisch. Im Vergleich zum Konzept der PPP, bei welchem der Staat die Kompetenzen zwar auch privaten Akteuren überlässt, gleichzeitig aber die Kontrolle über die Erfüllung der Aufgaben behält, akzentuiert sich das Problem der Verantwortung in einer Netzwerk-Governance, weil der Staat sich auf die Koordination von Netzwerken beschränkt. Dieses Problem der unklaren Zuordnung der Verantwortlichkeiten wird in der allgemeinen Governance-Literatur breit diskutiert.<sup>73</sup> Diese Dissonanz zwischen der Logik der Sicherheitspolitik und der Logik der öffentlich-privaten Zusammenarbeit bedarf einer offenen Debatte über die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Kontrolle im Bereich CIP.

#### 4 CIP IN DER SCHWEIZ AUS DER NETZWERK-GOVERNANCE-PERSPEKTIVE

Was bedeuten die in den vorangegangenen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse für die Schweiz? Im Vergleich zu anderen Ländern hat die Schweiz geringere Probleme mit bereits bestehenden PPP. Auch die Ausgangslage für Netzwerk-

72 Forum of Incident Response and Security Teams (FIRST). *About FIRST*. Juni 2008. <http://www.first.org/about/>.

73 Vertreter des Netzwerk-Ansatzes argumentieren, dass die Regierung für die Koordination und Stimulation der Netzwerke, nicht aber für die direkte Erfüllung öffentlicher Aufgaben verantwortlich ist. Viele Autoren weisen aber darauf hin, dass die Erwartungen an den Staat in der Realität oft höher sind. Zur Debatte um die Zuteilung von Verantwortlichkeiten in der Netzwerk-Governance siehe: Posner, Paul L. *Accountability Challenges of Third-Party Government*. In: Salamon, *The Tools of Government*, S. 523–551.



*Governance* ist besser: Dank des stark verbreiteten Milizgedankens und des Föderalismus besteht in der Schweiz eine lange Tradition der vielfältigen Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Im Bereich CIP stellen die bereits funktionierenden, kleinen und homogenen Netzwerke eine günstige Ausgangslage dar, die wir in einem ersten Unterkapitel beschreiben. Weitere Anstrengungen sollten sich auf *Meta-Governance* konzentrieren, wie im zweiten Unterkapitel dargelegt wird. Die Bestrebungen zur besseren Koordination dieser Netzwerke können mit Hilfe des Netzwerk-Ansatzes klarer und zielgerichteter gestaltet werden. Um die Bemühungen der Bundesverwaltung zur Erarbeitung einer schweizerischen CIP-Strategie zu unterstützen, entwerfen wir im dritten Kapitel eine *Roadmap*, in welcher ein schrittweises Vorgehen hin zu einer CIP-*Meta-Governance* in der Schweiz skizziert wird.

#### 4.1 BESTEHENDE NETZWERKE: DER EFFEKT DES FÖDERALISMUS UND DES MILIZSYSTEMS

Auch in der Schweiz ist die Debatte über den Schutz kritischer Infrastrukturen eng verknüpft mit der zunehmenden Abhängigkeit der Wirtschaft von Informations- und Kommunikationstechnologien. Obwohl der (physische) Objektschutz eine lange Tradition hat, kann die Strategische Führungsübung 1997 (SFU 97) als Startschuss für die schweizerische CIP-Politik gelten. Im damals durchgespielten Übungsszenario wurde die schweizerische Informationsinfrastruktur verschiedenen elektronischen Attacken ausgesetzt. Als Folge davon wurde dem Bundesrat als dringliche Massnahme vorgeschlagen, einen Sonderstab Informationssicherheit für die Krisenbewältigung auf Stufe Bund zu schaffen. Im Juni 2001 wurde die Nachfolgeübung INFORMO durchgeführt, die sich mit der Thematik von durch Störungen in der Informationsinfrastruktur ausgelösten Krisen beschäftigte. Dabei wurde auch die Funktionsweise des neu geschaffenen Sonderstabs *Information Assurance* (Sonderstab Informationssicherung, SONIA) getestet, der sich aus Vertretern der Bundesverwaltung und der Wirtschaft zusammengesetzt ist.

Der im August 1998 veröffentlichte «Bericht Brunner»<sup>74</sup> thematisierte ebenfalls Störungen im Informatikbereich. Die Kommission Brunner sah diese Problematik als gemeinsame Aufgabe von Behörden und Privatwirtschaft und empfahl die Errichtung eines nationalen Alarmsystems und eine Initiative zur Förderung der Forschung und der Zusammenarbeit im Kampf gegen die absichtliche Störung von Informatiknetzen.<sup>75</sup> Die wenige Jahre später gegründete *Melde- und Analysestelle Informationssicherung* (MELANI), eine gut funktionierende PPP, nimmt sich inzwischen eines Grossteils der damals angesprochenen Herausforderungen an.

Alle diese Organisationen, die sich mit dem Schutz kritischer (Informations-)Infrastrukturen befassen, funktionieren als Netzwerke. Sie umfassen spezialisierte Akteure aus der Privatwirtschaft und aus dem öffentlichen Sektor, die sich im gemeinsamen Interesse eines Teilbereichs des CIP annehmen. Wie bereits angetönt, ist in der Schweiz die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor relativ gut entwickelt. Im Gegensatz zu starken Zentralstaaten ist hier die politische Macht aufgrund des Föderalismus schon seit jeher stark fragmentiert. Die Zusammenarbeit in Netzwerken hat im Föderalismus daher eine lange Tradition und ist nicht erst mit der zunehmenden Spezialisierung der modernen Gesellschaften nötig geworden. Ein zweiter Faktor, der die Entstehung funktionierender Netzwerke begünstigt, ist das Milizsystem. Viele öffentliche Aufgaben werden in der Schweiz nebenamtlich durch private Akteure wahrgenommen. Die Trennung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ist deshalb weniger stark ausgeprägt als anderswo.<sup>76</sup> Die Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen selbstverständlich und die Regierung muss zur Umsetzung eines *Governance*-Ansatzes zum Schutz kritischer Infrastrukturen ihre Rolle nicht komplett neu definieren, sondern sie kann auf bestehende Strukturen zurückgreifen.

In den letzten Jahren hat jedoch eine gewisse Verschiebung in der Art und Weise stattgefunden, wie CIP hierzulande verstanden wird. Dadurch wurde

74 Bericht der Studienkommission für strategische Fragen (Kommission Brunner). Bern, 26. Februar 1998.

75 Wigert, Isabelle. Der Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen in der Schweiz: Eine Analyse von Akteuren und Herausforderungen. In: *Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 2005, S. 97–121.

76 Siehe Suter/Brunner, *CIIP Handbook 2008*.

die Ausgangslage komplizierter. Wie auch in anderen Staaten lag der Fokus der ersten schweizerischen CIP-Aktivitäten fast ausschliesslich im Bereich der Informationsinfrastrukturen und der Informationssicherheit. Dieser Fokus erschien einigen Vertretern der Bundesverwaltung zu Recht als zu limitiert. 2004 wurde auf Lücken hinsichtlich eines gemeinsamen Grundverständnisses und der Definition von Schutzziele und auf den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf im Bereich CIP hingewiesen. Daraufhin beauftragte der Bundesrat im Jahr 2005 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) damit, die Koordination der Arbeiten zum Thema «Schutz Kritischer Infrastrukturen» zu übernehmen und zusammen mit den beteiligten Departementen den Handlungsbedarf im Bereich CIP zu konkretisieren und adäquate Massnahmen auszuarbeiten.<sup>77</sup>

#### 4.2 ERSTE SCHRITTE ZU EINER META-GOVERNANCE

Durch die Ausweitung des CIP-Verständnisses rückten neu weitere, heterogene und nicht koordinierte Netzwerke aus dem CIP-Bereich ins Blickfeld. In der Schweiz beschäftigen sich auf Bundesebene eine Vielzahl von Verwaltungsstellen mit CIP, so dass nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich ist, welcher Akteur sich mit welchen Aspekten beschäftigt. Die Verantwortlichkeiten überschneiden sich teilweise, wodurch Unklarheiten über die jeweiligen Zuständigkeiten entstehen. Die angedachte Koordination der bestehenden Aktivitäten wird somit zu Recht als eine der Hauptherausforderungen auf dem Weg zu einer nationalen Strategie angesehen.

Um das gemeinsame Verständnis für CIP innerhalb der Bundesverwaltung zu fördern und die angestrebte nationale Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen auszuarbeiten, wurde eine «Arbeitsgruppe Schutz Kritischer Infrastrukturen» (AG SKI) gebildet. In dieser sind 23 Bundesstellen vertreten.<sup>78</sup> In einem ersten Bericht an den Bundesrat vom 20. Juni 2007 wurden die gemeinsam erarbeiteten Begriffsdefinitionen und Schutzziele vorgestellt und die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der beteiligten Ak-

77 Bundesamt für Bevölkerungsschutz. *Schutz von Kritischen Infrastrukturen verbessern*. 4.7.2007. <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&cmsg-id=13516>.

78 BABS, *Erster Bericht an den Bundesrat zum Schutz kritischer Infrastrukturen*, S. 3.

teure skizziert.<sup>79</sup> Die anvisierte nationale Strategie, die bis 2012 vorliegen soll, will «den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen fördern, Synergien nutzen sowie den Austausch von Wissen und Erfahrungen institutionalisiert vorantreiben.» Solche Aussagen sind *grosso modo* mit den theoretischen Vorgaben der Netzwerk-Theorie kompatibel. Die bestehenden und angedachten Bemühungen zu einer besseren Koordination könnten jedoch mit Hilfe der theoretischen Überlegungen zur *Meta-Governance* noch zielorientierter gestaltet und dabei auch sinnvoll «verschlankt» werden. Der Ansatz hilft ebenfalls dabei, Klarheit darüber zu erlangen, wie und wann welche Art von Partner – z.B. die Kantone und die Privatwirtschaft – in den Prozess eingebunden werden sollen und worauf bei dieser Koordination vor allem zu achten ist. Im Folgenden soll ein Vorschlag zu einer strukturierten und prozessorientierten Vorgehensweise der Koordination in der schweizerischen CIP-Politik gemacht werden.

#### 4.3 ROADMAP FÜR CIP-META-GOVERNANCE IN DER SCHWEIZ

*Schritt 1:* Die zentrale Grundidee der *Meta-Governance* ist, dass die Regierung verschiedene bereits bestehende Netzwerke so aufeinander abstimmt, dass eine Aufgabe möglichst vollständig in ihrem Sinne erfüllt wird. Dafür ist es zentral, dass die Regierung ihre Erwartungen und Absichten von Anfang an deutlich kommuniziert. Die Koordination der verschiedenen Netzwerke ist nur möglich, wenn klar ist, welches Ziel verfolgt wird. Der erste Schritt ist also eine klare Definition der Ziele und Prioritäten. Dies ist ein inhärent politischer Prozess und kann nur durch die Politik vorgenommen werden. Wenn die Ziele und Prioritäten feststehen, gilt es, sie den bestehenden Netzwerken zu kommunizieren. Gemäss *Meta-Governance* kann eine optimale Kommunikation von Seiten der Regierung in Bezug auf die Wichtigkeit einer Aufgabe und den damit einhergehenden Erwartungen substantiell dazu beitragen, dass bestehende Netzwerke sich (freiwillig) um diese Aufgabe kümmern. Denn indem sie das Problem eindeutig definiert und die Prioritäten festlegt, hilft sie, die Kohärenz der Aktivitäten der verschiedenen

79 BABS, *Erster Bericht an den Bundesrat zum Schutz kritischer Infrastrukturen*.

Netzwerke zu verbessern.<sup>80</sup> Je klarer dabei die Prioritäten und Erwartungen definiert sind, desto leichter werden die nächsten Schritte sein.

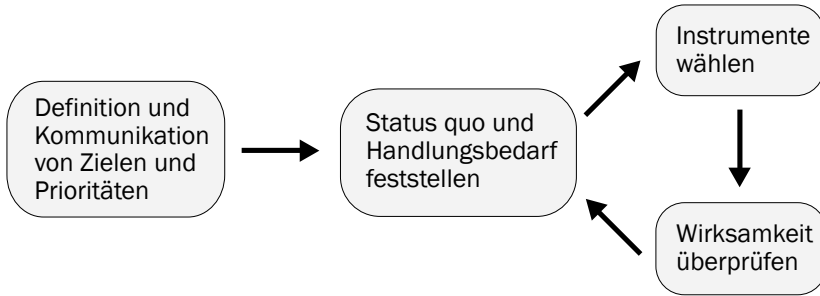
*Schritt 2:* Der zweite Schritt der *Meta-Governance* besteht in der Analyse des Status quo und in der Bestimmung des Handlungsbedarfs. Es gilt zu untersuchen, welche Netzwerke vorhanden sind, ob sie sich bereits bei der Erfüllung der in Schritt 1 definierten Aufgabe engagieren und wie sie allenfalls motiviert werden können, weitere Anstrengungen zu unternehmen. Daneben muss die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Netzwerken überprüft und der Koordinationsbedarf eruiert werden.

*Schritt 3:* Wenn ein Handlungsbedarf festgestellt wird, müssen als dritter Schritt geeignete Instrumente der *Meta-Governance* identifiziert werden. Dies ist der schwierigste Schritt im *Meta-Governance*-Prozess. Er ist deswegen heikel, weil die immanente Gefahr besteht, durch die Wahl zu massiv eingreifender Instrumente den Selbstregulierungs-Mechanismus der Netzwerke zu untergraben. Je besser die Prioritäten zuvor festgelegt wurden und je genauer der Status quo beschrieben werden kann, desto geringer wird diese Gefahr. Im Idealfall ergibt sich die Wahl der Instrumente automatisch aus der Differenz zwischen den Zielen und dem Status quo. In der Realität wird aber auch die Wahl der Instrumente stets durch politische Prozesse beeinflusst.<sup>81</sup>

*Schritt 4:* Als vierter und letzter Schritt wird die Wirksamkeit der Massnahmen analysiert. Eine Behördenstelle prüft, ob die Netzwerke nach der Anwendung der gewählten *Governance*-Instrumente die Aufgabe nun so erfüllen, dass die definierten Ziele und Prioritäten erreicht werden. Dies führt automatisch wieder zurück zur Überprüfung des Status quo. Wie die Abbildung zeigt, ist die *Meta-Governance* deshalb als kontinuierlicher Prozess zu verstehen.

80 Sorensen, *MetaGovernance*, S. 101.

81 Peters, Guy P. The Politics of Tool Choice. In: Salamon, *The Tools of Government*, S. 552–564.



*Darstellung 1: Der Prozess der Meta-Governance*

Um diese vier Schritte praktisch zu veranschaulichen, möchten wir nachfolgend spezifischer auf den laufenden CIP-Strategiefindungsprozess in der Schweiz eingehen:

*1) Ziele und Prioritäten formulieren und kommunizieren:* Die Ziele und Prioritäten müssen in einen grösseren (sicherheits-)politischen, aber auch wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kontext eingepasst sein. Ein internationaler Vergleich zeigt: die Definition von «kritischen» Infrastrukturen und das Festlegen von Schutzziele ist inhärent politisch, da es dabei immer um Priorisierung und Ressourcenverteilung geht. Die Definition sollte im politischen Prozess deshalb auch möglichst hoch angesiedelt werden. In der Schweiz wäre dies eine Aufgabe, die der Sicherheitsausschuss des Bundesrats oder die Lenkungsgruppe Sicherheit wahrnehmen sollte. Gegenwärtig werden aber sowohl die Bestimmung, welche Infrastrukturen überhaupt als «kritisch» zu betrachten sind, als auch die Schutzziele in einem *Bottom-up*-Prozess in der AG SKI erarbeitet. Die Prioritäten lassen sich aber nur schwer in Zusammenarbeit mit allen Akteuren festlegen, da alle Beteiligten versuchen werden, ihre partikulären Interessen durchzusetzen. Auch wenn dies inhaltlich gesehen sinnvolle Resultate ergeben kann, entsteht dadurch die Gefahr, dass spätestens im Schritt 3 aufgrund mangelnder Legitimität und politischer Verankerung Probleme auftauchen.

*2) Analyse des Status quo:* Bisher hat die AG SKI unter der Leitung des BABS die zentralen Begriffe definiert und die Ziele der Schweizer CIP-Politik aus-

gearbeitet. Auch die zentralen Akteure im Bereich der Bundesverwaltung wurden identifiziert. Dies sind wichtige erste Schritte auf dem Weg zu einer funktionierenden *Meta-Governance*. Die Analyse sollte darüber hinaus aber auch eine möglichst detaillierte Bewertung der bestehenden Aktivitäten enthalten, um den nächsten Schritt zu ermöglichen. Das für die Schweiz relevante *Mapping* der bestehenden Netzwerke muss auch die Aktivitäten der Kantone und natürlich der Privatwirtschaft enthalten. Klare, politisch abgestützte und anwendbare Definitionen und Konzepte – was gehört zu CIP, was gehört nicht zu CIP, was will man erreichen, wie sollen funktionierende Netzwerke aussehen, usw. – sind für eine solche Analyse unabdingbar.

3) *Instrumente wählen*: Die Auswahl der anzuwendenden Instrumente sollte erst nach Klärung von Schritt 1 und 2 und erst aufgrund der fertigen CIP-Strategie erfolgen. Es ist aber sinnvoll, bereits frühzeitig über mögliche Instrumente und ihre Auswirkungen nachzudenken. Dabei ist es wichtig, die gesamte Palette direkter und indirekter Instrumente in Betracht zu ziehen und nicht nur auf der zu limitierten PPP-Idee zu verharren. Ausserdem wird in der Schweiz zurzeit kaum über erweiterte Informationsaustauschprogramme nachgedacht. Die internationalen Entwicklungen zeigen jedoch, dass Partnerschaften im CIP-Bereich in fast allen Fällen auf einen Austausch von Informationen hinauslaufen. Dieser kann sehr unterschiedlich gestaltet werden, so dass eine Prüfung diverser Modelle sinnvoll wäre.

4) *Wirksamkeit der Massnahmen überprüfen*: Dieser letzte Schritt beinhaltet eine *Monitoring*-Aufgabe, die sinnvollerweise vom BABS als Koordinationsstelle wahrgenommen werden sollte. Die konkreten Ausprägungen dieses *Monitorings* sowie der Interaktionsformen mit den Netzwerken müssten noch genauer geprüft werden. Wichtig ist, dass die fundierte und möglichst genaue Analyse des Status quo auch hier eine zentrale Rolle spielt. Die involvierten Stellen in der Schweiz müssen sich aber bewusst sein, dass sie viele der Netzwerke nicht direkt steuern können und dass ihre Ziele nicht innert kurzer Frist erreicht werden können. Zum Prozessmanagement gehört auch, dass schrittweise vorgegangen wird und von den Partnerschaften nicht kurz nach ihrer Etablierung Wunderdinge erwartet werden.

## 5 SCHLUSSWORT

Beim Schutz kritischer Infrastrukturen, einem noch relativ neuen Problemkomplex der Sicherheitspolitik, erweist sich die Frage nach der adäquaten Rolle des Staates als ein zentrales Thema. Die zunehmende Globalisierung und die grenzüberschreitende Konzentration auf zahlreiche Märkte haben zur Folge, dass sicherheitspolitisch relevante kritische Infrastrukturen mitunter von grossen, multinationalen Akteuren betrieben werden, die sich dem Einfluss staatlicher Regulierungen und Kontrollen weitgehend entziehen können. Aufgrund der grenzüberschreitenden Art der Risiken aus dem Cyberspace, denen alle kritischen Infrastrukturen ausgesetzt sind, werden zudem auch KMU für eine umfassende Schutzstrategie immer wichtiger. Dass CIP deshalb nur durch die enge Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft überhaupt zu gewährleisten ist, ist längst Allgemeinwissen. Seit mehr als zehn Jahren wird deshalb versucht, eine solche Zusammenarbeit in Form von *Public-Private Partnerships* (PPP) zum Schutz kritischer Infrastrukturen zu errichten. Dabei müssen oft diametral entgegengesetzte Interessenlagen überwunden werden: Denn während der Staat eine umfassende nationale Schutzstrategie anstrebt, kümmert sich die Privatwirtschaft im Wesentlichen um die Eigensicherung in einem räumlich begrenzten Bereich. Eine Zusammenarbeit ist aber nicht nur schwierig, weil mehr Sicherheit die Überwindung von marktbedingten Hindernissen erfordert, sondern auch weil zwischen Privatwirtschaft und Staat viel Misstrauen herrscht und die Bereitschaft zur Kooperation stark von der Art und Weise abhängt, wie der Staat gegenüber dem Privatsektor auftritt.

In diesem Artikel wurden die Nutzen und die Grenzen von PPP für CIP aufgezeigt. Dazu haben wir das Konzept erstens kritisch durchleuchtet und zweitens auf eine solidere theoretische Basis gestellt. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Modell der PPP ursprünglich in einem anderen Kontext entwickelt wurde und vor allem dem Zweck der Effizienzsteigerung diene. Fast alle Probleme, die sich bei der Anwendung von PPP für CIP ergeben, sind denn auch darauf zurückzuführen, dass PPP in erster Linie der Erhöhung der Sicherheit und nicht der Steigerung der Effizienz dienen. PPP sind aber nur eine von vielen möglichen Arten der Zusammenarbeit: Werden sie gemäss des *Governance*-Netzwerk-Ansatzes nur als Teil einer viel breiteren



*Toolbox* verstanden, lässt sich ein befreiender Schritt weg von die Optionen einschränkenden PPP-Begriff hin zu einem neuen Verständnis der Rolle des Staates in diesem Bereich vollziehen.

Weil der Netzwerk-Ansatz der *Governance*-Theorie von sich selbst regulierenden Netzwerken ausgeht, besteht die Hauptaufgabe des Staates nicht mehr wie unter dem klassischen neoliberalen *Governance*-Verständnis in der Kontrolle der mit ihm zusammenarbeitenden Akteure. Im Zentrum stehen vielmehr die Koordination und die Stimulierung funktionaler Netzwerke, damit diese die vom Staat gewünschten Aufgaben optimal erfüllen. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat obsolet wird, im Gegenteil: Der Staat bleibt nach wie vor der wichtigste Akteur der Politik. Nur der Staat kann Politik formulieren und gleichzeitig für deren demokratische Legitimität sorgen. Und niemand ausser dem Staat verfügt im Ernstfall über mehr Ressourcen und ist mit einer breiteren Palette von Reaktionsmöglichkeiten handlungsfähig. Auch als Anbieter des Kollektivguts Sicherheit bleibt der Staat unentbehrlich. Der Netzwerk-Ansatz definiert aber die Rolle des Staates neu: Öffentliche Verwaltung besteht nicht mehr aus dem Erteilen von Aufträgen und der Kontrolle der Ausführenden, sondern in der Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Selbstorganisation von Netzwerken ermöglichen. Netzwerke werden nur dort aktiviert, wo die bereits bestehenden Netzwerke versagen bzw. die nötigen Aufgaben nicht erfüllen. Die Aushandlung der *Governance*-Instrumente ist so ein fortdauernder politischer Prozess, der stark von Gefahrenperzeptionen und anderen Faktoren abhängt. In gewissen Fällen werden auch Zwang und Regulierung nötig erscheinen. Je stärker die sicherheitspolitischen Aspekte in gewissen (Teil-)Sektoren betont werden, desto eher sind solche Eingriffe in den Markt zu erwarten, da den negativen Konsequenzen der Globalisierung mehr Beachtung geschenkt wird als den positiven Effekten.

Weil der in diesem Artikel dargestellte Netzwerk-*Governance*-Ansatz für eine neue Rolle des Staates plädiert, bietet er interessante Denkanstösse für die laufenden Arbeiten zur Entwicklung einer CIP-Strategie in der Schweiz. In der Schweiz bestehen dank des Föderalismus und des Milizsystems günstige Voraussetzungen für Netzwerke. Wenn die Regierung ihre Rolle als Koordinatorin der bestehenden Netzwerke verstärkt wahrnimmt, wird in der Schweiz ein erfolgreiches Modell zum Schutz kritischer Infrastrukturen

entstehen. Dafür ist jedoch ein gut strukturiertes Vorgehen im Sinne der *Meta-Governance* notwendig. Zuerst sollten die Ziele und Prioritäten klar definiert werden, dann der Status quo und der Handlungsbedarf analysiert und am Schluss die geeigneten *Governance*-Instrumente bestimmt werden. Die in diesem Artikel skizzierte *Roadmap* für eine CIP-*Meta-Governance* in der Schweiz ist ein konkreter, direkt aus dem Netzwerk-Ansatz abgeleiteter Vorschlag für die weiteren Arbeiten im Bereich CIP in der Schweiz.

Der Netzwerk-Ansatz vermag gewisse Probleme, die bei der Umsetzung von PPP aufgetreten sind, zu umgehen. Andere, wie z.B. Fragen der Verantwortlichkeit im Falle sicherheitspolitischer Aufgaben, bleiben bestehen oder werden sogar noch verstärkt. Und doch ist der Netzwerk-*Governance*-Ansatz in vielerlei Hinsicht «ehrlicher» als herkömmliche *Governance*-Ansätze (inkl. PPP): Anstatt zu suggerieren, dass staatliche Kontrolle sowie die Gewährleistung von Sicherheit jederzeit und absolut möglich sind, akzeptiert der Staat, dass er seine Rolle überdenken muss und dass er auch bei zentralen staatlichen Aufgaben auf die Hilfe nichtstaatlicher Akteure angewiesen ist. Ein solcher Wandel im Selbstverständnis des Staates scheint im Anbetracht der vielen Herausforderungen, die sich im Bereich CIP stellen, viel erfolgversprechender als das Verharren in alten und teilweise nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Vorstellungen staatlicher Kontrollmöglichkeiten.

# STRATEGISCHES KRISENMANAGEMENT IN DER SCHWEIZ: DIE DEBATTE UM DAS SICHERHEITSDEPARTEMENT

von *Christoph Doktor*

## EINLEITUNG

Die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen seit dem Ende der bipolaren Weltordnung erfordern eine Neubewertung der sicherheitspolitischen Strategien, Institutionen und Mittel. In einer globalisierten Welt folgen die sicherheitspolitischen Krisen nicht den gewohnten und eingeübten Schemata des Kalten Krieges. Sie zeichnen sich vielmehr durch komplexe Ursachen, zyklische Verläufe, *Spill-over*-Effekte in die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und einen oft transnationalen Charakter aus.

Auch in der Schweiz setzte vor diesem Hintergrund im Laufe der 1990er Jahre ein Prozess der Neubestimmung und der Neudefinierung der nationalen Konzepte, Organe und Instrumente in den Bereichen der strategischen Führung und des strategischen Krisenmanagements ein. Das Ziel dieses Evaluationsprozesses bestand darin, der veränderten sicherheitspolitischen Lage wirkungsvoll begegnen zu können und ein ganzheitliches System der Krisenbewältigung zu entwickeln, welches unter den Grundbedingungen eines föderalistischen Staates effektiv und effizient funktioniert. Unterdessen hat man die schwergewichtig auf die militärischen Bedrohungen des Kalten Krieges ausgerichteten Strukturen zwar abgeschafft, allerdings ist bisher noch kein Konzept an ihre Stelle getreten, das die Anforderungen an die erforderliche Kohärenz erfüllen würde.

Ein Rückblick auf die vergangene Dekade zeigt, welche teilweise tief greifenden Veränderungen im Bereich des strategischen Krisenmanagements bisher stattgefunden haben. Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung der sicherheitspolitischen Strukturen der Schweiz seit dem Ende des Kalten Krieges nachgezeichnet. Schon mehrfach wurde in diesem Zusammenhang

\* Der Autor bedankt sich bei Andreas Wenger und Daniel Trachsler für die wertvollen Kommentare und die Durchsicht des Manuskripts.

auch die Idee eines Sicherheitsdepartements als Leitungs- und Koordinierungsstelle auf der Stufe Bund diskutiert, ohne aber bisher realisiert zu werden. Nach einer Analyse und Beurteilung der bisher tatsächlich geschaffenen Strukturen, Abläufe und Instrumente wird deshalb der aktuelle Beschluss des Bundesrats vom Mai 2008, mit dem Abbruch der Departementsreorganisation auf die Einrichtung eines umfassenden Sicherheitsdepartements vorderhand zu verzichten, in seiner Bedeutung eingeschätzt und es werden die Konsequenzen dieses Entscheids für das strategische Krisenmanagement der Schweiz untersucht.

## 1 VOM KALTEN KRIEG ZU DEN SICHERHEITSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN EINER GLOBALISIERTEN WELT

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre veränderte sich in der Schweiz unter dem Eindruck der Entwicklungen in der internationalen Politik langsam die Bedrohungsperzeption. Die bewährten sicherheitspolitischen Strategien der Dissuasion und der autonomen Verteidigungsfähigkeit mit der Armee als Hauptinstrument der schweizerischen Sicherheitspolitik wurden hinterfragt und mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 (SIPOL B 2000) durch das Konzept der «Sicherheit durch Kooperation» ersetzt. Diese Neuausrichtung der Sicherheitspolitik machte auch eine Anpassung der strategischen Führungsprozesse und der Krisenmanagementstrukturen erforderlich. Der nachfolgende Abschnitt stellt die Veränderungen des sicherheitspolitischen Instrumentariums bis in die Gegenwart dar und geht dabei auch auf die Debatte um das Sicherheitsdepartement ein.

### 1.1 DAS ENDE DER DOMINANZ DES MILITÄRISCHEN IN DER SICHERHEITSPOLITIK

Die Anpassungen der sicherheitspolitischen Strukturen folgen den Veränderungen des Bedrohungsspektrums und dem damit einhergehenden Wandel des Sicherheitsbegriffes. Die während des Kalten Krieges geschaffene Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV), die administrativ dem damaligen Militärdepartement unterstellt war und als Stabs- und Koordinationsstelle

des Bundesrats fungierte, widerspiegelte noch eine Perzeption von Sicherheit, bei der die zu erwartenden Bedrohungen und Krisen machtpolitischer Natur waren, und die es daher hauptsächlich mit militärischen Mitteln zu bewältigen galt. Die von der ZGV geführte Lagekonferenz, geschaffen als eine für alle Departemente zentrale Plattform für den permanenten interdepartementalen Informationsaustausch, bildete einen ersten Ansatz eines Systems der ganzheitlichen Früherkennung der sicherheitspolitischen Bedrohungen. Allerdings konnte sich die Lagekonferenz aufgrund der zu starken Fokussierung auf die militärischen Aspekte der Sicherheit, des mangelnden Bewusstseins für nichtmilitärische Krisenlagen und auch wegen des ausgeprägten Departementsdenkens nicht zur entscheidenden Schnittstelle für alle sicherheitspolitisch relevanten Informationen im Dienste der Frühwarnung der obersten politischen Entscheidungsträger entwickeln, als welche sie ursprünglich gedacht war.<sup>1</sup>

Der Wandel des Verständnisses von Sicherheit hin zu einem ganzheitlichen Sicherheitsbegriff, in dem die Trennung zwischen äusserer und innerer Sicherheit und damit auch die primäre Zuständigkeit des Militärs für die Abwehr der sicherheitspolitischen Bedrohungen zunehmend an Bedeutung verlor, führte zur Einsicht, dass alleine mit dem Instrument und den Mitteln der Armee den Krisenlagen der post-bipolaren Welt nicht wirksam begegnet werden kann. Entsprechend der vom Bundesrat im SIPOL B 2000 niedergelegten Neukonzipierung der Schweizer Sicherheitspolitik wurde daher die auf die militärischen Bedrohungen des Kalten Kriegs ausgerichtete Zentralstelle für Gesamtverteidigung im Jahr 1999 aufgelöst.<sup>2</sup> Bereits zuvor waren verschiedene neue Organe geschaffen worden, die an deren Stelle traten. Mit der Gründung des Sicherheitsausschusses des Bundesrats (SiA) und der Lenkungsgruppe Sicherheit (LGSi) hatte der Bundesrat 1994 die Grundlagen für ein neues Modells der sicherheitspolitischen Führung in Krisenlagen gelegt. Dieses sollte den neuartigen sicherheitspolitischen Herausforderungen wie dem global agierenden Terrorismus, dem religiösen und ethnischen

1 Vgl. Spillmann, Kurt R. Vom Nachrichtendienst zum integrierten Frühwarnsystem. In: *Bulletin 2000 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 2000, S. 46.

2 Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999, S. 45 und S. 75.

Extremismus, unkontrollierbaren Migrationsströmen oder der organisierten Kriminalität Rechnung tragen. Gleichzeitig mit der Abschaffung der ZVG wurden mit dem Stab und dem Rat für Gesamtverteidigung sowie mit der Lagekonferenz noch weitere aus dem Kalten Krieg stammende Strukturen aufgehoben. Parallel dazu wurde die LGSi zum vorbereitenden Stabsorgan des Bundesrats aufgewertet, womit der Bundesrat entsprechend den Vorgaben des Sicherheitspolitischen Berichts 2000 ein wesentliches Element der strategischen Führung umsetzte.<sup>3</sup> Die Zusammensetzung sowie die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche des SiA und der LGSi im Rahmen der «umfassenden flexiblen Sicherheitskooperation»<sup>4</sup>, welche laut SIPOL B 2000 an die Stelle der Organisation für Gesamtverteidigung trat, wurden in der Folgezeit kontinuierlich bestätigt und weiter präzisiert, zuletzt im Oktober 2007.

Danach setzt sich der SiA aus den Vorsteherinnen und Vorstehern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) und des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerung und Sport (VBS) zusammen, den drei hauptsächlich mit sicherheitspolitischen Fragen befassten Departementen. Seine Aufgabe ist die Stärkung der sicherheitspolitischen Führungsfähigkeit des Bundesrats. Als vorbereitendes Organ des Gesamtbundesrats beurteilt er die sicherheitsrelevante Lage und koordiniert die departementsübergreifenden sicherheitspolitischen Geschäfte. Im Rahmen eines ganzheitlichen Verständnisses des strategischen Managements beschäftigt sich der SiA darüber hinaus mit der Früherkennung, der Prävention und der Bewältigung von Krisen strategischen Ausmasses.<sup>5</sup> Dabei wird er von der interdepartemental und unter Einbezug der Kantonsvertreter zusammengesetzten LGSi unterstützt. Diese verfolgt und analysiert laufend die Lage im strategischen Umfeld der Schweiz und beurteilt das Gewaltspektrum und seine möglichen Auswirkungen im Inneren und jenseits der Grenzen, ist für

3 Weisungen über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats vom 3. November 1999, S. 228–233. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2000/228.pdf>.

4 In der Folgezeit hat sich anstelle der im SIPOL B 2000 eingeführten Bezeichnung «umfassende flexible Sicherheitskooperation» der Begriff «Nationale Sicherheitskooperation» durchgesetzt.

5 Verordnung über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats von 24. Oktober 2007, S. 5218. <http://www.admin.ch/ch/d/as/2007/5217.pdf>.

Früherkennung und -warnung zuständig, erarbeitet Strategien und Handlungsoptionen und bereitet darüber hinaus die Geschäfte des SiA vor.<sup>6</sup>

Um die angesichts der grenzüberschreitenden Bedrohungen zunehmend wichtige Früherkennung und -warnung zu stärken, wurde gleichzeitig als erster Schritt einer Zusammenführung der gesamten nachrichtendienstlichen Erkenntnisse die nachrichtendienstliche Koordinationsstelle des Bundes geschaffen, die aus einem vollamtlichen Nachrichtenkoordinator mit Lage- und Früherkennungsbüro bestand. Die Aufgabe der Koordinationsstelle war es, den Bundesrat frühzeitig auf Entwicklungen und Risiken im Sicherheitsbereich aufmerksam zu machen und mögliche Handlungsoptionen für die Schweiz auszuarbeiten.<sup>7</sup>

## 1.2 DEBATTE UM DAS SICHERHEITSDEPARTEMENT

Seit der Mitte der 1990er Jahre etablierten sich der SiA und die LGSi als Elemente der strategischen Führung. Gleichzeitig wurden erste Stimmen laut, die sich in der Frage nach der institutionellen Ausgestaltung der zu schaffenden Strukturen des strategischen Krisenmanagements für die Bildung eines Sicherheitsdepartements stark machten. So regte der damalige Verteidigungsminister Kaspar Villiger bereits im Herbst 1995 die Idee der Schaffung eines Sicherheitsdepartements an. Ein solches sollte die Integration der relevanten Ressourcen unter einem Dach und die bessere Wahrnehmung sicherheitspolitischer Querschnittsaufgaben ermöglichen.<sup>8</sup> Der Vorschlag stiess allerdings angesichts der föderalistischen Tradition der Schweiz auf Kritik und konnte sich nicht durchsetzen. Nicht zuletzt Gustav Däniker, der Mitverfasser des Sicherheitspolitischen Berichtes 90, warnte vor einer «Militarisierung» und vor einem «totalitären» Anspruch der Gesamtverteidigung und brachte damit die Argumente der Gegner einer solchen institutionellen Lösung zum Ausdruck.<sup>9</sup>

6 Ebd., S. 5221.

7 Weisungen über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats vom 3. November 1999, S. 230 – 232. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2000/228.pdf>.

8 Wozu ein Sicherheitsdepartement? In: *Neue Zürcher Zeitung*, 31. Januar 2004.

9 Ebd.

Allerdings war damit die Frage der institutionellen Ausgestaltung eines künftigen Krisenmanagementsystems nicht vom Tisch. Die Koordination der sicherheitspolitischen Instrumente und Massnahmen im Rahmen der bestehenden institutionellen Lösungen verursachte immer wieder Reibungs- und Zeitverluste.<sup>10</sup> In den nach wichtigen Ereignissen mit möglichen sicherheitspolitischen Implikationen periodisch aufflammenden sicherheitspolitischen Debatten wurden immer wieder die Probleme und Mängel bei Koordination und Kooperation zwischen den einzelnen Handlungsebenen thematisiert.

Nach den Erfahrungen anlässlich des G8-Gipfels im französischen Evian, als aufgrund nicht klar abgegrenzter Führungsstrukturen Koordinationsprobleme zwischen Bund und Kantonen aufgetreten waren<sup>11</sup>, lancierte Bundesrat Samuel Schmid Ende 2003 erneut die Diskussion um Bildung eines Sicherheitsdepartements. Mit dem Hinweis auf die zunehmende Verwischung der Grenze zwischen innerer und äusserer Sicherheit, die asymmetrischen Bedrohungen sowie die mittelfristig absehbare Rolle des Militärs bei subsidiären Einsätzen regte Schmid die Bündelung der geteilten Verantwortlichkeiten im Bereich der Sicherheit an.<sup>12</sup> Auch an dieser Initiative wurde von verschiedenen Seiten die Gefahr einer zu grossen Machtkonzentration, einer Militarisierung der Sicherheit und eines Eingriffs in die kantonale Polizeihöhe kritisiert. Sie führte jedoch zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe der drei involvierten Departemente, welche das weitere Vorgehen im Hinblick auf einen Entscheid des Gesamtbundesrats prüfte.<sup>13</sup>

10 Sicherheitsbereich unter einem Dach. Gespräch mit Bundesrat Schmid. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 28. April 2004.

11 Ein Testfall für die nationale Sicherheitskooperation. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Juni 2008.

12 Sicherheitsbereich unter einem Dach. Gespräch mit Bundesrat Schmid. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 28. April 2004.

13 Haltiner, Karl W./Wenger Andreas/Würmli, Silvia/Wenger, Urs. *Sicherheit 2007. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich: Center for Security Studies der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich, 2007, S. 61. <http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&cid=7401>.



### 1.3 SCHAFFUNG EINES PERMANENTEN KRISENSTABS UND MASSNAHMEN ZUR KOORDINIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTLICHEN ARBEIT

In seinem Grundsatzentscheid vom 8. September 2004 verzichtete der Bundesrat jedoch vorläufig darauf, das von Bundesrat Schmid geforderte Sicherheitsdepartement zu schaffen. Stattdessen entschied er sich für die Bildung eines übergeordneten Krisenstabs, der als Schnittstelle auf der Stufe Bund die bestehenden Koordinationsprobleme beheben sollte. Gleichzeitig wurde der zuvor rotierende Vorsitz des SiA zwecks Straffung der sicherheitspolitischen Führung bis auf weiteres dem Chef des VBS übertragen. In weiteren Bundesratsbeschlüssen vom Dezember 2004 und vom Juni 2005 wurden anschliessend die Strukturen der sicherheitspolitischen Führung und des strategischen Krisenmanagements angepasst und die Aufgaben und der Verantwortungsbereich des neu geschaffenen Stabs des Sicherheitsausschusses des Bundesrats (Stab SiA) festgelegt.<sup>14</sup>

Der permanente Stab SiA soll die Koordination zwischen Bundesstellen sowie zwischen Bund und Kantonen sicherstellen. In dieser Eigenschaft unterstützt er den Sicherheitssausschuss des Bundesrats (SiA), erstellt Beurteilungen zu sicherheitspolitischen Entwicklungen, trägt für die Alarmierung der sicherheitspolitischen Führungsorgane Verantwortung und dient innerhalb des Bundes als Ansprechstelle für Krisenmanagement. Im Fall von Krisen strategischen Ausmasses oder bei schweren Katastrophen koordiniert der Stab SiA relevantes Fachwissen und unterstützt den Chef VBS dabei, dem Bundesrat Massnahmen zur Bewältigung der Situation zu unterbreiten. Hierzu erarbeitet er zusammen mit den zuständigen Dienststellen Handlungsvorschläge. Da in strategischen Krisensituationen, wenn die Durchführung einer ordentlichen oder ausserordentlichen Verhandlung des Bundesrats nicht möglich ist, der Bundespräsident anstelle des Bundesrats vorsorgliche Massnahmen anordnen kann, steht der Stab bei Bedarf auch diesem zur Verfügung und unterstützt die Bundeskanzlei.<sup>15</sup>

14 Zusammenfassung der Bundesratsbeschlüsse vom 22.12.04 und 22.06.05: Sicherheitspolitische Strukturanpassungen / KKSIA, 15. September 2005. [http://www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/sanit/koordinierter0/ksdgreimien0/ksdgreimien0/konstituierende.Par.0030.Download-File.tmp/Fact%20Sheet\\_KKSIA\\_d\\_15SEP05\\_rim.pdf](http://www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/sanit/koordinierter0/ksdgreimien0/ksdgreimien0/konstituierende.Par.0030.Download-File.tmp/Fact%20Sheet_KKSIA_d_15SEP05_rim.pdf) [April 2006].

15 Verordnung über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats von 24. Oktober 2007, S. 5219. <http://www.admin.ch/ch/d/as/2007/5217.pdf>.

Entsprechend den Bundesratsbeschlüssen wurde die bis dahin in der LGSi angesiedelte nachrichtendienstliche Koordinationsstelle in den neuen Stab übertragen und die Funktion des Nachrichtendienstkoordinators, die laut Bundesrat in der Praxis nicht die gewünschte Wirkung erzielt hatte, abgeschafft.<sup>16</sup> Parallel dazu beschloss der Bundesrat im Hinblick auf die Koordination der zivilen Nachrichtendienste, dass auf Anfang 2006 drei gemeinsame Auswertungs- und Analyseplattformen in den Themenbereichen Terrorismus, Organisierte Kriminalität und Proliferation gebildet werden sollten. Damit sollten allfällige Abgrenzungsschwierigkeiten, Kompetenzkonflikte und Doppelspurigkeiten zwischen dem Dienst für Analyse und Prävention (DAP) des EJPD und dem Strategischen Nachrichtendienst (SND) des VBS verhindert sowie Synergien geschaffen werden.<sup>17</sup> Allerdings gingen die Massnahmen des Bundesrats zur Verbesserung der Führung und Zusammenarbeit der Nachrichtendienste dem Parlament nicht weit genug. In der Folgezeit wurde daher von beiden Kammern des Parlaments kontinuierlich gefordert, die beiden zivilen Nachrichtendienste in einem einzigen Departement anzusiedeln.<sup>18</sup>

## 2 EINE EINORDNUNG DES STATUS QUO: WO STEHEN WIR?

Mit der Schaffung des permanenten Stabs ab 2006 wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die LGSi alleine, nicht zuletzt aufgrund ihrer Zusammensetzung hauptsächlich aus den obersten Linienchefs ohne Stabsangehörige, die Aufgabe der Sicherstellung der Koordination zwischen den Bundesstellen und zwischen Bund und Kantonen nicht erfüllen konnte.<sup>19</sup> Da sich das gegenwärtige Krisenmanagementsystem der Schweiz durch eine Vielzahl von institutionellen Einrichtungen und Akteuren auf verschiedenen Ebenen

16 Bericht des Bundesrats über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2006 vom 9. März 2007, S. 2092. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/2063.pdf>.

17 Sicherheitspolitische Führung des Bundes und Kooperation der Nachrichtendienste. Pressemitteilung, 22.06.2005. [http://www.admin.ch/cp/d/42b9486e\\_1@fwsrvg.html](http://www.admin.ch/cp/d/42b9486e_1@fwsrvg.html).

18 Beide Nachrichtendienste im gleichen Departement. Auftrag an Geschäftsprüfungsdelegation. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. Juli 2007.

19 Der neue Krisenstab nimmt Gestalt an. Führungsunterstützung in besonderen Lagen. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 25. Februar 2005.

auszeichnet, die im Rahmen der nationalen Sicherheitskooperation in einem wirkungsorientierten System zusammenspielen sollen, ist eine funktionierende Koordination unerlässlich. Der Stab SiA, der den Sicherheitsausschuss des Bundesrats unterstützt, sowie die LGSi fungieren gegenwärtig als koordinierende und unterstützende Organe des strategischen Krisenmanagements auf der Stufe Bund.

Gewisse Vorteile ergeben sich bei dem bestehenden System daraus, dass es auf vorhandenen Strukturen, Zuständigkeiten und eingespielten Abläufen basiert. Als positiv gilt zudem, dass im Ereignisfall das Fachwissen der Linienstellen direkt einbezogen werden kann und daher keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich sind. Wichtig für ein effektives Krisenmanagement ist darüber hinaus, dass beim Übergang in eine Krisenlage mit denselben Strukturen gearbeitet werden kann.

Allerdings weist die Krisenmanagementorganisation nach wie vor Schwachstellen auf. Zwar wurde mit dem Stab SiA eine Koordinations- und Schnittstelle als Kern eines ganzheitlichen, nationalen Krisenmanagementsystems auf der Stufe Bund gebildet. Doch ein reibungsloser Ablauf der vorgesehenen Prozesse ist damit noch nicht gewährleistet. Problematisch erscheint, dass die strategische Führung für Krisenlagen im Bund geregelt ist, auf der operativen Ebene aber die Zuständigkeit bei den einzelnen Departementen liegt. Der Stab SiA und die LGSi besitzen keine Führungs- und Entscheidungskompetenz gegenüber den Linien der Bundesverwaltung, zudem kann Unterstützung in einer Krisenlage nicht aufgezwungen werden. Auch muss im Krisenfall beim vorgesehenen Aufwuchs des Stabs SiA zu einem Krisenstab durch das Einbeziehen von Fachleuten aus der Bundesverwaltung mit Umsetzungsschwierigkeiten gerechnet werden, denn dieselben Expertinnen und Experten werden während einer Krise in den betroffenen Departementen selbst für die departementsinternen Krisenstäbe benötigt. Die Tatsache, dass die Zuständigkeiten auf verschiedene Departemente verteilt sind, führt weiter dazu, dass es für die Kantone mehrere Ansprechpartner gibt. Daraus ergeben

sich in der Praxis immer noch Probleme bei der Koordination zwischen den verschiedenen Bundesstellen und auch zwischen Bund und Kantonen.<sup>20</sup>

Aufgrund der föderalistischen Strukturen der Schweiz stehen bei vielen Krisenszenarien zuerst die Kantone in der Verantwortung. Auf der interkantonalen Ebene bestehen zwar Mechanismen und Absprachen insbesondere über die Plattform der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) und auch über die Arbeitsgruppe Gesamtschweizerische Interkantonalen Polizeieinsätze bei besonderen Ereignissen (GIP). Es existiert jedoch keine interkantonale Organisation im Bereich des Krisenmanagements. Darüber hinaus ist der Zeitpunkt, ab welchem bei grösseren Krisen die Verantwortung an den Bund übergeben werden soll, nicht klar formuliert. Der SIPOL B 2000 definiert wenig präzise, dass die «Koordinations- und Führungsebene Bund» dann zum Tragen kommt, wenn mehrere Kantone, das ganze Land oder das benachbarte Ausland in einer Art betroffen sind, die eine übergeordnete Führung erfordert.<sup>21</sup>

Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich aus der Tatsache, dass auch das Konzept der nationalen Sicherheitskooperation, das auf der operativen Ebene die für die Sicherheit der Schweiz zuständigen Institutionen und Behörden aller Stufen mit dem Ziel der Prävention und Bewältigung von Gefahren zusammenführen soll, noch in das entstehende ganzheitliche Krisenmanagementsystem integriert werden muss. Dazu gehören so verschiedene Akteure wie der Bevölkerungsschutz mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) als wesentliches Element der Sicherheitskooperation, die Armee im Rahmen von subsidiären Einsätzen und Raumsicherung, staatliche Institutionen und nicht zuletzt private Unternehmen.<sup>22</sup> Dabei dürfte die Hauptschwierigkeit in der Zusammenfassung von verschiedenen dezentralisierten, bereits vorhandenen Führungsorganisationen und Führungsprozessen bestehen.

20 Strategisches Krisenmanagement: Trends und Konzepte. *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 23. Zürich: Center for Security Studies, November 2007. [http://www.ssn.ethz.ch/forschung/css\\_analysen/details.cfm?lng=de&id=44433](http://www.ssn.ethz.ch/forschung/css_analysen/details.cfm?lng=de&id=44433).

21 Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999, S. 61 und S. 73.

22 Im Schatten der Armee. Der Bevölkerungsschutz braucht ein schärferes Profil. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 27. März 2008.

Angesichts der geschilderten Problemlagen ringt die Schweiz weiterhin um ein kohärentes Konzept im Bereich des strategischen Krisenmanagements. Während anfänglich prozessorientierte Elemente den Strukturanpassungsprozess dominierten, rückten die von den Bundesräten Villiger und Schmid ausgelösten sicherheitspolitischen Diskurse die institutionelle Lösung in den Vordergrund. Heute prägen verschiedene, nur teilweise aufeinander abgestimmte Lösungsansätze die Debatte. Das Parlament hat sich in seinen beiden Kammern für die von Bundesrat Schmid propagierte institutionelle Variante entschieden. Mit der Zustimmung zur Schaffung eines Sicherheitsdepartements, das die Schnittstellen der zahlreichen involvierten Bundesstellen vermindern, die Synergien stärken sowie als klare Ansprechstelle für die Kantone fungieren sollte, setzte das Parlament im September 2007 ein starkes Zeichen und forderte den Bundesrat auf, zentrale sicherheitsrelevante Instrumente (Armee, Polizei, Grenzwehr und Nachrichtendienste) in einem Departement zusammenzuführen.<sup>23</sup>

Dem Auftrag des Parlaments ist der Bundesrat in seiner diesbezüglichen Klausursitzung am 21. Mai 2008 nur insofern nachgekommen als er entschied, die nachrichtendienstlich relevanten Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) vom EJPD in das VBS zu transferieren und damit die zivilen Nachrichtendienste, wie seit langem vom Parlament gefordert, einem Departement zu unterstellen. Zwecks einer besseren Führung in Krisenlagen wurde der Chef VBS zugleich beauftragt und ermächtigt, die Koordination im Bereich Sicherheitspolitik in Kooperation mit den betroffenen Bundesstellen und den Kantonen umfassend sicherzustellen.<sup>24</sup> Zwar kann damit das VBS als ein Sicherheitsdepartement «light» betrachtet werden, das Pendel in der sicherheitspolitischen Debatte hat aber mit dem Entscheid des Bundesrats de facto wieder in Richtung eines prozessorientierten Systems des strategischen Krisenmanagements zurückgeschlagen.

23 Weitere Unterstützung für ein Sicherheitsdepartement. Beschluss einer Ratskommission. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. September 2007; Ausserdem im Parlament. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 28. September 2007.

24 Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) wechseln vom EJPD zum VBS. <http://www.news.admin.ch.message/index.html?lang=de>, 22.05.2008.

### 3 DER ENTSCHEID DES BUNDESRATS: FAZIT UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Eine politische Entscheidung über die Strukturen und Instrumente eines ganzheitlichen Krisenmanagementsystems sollte vor dem Hintergrund des sicherheitspolitischen Umfelds der Schweiz, der gegenwärtigen Bedrohungslage und der spezifischen Beschaffenheiten des schweizerischen politischen Systems getroffen werden. Die zunehmende Komplexität des sicherheitspolitischen Umfelds und die damit verbundenen wachsenden Abhängigkeiten von internationalen Entwicklungen verlangen mehr denn je nach einer kohärenten sicherheitspolitischen Strategie, ungeteilten Verantwortlichkeiten und klar definierten Zuständigkeiten im Bereich des strategischen Krisenmanagements. Dabei sind allerdings die konstant bleibenden sicherheitspolitisch relevanten Parameter in der Schweiz zu berücksichtigen. Dazu gehören die föderalistischen Strukturen, knappe Ressourcen, die Aufträge der Armee und die demographische Entwicklung. Erst vor diesem Hintergrund können Lösungen definiert werden, welche die Entwicklung von entsprechenden Fähigkeiten zur Krisenbewältigung ermöglichen und gleichzeitig dem föderalistischen Grundsatz «so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig» gerecht werden. Diese Faktoren kommen im Entscheid des Bundesrats zum Tragen.

Mit seinem Entscheid hat der Bundesrat einen weiteren, wenn auch bescheidenen Schritt in Richtung eines funktionierenden nationalen Sicherheitsverbunds gemacht, wobei eine Reihe von Fragen nach wie vor offen bleibt. Für das Krisenmanagementsystem der Schweiz, welches unter den Bedingungen des föderalistischen Staates funktionieren muss, ergeben sich daraus einige Schlussfolgerungen.

*Erstens* hat der Bundesrat der Schaffung eines Sicherheitsdepartements zwar letztlich nicht zustimmen wollen, gleichzeitig wurde der Chef VBS jedoch damit beauftragt, die Koordination im Bereich Sicherheitspolitik in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesstellen und Kantonen umfassend sicherzustellen. Das VBS hat somit den Auftrag, bei der Ausgestaltung dieser Querschnittsaufgabe im Rahmen eines ganzheitlichen und umfassenden Krisenmanagementprozesses die Federführung zu übernehmen. Dem Vorsteher des VBS wurde damit neu die Kompetenz übertragen, die notwendigen Prozesse in die Wege zu leiten, um mit den betroffenen Departementen Leis-

tungsvereinbarungen für die benötigten Projekte abzuschliessen und Führungsabläufe mit den Kantonen zu definieren. Damit kann die gegenwärtige Lösung als eine Mischform aus prozessorientierten und institutionellen Formen eines Krisenmanagementsystems<sup>25</sup> betrachtet werden, die der Idee eines Sicherheitsdepartements zwar nahe kommt, sich aber gleichzeitig verstärkt auf prozessorientierte Elemente abstützt.<sup>26</sup> Allerdings ist es noch unklar, wie die zu vereinbarenden Projektaufträge mit den betroffenen Departementen ausgestaltet werden sollen und ob die erhoffte Verbesserung der Führung in Krisenfällen in der Praxis erreicht werden kann.

*Zweitens* stellt sich die Frage nach der Beschaffenheit der Führungsstrukturen innerhalb des VBS selbst. Aus den im VBS versammelten wichtigen Elementen des nationalen Sicherheits- und Nachrichtenverbundes, darunter die Nationale Alarmzentrale (NAZ) und neu das Bundeslagezentrum, liesse sich aus der Sicht des VBS ein wirkungsvolles Instrument des Krisenmanagements formen. Dabei ist allerdings noch offen, ob diese Strukturen von den anderen Departementen, von den Kantonen und von der Politik akzeptiert würden.

*Drittens* stellt sich im Hinblick auf die Sicherstellung einer besseren Koordination und Kooperation zwischen den Bundesstellen und den Kantonen die Frage, mit welchen Mitteln diese erreicht werden soll. Zentral für diese Zusammenarbeit ist die Ausgestaltung der Nationalen Sicherheitskooperation. Vorderhand bleibt die Grundproblematik bestehen, dass auf Stufe Bund mehrere Ansprechpartner existieren. Abhilfe könnte hier die Etablierung professioneller Strukturen schaffen. Beispielsweise könnte ein Lenkungsstab eingerichtet werden, der als Koordinierungsorgan für die Kantone und gleichzeitig als zentrale Ansprechstelle auf der Stufe Bund fungieren würde. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang auch, einem der bereits bestehenden Koordinierungsorgane die zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Kompetenzen zu erteilen. Letztlich entscheidend ist dabei, dass die Strukturen auf strategischer und operativer Ebene harmonisch ineinander greifen.

25 Ausführlich zu den prozessorientierten und institutionellen Ansätzen eines Krisenmanagementsystems vgl. Doktor, Christoph. Krisenmanagement im Wandel: Grundlagen, konzeptionelle Weiterentwicklungen und aktuelle Trends. In: *Bulletin 2007 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2007, S. 11–39.

26 *Ein Testfall für die nationale Sicherheitskooperation*. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Juni 2008.

*Viertens* spielt die Verstärkung der Früherkennung bei der Verkürzung der Krisenreaktionszeit eine zentrale Rolle. Es bleibt abzuwarten, ob die im Zusammenhang mit dem vom Bundesrat beschlossenen Transfer der nachrichtendienstlich relevanten Teile des Dienstes für Analyse und Prävention vom EJPD in das VBS erwarteten Effizienzgewinne bei der Früherkennung von Bedrohungen tatsächlich eintreten werden. Vor dem Übergang vom EJPD zum VBS müssen zudem die zu übertragenden Teile des DAP erst identifiziert und definiert werden. Darüber hinaus werden zwischen den betroffenen Departementen Leistungsvereinbarungen zu schliessen sein, um den Informationsfluss von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, etwa im Bereich der organisierten Kriminalität, vom VBS zum EJPD zu sichern.

Einige wichtige Elemente des modernen strategischen Krisenmanagements wurden in den Entscheid des Bundesrats nicht aufgenommen. Unbeantwortet liess der Bundesrat die Frage nach den Schnittstellen zu nicht-staatlichen und privaten Akteuren. Auch dieser wichtige Bereich muss in eine effektive Krisenmanagementorganisation einbezogen und koordiniert werden. 80 bis 90 Prozent der wichtigen bzw. kritischen Infrastrukturen befinden sich in privaten Händen, dazu gehören unter anderem Telekommunikationsunternehmen, Stromversorger, SBB und grosse Lebensmittelversorger. Die Einbindung und die Kooperation mit dem Privatsektor sind im Krisenfall unabdingbar und für einen ganzheitlichen Krisenmanagementprozess essentiell. Beides kann entweder mittels so genannter *Public-Private-Partnerships* (PPP) oder in Form von sich selbst regulierenden Netzwerken im Rahmen des Governance-Ansatzes, bei welchen der Staat die Koordination der Netzwerke im Sinne der zu erfüllenden Aufgabe sicherstellt, realisiert werden.<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang müssen Verantwortlichkeiten geklärt und Prozesse definiert werden.

Darüber hinaus hätte mit der Zusammenlegung der zivilen Nachrichtendienste ein Klärungsprozess bezüglich der Rolle und der Verankerung von OSINT (*Open Source Intelligence*) in der Schweiz angestossen werden können. Es existiert nach wie vor keine Strategie, welche die Aktivitäten in diesem zunehmend wichtigen Bereich der nachrichtendienstlichen Arbeit beschrei-

27 Zu Grenzen des *Public-Private-Partnership*-Konzepts und den Vorteilen des *Governance*-Ansatzes vgl. den Beitrag von Myriam Dunn Cavelty und Manuel Suter in diesem Bulletin.



ben, politische Koordination festlegen sowie Rollen und Verantwortlichkeiten definieren würde. Hier gilt es einen klaren Rahmen vorzugeben und die benötigten Infrastrukturen zu schaffen.<sup>28</sup>

Weiter ist eine umfassende Risikoanalyse nötig, welche die Zusammenhänge mit dem europäischen Umfeld und globalen Entwicklungen berücksichtigt. Die bereits existierenden Szenarien für Krisenfälle, wie etwa ein Anschlag mit der so genannten «Schmutzigen Bombe», müssen kontinuierlich aktualisiert und professionell ausgewertet werden. Dazu gehört nicht zuletzt, dass die Ursachen und Auswirkungen der Risiken im internationalen Kontext eingeordnet werden. Die Auswertungsergebnisse sollten in die Übungskonzepte einfließen und sicherheitspolitische Übungen vermehrt durchgeführt werden. Gleiches gilt für die Erfahrungen und Erkenntnisse aus Krisenmanagementkonzepten bei Grossereignissen wie der Euro 2008. Darüber hinaus muss der Wissenstransfer gesichert werden.

Schliesslich muss es darum gehen, ein Krisenbewusstsein bei den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung und nicht zuletzt in der Bevölkerung zu schaffen. Eine professionelle Krisenkommunikation ist dazu unabdingbar. Verantwortung und Führung im Bereich der Krisenkommunikation sind daher eindeutig zu definieren und zuzuordnen.

28 Vgl. dazu Open Source Intelligence: Neues nachrichtendienstliches Paradigma? *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 32. Zürich: Center for Security Studies, April 2008. [http://www.ssn.ethz.ch/forschung/css\\_analysen/details.cfm?lng=de&cid=49836](http://www.ssn.ethz.ch/forschung/css_analysen/details.cfm?lng=de&cid=49836).



# PERSONALKNAPPHEIT BEIM SCHWEIZERISCHEN BERUFSMILITÄR: REKRUTIERUNGSSTRATEGIEN EUROPÄISCHER STAATEN

von Tibor Szvircsev Tresch

## EINLEITUNG

Die Schweizer Armee sieht sich zunehmenden Personalschwierigkeiten beim Berufsmilitär gegenüber. Bisher gelang es nicht, genügend Milizkader für den militärischen Beruf zu motivieren, und zugleich kündigten in den letzten Jahren überdurchschnittlich viele Berufskader und wanderten in die Privatwirtschaft oder in die zivile Verwaltung ab. Deshalb bezeichnete der damalige Chef der Schweizer Armee (CdA), Korpskommandant (KKdt) Christophe Keckeis, die erfolgreiche Rekrutierung von militärischem Berufspersonal in einem Interview im Juni 2007 als eine in seiner Amtszeit nicht gelöste Problematik.<sup>1</sup>

Bereits der Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 10. Oktober 2006 zur Umsetzung der Armee XXI im Bereich der Ausbildung hatte auf die kritische Situation beim Personal hingewiesen: «Laut Schätzung des Chefs der Armee fehlen für eine einwandfrei funktionierende Armee XXI insgesamt rund 450 Berufsmilitärs.»<sup>2</sup> Am 11. April 2008 sprach auch der neue CdA, KKdt Roland Nef, an einer Generalversammlung des militärischen Berufskaders die ungebrochen hohe Kündigungswelle unter Berufsoffizieren und -unteroffizieren an. Der CdA begründete die Abwanderung mit den gestiegenen Anforderungen an die Berufsmilitärs bei sinkenden (Lohn-)Leistungen, eingeschränkteren Karriereaussichten und einem zu-

\* Der Autor dankt Andreas Wenger, Victor Mauer und Daniel Trachsler für die wertvollen Kommentare und die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts.

1 Foppa, Daniel. «Wir sind in Afrika willkommen.» In: *Tages Anzeiger*, 16. Juni 2007.

2 Umsetzung der Armee XXI im Bereich der Ausbildung. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 10. Oktober 2006, S. 2993, nachfolgend zitiert als Umsetzung der Armee XXI. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/2987.pdf>.

nehmenden Konkurrenz- und Wettbewerbskampf mit der Privatwirtschaft um Personal.<sup>3</sup>

Um Lösungen für ihre Personalprobleme zu finden, führte die Armee von 2005 bis 2007 das Projekt «Weiterentwicklung des Berufsbildes für das militärische Personal» durch. Die Verantwortlichen des Projektes arbeiteten Vorschläge aus, wie in Zukunft Rekrutierungs- und Personalschwierigkeiten entgegnet werden könnten. Sie schlugen Neuerungen für die Berufskaderaus- bildung vor, die teilweise schon umgesetzt wurden, wie als Beispiel die Ein- führung der Militärschule 1 (MS 1) an der Militärakademie an der ETHZ (MILAK). Ob die Neuerungen die Engpässe beim militärischen Berufspersonal beheben können, muss sich erst noch zeigen.

Die Schweizer Armee stützt sich auf Wehrpflichtige ab, die als potenzielle Kandidaten für militärische Berufe gelten; dennoch besteht ein Unterbestand an Berufspersonal. Wenn es schon der Schweizer Armee nicht gelingt, aus dem Pool der Wehrpflichtigen genügend Personal zu rekrutieren, wie gehen dann Freiwilligenstreitkräfte, die ihr Personal gänzlich auf dem Arbeitsmarkt beschaffen müssen, mit diesen Herausforderungen um? Welche Strategien wenden diese an, um eine erfolgreiche Personalrekrutierung zu verwirklichen? Diesen Fragen wird im Artikel mittels drei Fallstudien zu den Freiwilligenstreitkräften von Belgien, den Niederlanden und Slowenien nachgegangen. Nach Aussetzung der Wehrpflicht<sup>4</sup> liegen erste Erfahrungen aus ihren Rekrutierungsbemühungen vor. Dabei interessiert vor allem, inwiefern diese Erfahrungen für die Schweiz genutzt werden können, um die Lücken im Berufscorps zu schliessen. Zudem ist von Interesse, ob eine weitere Professionalisierung der Schweizer Armee überhaupt erfolgreich durchgeführt werden könnte.

Die Gründe für die Auswahl der drei untersuchten Länder sind folgende: Gemäss dem *World Values Survey* von Roland Inglehart<sup>5</sup> weisen Belgien, die Niederlande, Slowenien und die Schweiz ähnliche gesellschaftliche Werte- und Normenauffassungen auf. Ausser Belgien haben die ausgewählten Länder zudem eine wesentlich tiefere Jugendarbeitslosigkeit als der euro-

3 Abegglen, Christoph. Anhaltende Krisenlage beim militärischen Berufspersonal. In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* 5 (2008), S. 55.

4 Belgien 1993, die Niederlande 1996, Slowenien 2003.

5 World Values Survey (o.A.). <http://www.worldvaluessurvey.org/>.

päische Durchschnitt.<sup>6</sup> Belgien und die Niederlande waren die ersten Staaten in Kontinentaleuropa, welche die Wehrpflicht aussetzten. Diese Länder mussten sich am längsten mit der Rekrutierung Freiwilliger auseinandersetzen und konnten dementsprechend in der letzten Dekade wertvolle Erfahrungen sammeln.<sup>7</sup> Mit einem Anteil von 17 Prozent an ethnischen Minderheiten<sup>8</sup> sind die Niederlande demographisch mit der Schweiz vergleichbar. Belgien ist insofern interessant für die Schweiz, da es auf einem föderalistischen Staatssystem aufgebaut ist und mehrere Sprachgruppen und Bevölkerungsteile (flämisch, wallonisch, deutsch) aufweist. Für den Vergleich mit Slowenien spricht, dass es bei der Staatsgründung 1991 noch über eine Territorialarmee verfügte, welche sich im zehntägigen Krieg gegen die jugoslawischen Streitkräfte behaupten konnte. Aus dieser Territorialarmee, die Ähnlichkeiten mit der Schweizer Miliz aufwies, wurde die slowenische Streitkraft gebildet. Slowenien war zudem das erste osteuropäische Land, das die Wehrpflicht aussetzte und nur noch Freiwillige für die Streitkräfte rekrutierte.

- 6 Siehe Arbeitslosenquoten für Belgien, Niederlande, Slowenien unter eurostat: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1996,39140985&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND\\_EMPLOI&root=STRIND\\_EMPLOI/emploi/em071](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em071). Für die Arbeitslosenquote der Schweiz: Schweizerische Arbeitsmarktstatistik. <http://www.amstat.ch/infospc/public/standardreports.jsp?lingua=de&call=viador>.
- 7 Bos-Bakx, Miepke/Soeters, Joseph. The Professionalization of the Netherlands' Armed Forces. In: Malešič, Marjan (Hrsg.). *Conscription vs. All-Volunteer Forces in Europe*. Militär und Sozialwissenschaften 33. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2003, S. 83–99; Moelker, René/Olsthoorn, Peter/Bos-Bakx, Miepke/Soeters, Joseph. *From Conscription to Expeditionary Armed Forces: Trends in the Professionalisation of the Royal Netherlands Armed Forces*. Research Paper FMB 05-70. Breda: Royal Netherlands Military Academy, Faculty of Military Sciences, 2005; Van de Ven, Cyril/van Gelooven, Renier. *Early Attrition in the Netherlands' Armed Forces, a New Monitor*. The Hague: Netherlands Defence Services Centre Behavioural Sciences, 2006; NATO Research and Technology Organisation, Task Group HFM-107. *Recruiting and Retention of Military Personnel. Final Report of Research Task Group HFM-107*. France: Neuilly-Sur-Seine Cedex, Oktober 2007; Belgium – National Report 2005. *Situation of the Year 2004*. [http://www.nato.int/ims/2005/win/national\\_reports/belgium.pdf](http://www.nato.int/ims/2005/win/national_reports/belgium.pdf); Cohn, Lindsay P. *Who Will Serve? Education, Labor Markets, and Military Personnel Policy*. Diss. Department of Political Science in the Graduate School of Duke University, 2007; Manigart, Philippe. The Professionalization of the Belgian Armed Forces. In: Malešič, *Conscription vs. All-Volunteer Forces in Europe*, S. 133–149; Schreurs, Bert. *«I think they misled me»: About the Information Value of Recruitment and Selection*. Belgium: Belgian Ministry of Defense, 2004. <http://www.internationalmta.org/Documents/2004/2004021P.pdf>.
- 8 Central Intelligence Agency. The 2008 World Factbook, 2008. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>.

Im Rahmen der vorliegenden Studie führte der Autor im Winter 2007/08 in den drei ausgewählten Staaten mündliche Experteninterviews zu Aspekten der Personalgewinnung und -bindung durch. Interviewt wurden Sozialwissenschaftler<sup>9</sup> von Militärakademien oder Universitäten, Rekrutierungsverantwortliche sowie Angestellte des Verteidigungsdepartements, die sich mit der Rekrutierung und der Personalbindung beschäftigen oder als Berufsoffiziere tätig sind. Die interviewten Partner werden im Artikel nicht namentlich genannt, da ihnen Anonymität zugesichert wurde. In den Fallanalysen geht es vielmehr darum, verschiedene Expertenmeinungen pro Land zusammenfassend darzustellen und mit Befunden aus der wissenschaftlichen Literatur zu ergänzen.

Das erste Kapitel des Artikels thematisiert allgemein die Personalgewinnung in Streitkräften und zeigt auf, dass die Rekrutierung Freiwilliger generell kritisch ist. Dabei hat sich die Problematik in den letzten Jahren speziell in jenen europäischen Staaten qualitativ verändert, welche die Wehrpflicht aussetzten. Im zweiten Kapitel wird die Personalgewinnung in Belgien, in den Niederlanden und in Slowenien betrachtet, um im dritten Kapitel Gemeinsamkeiten und Differenzen herausarbeiten und analysieren zu können. Daran anschliessend diskutiert Kapitel 4 die Schwierigkeiten der Personalgewinnung und -bindung in der Schweizer Armee. Der abschliessende fünfte Teil leitet aus den Fallanalysen mögliche Massnahmen für die Schweiz ab.

## 1 HERAUSFORDERUNGEN BEI DER REKRUTIERUNG UND MITARBEITERBINDUNG IN STREITKRÄFTEN

Die Aussetzung der Wehrpflicht in Belgien 1993 und in den Niederlanden 1996 führte dazu, dass der Aspekt der Freiwilligenrekrutierung im europäischen Kontext vermehrt Beachtung gewann. Die Entwicklung stellte die europäischen Streitkräfte vor neue Herausforderungen bei der Personalge-

9 Bei der Verwendung männlicher Bezeichnungen ist jeweils die weibliche Form miteinbezogen.

winnung.<sup>10</sup> Diese lassen sich auf einer gesellschaftlichen und einer ökonomischen Ebene beschreiben. Auf der gesellschaftlichen Ebene spielte die demographische Veränderung der europäischen Gesellschaften eine wesentliche Rolle. Die Verkleinerung der für den Militärdienst bevorzugten Altersgruppe bewirkte einen Personaldruck in den Streitkräften. Zusätzlich beeinflusste der gesellschaftliche Wertewandel die Akzeptanz und das Prestige der Streitkräfte, da zunehmend eine Inkongruenz zwischen vorherrschenden gesellschaftlichen Werten und militärischer Kultur entstand. Dies wirkte sich auf die Rekrutierung aus, denn das Ansehen der Organisation Militär hat für die Neigung junger Menschen, einen militärischen Beruf ins Auge zu fassen, einen wesentlichen Einfluss. Eine positive Einstellung zu den Streitkräften scheint die entscheidende Voraussetzung für das Interesse junger Menschen am Militär zu sein.<sup>11</sup> Allgemein lässt sich feststellen, dass das Interesse am Soldatenberuf bei Männern grösser ist als bei Frauen und mit steigendem Alter sowie höherer schulischer Bildung abnimmt.<sup>12</sup> Mit dem Übergang in eine postmoderne Gesellschaft veränderte sich auch die Bedrohungswahrnehmung. Die persönliche Betroffenheit von Krankheit, Arbeitslosigkeit und lokalen Umweltschäden übertrifft bei weitem die im heutigen europäischen Umfeld drastisch minimierte militärische Bedrohung.<sup>13</sup> Der persönliche Einsatz für das Gut «öffentliche Sicherheit» nahm deshalb zunehmend ab.

- 10 Die Personalgewinnung, auch als Rekrutierung bezeichnet, hat zum Ziel, «das Unternehmen bedarfsgerecht und kostengünstig mit potenziellen Arbeitskräften nicht nur für einen derzeitigen Personalbedarf, sondern auch mit Blick auf zukünftige, unternehmensstrategische Entwicklungen zu versorgen.» Oechsler, Walter A. *Personal und Arbeit. Grundlagen des Human Resource Management und der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen*. 7., grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage. München: R. Oldenbourg Verlag, 2000, S. 238.
- 11 Bulmahn, Thomas. Berufswunsch Soldat: Interessen und Motive. In: Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (Hrsg.). *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, S. 451–461.
- 12 Siehe dazu auch die gross angelegte Studie zu «*Enlistment Propensity*» in den USA: Wilson, Michael J./Greenlees, James B./Hagerty, Tracey/v. Helba, Cynthia/Hintze, Wayne. *Youth Attitude Tracking Study 1999. Propensity and Advertising Report*. Arlington: Defense Manpower Data Center, 1999. Die neusten Studien in Deutschland bestätigen diesen Sachverhalt: Bulmahn, Thomas. *Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr. Ergebnisse der Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr*. Strausberg: SOWI, 2007.
- 13 Haltiner, Karl W./Wenger, Andreas/Würmli, Silvia/Wenger, Urs. *Sicherheit 2007: Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich: Center for Security Studies der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich, 2007; Micewski, Edwin R./Schörner, Barbara. Streitkräfte in der Postmoderne. In: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 3 (2007), S. 271–280, hier S. 275.

Auf der ökonomischen Ebene sind die Streitkräfte mit der aktuellen Arbeitsmarktsituation konfrontiert. Sie müssen auf dem freien Arbeitsmarkt mit der Privatwirtschaft um geeignete Personen konkurrieren. Dabei können sie bei den finanziellen und auch bei den nicht-monetären Anreizen häufig nicht mithalten. Vor allem bei geringer Arbeitslosigkeit und starker Wirtschaftskraft akzentuiert sich der Konkurrenzkampf und eine erfolgreiche Personalgewinnung wird für die Streitkräfte schwieriger.<sup>14</sup> Das Auftauchen von Rekrutierungsproblemen bei Freiwilligenstreitkräften als Folge wirtschaftlicher Entwicklungen ist kein neues Phänomen. Bereits in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts zeigten sich erhebliche Schwierigkeiten für die US-Streitkräfte beim Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft 1973.<sup>15</sup> Auch andere Nato-Mitgliedsländer beschäftigten sich zu Beginn der achtziger Jahre ausführlich mit diesen Problemen der Arbeitsmarktpolitik.<sup>16</sup>

Am schwierigsten präsentiert sich die Situation für die Freiwilligenstreitkräfte tendenziell bei spezialisierten Arbeitskräften.<sup>17</sup> Dies ist unter anderem ein Grund dafür, dass einige Staaten auch qualifizierte ausländische Interessierte in ihre Streitkräfte zulassen. So rekrutieren die Streitkräfte von Belgien und Luxemburg auch andere EU-Bürger und Spanien integriert spanisch sprechende Bürger aus Südamerika in seine Armee. Auch Irland, Grossbritannien und Frankreich beschäftigen schon seit langem Staatsangehörige anderer Staaten.<sup>18</sup>

14 Cohn, *Who Will Serve?*, S. 322.

15 Doorn, Jacques van. Der Niedergang der Massenarmee – Allgemeine Überlegungen. In: *Beiträge zur Konfliktforschung 1* (1976), S. 51–62; Cailleteau, François. Le recrutement d'une armée de métier. In: Boëne, Bernard/Martin, Michel Louis. *Conscription et armée de métier*. Paris : FEDN, 1991, S. 252–266; Gilroy, Curtis L./Phillips, Robert L./Blair, John D. The All-Volunteer Army: Fifteen Years Later. In: *Armed Forces & Society*, 16 (1990), Nr. 3, S. 329–350.

16 North Atlantic Assembly Papers. *Manpower Issues for NATO. Recruitment, Retention, Reserves*. Brussels: The North Atlantic Assembly, 1983.

17 Jackwerth, Christoph. Ökonomische Aspekte eines Vergleiches unterschiedlicher Wehrsysteme. In: *Österreichische Militärische Zeitschrift 4* (1998), S. 375–382, hier S. 378; Ministry of Defence. *Recruitment and Retention in the Armed Forces. Report by the Comptroller and Auditor General*. London: National Audit Office NAO, 3. November 2006. [http://www.nao.org.uk/publications/nao\\_reports/05-06/05061633-1.pdf](http://www.nao.org.uk/publications/nao_reports/05-06/05061633-1.pdf); Harding, Thomas. Britain Almost out of Troops. In: *Telegraph.co.uk*, 24. Juli 2007; NATO Research and Technology Organisation, *Recruiting and Retention of Military Personal*.

18 Bender, Bryan. A U.S. Military 'at breaking point' Considers Foreign Recruits. In: *International Herald Tribune Americas*, 26. Dezember, 2006.



Nach dem Ende des Kalten Krieges bauten viele Streitkräfte Personalüberbestände ab, deshalb war die Problematik der Rekrutierung in europäischen Staaten lange Zeit nicht offensichtlich.<sup>19</sup> Zugleich bildeten die letzten Wehrpflichtigen ein Rekrutierungsreservoir für die im Aufbau befindlichen Freiwilligenstreitkräfte. Nach der Beendigung dieser Strukturanpassungen gestaltete sich die Rekrutierung militärischen Personals in Europa zunehmend schwierig. Wie die Streitkräfte aus den drei europäischen Ländern Belgien, Niederlande und Slowenien mit diesen Herausforderungen umgehen, zeigen die folgenden Fallstudien.

## 2 FALLSTUDIEN: BELGIEN, DIE NIEDERLANDE UND SLOWENIEN

Die vorliegenden Fallstudien analysieren die Rekrutierungsbemühungen der Streitkräfte Belgiens, der Niederlande und Sloweniens. Dabei wird auf die allgemeine Personalsituation eingegangen und es werden spezifische Themenkreise wie Ansehen der Streitkräfte, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem zivilen Arbeitsmarkt, die Gründe für den Eintritt in die Streitkräfte, die unterschiedlichen Anreizsysteme und der jeweilige Rekrutierungsvorgang angesprochen.

### 2.1 BELGIEN: PERSONALBINDUNG UND ÜBERALTERUNG ALS HERAUSFORDERUNG

Belgien kämpft seit der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft<sup>20</sup> mit dem Problem der Überalterung des Kaders.<sup>21</sup> Die Streitkräfte reduzierten nach

- 19 Jehn, Christopher/Selden, Zachary. The End of Conscription in Europe. In: *Contemporary Economic Policy* 20 (2002), Nr. 2, S. 93–100; Malešič, Marjan. *Comparative Analysis of Manning the Armed Forces in Europe*. University of Ljubljana: Obramboslovni raziskovalni center, 2002; Szvircev Tresch, Tibor. *Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003*. Diss. Universität Zürich. Zürich, 2005.
- 20 Die belgischen Streitkräfte sind in Heer, Luftwaffe und Marine unterteilt. Zudem gibt es ein eigenständiges medizinisches Korps. Im Jahr 2006 zählten die belgischen Streitkräfte 38 626 Personen.
- 21 Deheyder, Leo. Die neue Wehrstruktur in Belgien. In: Steinkamm, Armin A./Schössler, Dietmar (Hrsg.). *Wehrhafte Demokratie 2000. Zu Wehrpflicht und Wehrstruktur*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999, S. 152–161.

dem Systemwechsel kontinuierlich den Personalbestand. Doch die Offiziere geniessen eine Lebensanstellung und verliessen die Streitkräfte deshalb nur zögerlich. Die Konsequenz daraus ist, dass der Organisation nicht genügend junge Menschen beitreten, da die bewilligten Stellenkontingente durch ältere Kadermitarbeiter besetzt sind.<sup>22</sup> Daneben sind die belgischen Streitkräfte mit dem Problem konfrontiert, dass viele Armeeangehörige frühzeitig aus dem Militärdienst ausscheiden. Rund 40 Prozent der Soldaten brechen ihren Dienst in den ersten beiden Jahren ab. In den meisten Fällen scheitern sie während der viermonatigen Grundausbildung aus physischen oder psychischen Gründen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz der belgischen Streitkräfte beurteilten die Experten als durchschnittlich bis ziemlich gut. Positionierten sich die Streitkräfte in den achtziger Jahren auf einer Vertrauensskala jeweils am Schluss von zehn Institutionen, rückten die Streitkräfte Ende 2005 auf den zweiten Platz vor. Die Umstellung von der Wehrpflicht- auf eine Freiwilligenarmee beeinflusste dies wesentlich. Breite Kreise der Bevölkerung nahmen die damit einhergehende Professionalisierung positiv auf. Zudem gewannen die Streitkräfte mit der Teilnahme an friedensunterstützenden Auslandseinsätzen weiteren Support in der Bevölkerung. Während die Institution Militär heute einen positiven Rückhalt in der Gesellschaft hat, bewertet die Bevölkerung das Prestige des militärischen Berufs tiefer, wobei Offiziere und Fachspezialisten überdurchschnittlich abschnitten.

Im Durchschnitt der letzten Jahre suchten die Streitkräfte in Belgien jährlich rund 300 Offiziere, etwa 400 Unteroffiziere und zwischen 700 und 900 Soldaten. Dabei bewerben sich auf eine frei werdende Offiziersstelle rund vier und auf Unteroffiziers- und Soldatenstellen jeweils ca. sechs Interessierte. Insgesamt werden die Rekrutierungsziele in der Regel knapp erreicht, wobei beträchtliche Unterschiede zwischen den Teilstreitkräften, den Rängen und Funktionen auftreten. Die Landstreitkräfte und die Luftwaffe können ihren Bedarf an Rekruten decken. Bei der Marine ist die Rekrutierung weniger erfolgreich. Langfristig betrachtet zeigen sich bei den Unteroffizieren

22 Lescreve, Francois/Schreurs, Bert. Recruiting and Retention of Military Personnel: Belgium. In: NATO Research and Technology Organisation, *Recruiting and Retention of Military Personnel*, S. 2A-1–2A-9.

die grössten Engpässe für die belgische Armee. Ebenfalls kritisch ist die Anwerbung von genügend Infanteriesoldaten. Auch die Rekrutierung von Fachspezialisten (medizinisches Personal, Computerexperten, *Special Forces*, etc.) bereitet Schwierigkeiten.

Alle Interviewpartner in Belgien wiesen auf den direkten Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichem Wachstum und Rekrutierungserfolg hin. Deshalb gestaltet sich der Erfolg der Rekrutierung nach Landes-teilen unterschiedlich.<sup>23</sup> In Wallonien lassen sich im Unterschied zu Flandern auf Grund der höheren Jugendarbeitslosigkeit genügend junge Frauen und Männer finden. Doch da die belgischen Streitkräfte nach einer sprachlichen Quote rekrutieren (60 Prozent aus dem niederländischsprachigen, 40 Prozent aus dem französischsprachigen Teil), können sie einen Unterbestand in Flandern nicht durch einen Überbestand in Wallonien kompensieren. Als Folge der Rekrutierungsschwierigkeiten wurde 2003 ein Gesetz erlassen, welches auch EU-Bürgern ermöglicht, in den belgischen Streitkräften Dienst zu leisten.<sup>24</sup> 2007 stellten die Streitkräfte so 17 EU-Bürger ein. Dabei handelte es sich in den meisten Fällen um Niederländer, Franzosen und Deutsche.<sup>25</sup>

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes und ein regelmässiges Einkommen sind sowohl für Soldaten als auch für Offiziere zentrale Gründe für den Beitritt zu den Streitkräften.<sup>26</sup> Ein weiteres Motiv, vor allem auf Soldatenstufe, ist die Möglichkeit, Auslandseinsätze zu leisten und so Auslandserfahrung sammeln zu können. Dies wird mit beeinflusst von der Tatsache, dass die zusätzlich ausbezahlte Auslandzulage es jungen Frauen und Männern ermöglicht, ein überdurchschnittliches Einkommen zu erzielen. Intrinsische Motivationsgründe wie Patriotismus und Tradition waren dagegen in den Augen der interviewten Personen nur sekundär, wobei Personen aus dem französisch-

23 Ebd.

24 Loi du 27 mars 2003 relative au recrutement des militaires et au statut des musiciens militaires et modifiant diverses lois applicables au personnel de la Défense, Artikel 8. *Brussels Moniteur belge*, 30. April 2003. <http://www.staatsbladclip.be/lois/2003/04/30/loi-2003007119.html>.

25 EU-Bürger können sich für alle Positionen bewerben. Als Soldat müssen sie entweder die französische oder niederländische Sprache beherrschen. Deutsch, die dritte offizielle Sprache, genügt nicht, da die Streitkräfte die militärische Grundausbildung nur in den zwei Hauptsprachen anbieten. Offiziersanwärter müssen sowohl die französische als auch die niederländische Sprache beherrschen.

26 Siehe detailliert dazu Manigart, Philippe. Risks and Recruitment in Postmodern Armed Forces: The Case of Belgium. In: *Armed Forces & Society* 31 (2005), Nr. 4, S. 559–582.

sprachigen Teil Belgiens ein höherer Grad an Patriotismus und vor allem den Offiziersanwärtern mehr Traditionsbewusstsein zugesprochen wurde. Für Offiziere und Unteroffiziere gelten weiter gute Bildungsmöglichkeiten als zentral.

Wie läuft in Belgien der Rekrutierungsprozess ab? Die Teilstreitkräfte rekrutieren seit fünf Jahren gemeinsam. Regional verteilt gibt es elf *Maisons de la Défense*. In diesen Informationszentren erfolgt der erste Kontakt mit den interessierten Personen. Drei Rekrutierungsschritte finden dort statt (generelle und spezifische Information, Einschreibung und psychologischer Test), während der vierte Schritt zentral in Brüssel durchgeführt wird (Sporttest und medizinischer Test). Die Mehrzahl der interessierten jungen Frauen und Männer erfüllt die Rekrutierungsbedingungen. Zwischen 55 Prozent und 80 Prozent der Bewerber werden als diensttauglich eingestuft. Alle Kandidaten werden gemäss ihren Testergebnissen in eine Rangliste eingetragen und dann den zu vergebenden Stellen zugewiesen, d.h. es gilt nicht das *first come, first serve*-Prinzip. Der Selektionsprozess wird innerhalb einer kurzen Zeitspanne abgewickelt, so dass die Bewerber rasch wissen, ob sie den Streitkräften beitreten können oder nicht.

Das viermonatige Grundtraining für angehende Soldaten beginnt mit 18 Jahren. Jugendliche können aber schon mit 16 Jahren den Streitkräften beitreten.<sup>27</sup> Dabei besuchen sie eine weiterführende Schule mit allgemein bildenden Themen und haben auch Ausbildungseinheiten, die sich speziell mit Sicherheitspolitik und den Streitkräften auseinandersetzen. Eine Anstellung beim Militär setzt automatisch die Bereitschaft für einen Auslandseinsatz voraus.

Die belgischen Streitkräfte rekrutieren hauptsächlich über Internet, Zeitungsanzeigen und Fernsehsendungen. *Televox national* zeigt einmal pro Monat in einem 30-minütigen Video allgemeine Informationen zur Verteidigung und zu den Streitkräften.<sup>28</sup> Events wie *Air Shows* dienen zusätzlich dazu, das Prestige der Streitkräfte in der Gesellschaft zu erhöhen und Interesse zu wecken. Zudem bestehen enge Kooperationen mit Arbeitsvermittlungsstellen.

27 Die Webseite der belgischen Streitkräfte führt unter <http://www.mil.be/jobs/subject/index.asp?LAN=fr&ID=1090> die exakten Aufnahmebedingungen auf.

28 Siehe unter: <http://www.mil.be/ipr/subject/index.asp?LAN=fr&ID=1077>.

Die belgischen Streitkräfte wechseln auf Ende 2008 vom Modell der lebenslangen Anstellung zu einem gemischten Karrieresystem (*Concept de Carrière Mixte*). In diesem verbleiben die Angestellten nach zehn Jahren Militärdienst entweder im Militär oder sie können als Zivilperson in das Verteidigungsministerium übertreten. Die dritte und hier neue Möglichkeit ist, dass Angestellte den Staatsdienst nach zehn Jahren verlassen und einem neuen Beruf auf dem zivilen Arbeitsmarkt nachgehen. Dabei können sie von *Outplacement*-Programmen profitieren, die sie auf den Wiedereinstieg in das zivile Arbeitsleben vorbereiten. Die belgischen Streitkräfte verfolgen mit der Einführung des neuen Konzepts drei Ziele: die Altersstruktur des Personals soll verbessert, neue militärische und zivile Karriereperspektiven ermöglicht und die Attraktivität der Armee als Arbeitgeber gesteigert werden.

## 2.2 NIEDERLANDE: STARKE WIRTSCHAFT ALS URSACHE DER REKRUTIERUNGSPROBLEME

In den Niederlanden wirkte sich die gute wirtschaftliche Lage negativ auf den Rekrutierungserfolg der Streitkräfte aus.<sup>29</sup> Schon das Komitee Meijer, das 1992 eingesetzt wurde, um die möglichen Auswirkungen beim Übergang zu einer Freiwilligenstreitkraft zu untersuchen, sah voraus, dass es schwierig bis unmöglich sein würde, bei Hochkonjunktur genügend Personal zu rekrutieren.<sup>30</sup> Wie in Belgien können die Streitkräfte lohnmässig nicht mit der Privatwirtschaft konkurrieren, ausser wenn die Soldaten in Auslandmissionen tätig sind.

Die Streitkräfte haben zwar in der Gesellschaft in den letzten zwei Dekaden an Prestige gewonnen, doch eine eigentliche Militärtradition existiert nicht. Die Bevölkerung betrachtet militärische Berufe als eine Arbeit wie jede andere auch. Deshalb ist auch das frühzeitige Ausscheiden aus den Streitkräften mit 25 Prozent relativ hoch. Das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass es militärische Berufs- und Karrieremöglichkeiten gibt, ist nicht besonders ausgeprägt. Auf den Punkt gebracht kann gesagt werden, dass die

29 Die niederländischen Streitkräfte sind in vier Teilstreitkräfte gegliedert: Herr, Luftwaffe, Marine und *Marechaussee*. Die *Marechaussee* ist ein eigenständiger Teil der Streitkräfte und übt militärpolizeiliche Aufgaben aus. 2007 beschäftigten die Streitkräfte 49 088 Personen.

30 Moelker et al., *From Conscription to Expeditionary Armed Forces*, S. 13.

Unterstützung der Streitkräfte durch die Bevölkerung hoch, das Wissen über sie jedoch gering ist.

Seit 1996 konnten die Streitkräfte in den Niederlanden die planerischen Vorgaben für die Rekrutierung in keinem Jahr erfüllen. Der Rekrutierungserfolg schwankte zwischen 78 Prozent und 93 Prozent.<sup>31</sup> 2007 konnten die Landstreitkräfte und die Marine jeweils 70 Prozent, die Luftwaffe 90 Prozent des benötigten Personals gewinnen.<sup>32</sup> Die Interviewpartner äusserten deshalb die Befürchtung, dass bei anhaltendem Personalmangel die Erfüllung der operativen Aufgaben der Streitkräfte gefährdet sei.<sup>33</sup> Vor allem die Infanterie hat grosse Rekrutierungsschwierigkeiten. Aber auch die Gewinnung von technischem Personal bei der Marine und der Luftwaffe ist unbefriedigend.

Die Marine sieht sich mit einem doppelten Problem konfrontiert: Einerseits kann sie zu wenig neues Personal rekrutieren, andererseits verlassen viele Angestellte die Marine frühzeitig. Als Erklärung für diesen Umstand gaben die Interviewpartner an, dass die Marine sechs Jahre lang in keine Mission involviert war, und die Arbeit deshalb demotivierend wirke. Auch die Rekrutierung und die Aufrechterhaltung eines qualitativ hoch stehenden *Special Forces*-Kontingents sowie das Anstellen von Fachspezialisten erweist sich als äusserst schwierig. Wie in Belgien ist es sehr problematisch, geeignete Unteroffiziere zu finden. Noch problematischer ist es jedoch, diese mittel- und langfristig zu binden. Keine Rekrutierungsschwierigkeiten gibt es hingegen bei der Militärpolizei (*Marechaussee*) und bei den Offizieren.

Zudem gestaltet sich die Rekrutierung von Personal aus dem Süden und dem Osten der Niederlande erfolgreicher, da dort mehr militärische Kasernen und somit mehr Arbeitsmöglichkeiten existieren. Einen speziellen Fokus der Rekrutierungsbemühungen richteten die Streitkräfte auf immigrierte Personen, die zirka 7 Prozent des Gesamtbestandes der Streitkräfte ausmachen. Die meisten dieser Personen haben einen indonesischen Familienhintergrund, gefolgt von Personen aus Surinam, der Türkei und Marokko.

31 Bos-Bakx/Soeters, *The Professionalization of the Netherlands' Armed Forces*, S. 86. Siehe auch Van den Ven, Cyril/Bergman, Rik. Recruiting and Retention of Military Personnel: The Netherlands. In: NATO Research and Technology Organisation, *Recruiting and Retention of Military Personnel*, 2D-1–2D-14.

32 Quelle: R&D Section, Recruitment Division Netherlands Defense Forces, Amsterdam. Antwort auf schriftliche Anfrage.

33 Siehe auch bei Bos-Bakx/Soeters, *The Professionalization of the Netherlands' Armed Forces*, S. 86.

Für die Soldaten ist ein Hauptgrund eines Eintritts in die niederländischen Streitkräfte die Möglichkeit einer Teilnahme an Auslandseinsätzen und damit verbunden die Gelegenheit zu reisen und Neues zu erleben. Ebenso wichtig sind Bildungsanreize, dies vor allem für Offiziere und Unteroffiziere. Die mit den Auslandseinsätzen stark verknüpften finanziellen Abgeltungen bezeichnen die interviewten Partner als den drittwichtigsten Grund. Hingegen haben Statusgründe wie Prestige, Tradition oder Patriotismus ausser bei Offizieren offenbar deutlich geringeren Einfluss auf die Bereitschaft, den Streitkräften beizutreten.

Die Streitkräfte bieten sowohl monetäre als auch nicht monetäre Anreize an, beispielsweise die Möglichkeit zur Absolvierung der Fahrprüfung. Auch unterhalten die Streitkräfte Ausbildungsprogramme, die den Wiedereinstieg in die Zivilgesellschaft nach dem Dienst erleichtern sollen. Dies hat auch einen finanzpolitischen Hintergrund. Das Militär ist verpflichtet, arbeitslose Militärpersonen finanziell zu unterstützen. Überdies stellt eine tiefe Arbeitslosenrate ehemaliger Militärangehöriger ein starkes Rekrutierungsargument für Interessierte dar.<sup>34</sup>

Mit 18 Jahren kann man den Streitkräften beitreten. Alle Militärangehörigen müssen die niederländische Staatsbürgerschaft besitzen und für Auslandseinsätze bereit sein.<sup>35</sup> Auf Grund der Wirtschaftslage präferieren Soldaten wie auch Unteroffiziere Kurzzeitverträge bis zu vier Jahren. Damit haben sie weiterhin die Möglichkeit, nach ihrer Dienstleistung auf dem zivilen Arbeitsmarkt attraktive Stellen anzunehmen. Offiziere interessieren sich eher für längerfristige Anstellungen. Anfangs 2008 wurde ein flexibles Personalsystem eingeführt. Die Streitkräfte bewegen sich nun von einer lebenslangen Anstellung zu einem *up-or-out*-orientierten Karrieresystem. Der Grund für den Systemwechsel ist klar. Die lebenslange Anstellung von Offizieren und Unteroffizieren bewirkte eine Überalterung des Kaders, welcher die Streitkräfte entgegenwirken wollen.

Die Rekrutierung in den Niederlanden findet lokal statt. Es existieren sieben regionale Rekrutierungs- und Informationsbüros der Landstreit-

34 Cohn, *Who Will Serve?*, S. 194.

35 Für eine ausführliche Darstellung des Selektions- und Rekrutierungsprozesses in den Niederlanden siehe bei Cohn, *Who Will Serve?*.

kräfte – die sogenannten *Banenwinkel*. In den *Banenwinkel* wird abgeklärt, ob die Kandidaten die Anforderungen der Organisation erfüllen. Seit dem 15. Februar 2008 koordiniert die *Recruitment Division* in Amsterdam die verschiedenen Rekrutierungsabteilungen der Teilstreitkräfte. Neben den *Banenwinkel* kooperiert die *Recruitment Division* auch mit den *Centres for Work and Income*. Dies sind halbstaatliche Meldestellen für Arbeitslose. Der Rekrutierungsprozess ist zeitaufwändig und anspruchsvoll. Die Streitkräfte scheidet in dem mehrstufigen Selektionsprozess durchschnittlich 70 Prozent der Bewerber aus.

Um das Interesse der Jugendlichen an einer Militärkarriere zu wecken, wurde eine *Peace and Security School* für Schulabgänger im Alter von 16 Jahren eingerichtet. Dieser ein- bis zweijährige Kurs bietet den Jugendlichen eine Weiterbildung an, die vor allem auf Sicherheitsthemen fokussiert. Mit diesen Kursen können die Jugendlichen die Zeit zwischen dem Schulaustritt und dem Eintritt in die Streitkräfte überbrücken. Durchschnittlich absolvieren 2 000 Jugendliche dieses Programm, wobei anschliessend zwischen 1 100 und 1 200 Jugendliche für den Militärdienst gewonnen werden können.

Die Streitkräfte werben vor allem über das Internet, mittels Anlässen (z.B. *Air Shows*), Fernsehsendungen und Anzeigen in Zeitungen. Die Webseite des Verteidigungsdepartements gibt vollumfänglich Auskunft über die einzelnen Berufssparten, Löhne oder Dienstorte.<sup>36</sup> Auch besuchen Armeevertreter Schulen und führen Informationsveranstaltungen durch. Eine wichtige Stütze bei der Suche nach Freiwilligen sind die staatlichen Arbeitszentren und Jobbörsen. Trotz diesen Bemühungen erweist sich die Anwerbung von neuem Personal auch in den Niederlanden als schwierig.

### 2.3 SLOWENIEN: FEHLENDE SOLDATEN UND ZU VIELE OFFIZIERE

In Slowenien betrachteten die interviewten Fachleute die Rekrutierung als nicht erfolgreich und stuften die Situation in der slowenischen Armee so-

36 Dazu die Webseite des Verteidigungsdepartements unter: [http://www.mindef.nl/personeel/werken\\_bij\\_defensie/index.aspx](http://www.mindef.nl/personeel/werken_bij_defensie/index.aspx).



gar als dramatisch ein.<sup>37</sup> In erster Linie fehlen Infanteriesoldaten. Auch alle Spezialistenfunktionen können nur mit grossen Schwierigkeiten oder überhaupt nicht besetzen werden. Ein Hauptgrund ist die gute Wirtschaftslage. Nach Grad und Funktion differenziert wurde festgestellt, dass die Gewinnung von Offizieren am einfachsten ist, da es noch einen Überhang aus der Zeit der Wehrpflichtarmee gibt und Offiziere bis vor Kurzem eine lebenslange Anstellung angeboten erhielten. Infolge des akuten Soldatenmangels befürchteten die Interviewpartner, dass die slowenische Armee ihre Verpflichtungen gegenüber der Nato sowie auch der EU bei gleich bleibender Entwicklung in absehbarer Frist (ab zirka 2012) nicht mehr einhalten kann.

Die schwierige Rekrutierungssituation kann im Moment nicht verbessert werden. Auf der einen Seite fehlt der Armee die finanzielle Basis für eine moderne und erfolgreiche Rekrutierung, auf der anderen Seite müssten strukturelle Anpassungen vorgenommen werden. Dies hiesse, dass die älteren Offiziere, die eine lebenslange Anstellung geniessen, aber keine eigentliche moderne militärische Ausbildung absolvierten, aus den Streitkräften entlassen werden müssten, was gesellschaftspolitisch nicht durchsetzbar ist.

Das Prestige der slowenischen Armee in der Zivilbevölkerung ist hoch. Ein Grund dafür ist ihre Rolle im Unabhängigkeitskrieg 1991. Auch die Auslandmissionen der Armee beeinflussen die öffentliche Meinung positiv, vor allem die friedensunterstützenden Massnahmen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Trotz des hohen Prestiges der militärischen Institution ist das Ansehen des militärischen Berufs tief. Die Zivilbevölkerung betrachtet Personen, die in den Streitkräften arbeiten, als nicht fähig, einen äquivalenten zivilen Beruf auszuüben.

37 Die slowenische Armee, die nicht in Teilstreitkräfte unterteilt ist, entstand 1991 aus dem 10-Tage-Krieg gegen die jugoslawische Volksarmee. Sie wurde aus Verbänden der früheren jugoslawischen Territorialverteidigung Sloweniens und der Polizei gebildet. 2003 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Ende Oktober 2007 verfügte die Armee über 7 126 Personen, dies sind 626 Leute weniger als geplant. Das Ziel ist es, bis 2010 einen aktiven Bestand von 8 500 Soldaten zu erreichen sowie eine Reserve von 5 500 Soldaten zu unterhalten. Diese Zielvorgabe scheint nicht realistisch. Nicht nur die Armee leidet unter Rekrutierungsschwierigkeiten. Auch die Polizei konnte 2007 von den geplanten 500 Stellen nur deren 215 besetzen. Mit der Implementierung des Schengen-Abkommens – Slowenien zählt zur Aussengrenze der EU – wird sich der Wettbewerb um gut qualifiziertes Personal zwischen den beiden staatlichen Sicherheitsinstitutionen noch verstärken.

Die Armee benötigt für eine erfolgreiche Rekrutierung pro Jahr jeweils zirka 800 Bewerber, um mindestens 30 Offiziersstellen, 70 Unteroffiziersstellen und 300 Soldatenpositionen zu besetzen. Bei der Einführung der Freiwilligenstreitkraft 2003 bewarben sich 3 000 Personen. Diese Zahl reduzierte sich im Verlaufe der Zeit dramatisch, 2006 gab es noch 600, 2007 nur noch 400 Interessierte.<sup>38</sup> Personen aus dem Nordosten Sloweniens sind überdurchschnittlich an einem militärischen Beruf interessiert, da der Osten wirtschaftlich weniger stark entwickelt und die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen hier höher als in anderen Teilen Sloweniens ist. Aber, und hier zeigt sich die Kehrseite der Medaille, wenn diese Personen einen Beruf auf dem zivilen Arbeitsmarkt finden, verlassen sie die Streitkräfte schnell wieder.

Monetäre Anreize sind in Slowenien die Hauptmotivation für Soldaten, der slowenischen Armee beizutreten. Bei der Umstellung auf eine Freiwilligenstreitkraft 2003 verdienten die slowenischen Soldaten im Durchschnitt 30 Prozent mehr als Personen mit ähnlichen zivilen Berufen und einer vergleichbaren Schulausbildung. In der Zwischenzeit hat das Lohnverhältnis gekehrt, ausser wenn Soldaten in gut bezahlten Auslandseinsätzen Dienst leisten. Diese stellen einen weiteren Anreiz für einen Beitritt zur Armee dar. Die angesprochene Lohnentwicklung verschärft die Rekrutierungssituation in Slowenien. Bei einer boomenden Wirtschaft sind qualifizierte Personen immer weniger dazu bereit, Dienst zu leisten oder ihn zu verlängern.

Auch Tradition, Prestige und Patriotismus stellen Gründe dar, sich insbesondere für eine Offizierslaufbahn zu interessieren. Bildungsanreize haben hingegen keinen grossen Einfluss auf die Entscheidungsfindung, da in Slowenien die schulische Ausbildung gratis ist und über 50 Prozent der jungen Frauen und Männer einen *High School*-Abschluss haben, der ihnen ein Studium an einer Universität ermöglicht. Ein Anreiz ist jedoch, dass Angestellte der Streitkräfte über den gleichen Status wie Angestellte im öffentlichen Dienst verfügen. Wenn Soldaten nicht mehr in den Streitkräften Dienst leisten können, muss ihnen innerhalb der Verwaltung eine Anstellung angeboten werden.

38 2003 war erfolgreich, weil viele Interessenten seit Jahren warteten, den Streitkräften als militärisches Berufspersonal beitreten zu können. Somit wurde für die Rekrutierung nicht nur ein möglicher Jahrgang angesprochen, sondern mehrere Jahrgänge.

Wie präsentiert sich das Rekrutierungsverfahren in Slowenien? Die Armee bietet für 17-jährige Männer einen freiwilligen Informationstag an, der von 60 Prozent besucht wird. Mit 18 Jahren können sich Interessierte für den Militärdienst melden, das Höchst Eintrittsalter liegt für Soldaten bei 25 Jahren,<sup>39</sup> für Offiziere bei 30 Jahren. Offiziere müssen einen Universitätsabschluss (mindestens Bachelorstufe) besitzen, anschließend studieren sie für ein Jahr an der Offiziersschule.<sup>40</sup> Interessierte müssen slowenische Staatsbürger sein und dürfen über keine doppelte Staatsbürgerschaft verfügen.<sup>41</sup> Eine Parteimitgliedschaft ist nicht erlaubt.<sup>42</sup> Durchschnittlich sind 60 Prozent der Interessierten auch für den Militärdienst fähig. Vom ersten Kontakt im Rekrutierungszentrum bis zum eigentlichen Eintritt in die Streitkräfte dauert es zwischen drei bis neun Monaten, was gemäss den Experten zu lange ist. Mit dem Konzept des «freiwilligen Wehrpflichtigen», das ein dreimonatiges militärisches Basistraining einschliesst, versucht die Armee, das Interesse der jungen Erwachsenen für das Militär zu wecken. Gemäss den Aussagen des *Recruitment Office* in Ljubljana besuchen jährlich zwischen 300 bis 350 Personen diese Kurse. Ein grosser Anteil davon entscheidet sich anschliessend für den Verbleib in den Streitkräften.

Die Werbung für die Streitkräfte stützt sich auf traditionelle Werbeträger wie Zeitungen, Radio und Events ab. Auch mit Internetauftritten<sup>43</sup> wird versucht, das Interesse der jungen Menschen zu wecken. Weiter versucht die Armee, in Jugendcamps und mit Besuchen an Hochschulen die Jugendlichen direkt anzusprechen. Weniger institutionalisiert ist die Kooperation mit Arbeitsvermittlungszentren. Infolge der prekären Personalsituation muss die Armee die Werbeanstrengungen aber eindeutig verbessern.

39 Diese Altersgrenze soll auf 35 Jahre erhöht werden, um die Rekrutierungsschwierigkeiten zu entschärfen.

40 Das System ist vergleichbar mit dem einjährigen Diplomelehrgang (DLG) an der MILAK. Für den DLG werden auch ein Hochschulabschluss oder ein Fachhochschulabschluss vorausgesetzt.

41 Es gibt keine Planungen, dass ausländische Personen in die Streitkräfte aufgenommen werden können, wie dies in Belgien der Fall ist.

42 Kladnik, Tomaž. *Slovenian Armed Forces in the Service of Slovenia*. Ljubljana: Defensor, 2007, S. 98.

43 Siehe Webseite der Rekrutierung für die slowenischen Streitkräfte: <http://www.slovenskavojska.si>.

### 3 GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE IN DER REKRUTIERUNG DES MILITÄRISCHEN PERSONALS IN BELGIEN, DEN NIEDERLANDEN UND SLOWENIEN

Dieses Kapitel fasst die Länderanalysen schematisch zusammen und zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. Wie in den Fallstudien wird auf spezifische Themenkreise eingegangen. Tabelle 1 gibt einen zusammenfassenden Überblick.

*Tabelle 1: Die Personalsituation in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden und Slowenien*

	Belgien	Niederlande	Slowenien
<b>Allgemeiner Überblick</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zu viele höhere Offiziere wegen Lebensanstellung</li> <li>• Überalterung</li> <li>• geringe Schwierigkeit der Rekrutierung, aber grosse Probleme, Mitarbeiter zu halten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zu viele höhere Offiziere wegen Lebensanstellung</li> <li>• Überalterung</li> <li>• grosse Schwierigkeit der Rekrutierung und mittlere Probleme, Mitarbeiter zu halten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zu viele höhere Offiziere wegen Lebensanstellung</li> <li>• Überalterung</li> <li>• grosse Schwierigkeit der Rekrutierung und zunehmend Probleme, Mitarbeiter zu halten</li> </ul>
<b>Prestige, Ansehen der Streitkräfte, des militärischen Berufs</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prestige durchschnittlich bis gut</li> <li>• Professionalisierung und Auslandseinsätze positiv betrachtet</li> <li>• Ansehen militärischer Beruf gut für Offiziere, niedriger für Soldaten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prestige gut, vor allem wegen Auslandseinsätzen</li> <li>• Ansehen militärischer Beruf durchschnittlich für Offiziere, niedrig für Soldaten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prestige gut, vor allem wegen Auslandseinsätzen</li> <li>• Ansehen militärischer Beruf tief</li> </ul>
<b>Zulassungsbedingungen, Anstellungsbedingungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Belgische Staatsbürgerschaft oder EU-Bürger</li> <li>• Eintritt mit 18 Jahren</li> <li>• Altersgrenze 34 Jahre, Offiziere 33 Jahre</li> <li>• ab 1. Januar 2009 Wechsel von lebenslanger Anstellung zum gemischten Karrieresystem</li> <li>• Auslandseinsätze obligatorisch</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Niederländische Staatsbürgerschaft</li> <li>• Eintritt mit 18 Jahren</li> <li>• Altersgrenze 33 Jahre</li> <li>• neu eingeführt: flexibles Personalsystem (keine lebenslange Anstellung mehr)</li> <li>• Auslandseinsätze obligatorisch</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Slowenische Staatsbürgerschaft</li> <li>• Eintritt mit 18 Jahren</li> <li>• Altersgrenze Soldaten 25 Jahre, Offiziere 30 Jahre mit Hochschulstudium</li> <li>• militärisches Personal: Angestellter des öffentlichen Dienstes</li> <li>• Auslandseinsätze obligatorisch</li> </ul>

<b>Rekrutierungsschwierigkeiten oder -erfolge</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nach Umstellung auf Freiwilligenstreitkraft Überbestand, geringe Rekrutierungsschwierigkeiten, aber nach Region unterschiedlich</li> <li>• Unteroffiziere kritisch</li> <li>• Infanterie schwierig</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zu Beginn bei Umstellung auf Freiwilligenstreitkraft kein Problem</li> <li>• seit 1996 problematisch</li> <li>• nach Region unterschiedlich</li> <li>• Unterdotierung Infanterie und Fachspezialisten sowie Unteroffiziere</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zu Beginn bei Umstellung auf Freiwilligenstreitkraft 2003 kein Problem</li> <li>• Nordosten Sloweniens hohe Rekrutierungsrate</li> <li>• seit 2005/6 zunehmend Soldatenstufe kritisch, vor allem Infanterie und Fachspezialisten</li> </ul>
<b>Motivation für Offiziere</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsplatzsicherheit</li> <li>• Karrieremöglichkeit</li> <li>• teilweise Tradition</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsplatzsicherheit</li> <li>• Bildung</li> <li>• Karrieremöglichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsplatzsicherheit</li> </ul>
<b>Motivation für Soldaten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsplatzsicherheit</li> <li>• Auslandseinsätze</li> <li>• Sport</li> <li>• Standort</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auslandseinsätze</li> <li>• Verdienstmöglichkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verdienstmöglichkeiten in Auslandseinsätzen</li> <li>• Arbeitsplatzsicherheit</li> </ul>
<b>Anreize für Offiziere</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bildungsanreize</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bildungsanreize</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsplatzsicherheit</li> </ul>
<b>Anreize für Soldaten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsatzzulagen bei Auslandseinsätzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kurzverträge</li> <li>• Fahrprüfung</li> <li>• Ausbildung für zivilen Arbeitsmarkt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bei Vertragsunterzeichnung Bonus</li> </ul>
<b>Wettbewerbsfähigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ökonomischer Aufschwung hat direkt negativen Einfluss auf Rekrutierung</li> <li>• für qualifizierte Personen tieferer Lohn als in Privatwirtschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ökonomischer Aufschwung hat direkt negativen Einfluss auf Rekrutierung</li> <li>• für qualifizierte Personen tieferer Lohn als in Privatwirtschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ökonomischer Aufschwung hat direkt negativen Einfluss auf Rekrutierung</li> <li>• für qualifizierte Personen tieferer Lohn als in Privatwirtschaft</li> </ul>
<b>Rekrutierungsvorgang</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilstreitkräfte rekrutieren seit fünf Jahren gemeinsam</li> <li>• elf Maisons de la Défense</li> <li>• diensttauglich zwischen 55 Prozent und 80 Prozent</li> <li>• Klassifikationssystem</li> <li>• komplexer Selektionsprozess</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordination durch Recruitment Division regionale Rekrutierungszentren (sieben Banenwinkel)</li> <li>• zeitaufwändig (7 – 12 Monate)</li> <li>• Selektionsprozess streng</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rekrutierungszentrum in Ljubljana</li> <li>• zirka 60 Prozent diensttauglich</li> <li>• mit 17 Jahren freiwilliger Besuch eines Informatikstages</li> <li>• Selektionsprozess lang</li> </ul>
<b>Rekrutierungsanstrengung</b> <b>Werbung, Rekrutierungspersonal</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internet, Anzeigen in Zeitungen, Fernsehen</li> <li>• Kooperation mit Arbeitsvermittlungsstellen</li> <li>• Jugendlager</li> <li>• Überbrückungsjahre für Schulabgänger im Alter von 16 Jahren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internet, Events, Fernsehsendungen, Anzeigen in Zeitungen, Schulbesuche</li> <li>• Kooperation mit Arbeitszentren und Jobbörsen</li> <li>• Orientierungsjahr und eine «Peace and Security School» für Schulabgänger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zeitungen, Radio, Internet, Events, Schulbesuche</li> <li>• Jugendcamps</li> <li>• Konzept des «freiwilligen Wehrpflichtigen»</li> <li>• wenig Kooperation mit Arbeitsvermittlungszentren</li> </ul>

Alle drei Staaten sehen sich im untersuchten Zeitraum Personalschwierigkeiten gegenüber. In den Niederlanden und in Slowenien gestaltet sich die Personalfindung als problematisch, in Belgien vor allem die Personalbindung. Gemeinsam ist allen Streitkräften, dass ein Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Graden besteht: Es gibt zu viele Offiziere und nicht genügend Soldaten. Dies rührt daher, dass beim Übergang von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft ein Teil der unbefristet angestellten Offiziere im Rahmen des Reformprozesses nicht einfach entlassen und deshalb auf Grund der begrenzten Stellenkontingente die erforderliche Anzahl an neuen Soldaten nicht angestellt werden konnte.

Die Konsequenz ist eine Überalterung der Streitkräfte, die den Einsatz auf operativer Stufe in friedenssichernden Missionen gefährdet und die Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber der Nato ernsthaft in Frage stellt. Deshalb entfernen sich alle drei untersuchten Länder von der lebenslangen Anstellung und führen stattdessen befristete Zeitverträge für alle Stufen und Grade ein. Das militärische Personal – vor allem das Kader – kann nicht mehr davon ausgehen, Arbeitsplatzsicherheit angeboten zu erhalten. Vielmehr schaffen die Streitkräfte ein Konkurrenzsystem, das auf dem «*up-or-out*»-Mechanismus basiert. Zwischen dem 35. und dem 45. Lebensjahr entscheidet es sich, ob eine weitere militärische Karriere möglich ist oder die betreffende Person aus der Armee austreten muss. Aus diesem Grund gewinnen Bildungsangebote und Weiterbildungsmaßnahmen für die Integration in den zivilen Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung. Damit werden die Berufschancen beim Übertritt in die Privatwirtschaft wesentlich erhöht.<sup>44</sup> Dies löst das Problem der ungenügenden Rekrutierung nicht, kann aber die «umgekehrte» Rang- und Alterspyramide korrigieren.

Seit dem Ende des Kalten Krieges und der Aufgabenerweiterung der Streitkräfte erhöhte sich das Prestige europäischer Streitkräfte.<sup>45</sup> Eng mit dieser Entwicklung verknüpft sind friedensfördernde Einsätze in Krisenregionen, welche von der Bevölkerung positiv aufgenommen werden. Dabei gilt

44 Siehe dazu auch Elbe, Martin. Der Offizier – Ethos, Habitus, Berufsverständnis. In: Gareis/Klein, *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften*, S. 418–431.

45 Siehe dazu Manigart, *Risks and Recruitment*, S. 564f; Grizold, Anton/Kotnik, Igor. The Present and Future of the Military Profession in Slovenia. In: *Forum International*, Band 18. Strausberg: SOWI, 1996, S. 181–228.

es zu beachten, dass in Belgien, in den Niederlanden und in Slowenien die Bevölkerung klar zwischen friedensfördernden und friedenszwingenden Missionen unterscheidet. Letztere haben einen deutlich tieferen Akzeptanzwert. Die Experten sahen als weiteren Grund für den Prestigezuwachs auch die Professionalisierung der Streitkräfte, die als Nebeneffekt die Reduzierung des Bestandes und eine Ausgabenreduktion nach sich zog. Hingegen genießt der eigentliche militärische Beruf in der Bevölkerung nur ein durchschnittliches Ansehen, wobei speziell das Prestige von Soldaten noch tiefer ist. Die geringe gesellschaftliche Anerkennung des militärischen Berufs scheint vor allem Personen mit einer höheren Bildung vom Ausüben eines militärischen Berufs abzuhalten.

Das Hauptproblem in den drei untersuchten Ländern ist der Unterbestand an Infanteriesoldaten, Fachexperten und geeigneten Unteroffizieren. In allen drei Staaten lassen sich jedoch regionale Unterschiede im Rekrutierungserfolg konstatieren. Diese sind in Belgien und Slowenien direkt mit der wirtschaftlichen Lage verknüpft, in den Niederlanden spielt zudem die geografische Verteilung der militärischen Standorte eine entscheidende Rolle. Je höher die Arbeitslosenrate in einer Region ist und je näher die militärischen Standorte liegen, desto leichter lassen sich Personen für den Militärdienst rekrutieren. Diese für die Militärorganisation scheinbar positive Konstellation krankt daran, dass diese Personen bei einem Alternativangebot aus dem zivilen Arbeitsmarkt überdurchschnittliche Bereitschaft zeigen, den Dienst vorzeitig zu quittieren.

Neben der Rekrutierung ist auch die Personalbindung kritisch, vor allem bei der Luftwaffe. In allen drei Staaten zeigt sich, dass die Luftwaffe die Rekrutierungsziele annähernd erfüllt, da sie eine ausgezeichnete Ausbildung anbietet. Hingegen gestaltet es sich zunehmend schwierig, dieses Personal mittel- bis längerfristig in der Organisation zu halten, da es auf dem privaten Markt Jobalternativen angeboten erhält, mit welchen die Streitkräfte betreffend Arbeitsbedingungen und Lohnniveau nicht konkurrieren können.

Der ökonomischen Sicherheit kommt in allen drei untersuchten Ländern überragende Bedeutung für den Beitritt zur Armee zu. Die Faktoren, die mit der zivilberuflichen Weiterbildung, dem zivilen Arbeitsmarkt, der Sicherheit des Arbeitsplatzes und dem Verdienst zu tun haben, dominieren denn auch

eindeutig bei den Motiven. Auch Auslandmissionen wirken motivierend, vor allem wegen den finanziellen Zulagen.

Um Personal zu rekrutieren, muss ein Set von Anreizen geboten werden. In dieser Beziehung scheinen die Niederlande am diversifiziertesten. Neben Bildungsanreizen und Karrieremöglichkeiten für Offiziere bieten die Streitkräfte für Soldaten interessante Kurzzeitverträge an und offerieren Weiterbildungsprogramme zur Erhöhung der Vermittelbarkeit auf dem zivilen Arbeitsmarkt. Gleich wie in Belgien und in Slowenien werden mit Einsatzzulagen in Auslandmissionen junge Menschen dazu motiviert, den Streitkräften beizutreten. Belgien und Slowenien stützen sich auf Soldatenstufe hauptsächlich auf solche monetäre Anreize. Doch für qualifiziertes militärisches Personal können die Streitkräfte keine wettbewerbsfähigen Löhne bezahlen.

Die Rekrutierung basiert in allen drei Ländern auf einem regionalen Konzept. In Belgien und in den Niederlanden finden sich über das Land verteilt Rekrutierungszentren, in welchen ein erster Informationskontakt und die Vorselektion der Kandidaten stattfinden. Die eigentlichen Eignungstests werden jeweils zentral in Amsterdam, Brüssel und Ljubljana durchgeführt. Dieses zweistufige Rekrutierungsmodell erfordert erstens grosse Koordinationsanstrengungen zwischen den regionalen Zentren und dem Hauptzentrum und kostet zweitens – was wesentlich negativer zu Buche schlägt – viel Zeit. Vom ersten Kontakt bis zur definitiven Entscheidung kann es mehrere Monate dauern. In dieser aus der Sicht der Bewerber langen Zeit finden sich immer wieder Alternativen auf dem Arbeitsmarkt. Als Konsequenz verlieren die Streitkräfte mögliche gute Rekruten. In allen drei Staaten waren sich die Personalverantwortlichen dessen bewusst, doch bisher hat nur die belgische Armee den Rekrutierungsprozess systematisch verkürzt und vereinfacht.

Die Selektionshürden sind in den drei untersuchten Staaten unterschiedlich hoch. Die Niederlande und Slowenien versuchen, die Qualitätsstandards nicht zu senken, auch wenn sie dadurch die Rekrutierungsziele nicht erfüllen. Mit diesem Vorgehen minimieren beide Länder das vorzeitige Ausscheiden aus dem Dienst. In Belgien werden wesentlich mehr Bewerber für diensttauglich befunden und in die Armee eingezogen. Als Konsequenz davon kämpfen die belgischen Streitkräfte mit einer höheren Austrittsrate während den ersten



beiden Dienstjahren. Die obligatorische Verpflichtung für Auslandsätze ist in allen drei Staaten eine Grundvoraussetzung für eine Anstellung.

Um die Lücke für die 16-jährigen Schulabgänger bis zum Eintritt in die Streitkräfte mit dem 18. Lebensjahr zu überbrücken, schufen Belgien und die Niederlande in Kooperation mit zivilen Stellen zusätzliche Ausbildungsgänge, in denen sicherheitsrelevante Themen prominent unterrichtet werden. Zahlreiche Absolventen dieser Schulen entschieden sich später für die Ausübung eines militärischen Berufs. In Slowenien fehlen aufgrund der kleineren Bevölkerungszahl und des spezifischen Bildungssystems (über 50 Prozent der Jugendlichen besuchen die Universität) solche Überbrückungsangebote. Mit dem Konzept des «freiwilligen Wehrpflichtigen» versuchen die Streitkräfte, dennoch ein ähnliches Modul bereitzustellen wie in Belgien und den Niederlanden. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass Jugendliche nicht erst mit 18 Jahren für den Militärdienst geworben werden können, sondern dass die Rekrutierungsbemühungen bereits in einer früheren Phase erfolgen sollten.

Die befragten Personalverantwortlichen nannten als eines der wichtigsten Rekrutierungsinstrumente einen überzeugenden Internetauftritt. Dieser muss drei Kriterien erfüllen: Erstens muss er eine umfassende Information über die militärischen Berufe, deren Aufgabenfelder, die Standorte, das Selektionsverfahren, die Anstellungsbedingungen, Weiter- oder Ausbildungsprogramme und Karrieremöglichkeiten anbieten. Zweitens soll über diese Informationen schon eine Vorselektion bei der Personalwerbung erfolgen und potenziellen Kandidaten sollen ihre Chancen bei einer Bewerbung aufgezeigt werden. Ein professioneller medialer Auftritt, in welchem die Armee als verlässlicher Arbeitgeber mit einem interessanten Jobangebot auftritt, ist das dritte wichtige Element. Daneben arbeiten die Streitkräfte auch mit traditionellen Rekrutierungsmedien wie Anzeigen in Zeitungen, Plakaten, Werbespots, kleineren Informationssendungen im Fernsehen und Veranstaltungen (z.B. Flugschauen). Zusätzlich finden Schulbesuche statt und es werden Kooperationen mit den jeweiligen Arbeitsvermittlungsstellen angestrebt.

#### 4 FEHLENDER KADERNACHWUCHS ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SCHWEIZER ARMEE

Die Situation beim militärischen Berufspersonal ist auch in der Schweizer Armee angespannt. Der Bundesrat wies in seinem Bericht zur Überprüfung der Zielsetzungen der Armee deutlich darauf hin: «Unter Berücksichtigung der Pensionierungen ist bei den Berufsoffizieren und -unteroffizieren seit 2004 ein Negativwachstum zu verzeichnen.»<sup>46</sup> Dieses Negativwachstum resultiert auch aus den steigenden Kündigungszahlen. So quitierten 2003 erst 14 Personen den Dienst, 2004 deren 23, 2005 deren 35, 2006 deren 38 und 2007 traten sogar 46 Berufsoffiziere und -unteroffiziere aus der Armee aus. Gemäss den Zahlen des Assessments für angehende Berufsoffiziere (ACABO) wird ersichtlich, dass schon 2005 die Gesamtzahl der Interessierten die Bedürfnisse der Schweizer Armee nicht mehr abdeckte.<sup>47</sup> Die Zielgrössen von mindestens 25 Personen für den Bachelor-Studiengang (BSG) sowie 15 Personen für den Diplomlehrgang (DLG) an der MILAK konnten in den letzten Jahren kaum erfüllt werden.

Der in Europa und den Vereinigten Staaten erkennbare Trend, dass bei guter Wirtschaftslage deutlich weniger und vor allem eine geringere Anzahl gut ausgebildeter Kandidaten an einem militärischen Beruf interessiert sind, bestätigt sich auch in der Schweiz. Einschränkend muss aber erwähnt werden, dass beim Milizkader der Schweizer Armee das Interesse am militärischen Beruf nach wie vor vorhanden wäre, wie eine Umfrage von Maffei bei 265 Offiziersanwärtern des Zentralen Offizierlehrgangs 3/06 in Bern zeigte. 22 Prozent der Befragten befassten sich schon häufig mit dem Gedanken, Berufsoffizier zu werden, 55 Prozent nur wenig und nur 23 Prozent gar nicht.<sup>48</sup> Konfrontiert mit den alltäglichen Problemen des ausbildenden Berufskaders verloren mögliche Kandidaten jedoch schnell das Interesse. Die Negativ-

46 Schweizerischer Bundesrat. *Überprüfung der Zielsetzungen der Armee. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes*. 2008, S. 41. <http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/bases.parsys.0009.downloadList.20380.DownloadFile.tmp/149bd.pdf>.

47 Maffei, Simone. *Gewinnung angehender Berufsoffiziere: Mangelnde Berufsattraktivität als Rekrutierungshürde? Eine empirische Untersuchung zur Attraktivität des Offiziersberufs aus Sicht der Rekrutierungszielgruppe*. Diplomarbeit. Zürich: Militärakademie an der ETH Zürich, 2006, S. 15.

48 Ebd., S. 46.

spirale, die beim Berufskader festzustellen ist, scheint sich auf die potenziellen Milizkandidaten zu übertragen. Die Befragung von Maffei zeigte auf, dass der Abbau von Arbeitgeberleistungen, das veränderte Berufsbild, die zeitliche Überlastung und damit einhergehend eine unausgeglichene *Work-Life-Balance*, die sinkende gesellschaftliche Akzeptanz der Armee und berufliche Alternativen ausserhalb der Armee wichtige Faktoren waren, die gegen den militärischen Beruf sprachen.<sup>49</sup> Zusätzlich entstand eine Verunsicherung über die berufliche Perspektive, die vor allem die angehenden jungen Berufsoffiziere beschäftigte. Seit Einführung der Armee XXI gibt es auf den oberen Hierarchiestufen zu viele Offiziere, und die Offizierskarriere erweist sich nicht mehr als gesichert. Früher konnte ein Berufsoffizier davon ausgehen, bis in den Rang eines Obersten aufzusteigen.<sup>50</sup>

Die auftretenden Personalschwierigkeiten erkannte auch der Bundesrat, worauf er 2007 verschiedene Neuerungen zur Gewinnung von Berufsmilitärs einleitete.<sup>51</sup> So können bereits Leutnants den BSG an der MILAK besuchen und qualifizierte Zeitoffiziere mit Berufsmaturität erhalten finanzielle Unterstützung für die Vorbereitung auf die eidgenössische Ergänzungsprüfung, die als Voraussetzung für die Aufnahme in den BSG gilt. Die wohl einschneidendste Massnahme in der Berufsoffiziersausbildung betraf aber die Einführung eines «dritten Weges» neben dem BSG und dem DLG. Die MILAK schuf per Januar 2007 die Militärschule 1 (MS 1) für Offiziere mit abgeschlossener Berufslehre. Die MS 1 ist gemäss Planung bis 2010 befristet. Für die MS 1 konnten bis anhin genügend Interessierte gewonnen werden. Für den zweijährigen Grundausbildungslehrgang an der Berufsunteroffiziersschule der Armee (BUSA) in Herisau können sich neu Interessierte ab dem Grad eines Wachtmeisters melden, und die Fachhochschule in Winterthur bietet ein Bachelor of Science in Aviation für Berufsmilitärpiloten an. Neben diesen Massnahmen stimmte Verteidigungsminister Samuel Schmid 2006 der Umwandlung von 389 befristeten Stellen in unbefristete Stellenkontingente zu, die der Entlastung der Ausbildungsfront dienen sollten. Diese

49 Ebd., S. 1.

50 Umsetzung der Armee XXI, S. 2993.

51 Umsetzung der Armee XXI im Bereich der Ausbildung. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 10. Oktober 2006. Stellungnahme des Bundesrates vom 28. März 2007. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/3015.pdf>.

Massnahme fokussierte vor allem auf das Zeitmilitär, bei dem neben dem eigentlichen, länger verpflichteten Berufspersonal ebenfalls Lücken in der Gewinnung festzustellen waren.<sup>52</sup>

Seit dem 1. Januar 2007 intensivierte die Armee auch die Werbung von militärischem Personal. Durch die ganze Militärlaufbahn als Wehrpflichtiger, von der Rekrutierung bis zum zentralen Offizierslehrgang, wird nun auf die Möglichkeit des militärischen Berufs verwiesen. In Kooperation mit dem Eidgenössischen Personalamt wirbt die Schweizer Armee an Hochschul- und ausgewählten Publikumsmessen für die verschiedenen Berufe. Neben diesen externen Rekrutierungsbemühungen schuf die Armee mit der Ausrichtung einer Personalgewinnungsprämie einen zusätzlichen Anreiz, neues Personal anzuwerben.<sup>53</sup> Ob diese neu eingeführten Massnahmen ausreichen, muss sich noch weisen.

## 5 LEHREN FÜR EINE ERFOLGREICHE PERSONALGEWINNUNG DER SCHWEIZER ARMEE

Belgien, die Niederlande und Slowenien unterhalten Freiwilligenstreitkräfte, die Schweizer Armee basiert jedoch auf einer Milizarmee mit begrenzter professioneller Komponente. Können trotz der unterschiedlichen Wehrsysteme Lehren für die Schweiz aus den Rekrutierungsbemühungen dieser Länder gezogen werden? In erster Linie zeigen die Erfahrungen im Personalmanagement in den drei analysierten Staaten, dass allfällige weitere Professionalisierungsschritte der Schweizer Armee wohl mit erheblichen personellen Schwierigkeiten verbunden wären. Der Armee bereitet es bereits jetzt zunehmend Mühe, die für das nach der Armee XXI konzipierte Modell erforderlichen professionellen Mitarbeiter zu rekrutieren und zu halten. Würde in der Schweiz gar ein Systemwechsel von der Wehrpflicht zu einem Freiwilligen-system ins Auge gefasst, könnten unter den jetzigen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen (sinkendes Ansehen des Militärs und des Militärberufs, tiefe Arbeitslosigkeit, stagnierendes Militärbudget) die damit ver-

52 Umsetzung der Armee XXI, S. 3000.

53 Schweizerischer Bundesrat. *Überprüfung der Zielsetzungen der Armee*, S. 42f.

bundenen Rekrutierungsvorgaben für Berufspersonal voraussichtlich nicht erfüllt werden.

Um die momentanen Personalschwierigkeiten der Schweizer Armee zu mindern, geben die in den drei Staaten gewonnenen Erkenntnisse dennoch wertvolle Hinweise für die Optimierung des Personalmanagements. Während der Fokus bei Freiwilligenstreitkräften vor allem auf der schwierigen Rekrutierung von Soldaten und Spezialisten liegt, müssen die Lehren daraus für die Schweiz auf die professionelle Kaderstufe übertragen werden, da speziell auf dieser Stufe zu wenig Personal vorhanden ist. Denn mit der Wehrpflicht gibt es keinen Mangel an Soldaten in der Schweizer Armee. Dies heisst, dass die unterschiedlichen Motivlagen für die Ergreifung des militärischen Berufs berücksichtigt werden müssen. Kadermitglieder sind stärker an nicht monetären Anreizen interessiert als Soldaten. Dies trifft sowohl für Wehrpflichtarmeen als auch für Freiwilligenstreitkräfte zu.

Generell ist die Rekrutierung von Militärpersonal stets eng an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen gekoppelt. Durch den gesellschaftlichen Wertewandel veränderte sich einerseits die Auffassung von Arbeit und Beruf, andererseits leitete er eine kritischere Sichtweise gegenüber dem Militär ein. Traditionelle Werte wie Disziplin, Unterordnung und Gehorsam – zentrale Werte militärischer Organisationen – erfuhren in der modernen Gesellschaft einen Bedeutungsverlust und wurden durch das Verlangen nach partizipativen Mitgestaltungsmöglichkeiten abgelöst. Neben den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist für die erfolgreiche Gewinnung von Schweizer Kadermitarbeitern der ökonomische Aspekt von zentraler Bedeutung. Herrscht Hochkonjunktur und finden jugendliche Berufseinsteiger in der Privatwirtschaft ansprechende Berufsalternativen, wird es äusserst schwierig, genügend qualifiziertes Personal für die Armee zu finden.

Neben den gesellschaftlichen und ökonomischen Hauptfaktoren, die zentral für den Erfolg oder den Misserfolg der Personalgewinnung sind, können verschiedene Massnahmen eingeleitet werden, um das Rekrutierungsproblem in der Schweiz zu entschärfen. Diese sind aber nur zu verwirklichen, wenn die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen vorhanden sind. So wirkt *erstens* eine solide Ausbildung motivierend für junge Erwachsene. Die bis anhin realisierten akademischen Ausbildungsgänge an der ETH Zürich und die Weiterbildungsangebote an der Höheren Kaderausbildung der Armee

(HKA) für Offiziere gilt es konsequent weiterzuführen. Neben dem Erwerb eines Bachelorabschlusses sollte in Zukunft für qualifiziertes Personal auch die Möglichkeit eines Masterstudiums in Betracht gezogen werden. Für Unteroffiziere muss das Militär als Anreiz zahlreiche Weiterbildungsangebote offerieren, die auch auf dem zivilen Arbeitsmarkt anerkannt werden.

*Zweitens* ist für Berufsoffiziere und -unteroffiziere die Möglichkeit einer militärischen Karriere zentral. Das Interesse an einem militärischen Beruf in der Schweiz könnte gesteigert werden, wenn die militärische Berufslaufbahn von der Milizlaufbahn entkoppelt und das Berufspersonal eine klare Präferenz geniessen würde. Dies hiesse zum Beispiel, dass bei der Besetzung von Bataillonen zuerst Berufspersonal berücksichtigt würde. Doch ein solch grundlegender Systemwechsel hat auf politischer wie auch auf (miliz-)militärischer Ebene geringe Chancen zur Realisierung, da in der Schweiz das Militär nach wie vor über die Miliz definiert wird. Unter dem Aspekt der Mitarbeiterbindung wäre es dennoch lohnenswert, Modelle für die Karriereoptimierung des militärischen Berufspersonals zu diskutieren und eine sowohl für das Milizkader als auch für das Berufskader akzeptable Lösung zu finden.

*Drittens* ist es umso einfacher, Personen zu rekrutieren, je klarer die Aufgabe ist. Damit wird dem militärischen Personal ermöglicht, Identität stiftende Aufgaben zu übernehmen. Für die Schweiz bedeutet dies, dass dem zukünftigen Berufspersonal signalisiert werden muss, ob es hauptsächlich Ausbildungs- oder Einsatzaufgaben zu erfüllen hat. Erstere sind vor allem für Personen mit einem Flair für das Unterrichten attraktiv, zweitere können speziell an Auslandsinsätzen interessierte Personen stärker ansprechen.

*Viertens* muss die Armee wettbewerbsfähige Löhne anbieten, wenn sie genügend qualifizierte Freiwillige rekrutieren will. Mit der Einführung von Leistungslöhnen könnte eine zusätzliche Motivation für engagierte Mitarbeiter der Armee geschaffen werden.

*Fünftens* sollte die Möglichkeit bestehen, bis zu einem bestimmten Grad den Dienort zu wählen.

*Sechstens* können mit einem auf den zivilen Arbeitsmarkt ausgerichteten *Outplacement*-Verfahren für Kadermitarbeiter zusätzliche Anreize geschaffen werden.

*Siebtens* sollte der Selektionsprozess für Berufe in der Schweizer Armee klar strukturiert sein, effizient ablaufen und die Bewerber so schnell wie möglich über ihre Eignung oder Nichteignung informieren. Dies verhindert, dass sie in der Zwischenzeit einen anderen Beruf ins Auge fassen.

*Achtens* schliesslich ist eine gezielte Kommunikation seitens der Streitkräfte ein wichtiger Bestandteil der Rekrutierungsstrategie. Die Armee muss als Arbeitgeber wahrgenommen werden und sowohl die einzelnen Teilstreitkräfte als auch die angebotenen Berufsfelder müssen in der Gesellschaft bekannt sein. Während die Webseite der Schweizer Armee viele Informationen für Wehrpflichtige anbietet, ist die Werbung für Berufspersonen via Internet noch nicht stark ausgebaut. Ein professioneller Internetauftritt würde es Interessierten erleichtern, sich zusätzliche Informationen zu beschaffen.

Eine erfolgreiche Rekrutierung der Schweizer Armee kann nicht mit einzelnen, voneinander losgelösten Aktivitäten erreicht werden. Gemäss den Rekrutierungserfahrungen der Streitkräfte von Belgien, den Niederlanden und Slowenien ist ein Bündel an aufeinander abgestimmten Massnahmen notwendig, um genügend geeignete Berufsmilitärs auf allen Stufen zu rekrutieren.





# NATIONALE FÄHIGKEITENENTWICKLUNG UND DIE ROLLE INTERNATIONALER ORGANISATIONEN

von Christian Mölling

## EINLEITUNG

Durch das Ende des Kalten Krieges haben sich die Parameter der Planung und Entwicklung militärischer Fähigkeiten signifikant verändert. Dies wird insbesondere auf drei Ebenen deutlich. Auf der konzeptionellen Ebene hat sich ein differenziertes Verständnis darüber entwickelt, was eine militärische Fähigkeit darstellt. Auf staatlicher Ebene haben sich nicht nur Planungsannahmen und die militärischen Fähigkeitenansprüche verändert, sondern auch die Prozesse der Fähigkeitengenerierung. Auf internationaler Ebene hat die Rolle internationaler Organisationen wie der Nato und jüngst der EU bei der Fähigkeitengenerierung an Bedeutung gewonnen.

Dieser Artikel will die Frage beantworten, welche Entwicklungen diese drei Ebenen genommen haben und wie sie dabei interagieren. Von besonderem Interesse ist dabei das Wechselspiel zwischen Staaten und internationalen Organisationen. Hier ist bislang weitgehend unklar, welche Rolle internationale Organisationen in der Fähigkeitenentwicklung spielen. Dies bezieht sich sowohl auf ihren Einfluss auf die Definition und Generierung von nationalstaatlichen Fähigkeiten als auch umgekehrt auf die Möglichkeit der Staaten, nationale Interessen- und Zieldefinitionen in die Fähigkeitenplanung von internationalen Organisationen einzubringen.

Zur Beantwortung dieser Fragestellung entwickelt der Artikel zunächst für die konzeptionelle Ebene ein erweitertes Verständnis des Begriffs «militärische Fähigkeiten». Hierbei wird der Begriff analytisch in drei Unterbegriffe aufgespalten, nämlich in *Hardware*, *Software* und *Wetware*. Zum anderen

\* Der Autor dankt Claudia Major, Victor Mauer, Daniel Trachsler und Andreas Wenger für wertvolle Kommentare und die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts. Alle Fehler und Ungenauigkeiten gehen zu Lasten des Autors. Der Artikel greift auf Forschungsergebnisse der in der Ausarbeitung befindlichen Dissertation des Autors zurück, die im Rahmen des EFSPS.EU.-Programmes gefördert wurde.

werden die idealtypischen Schritte der Fähigkeitendefinition und die Faktoren identifiziert, die während dieser Schritte für die inhaltliche Definition verantwortlich sind, nämlich Ideen, Institutionen und Ressourcen.

Aufbauend auf diesen konzeptionellen Überlegungen beleuchtet der Artikel zunächst die Fähigkeitenentwicklung auf nationalstaatlicher Ebene. Anhand der Beispiele Vereinigtes Königreich, Frankreich und Deutschland werden die Genese und die Unterschiede in den Fähigkeitenentwicklungen nachvollzogen. Diese Länder sind ausgewählt worden, da sie bei einem vergleichbaren politischen Gewicht in Europa zahlreiche Unterschiede im militärischen Bereich und verschiedene Modelle der Zusammenarbeit aufweisen. Dies ermöglicht aussagekräftige Vergleiche. So sind sich Deutschland und Frankreich sicherheitspolitisch eng verbunden. Frankreich hat aber z.B. mit Blick auf den verteidigungspolitischen Horizont viel mehr mit dem Vereinigten Königreich gemeinsam als mit Deutschland.

In einem dritten Schritt wird das Wechselspiel zwischen diesen Entwicklungen und den Trends auf der Ebene der internationalen Organisationen anhand des Beispiels der Europäischen Union (EU) verdeutlicht. Die Wahl der Nato bot sich trotz ihrer Erfahrung im Bereich der Fähigkeitenentwicklung nicht an, da Frankreich offiziell nicht in die militärischen Planungen des Bündnisses eingebunden ist.

Abschliessend eröffnet der Artikel einen Ausblick auf die nächste Generation der zu entwickelnden Fähigkeiten. Die politisch zunehmend als notwendig erachteten Anforderungen eines *Comprehensive Approach* verändern die Rahmenbedingungen der Fähigkeitenentwicklung und verknüpfen diese zunehmend mit den Bedürfnissen der effektiven Friedensförderung.

## 1 FÄHIGKEITEN – KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN

Dieses Kapitel entwickelt zunächst einen erweiterten Fähigkeitenbegriff. Dies ist aufgrund des bestehenden Verständnisses notwendig, in dem Fähigkeiten insbesondere in materieller Hinsicht interpretiert werden. Die empirische Entwicklung in der Verteidigungsplanung hat die sich daraus ergebenden Unzulänglichkeiten deutlich unterstrichen. Insbesondere Konzepte wie *System of Systems* oder *Effect Based Approach to Operations* (EBAO) weisen nicht

der materiellen Waffenplattform (Panzer, Flugzeug), sondern der Systemebene und ihrer Outputgenerierung die Hauptbedeutung zu. Daran orientiert sich der diesem Artikel zugrunde liegende Fähigkeitenbegriff. In einem zweiten Schritt identifiziert das Kapitel sowohl die idealtypischen Schritte der Fähigkeitenentwicklung als auch jene Faktoren, die während dieser Schritte Einfluss auf die Charakterisierung der Fähigkeiten nehmen.

## 1.1 WAS SIND FÄHIGKEITEN?

Der Begriff «Fähigkeiten» gehört zu den gebräuchlichsten im militärpolitischen Jargon. Es wird jedoch nur selten eine klare Definition formuliert. Eine Fähigkeit beschreibt laut *Dictionary of Military and Associated Terms* (DOD) die «Befähigung für eine spezifische Handlungsoption oder Vorgehensweise». Fähigkeiten können folglich konkret durch sehr unterschiedliche Dinge dargestellt werden. Traditionell bezieht sich der Ausdruck jedoch auf materielle und quantifizierbare Elemente wie Panzer, Schiffe oder Soldaten.

Selbst im wissenschaftlichen Verständnis herrscht weiterhin die Betonung von materiellen Faktoren vor. Dabei war die ursprüngliche Definition von Kenneth Waltz nicht in diesem Masse festgelegt. Er verstand Fähigkeit als Instrument militärischer Macht. Fähigkeiten waren folglich alle Mittel, die einen Akteur in die Lage versetzen, einen Gegner abzuschrecken oder zu bezwingen. Was konkret diese Fähigkeit ausmacht, definierte Waltz nicht näher.<sup>1</sup>

Fähigkeiten sind also zunächst ein relationaler Begriff. Das Verhältnis zwischen Missionsziel und den zur Verfügung stehenden Instrumenten entscheidet darüber, ob man von einer Fähigkeit sprechen kann oder nicht. Der Grund hierfür ist offensichtlich. Der Nutzen spezifischer militärischer Instrumente ändert sich nicht nur über die Zeit hinweg. Auch das Verhältnis des Instruments zur einer konkreten Mission oder einem militärstrategischen Ziel beeinflusst seinen Nutzwert.<sup>2</sup>

- 1 Waltz, Kenneth. *Theory of International Politics*. New York: McGraw-Hill, 1979; Betts, Richard K. Is strategy an illusion? In: *International Security* 25 (2000), Nr. 2, S. 5–50, hier S. 9f.
- 2 Baldwin, David A. Force, fungibility and influence. In: *Security Studies* 8 (1999), Nr. 4, S. 173–183.

Einen weiter gefassten analytischen Begriff haben Buzan und Herring entwickelt. Sie unterscheiden zunächst *Hardware*, *Software* und *Wetware*.<sup>3</sup> Militärische Fähigkeiten umfassen demnach nicht nur die materiellen Instrumente und Artefakte, – also *Hardware* –, sondern auch jene Mittel und Umstände, die diese Instrumente und Artefakte entwickeln, produzieren und bereitstellen. Hinzu tritt die organisatorische Dimension, also die Fähigkeit, die Hardware zu organisieren und so zur Anwendung zu bringen.<sup>4</sup> Dies kann z.B. Computersoftware sein, ein Datenlink, aber auch standardisierte Verfahren. Auch innerhalb eines Panzers sind diese Organisationen notwendig. Ohne die Vernetzung von Zielerfassung, Feuerleitung und Geschütz wäre er lediglich ein Stück Metall und kein Waffensystem. Diese Dimension wird als *Software* bezeichnet. Die *Wetware* schliesslich bezeichnet den Menschen als ein mit Fertigkeiten und Kenntnissen versehenes Element.

*Tabelle: Die Dimensionen von Fähigkeiten*

Fähigkeitsenelement	Funktion	Beispiel
<b>Hardware</b>	Ein materielles Artefakt zur Ausführung einer Handlung	Panzer, Fregatte, Kampf- flugzeug
<b>Software</b>	Verbindung, Koordination, Integration und Organisation der Verbindung von Hardware und Wetware	Hauptquartier, Doktrin, Software
<b>Wetware</b>	Nutzung oder Anwendung der Hardware und Software durch ein Individuum, unter Nutzung spezifischer individueller Fähigkeiten und Kenntnisse	Infanterist, Logistiker, Pilot, Rechtsberater

3 Buzan, Barry/Herring, Eric. *The arms dynamic in world politics*. London: Lynne Rienner Publishers 1998.

4 Ross, Andrew L. *The Dynamic of Military Technology*. In: Devitt, David/Haglund, David/Kirton, John (Hrsg.). *Building a New Global Order. Emerging Trends in International Security*. Oxford: Oxford University Press, 1993, S. 106–140.

Die aufgezeigte Verbindung der verschiedenen Elemente verdeutlicht, dass die Funktionen nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Vielmehr ist eine Fähigkeit nur existent, wenn alle drei Faktoren erfüllt sind.

## 1.2 FAKTOREN DER FÄHIGKEITENENTWICKLUNG

Auch wenn sich die konkreten Fähigkeiten von Land zu Land unterscheiden, lassen sich einige generelle Aussagen über jene Faktoren machen, die die Fähigkeitengenerierung massgeblich beeinflussen. Idealtypischerweise ist die Fähigkeitenentwicklung verbunden mit und inspiriert durch eine entsprechende sicherheits- und militärpolitische Lageanalyse und die daraus resultierende Strategieentwicklung. Diesem strategischen Rahmen inhärent sind sowohl eine Zieldefinition im weiteren sicherheitspolitischen und militärpolitischen Sinne als auch eine Definition der intendierten Mittel zur Erreichung der Ziele. Typischerweise finden sich solche Aussagen in Sicherheits- und Militärstrategien wieder. Die Einflussfaktoren auf die Fähigkeitenentwicklung lassen sich in drei Hauptkategorien unterteilen: Ideen, Institutionen und Ressourcen.

Ideen<sup>5</sup>: Der Begriff der Ideen bezieht sich zum einen auf perzipierte Bedrohungen und Risiken. Zum anderen beinhaltet er Konzepte und Vorstellungen, wie diesen Risiken und Bedrohungen zu begegnen ist. Solche Ideen äussern sich in Sicherheits- oder Militärstrategien, aber auch in ähnlichen Dokumenten mit planerischem Charakter. Die darin entwickelten Konzepte sind weitgehend charakterisiert durch die sicherheitspolitische Kultur eines Landes und reflektieren diese gleichzeitig. Sicherheitspolitische Kulturen beinhalten allgemeine Vorstellungen über schützenswerte Referenzobjekte (Territorium, Bevölkerung, Infrastrukturen, politische Institutionen), die sie betreffenden Risiken, aber auch über jene Mittel, die legitimerweise zu

5 Dies stellt eine idealtypische Beschreibung der ideellen Faktoren der Fähigkeitenentwicklung dar. Es wäre blauäugig anzunehmen, dass die Fähigkeitenentwicklung nur von rein politischen Akteuren und deren sicherheitspolitischen Erwägungen und Interessen geleitet wird. Lobbygruppen wie auch das Militär selbst spielen eine einflussreiche Rolle in diesem Prozess.

ihrem Schutz eingesetzt werden können.<sup>6</sup> Den Hintergrund hierzu bieten die Interpretation historischer Erfahrungen von Krieg und Frieden, Anschauungen über den Nutzen von militärischer Gewalt oder spezifische Feind- und Bedrohungsmuster. Hinzu treten allgemeine Konzepte bevorzugter Formen von Kooperation und politischer Aktivität.

Neuerungen in der Bedrohungsperzeption wie auch bei Konzepten und Paradigmen generieren also neue Ziele und Vorgaben für die Fähigkeitenplanung. Aber auch neue Mittel können die Vorstellungen über die Angemessenheit und die Folgen des Einsatzes militärischer Gewalt verändern. Ein Beispiel wäre Präzisionsmunition.

Institutionen – Institutionalisierung: Institutionen bezeichnen jene Regeln, Routinen, Vorgaben und Gesetze, die den Ablauf von Prozessen steuern. Sie legen insbesondere fest, welche Akteure wie und zu welchen Zeitpunkten welchen Einfluss auf Prozesse haben können.<sup>7</sup> Darüber hinaus können Institutionen einen «substantiellen» Charakter besitzen, indem sie inhaltliche Zielvorgaben besitzen und somit der Umsetzung von Ideen und Konzepten dienen. Entsprechend ist die Schaffung dieser Institutionen ein wichtiger Schritt zur Fähigkeitengenerierung. Gleiches gilt für die Veränderungen in der prozeduralen und in der inhaltlichen Dimension der Institutionen. Beispiele dafür sind die Rollendefinition des Planungsstabs im Rahmen der Fähigkeitenentwicklung oder die Anpassung von Ausbildungsprozessen und Doktrinen.

Ressourcen<sup>8</sup>: Die Möglichkeit, neue Konzepte und Vorschriften umzusetzen, ist an das Vorhandensein von Ressourcen gebunden. Die Verände-

6 Buzan, Barry/Waeber, Ole/de Wilde, Jaap. *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder, CO: Lynne Rienner, 1998; Katzenstein, Peter J. (Hrsg.). *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, 1996.

7 Risse-Kappen, Thomas. Ideas do not Float Freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War. In: *International Organisation* 48 (1994), Nr. 2, S. 184–214; Andréani, Gilles. Why Institutions Matter. In: *Survival* 42 (2000), Nr. 2, S. 81–95; Smith, Michael E. Institutionalization, Policy Adaptation and European Foreign Policy Cooperation. In: *European Journal of International Relations* 10 (2004), Nr. 1, S. 95–136.

8 Hartley, Keithy/Sandler, Todd (Hrsg.). *Handbook of Defence Economics*. Amsterdam: Elsevier, 1995; Deudney, Daniel H. Regrounding Realism: Anarchy, Security, and Changing Material Contexts. In: *Security Studies* 10 (2000), Nr. 1, S. 1–42; Baldwin, David A. Power and International Relations. In: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.). *Handbook of International Relations*. London: Sage, 2002, S. 177–191, hier S. 177.

rungs- und Anpassungsprozesse bedürfen der materiellen Ausgestaltung. Entsprechend ist die Distribution und die Reallokation von Ressourcen ein entscheidendes Indiz für eine stattfindende Fähigkeitenentwicklung. Dabei gehört zur Fähigkeitenentwicklung nicht nur allgemein ein Budget oder die Personalstärke einer Armee. Die benötigten Elemente umfassen ebenso die Art der Beschaffungsprogramme, die militärische Infrastruktur und die verteidigungsindustrielle Basis.<sup>9</sup>

Die konstatierte Veränderung in der Fähigkeitenentwicklung nach dem Ende des Kalten Krieges resultiert aus Veränderungen bei Ideen, Institutionen oder Ressourcen. Zu welchen Veränderungen in der Fähigkeitenentwicklung hat der Wandel von Ideen, Institutionen und Ressourcen geführt? Bei der im nächsten Kapitel folgenden Untersuchung dieser Frage liegt der Schwerpunkt der Betrachtungen auf dem Planungsbereich. Der Grund hierfür ist, dass im Lebenszyklus von militärischen Fähigkeiten<sup>10</sup> traditionell eine grosse Lücke zwischen den vorherrschenden Ideen und den vorhandenen Fähigkeiten existiert.

## 2 BEISPIELE: DEUTSCHLAND, FRANKREICH, VEREINIGTES KÖNIGREICH

Das Ende des Kalten Krieges wurde von allen Staaten Europas als eine Wende markiert. Unter dem Eindruck eines grundlegend veränderten strategischen Kontextes haben nahezu alle europäischen Staaten ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundlagen einer Prüfung und Revision unterzogen. Dies hatte auch Implikationen für die Fähigkeitenplanung.

Zwei Trends in diesem Kontext finden sich auch in den hier analysierten Ländern wieder. Erstens findet aufgrund neuer Bedrohungsperzeptionen, erweiterter technologischer Möglichkeiten und geringerer Ressourcen ein Konzeptions- und Institutionenwandel von einer bedrohungs-basierten hin zu einer fähigkeitsbasierten Planung statt. Und zweitens verlagert sich

9 Tellis, Ashley J./Bially, Janice/Layne, Christopher/McPherson Melissa. *Measuring National Power in the Postindustrial Age*. Rand Publication MR 1110/1-A. 7. Juli 2008. [http://www.rand.org/pubs/monograph\\_reports/MR1110/](http://www.rand.org/pubs/monograph_reports/MR1110/).

10 Planung – Entwicklung – Produktion – Beschaffung – Kampfwertsteigerung – Verschrottung.

der Schwerpunkt bei der Fähigkeitenentwicklung von Hardware und Software hin zur Software.

Dennoch existieren auch markante Unterschiede, insbesondere zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich und dem Vereinigten Königreich auf der anderen Seite. So spielen z.B. rein national orientierte Fähigkeitsziele für Deutschland keine so zentrale Rolle wie für die beiden Vergleichsländer. Deutschland legt den Schwerpunkt auf die multilaterale Einbettung. Bemerkenswerterweise führen diese Unterschiede jedoch nicht zu grundsätzlich anderen Fähigkeitsdefinitionen. Grund hierfür ist insbesondere die Einsicht aller untersuchten Staaten, dass sie bei der Generierung von Fähigkeiten auf die Kooperation auf internationaler Ebene angewiesen sind. Die Gründe liegen in der damit verbundenen Effektivität und Legitimität.<sup>11</sup>

## 2.1 DEUTSCHLAND

Deutschland verfügt nicht wie Frankreich oder Grossbritannien über ausgedehnte Erfahrungen im Bereich von Expeditionsoptionen. Das historische Trauma des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges beeinflussen bis heute den gesellschaftlichen Konsens über die Rolle des Militärs und Deutschlands Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik.<sup>12</sup> Dies hat auch dazu geführt, dass für Deutschland Szenarien für den unilateralen Truppeneinsatz in der Fähigkeitsdefinition so gut wie keine Rolle spielen. Hier orientiert es sich weitgehend an internationalen Organisationen.

### 2.1.1 ALLGEMEINE SICHERHEITSPOLITISCHE ORIENTIERUNG

Drei Hauptvorgaben kennzeichnen Deutschlands Rolle in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Erstens ist die aktive Einbindung in multilaterale Organisationen und die Bevorzugung multilateraler Lösungsansätze ein deutsches Leitmotiv, das sich in allen Grundlagendokumenten wiederfindet. Für

11 Gross, Eva/Giegerich, Bastian. Squaring the Cycle? Leadership and Legitimacy in European Security and Defence Cooperation. In: *International Politics* 43 (2006), Nr. 4, S. 500–509.

12 Hyde-Price, Adrian. Foreign and Security Policy. In: Padgett, Stephen/Paterson, William E./Smith, George (Hrsg.). *Developments in German Politics* 3. Basingstoke: Palgrave, 2004, S.184–205.



Deutschland ist sicherheitspolitisches und militärisches Handeln<sup>13</sup> ausserhalb eines multilateralen Rahmens nicht denkbar.<sup>14</sup>

Darüber hinaus nimmt es eine Brückenposition zwischen der EU und der Nato ein und versucht insbesondere, zwischen den beiden Partnern Frankreich und USA zu vermitteln. Deutschland unterstützt einerseits aktiv den Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Dies ist zweifelsohne der traditionellen Beziehung zu Frankreich geschuldet, entspricht aber auch dem deutschen Interesse an einer effektiven ESVP als wichtiger Schritt im europäischen Integrationsprozess und der eigenen Verankerung in den europäischen Strukturen. Andererseits bleibt die Nato als traditionell zweiter Pfeiler der deutschen Westbindung das zentrale Verbindungsglied zu den USA und bildet das Rückgrat der gemeinsamen Verteidigung und des Schutzes Europas.<sup>15</sup> Drittens bevorzugt Deutschland zivile Instrumente in der internationalen Politik. Daneben engagiert es sich für eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen.<sup>16</sup>

#### 2.1.2 VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE ERFAHRUNG UND AUSRICHTUNG: RISIKOPERZEPTIONEN UND REAKTIONEN

Das internationale Engagement Deutschlands wandelt sich sehr langsam. Während sich Deutschland im Golfkrieg 1991 noch auf die stark kritisierte Scheckbuchdiplomatie beschränkte, entsandte es 1993 erstmals ein nach Zahlen und Auftrag ernstzunehmendes Kontingent nach Somalia (Mission

13 Die einzige Ausnahme bilden Evakuierungsoperationen.

14 Longhurst, Kerry. *Germany and the Use of Force: The Evolution of German Security Policy 1990–2003*. Manchester: Manchester University Press, 2004.

15 Meiers, Franz-Josef. Deutschland: Der dreifache Spagat. In: Erhart, Hans-Georg (Hrsg.). *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 35–48, hier S. 36–38; Regelsberger, Elfriede. Deutschland und die GASP – ein Mix aus Vision und Pragmatismus. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.). *Europäische Außenpolitik, GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten*. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 28–40, hier S. 35–39.

16 Maull, Hanns W. Zivilmacht Deutschland. In: Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard/Schmidt, Siegmund (Hrsg.). *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 73–84; Maull, Hanns W. Germany and the Use of Force: Still a Civilian Power? In: *Survival* 42 (2000), Nr. 2, S. 56–80.

UNOSOM II).<sup>17</sup> Der Entscheid des Bundesverfassungsgerichts von 1994, der die so genannten *out of area*-Einsätze der Bundeswehr erlaubte, bereitere schliesslich den Weg für eine weitergehende Übernahme von Aufgaben und Verantwortung und eine langsame Veränderung der sicherheitspolitischen Kultur.<sup>18</sup>

Erste Veränderungen spiegelten sich im Weissbuch von 1994 wider.<sup>19</sup> Im Bereich der Fähigkeitenplanung reagierte Deutschland jedoch erst viel später auf die schon im Weissbuch festgestellten Veränderungen. Erst im Mai 2003 erklärten die «Verteidigungspolitischen Richtlinien» (VPR) zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges die Grundzüge einer deutschen Verteidigungspolitik.<sup>20</sup> Darin werden als Hauptbedrohungen der internationale Terrorismus, Konflikte in Europa und an seinem süd- bzw. südöstlichen Rand sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen definiert.<sup>21</sup>

Die in den VPR genannten Hauptziele sind die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung. Dabei setzt die Bundesrepublik voll auf die multilaterale Einbettung in internationale Sicherheitsorganisationen wie die EU, die Nato und die Uno. Die Rolle internationaler Organisationen geht dabei über deren funktionale Aspekte hinaus. Deutschlands Ziel ist die Schaffung des vollen Spektrums an sicherheitspolitischen Mitteln im Rahmen der internationalen Organisationen.<sup>22</sup>

Angeichts steigender Ansprüche, mangelnder Ressourcen und der Feststellung, dass die Strukturen der Bundeswehr diesen Ansprüchen nicht mehr gewachsen sind, leitete die «Weisung zur Weiterentwicklung der Bundeswehr» aus dem Jahr 2003 einen weiteren Reformschritt ein: die Reorganisation

17 Becher, Klaus: German Forces in International Military Operations. In: *Orbis* 48 (2004), Nr. 3, S. 397–408.

18 Harnisch, Sebastian/Longhurst, Kerry. Understanding Germany: The Limits of «Normalization» and the Prevalence of Strategic Culture. In: Taberner, Stuart/Cooke, Paul (Hrsg.). *German Culture, Politics, and Literature into the 21<sup>st</sup> Century: Beyond Normalization*. New York: Camden House, 2006, S. 49–60.

19 Bundesministerium für Verteidigung (Hrsg.). *Weissbuch 1994: Weissbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr*, Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1994.

20 Bundesminister der Verteidigung: *Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 21. Mai 2003*, im folgenden abgekürzt als VPR.

21 VPR, S. 5–7.

22 VPR, S. 22.

der Bundeswehr. Ziel war die Bündelung und Konzentration auf Kernbereiche. Die Streitkräfte wurden in drei Kategorien gegliedert: Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte. Die Eingreifkräfte sollten zukünftig 35 000 Krisenreaktionskräfte umfassen. Die Stabilisierungskräfte mit einer Soll-Stärke von 70 000 Mann sind für multinationale, streitkräftegemeinsame militärische Operationen niedriger und mittlerer Intensität und längerer Dauer im breiten Spektrum friedensstabilisierender Massnahmen vorgesehen. Die verbleibenden knapp 148 000 Soldaten sollen die Eingreif- und Stabilisierungskräfte in der Einsatzvorbereitung und -durchführung unterstützen.<sup>23</sup>

### 2.1.3 PLANUNGSANNAHMEN UND SZENARIEN

In der Fähigkeitenplanung verabschiedet sich die Bundeswehr von konkreten Szenarien. Stattdessen umschreibt sie das Einsatzspektrum. Hier liegt das Hauptaugenmerk auf Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschliesslich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Die Landesverteidigung verliert hingegen an Bedeutung. Daraus resultieren vier grundlegende Aufgaben für die Bundeswehr<sup>24</sup>: erstens die Sicherung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit, zweitens der Beitrag zur Stabilität im globalen und europäischen Rahmen, drittens die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung sowie ein Beitrag zur Verteidigung der Bündnispartner und viertens die Förderung multinationaler Zusammenarbeit und Integration. Generell wird ein fähigkeitsbasierter Ansatz bevorzugt, der eine möglichst breite Handlungsfähigkeit ermöglichen soll.<sup>25</sup>

### 2.1.4 IDENTIFIKATION VON FÄHIGKEITEN

Für den Bereich der Fähigkeitenentwicklung bereiten die Grundlagendokumente einen klaren Wandel vor: Teilstreitkraft (TSK)-basierte Fähigkeiten sollen zugunsten eines fähigkeitsorientierten und TSK-übergreifenden

23 Bundesminister der Verteidigung. *Konzeption der Bundeswehr* vom 9. August 2004, im folgenden abgekürzt als KdB.

24 VPR, S. 24.

25 Schneiderhan, Wolfgang. Ziel der Transformation der Bundeswehr ist die Verbesserung der Einsatzfähigkeit. In: *Europäische Sicherheit* 54 (2005), Nr. 2, S. 22–32.

Gesamtansatzes aufgegeben werden. Dieser Gesamtansatz konzentriert sich auf die Bereiche Führungsfähigkeit, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Mobilität, Wirksamkeit im Einsatz, Unterstützung und Durchhaltefähigkeit sowie Überlebensfähigkeit und Schutz. Priorität geniessen dabei jene Felder, in denen Deutschland bislang über keine Fähigkeiten verfügte. Dies sind Führungsmittel und -systeme, Aufklärung und strategischer Transport.<sup>26</sup>

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die vernetzte Operationsführung. Sie soll über ein gemeinsames Lagebild und Führungssysteme ermöglichen, Material und Ausrüstungsbestände langfristig zu reduzieren. Dafür muss jedoch im Gegenzug die Vernetzungsfähigkeit der verbleibenden Instrumente sichergestellt werden.

## 2.2 FRANKREICH

Traditionell beansprucht Frankreich eine besondere Verantwortung und Vorreiterrolle in der Europäischen Sicherheitspolitik. Zwar versteht auch Frankreich die Nato als die zentrale Organisation für die gemeinsame Verteidigung. Jedoch betont es von jeher die Rolle der autonomen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten der EU vis-à-vis den USA und der Nato.<sup>27</sup> In der Fähigkeitenentwicklung setzt Frankreich auf seine Bemühungen auf der Ebene der EU. Dabei wird jedoch eine mit einem Souveränitätsverzicht einhergehende EU-Integration in diesem Bereich klar ausgeschlossen.

### 2.2.1 ALLGEMEINE SICHERHEITSPOLITISCHE ORIENTIERUNG

Das Ende des Kalten Krieges bedeutete auch für Frankreich eine sicherheitspolitische Neuorientierung. Das sicherheitspolitische Umfeld wie auch die Anforderungen an die Organisation und die Mechanismen zur Gewährleistung von Sicherheit und Verteidigung änderten sich dramatisch.<sup>28</sup> Frankreich musste zunächst feststellen, dass es weder mit Blick auf Fähigkeiten

26 VPR, S 31.

27 Menon, Annand. From independence to Cooperation: France, NATO and European Security. In: *International Affairs* 71 (1995), Nr. 1, S. 19–34.

28 Brezinzski, Zbigniev. *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. London: Basic Books, 1998, S. 61.

noch hinsichtlich seiner strategischen Ausrichtung für die neuen Herausforderungen gewappnet war. Diese Einschätzung basierte zum einen auf den Folgen der Desintegration der Sowjetunion und anderer kommunistischer Staaten. Den Balkankriegen kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Diese verdeutlichten, dass weder Frankreich noch die Europäische Gemeinschaft auf solche Ereignisse vorbereitet waren, und unterstrichen die Abhängigkeit Europas von den militärischen Fähigkeiten der USA.

Die französischen Entscheidungsträger fürchteten den Verlust der relativ unabhängigen Machtposition, die Frankreich während des Kalten Krieges innehatte. Dies drückte sich zum einen in der Ablehnung einer US-zentrierten, unipolaren Welt aus. Zum anderen wurde die Vereinigung Deutschlands als Machtverlust perzipiert. Sie schürte darüber hinaus das Misstrauen gegenüber Deutschland und die Sorge um die damit einhergehenden zentrifugalen Kräfte in Europa.<sup>29</sup> Zudem verloren in dem neuen sicherheitspolitischen Kontext die Nuklearwaffen an Bedeutung, was wiederum mit einem Prestigeverlust einherging. In der Tat hat Frankreich durch die neuen strategischen und diplomatischen Rahmenbedingungen massgeblich an internationalem Rang und Status eingebüsst. Frankreichs Position in der Welt ist zwar nach eigener Wahrnehmung nicht gänzlich verschwunden, aber die traditionellen französischen Stärken haben an Bedeutung verloren.

Dies verdeutlichte die Dringlichkeit einer strategischen und operativen Anpassung der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Da Frankreich jedoch weder über die internationale Statur noch über die notwendigen Ressourcen verfügte, die neuen Herausforderungen im Alleingang zu bewältigen, strebte es eine zweigleisige Lösung an. Einerseits wurden Reformen auf nationaler Ebene initiiert, andererseits verstärkte Paris sein Engagement im Bereich der europäischen Zusammenarbeit. Beide Komponenten wurden als Instrumente für eine französische Einflusssteigerung verstanden.<sup>30</sup>

29 Aggestam, Lisbeth. *A European foreign policy? Role conceptions and the politics of identity in Britain, France and Germany*. Stockholm: Stockholm University Press, 2004, S. 96.

30 Ould-Abdallah, Ahmedou. Le redéploiement de la puissance militaire et stratégique dans un monde en mutation. In: *La revue internationale et stratégique* 63 (2006), Nr. 1, S. 81–86, hier S. 83f; Rieker, Pernille. From Common Defence to Comprehensive Security: Towards the Europeanization of French Foreign and Security Policy? In: *Security Dialogue* 37 (2006), Nr. 4, S. 509–528, hier S. 517.

### 2.2.2 VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE ERFAHRUNG UND AUSRICHTUNG: RISIKOPERZEPTIONEN UND REAKTIONEN

Auf militärischer Ebene hatte bereits das französische Engagement im Golfkrieg 1991 die Notwendigkeit zur Anpassung des verteidigungspolitischen Rahmens verdeutlicht. Hier mussten das französische Militär und die Politik anerkennen, dass die für die erwünschte Machtprojektion notwendige eigene Organisationsstruktur und das erforderliche Fähigkeitspektrum nicht vorhanden waren. Im Gegenteil, Frankreich konnte sogar in klassischen Szenarien nicht mit den US-Streitkräften mithalten.<sup>31</sup> Letztere profitierten bereits zu diesem Zeitpunkt von der Integration von Informationstechnologien und neueren Entwicklungen in der Sensorik in ihre operationalen und strategischen Konzepte.

Das neue französische Sicherheits- und Strategieverständnis drückte sich erstmals im *Livre Blanc* von 1994 aus, und zwar sowohl in Bezug auf Europa als auch hinsichtlich der militärischen Reformen.<sup>32</sup> Das *Livre Blanc* wies auch eine explizite politische Programmatik auf. Frankreich hatte verstanden, dass es nur dann eine weltweite politische Rolle spielen konnte, wenn es in der Lage war, die europäischen Entwicklungen massgeblich zu steuern. Das *Livre Blanc* definiert folglich «Europäische Verteidigung» als Priorität. Hier wird der Unterschied zum vorherigen *Livre Blanc* von 1972 deutlich, in welchem dieser Begriff keine Erwähnung fand.<sup>33</sup>

Diese Entwicklung wird durch die französische Verteidigungsstrategie von 2001 unterstrichen. Diese definierte drei Interessenkategorien: a) Vitale Interessen: Wahrung der Integrität des Staatsgebietes und seiner Zugänge zu See und Luft, freie Ausübung der Souveränität und Schutz der Bevölkerung; b) Strategische Interessen: Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und seiner Grenzregionen, freier Handel und Zugang zu Ressourcen; c) Machtinteressen: Interessen, die sich aus der Rolle Frankreichs in der Welt,

31 Freedman, Lawrence. *The Revolution in Strategic Affairs. Adelphi Paper 318*. London: International Institute for Strategic Studies, 1998.

32 Ministère de la Défense. *Livre blanc sur la défense 1994*. Paris: 1994.

33 Irondelle, Bastian. *Europeanisation without the European Union? French Military Reforms 1991–96*. In: *Journal of European Public Policy* 10 (2003), Nr. 2, S. 208–26.

seiner Mitgliedschaft im Uno-Sicherheitsrat sowie seiner Rolle als Nuklearwaffenstaat ergeben.<sup>34</sup>

### 2.2.3 PLANUNGSANNAHMEN UND SZENARIEN

Hinsichtlich der militärischen Dimension schrieb das *Livre Blanc* von 1994 die Verlagerung des Schwerpunkts von Landesverteidigung zu Auslandeseinsätzen, insbesondere Krisenmanagementoperationen, fest. Gleichzeitig steigerte Frankreich sein multilaterales Engagement in materieller und finanzieller Hinsicht, beispielsweise durch die Beteiligung an friedenssichernden Operationen. Dies bot sowohl die Gelegenheit, die Einsatzfähigkeit französischer Krisenreaktionskräfte zu trainieren, als auch die Möglichkeit, auf der internationalen Bühne Präsenz und Einfluss zu demonstrieren. Dieses internationale Engagement scheint auf den ersten Blick Frankreichs politisches Leitmotiv der Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Letztendlich dient es jedoch genau diesem Bestreben, da durch das internationale Engagement das französische Macht- und Einflussstreben konsolidiert werden sollte.

Das langfristige Ziel Frankreichs war es, eine autonome, von der Nato und den USA unabhängige Handlungsfähigkeit der EU im Krisenmanagement herzustellen. Frankreich verfügte jedoch weder über die notwendigen und adäquaten Konzepte noch über die Streitkräftestruktur, die Ausrüstung und die Fähigkeiten, um erfolgreich in dem neuen Sicherheitsumfeld operieren zu können. Folglich wurde, wie im *Livre Blanc* 1994 angekündigt, eine grundlegende Reform der französischen Streitkräfte initiiert. Die Hauptaspekte waren die Redefinition der Aufgaben, die Abschaffung der Wehrpflicht und das Engagement für eine verstärkte Entwicklung von Fähigkeiten zur Machtprojektion.<sup>35</sup> Diese ersten Reformschritte wurden im langfristigen Reformprojekt *Modèle d'armée 2015* weitergeführt, das Bestandteil des militärischen Programmgesetzes 2003–2008 ist. Es definiert vier strategische

34 Ministère de la Défense. *La stratégie de défense de la France*. Paris: 2001, Kapitel 2.3.

35 Ebd.

Funktionen der Streitkräfte: Nukleare Abschreckung, Prävention, Schutz und Projektion.<sup>36</sup>

#### 2.2.4 IDENTIFIKATION VON FÄHIGKEITEN

Die nukleare Dimension in der Fähigkeitenplanung unterstreicht das nationale Selbstverständnis Frankreichs als zentraler Akteur in der Sicherheitspolitik. Sie hat jedoch im Sinne des staatlichen Risikomanagements keine operative Fähigkeit zur Folge. Hingegen ist insbesondere die letztgenannte Funktion der Machtprojektion entscheidend. Hierauf beziehen sich die grundlegenden Fähigkeitenanforderungen: Schnelle Verlegbarkeit und Durchhaltefähigkeit, auch über weite Distanzen. Im Detail lassen sich vier Fähigkeitenbereiche identifizieren<sup>37</sup>: a) Informationsgewinnung: Hier strebt man nach einem europäischen Verbund von Aufklärungs- und Informationsmitteln, einschliesslich weltraumbasierter Systeme; b) Schnelle Krisenreaktion/*Armée 2015*: Mobilität und schnelle Verlegefähigkeit sollen durch eine Initialkapazität in den Bereichen See, Luft und Land erreicht werden. Hierzu wurde im Bereich der Landstreitkräfte ein spezieller Kräftegenierungsmechanismus aufgebaut – die «*Cellule Guépard*»<sup>38</sup>; c) *Command and Control*. Darüber hinaus wurde der Bedarf an funktionierenden Führungsstrukturen und -systemen konstatiert, um sowohl individuelle als auch multinationale Operationen planen und ausführen zu können; d) Wirksysteme: Die französische Armee benötigte ausserdem neue, plattformbasierte und netzwerkgenerierte Wirksysteme. Bei der Schaffung dieser Fähigkeiten setzte Frankreich auf seine Bemühungen auf der Ebene der EU.

### 2.3 VEREINIGTES KÖNIGREICH

Traditionell positioniert sich die britische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in enger Anlehnung an die USA. Hier lässt sich nach den Enttäuschun-

36 Loi no 2003-73 du 27 janvier 2003 relative à la programmation militaire pour les années 2003 à 2008 (I), NOR : DEFX0200133L, Annexe 2.2.

37 Ebd., Rapport Annexe, 2.3.1.

38 Ein 5000 Mann starker Pool aus Landstreitkräften. Interview mit der *Délégation aux Affaires Stratégiques*, Paris, März 2007.



gen der 1990er Jahre ein zwischenzeitlicher Wandel auf sicherheitspolitischer Ebene feststellen. Dieser ermöglicht es, bei der Fähigkeitenentwicklung näher an die Europäer heranzurücken.<sup>39</sup>

### 2.3.1 ALLGEMEINE SICHERHEITSPOLITISCHE ORIENTIERUNG

Die Nato bildet den Referenzpunkt für die Organisation von internationaler Sicherheit und das Rückgrat der kollektiven Verteidigung Europas. Dabei werden Kooperationen mit anderen Staaten nur soweit toleriert, wie dies mit dem nationalen Souveränitätsverständnis und der transatlantischen Bindung vereinbar ist. Folglich sieht das Vereinigte Königreich Ad-hoc-Kooperationen als einen pragmatischen Weg im Krisenmanagement an. Die EU ist insoweit wichtig und sinnvoll, wie sie einen Beitrag zur Lastenteilung innerhalb der Nato erbringt und damit auch die Briten von bestimmten Aufgaben entbindet. London ist wie Paris nicht bereit, über intergouvernementale Formen der Kooperation hinaus die Integrationsbestrebungen Deutschlands zu unterstützen. Ebenso liegt eine stärkere Unabhängigkeit der ESVP von der Nato nicht im britischen Interesse.<sup>40</sup>

### 2.3.2 VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE ERFAHRUNG UND AUSRICHTUNG: RISIKOPERZEPTIONEN UND REAKTIONEN

Das Vereinigte Königreich hat eine lange, bewusste und positiv besetzte Tradition des militärischen Engagements. Darüber hinaus ist eine Mehrheit der britischen Kräfte bereits einmal im Ausland stationiert gewesen.

Die erste verteidigungspolitische Analyse *Options for Change* führte 1991 zu einer drastischen Reduktion der für den Kalten Krieg ausgelegten Fähig-

39 Quinlan, Michel. *European Defense Cooperation. Asset or threat to NATO?* Washington: Woodrow Wilson Center Press, 2001.

40 George, Stephen. *An Awkward Partner: Britain in the European Community*. Oxford: Oxford University Press, 1998; Deutschmann, Alru Die britische Position zur GASP/ESVP: von Maasricht nach Nizza In: Erhart, Hans-Georg (Hrsg.). *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 58–73; Williams, Paul D. *British Foreign Policy under New Labour, 1997–2005*. Basingstoke: Palgrave, 2005.

keiten, die eine enorme Belastung des Haushaltes darstellten.<sup>41</sup> Die britische Verteidigung hatte nach dem Ende des Kalten Krieges drei grundlegende Aufgaben zu erfüllen: a) die Verteidigung des *Mainland* und der abhängigen Gebiete, b) die Generierung von Sicherheit gegen eine grosse externe Bedrohung von Grossbritannien oder seinen Alliierten, und c) die Unterstützung der breiteren Sicherheitsinteressen durch die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Stabilität.<sup>42</sup>

Für die sicherheitspolitische Weiterentwicklung des Vereinigten Königreichs waren die Erfahrungen aus den vergangenen Konflikteilnahmen entscheidend. Der Golfkrieg von 1991 verdeutlichte, dass die USA – Grossbritanniens militärtechnologischer Referenzpunkt – dem Vereinigten Königreich weit voraus waren. Die Möglichkeit, auch in Zukunft gemeinsam mit den USA Operationen durchführen zu können, hing davon ab, inwieweit man diese Lücke zu schliessen vermochte.<sup>43</sup> Der Jugoslawienkonflikt offenbarte, dass zu diesem Zeitpunkt in Europa nur das Vereinigte Königreich und Frankreich in der Lage waren, einen ernst zu nehmenden Anteil der benötigten Fähigkeiten zu stellen. In der praktischen Kooperation mit Frankreich wurden positive Erfahrungen gesammelt. Wenig Verlass war hingegen auf die anderen europäischen Staaten. Dies führte zu einer ungleichen Verteilung der Lasten und Risiken solcher Einsätze, was zur Folge hatte, dass Grossbritannien seine Kräfte überlastete. Gleichzeitig blieb die erbetene Hilfe durch die USA aus bzw. erfolgte erst sehr spät. Darüber hinaus wurde auch offensichtlich, dass die Uno nicht in der Lage war, einen effektiven Rahmen für die nach britischer Ansicht notwendige Form des Krisenmanagements zu gewährleisten.

41 Garden, Timothy/Ramsbotham, David. About Face. The British Armed Forces: Which Way to Turn? In: *RUSI-Journal* 149 (2004), Nr. 3, S. 9–13.

42 Ministry of Defence. *Strategic Defence Review 1993*. London: 1993, S. 71; Ministry of Defence. *British Defence Doctrine*. London: February 1997.

43 Interview mit Jonathan Eyal, *London Royal United Services Institute*, Juni 2006; Interview im *Ministry of Defence*, London, vom Mai 2006.

### 2.3.3 PLANUNGSANNAHMEN UND SZENARIEN

Diese Erkenntnisse flossen zunächst in die begonnene Reorientierung im Rahmen der *Strategic Defence Review* (SDR) von 1998 ein.<sup>44</sup> Dies führte jedoch nur zu einer begrenzten Redefinition von Aufgaben und Fähigkeiten. Die drei Aufgaben wurden durch acht Hauptszenarien ersetzt, in denen die britischen Kräfte zu agieren in der Lage sein sollten: a) Sicherheit in Friedenszeiten; b) Sicherheit der Überseegebiete; c) Verteidigungsdiplomatie; d) Unterstützung der britischen Interessen; e) friedensunterstützende und humanitäre Operationen; f) regionale Konflikte ausserhalb des Gebietes der Nato; g) regionale Konflikte innerhalb des Gebietes der Nato; h) strategischer Angriff auf die Nato.<sup>45</sup>

Die SDR 1998 bestätigte die Rolle der Nato als Garant für Sicherheit in Europa. Die EU und andere Organisationen erfuhren weitaus weniger Aufmerksamkeit. Deutlich wird in dem Dokument auch die Verschiebung in den Planungsannahmen hinsichtlich der Hauptkonfliktform: Es wurde nicht mehr die umfassende Auseinandersetzung erwartet, sondern eine regionale Krise, bei der britische Interessen betroffen sind. Auch geografisch brachte die SDR neue Aussagen. Als zukünftige Konfliktherde wurden Gebiete an der Nato-Peripherie definiert, so die Golfregion, Nordafrika und der Nahe Osten. Das *Defence White Paper* von 2003 erweiterte diese Liste geografisch um Subsahara-Afrika und Südasien sowie thematisch um den internationalen Terrorismus.<sup>46</sup>

### 2.3.4 IDENTIFIKATION VON FÄHIGKEITEN

Die SDR 1998 war sehr klar in ihren Aussagen zur Fähigkeitenentwicklung. Sie definierte zwei Säulen der Fähigkeitenentwicklung: zum einen Streitkräfte zur schnellen Krisenreaktion, zum anderen teilstreitkräfteübergreifende Operationsfähigkeit (*Jointness*). Diese sollten ermöglichen, auch bei einer uneindeutigen Lagebeurteilung und plötzlichen Veränderungen der

44 Ministry of Defence. *Strategic Defence Review 1998*. London: 1998. Nachfolgend zitiert als SDR 1998.

45 SDR 1998, Kapitel 3.

46 Ministry of Defence. *White Paper 2003*. London: 2003, S. 7.

Situation zu reagieren.<sup>47</sup> Die SDR identifizierte ebenso klar die dafür notwendigen Veränderungen im Fähigkeitenportfolio. Dies betraf insbesondere den Wechsel von den in Europa immer noch überwiegenden schweren, landbezogenen Verbänden hin zu mobilen, flexiblen und modularen Verbandsstrukturen und -elementen. Diese sollten die Grundlage für eine schnell verlegbare Expeditionstruppe bieten, die auch in weit entfernten Krisen eingesetzt und versorgt werden kann. Konkrete Ziele waren der Bau zweier neuer Flugzeugträger und der Aufbau der *Joint Rapid Reaction Force* (JRRF).<sup>48</sup> Gleichzeitig erhoffte man sich von der mit dem *Jointness*-Gedanken verbundenen Reduktion von Redundanzen und TSK-basierten Fähigkeiten bedeutende Kosteneinsparungen. Aus den genannten zwei Hauptsäulen resultierten weitere Fähigkeitenanforderungen: a) die Einführung eines ISTAR-Systems (*Intelligence, Surveillance, Target Aquisition, Reconnaissance*), b) die Verbesserung der C3-Fähigkeiten (*Command, Control, Communications*) insbesondere für Nato- und multinationale Einsätze, und c) die Schaffung von *Network Enabled Capabilities* (NEC).<sup>49</sup>

In einer ersten Bilanzierung dieser Konzeption im Rahmen des *Defence White Paper 2003* wurde der Weg hin zur *Jointness* als richtiger Schritt angesehen. Die JRRF bilden hierbei das Rückgrat der Transformation der britischen Streitkräfte.<sup>50</sup> Zudem formulierte das *White Paper 2003* weitere Konkretisierungen. Die Streitkräfte wurden gemäss diesem Dokument in drei Gruppen unterteilt: leichte, mittlere und schwere Kräfte. Deren richtige Mixtur sollte die Entwicklung eines Portfolios ermöglichen, mit dem je nach Verlauf und Dauer einer Krise adäquat reagiert werden kann. Hinzu kamen Veränderungen bei den strategischen Fähigkeiten. Ein neues Logistiksystem wie auch die Beschaffungsumstellung sollten Risiken und Kosten bei der Planung und Durchführung von Operationen reduzieren. Darüber hinaus konstatierte das Papier den Bedarf an strategischen Transportkapazitäten sowohl zu Luft wie auch zu Wasser.

47 SDR 1998, S. 14; Dodd, Tom/Oakes, Mark. *The Strategic Defence Review White Paper. Research paper 98/91*. London: Library of the Commons, Oktober 1998.

48 Connaughten, Richard M. *Organizing British Joint Rapid Reaction Forces*. In: *Joint Forces Quarterly*, 28 (2000), Nr. 2, S. 87–94.

49 SDR 1998, Kapitel 5.

50 Ministry of Defence, *White Paper 2003*, S. 7f.

## 2.4 ZWISCHENFAZIT: GEMEINSAMKEITEN UND BESONDERHEITEN

Zunächst lassen sich in der Fähigkeitenentwicklung Trends identifizieren, die über die untersuchten Länder hinaus in den westlichen Staaten anzutreffen sind. Dies betrifft zum einen die grundlegenden Faktoren für die Fähigkeitenentwicklung, zum anderen die daraus resultierende Entwicklung der Fähigkeiten selbst.

### 2.4.1 NEUE KONZEPTE UND INSTITUTIONEN, WENIGER RESSOURCEN

Ein zentraler Schritt in der Fähigkeitenplanung war der Wandel von der bedrohungsorientierten hin zur fähigkeitsorientierten Planung. Die klassische Bedrohung, bei der Akteur, Fähigkeiten und Intention klar bestimmbar sind, war mit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr vorhanden. An ihre Stelle traten Risiken, die sich durch ihre Diversität und unklare Eintrittswahrscheinlichkeit auszeichneten.

Fähigkeitsbasierte Planung als Institution wird zum neuen Leitbild in den westlichen Streitkräften. Hier wird versucht, unter den Bedingungen anhaltender Unsicherheit und begrenzter Ressourcen eine Bandbreite von Fähigkeiten zu entwickeln, die auf möglichst viele negative Effekte von Risikoeintritten angewandt werden können. Im Gegensatz zur Planung unter Einbeziehung gegnerischer Fähigkeiten beginnt dieser Ansatz mit der Definition jener militärischen Aufgaben, die ein Akteur zu bewältigen imstand sein will. Gleichzeitig wird mit diesem Ansatz eine Steigerung der ökonomischen Effektivität erwartet. Hintergrund ist die massive Reduktion der Verteidigungshaushalte seit dem Ende des Kalten Krieges.

### 2.4.2 VON HARDWARE UND WETWARE ZU SOFTWARE

Inhaltlich orientieren sich neue Fähigkeitenplanungen an dem durch die Vereinigten Staaten vorgeprägten Paradigma der *Revolution in Military Affairs*.<sup>51</sup> Dieses basiert auf der Idee, die Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen

51 Freedman, *Revolution*; Möller, Bjørn. *The Revolution in Military Affairs: Myth or Reality?* COPRI Working Paper 15. Kopenhagen, 2002.

Fortschrittes der 1980er Jahre (höhere Präzision und Automatisierung in der Kriegsführung) systematisch in die Streitkräfteentwicklung einzuspeisen. Ziel ist dabei, durch Vernetzung und folglich erleichterten, schnelleren und erhöhten Informationsfluss ein System zu schaffen, das zum einen weniger auf spezifische kostenintensive und schwere Waffenplattformen ausgerichtet ist, sondern auf den notwendigerweise zu erzielenden Effekt. Die so genannte «*Forcemultiplier*»-Wirkung eröffnet die Perspektive, mit weniger und leichtem Gerät ins Feld zu gehen als früher. Zum anderen soll aufgrund der Automatisierung weniger Personal benötigt werden. Gleichzeitig steigen jedoch die Anforderungen an die Ausbildung des Personals. Zu guter Letzt soll der reibungslosere und vor allem schnellere Ablauf der einzelnen Phasen einer Operation ermöglicht, d.h. Planung, Vorbereitung und Durchführung sowie Unterstützung enger und dynamischer miteinander verwoben werden.

Mit Blick auf die drei untersuchten Länder lassen sich sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Vorstellungen erkennen. Gleichzeitig unterliegen diese Vorstellungen einem Wandel, der zu sehr ähnlichen Fähigkeitenanforderungen führt. Diese sind insbesondere auf die schnelle Krisenreaktion und auf die Anforderungen multilateraler Operationen ausgelegt. Darüber hinaus institutionalisieren alle drei Staaten die Transformation der Fähigkeiten in Programmen und Konzepten. Bei einer genaueren Betrachtung der zeitlichen Zusammenhänge wird jedoch klar, dass Deutschland in seiner Entwicklung den beiden anderen Staaten nachsteht.

#### 2.4.3 SICHERHEITSPOLITISCHE PRÄGUNGEN

Die drei Staaten wiesen am Ende des Kalten Krieges sehr unterschiedliche sicherheitspolitische Prägungen auf. Während Frankreich und das Vereinigte Königreich gewohnt waren, auch im Kalten Krieg ihre nationalen Positionen zu vertreten, war Deutschland bestrebt, nicht als sicherheitspolitischer Akteur in Erscheinung zu treten.

Das Ende des Kalten Krieges führte zwar zu einer Reduzierung der Unterschiede, jedoch nicht zu deren kompletten Nivellierung. Frankreich und das Vereinigte Königreich mussten anhand des Golfkriegs von 1991 und des Einsatzes in Jugoslawien die Erosion ihrer eigenen Handlungsfähigkeit

konstatieren. Die fortschreitende Verknappung der Ressourcen und die wachsenden Ansprüche Operationen führten dazu, dass sich beide Staaten verstärkt internationalen Sicherheitsorganisationen zuwandten bzw. die Kooperation mit Partnern suchten. Ziel war und ist es, die entstandenen Lücken zu schliessen und den eigenen Handlungsdruck und damit verbundene Verschleisserscheinungen zu reduzieren.

Entsprechend sah sich Deutschland verstärkt unter Druck, auch diese Lücken in der Handlungsfähigkeit zu minimieren und folglich seine oft kritisierte Rolle als Zaungast bei der internationalen Friedenssicherung aufzugeben. Dies implizierte zum einen eine Umorientierung der Armee. Zum anderen brauchte es Formen der Mitbestimmung, die Deutschland nicht in das Licht einer aufstrebenden Führungsmacht stellten. Nur so liess sich mit dem Einsatz von Ressourcen auch politische Mitbestimmung verbinden. Die Lösung hierfür war ebenso ein verstärktes Engagement in internationalen Sicherheitsorganisationen.

#### 2.4.4 VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE EBENE

Hier ist die Analyse des Sicherheitsumfelds und der resultierenden Anforderungen in allen drei Staaten deckungsgleich. Mit dem Ende des Kalten Krieges fanden sie sich in einem komplexen Umfeld wieder. Die gestiegene Komplexität drückt sich in den Dokumenten durch den Schwenk von klaren Bedrohungen hin zu einer differenzierten, aber auch uneindeutigeren Risikowahrnehmung aus. Die Akteure, ihre Intentionen und ihre Fähigkeiten sind nicht klar erkennbar.<sup>52</sup> Eine zentrale Folge ist die Zunahme möglicher Einsatzszenarien. Während des Kalten Krieges war insbesondere die Varianz an möglichen Szenarien begrenzt gewesen. Hinzu kam, dass der Gegner bekannt war und Überraschungen und Unsicherheiten hinsichtlich seiner Absichten und Fähigkeiten selten. Entsprechend eindeutig waren die Identi-

52 Daase, Christopher. Internationale Risikopolitik. Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel. In: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Peters, Ingo (Hrsg.). *Internationale Risikopolitik – Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 9–35.

fikation und die nachfolgende Generierung von Fähigkeiten. Diese Planungen blieben über einen langen Zeitraum stabil.

Das Ende der Erwartungssicherheit bedingte aber auch ein Ende der Handlungssicherheit – den drei Ländern eröffnete sich ein weites, jedoch sehr allgemein ausgeführtes und diffuses Feld an Aufgaben und Szenarien im Rahmen der internationalen Sicherheit. Insgesamt ist eine Verschiebung hin zu Auslandseinsätzen und zum Krisenmanagement zu beobachten. Dabei spielen internationale Sicherheitsorganisationen für alle drei Staaten eine zunehmend grössere Rolle, auch wenn die mit ihnen traditionell verbundene Funktionalität vorerst erhalten bleibt. Für Frankreich und das Vereinigte Königreich sind sie Teil der nationalen Interessenpolitik. Diese Dimension erscheint in Deutschland erst langsam ein legitimer Grund zu werden. Für Deutschland ist vielmehr die multinationale Zusammenarbeit und die europäische (und transatlantische) Kooperation ein zentrales Interesse. Dies wird durchgängig in allen Dokumenten betont. Diese prinzipielle Ausrichtung fehlt in den Grundlagendokumenten der beiden anderen Staaten.

#### 2.4.5 FÄHIGKEITENPLANUNG

Dies schlägt sich auch im Fähigkeitenbereich nieder. Neben den internationalen Verpflichtungen definieren Paris und London davon unabhängige Fähigkeitsziele, die der nationalen und unabhängigen Zieldurchsetzung dienen. Insbesondere im Bereich der schnellen Krisenreaktionskräfte sind hierfür Ende der 1990er Jahre nationale Generierungsmechanismen (*Cellule Guépard* in Frankreich, JRRF im Vereinigten Königreich) vorhanden. Solche Institutionen existieren in Deutschland nicht. Erst 2003 fand eine erste grobe Definition von Krisenreaktionskräften durch die VPR statt. Für Deutschland bleiben die internationalen Organisationen der zentrale Bezugspunkt. Die in der ESVP festgelegten Fähigkeitsziele sind ebenso explizit als Zielmarke für Deutschland genannt wie die in der Nato formulierten.

Neben diesen Unterschieden bei Ideen und Institutionen sahen sich alle drei Länder mit dem Problem deutlich eingeschränkter Ressourcen konfrontiert. Dies förderte als Reaktion zwei Konzepte zu Tage: TSK-übergreifende Ansätze (*joint*) und multilaterale (*combined*) Operationen. Beide Elemente tragen der relativen Überforderung der nationalen Streitkräfte bzw. Fähig-



keitenportfolios Rechnung. Die *Jointness* der Ansätze zielt darauf ab, mittelfristig Fähigkeiten unabhängig von spezifischen Waffenplattformen oder TSK zu generieren. «*Combined*» bedeutet die Verteilung der Lasten und Aufgaben auf mehrere Partner.

So resultierten die nationalen Reformulierungen in sehr ähnlichen Fähigkeitenanforderungen, nämlich erstens geringere Quantitäten und flexiblere Elemente, zweitens und kompensatorisch die Steigerung der Qualität durch Vernetzung und drittens die Betonung der schnellen Krisenreaktion. Daraus ergaben sich wiederum folgender Spezifizierungen in den Anforderungen, nämlich: a) Führungsfähigkeit: C3-Strukturen und Systeme; b) Nachrichtengewinnung und Aufklärung: Gesamtbandbreite der Instrumente und Mittel; c) Mobilität: strategischer Luft und Seetransport und taktische Beweglichkeit; d) Wirksamkeit im Einsatz: C4ISTAR; e) Unterstützung und Durchhaltefähigkeit: Logistische Konzepte und f) Überlebensfähigkeit und Schutz.

### 3 DIE ROLLE INTERNATIONALER ORGANISATIONEN – DIE EUROPÄISCHE UNION

Im Folgenden soll das Wechselspiel zwischen den Staaten und der EU bei der Fähigkeitengenerierung analysiert werden. Das Interesse gilt dabei sowohl dem Einfluss der EU auf die Definition und die Generierung von nationalstaatlichen Fähigkeiten als auch umgekehrt der Möglichkeit der Staaten, nationale Interessen- und Zieldefinitionen in die Fähigkeitenplanung der EU einzubringen. Für die Analyse wird das Europäisierungsmodell genutzt. Mit dem zentralen Begriff «*Upload*» wird die Einbringung nationaler Präferenzen auf die EU-Ebene beschrieben, mit «*Download*» die Übernahme von Präferenzen der EU-Ebene auf die nationale Ebene.<sup>53</sup> Untersucht werden die beiden zentralen Fähigkeitendefinitionsschritte innerhalb der EU, nämlich das *Helsinki Headline Goal* (HHG) 1999 und das *Headline Goal 2010* aus dem Jahre 2004.

53 Major, Claudia. Europeanisation and Foreign and Security policy – Undermining or Rescuing the Nation State? In: *Politics* 25 (2005), Nr. 3, S. 175–190.

### 3.1 DAS HELSINKI HEADLINE GOAL

Kurz nach der Gründung der ESVP im Juni 1999 wurde bereits im Dezember 1999 anlässlich des Helsinki-Gipfels mit dem *Helsinki Headline Goal* (HHG) ein erstes Streitkräfteplanziel auf der Ebene der EU definiert. Es beinhaltete eine quantitative Vorgabe von 60 000 Mann, die innerhalb von 60 Tagen und für ein Jahr einsetzbar sein sollten, sowie die Schaffung neuer Strukturen zur politischen Steuerung und strategischen Leitung militärischer EU-Operationen. Die Kräfte sollten über folgende Fähigkeiten verfügen: Führungsfähigkeit und Strukturen, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Unterstützung und Durchhaltefähigkeit und im Bereich der Mobilität über strategischen Luft- und Seetransport und taktische Beweglichkeit.<sup>54</sup> Ein Teil der Kräfte sollte zur schnellen Krisenreaktion befähigt sein. Ebenso wurden TSK-gemeinsame Operationen angedeutet.

Diese Anforderungen entsprachen in hohem Masse den damaligen britischen und französischen Forderungen. Beide Länder beeinflussten die Definition des HHG massgeblich. So gehen erste Vorlagen auf bilaterale Treffen der beiden Staaten im Vorfeld des Helsinki-Gipfels zurück. Im Rahmen des *Agenda Setting* für das HHG gelang es den beiden Staaten, die jeweiligen nationalen Defizite und die daraus resultierenden Bedürfnisse auf die Ebene der EU zu projizieren (*Upload*). Darüber hinaus flossen die gemeinsamen Erfahrungen aus den Balkankriegen insbesondere in die quantitative Dimension mit ein. Die Motivation, ihre Bedarfsanalysen zu europäisieren, lag für beide Länder darin, dass sie sich davon einen substantielleren Beitrag anderer europäischer Staaten zum Risikomanagement und zum Lastenausgleich erhofften. Dazu mussten nach übereinstimmender Analyse Frankreichs und Grossbritanniens die anderen Länder ihre Bemühungen im Bereich der Fähigkeitenentwicklung intensivieren.

Deutschland konnte sich zu diesem Zeitpunkt nicht mit einer nationalen Position einbringen. Eine den neuen Herausforderungen angepasste Fähigkeitsdefinition war in Deutschland zu diesem Zeitpunkt nicht vorhanden.

54 Europäischer Rat (Helsinki). *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*. Kapitel II, sowie Anlage I zu Anlage IV, *Zwischenbericht des Vorsitzes an den Europäischen Rat (Helsinki) über die Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Helsinki, 10.–11. Dezember 1999.

Aber aufgrund seiner eingegangenen Verpflichtungen u.a. gegenüber der EU konnte es über den Mechanismus des HHG die internationalen Fähigkeitenbedürfnisse in nationale Bedarfe transformieren (*Download*). Aufgrund des sicherheitspolitischen Rollenverständnisses, das die feste Einbindung Deutschlands in internationale Organisationen und die Erbringung entsprechender Beiträge vorsieht, war Deutschland in der Lage, substantiell zur Erfüllung des HHG beizutragen. So unterstützte Deutschland das HHG politisch explizit und meldete überproportional viele Einheiten für das Planziel.

Zur Einordnung des HHG ist anzumerken, dass es keinen hohen Verbindlichkeitsgrad besass. Gemeldete Verbände waren deshalb nicht unbedingt verfügbar. So war der erhoffte Zugewinn an tatsächlichen Fähigkeiten gering. Es war jedoch das erste gemeinsame militärische Planziel der EU und damit ein wichtiger erster Schritt.

### 3.2 DAS HEADLINE GOAL 2010 UND DAS BATTLEGROUP-KONZEPT

Für die Jahre 2003–2004 war der Revisionsprozess des HHG vorgesehen. Trotz anerkannter Fähigkeitenlücken wurde das HHG 2003 für abgeschlossen erklärt und Verhandlungen für ein neues Planziel begonnen. Parallel brachten die Briten und die Franzosen eine weitere Initiative auf der Ebene der EU ein.<sup>55</sup> Sie schlugen die Entwicklung kleinerer und schnell verlegbarer Einheiten vor, die binnen 10 Tagen im Einsatzgebiet sein sollten und so eine präventive Wirkung entfalten könnten. Dies ist das so genannte *Battle-group*-Konzept (BG-Konzept). Dieses Element floss in das 2004 neu definierte *Headline Goal* (HG) 2010 ein und hatte eine deutliche Akzentverschiebung zur Folge.<sup>56</sup>

Erneut setzten sich Frankreich und Grossbritannien weitgehend mit ihren Vorschlägen durch (*Upload*). Diese beruhten auf zwei Erfahrungen. Zum einen versuchten Frankreich und Grossbritannien, die fehlende Umsetzbar-

55 Mölling, Christian. EU-Battlegroups. Stand und Probleme der Umsetzung in Deutschland und für die EU. *SWP Diskussionspapier*. Berlin: März 2007.

56 Council of the European Union. HG2010 – Headline Goal 2010. Brüssel: 2006. Granholm, Niklas/Jonson, Pål. *EU-Battlegroups in Context. Underlying Dynamics, Military and Political Challenges*. FOI Report Nr. FOI-R--1950—SE. Stockholm: März 2006. <http://www2.foi.se/rapp/foir1950.pdf>.

keit des HHG und damit den bis dato mangelnden Fähigkeitenzuwachs anzugehen. Das BG-Konzept zeichnet sich in dieser Hinsicht durch höhere Verbindlichkeit und Durchführbarkeit aus. Darüber hinaus flossen erneut jüngste Erfahrungen aus Einsätzen das Konzept ein: dies waren die Missionserfahrungen aus Sierra Leone auf britischer<sup>57</sup> und aus der DR Kongo auf französischer Seite.<sup>58</sup>

Der mit den *Battlegroups* vorgeschlagene Generierungsmechanismus ist in beiden Staaten auf nationaler Ebene bereits vorhanden. Hier bezieht sich der Vorschlag also erneut nicht auf zusätzliche Beiträge durch Briten und Franzosen oder auf ein *Download* durch die beiden, sondern auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der anderen Europäer durch erhofftes bzw. erwartetes *Download* von deren Seite. Der Grund dafür ist derselbe wie früher: Frankreich und Grossbritannien trugen den Hauptanteil an militärischen Operationen, weil sie ihre Kräfte bereits neu ausgerichtet hatten. Dieses relative Ungleichgewicht wollte man ausbalancieren.<sup>59</sup>

Im Rahmen des *Agenda Setting* meldete sich dieses Mal Deutschland klarer zu Wort. Hier war zu diesem Zeitpunkt mit der «Weisung für die Weiterentwicklung der Bundeswehr»<sup>60</sup> eine grundlegende Evaluierung und Fähigkeitsdefinition abgeschlossen. Deutschland setzte einerseits durch, dass das Konzept multilateralisiert wurde: nach der Formel «1+2» sollte immer ein grosses EU-Land und zwei kleine eine *Battlegroup* bilden. Frankreich und das Vereinigte Königreich bevorzugten rein nationale Verbände. Dies wäre zum einen militärisch effektiver und würde zum anderen ermöglichen, dass beide Länder ohne zusätzlichen Aufwand ihre nationalen Generierungsmechanismen nutzen könnten.<sup>61</sup> Andererseits erreichte Deutschland, dass die geografische Fokussierung der Verbände auf Afrika aufgehoben wurde. Auch hier

57 Dorman, Andrew. Britain and Defence Transformation: A Model of Success or a Warning of its Dangers? In: *Defence Studies* 6 (2006), Nr. 2, S. 150–168.

58 Boyer, Yves. *Battlegroups: Catalyst for a European Defence Policy*. Policy Department External Policies, European Parliament, Directorate-General for External Policies of the Union. Brüssel: Oktober 2007.

59 Interviews im *Ministry of Defence*, London, Mai 2006, und im *Ministère de la Défense* in Paris, März, 2007.

60 Bundesminister der Verteidigung. *Weisung zur Weiterentwicklung der Bundeswehr* vom 1. Oktober 2003.

61 Interviews im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, März 2008; Europäischer Militärstab, Brüssel, März 2008.

waren die nationalen Interessen Frankreichs und Grossbritanniens Grund für die Aufnahme dieses Punktes auf der Agenda gewesen.<sup>62</sup> Beide Länder spielen als ehemalige Kolonialmächte immer noch eine Rolle in Afrika. Deren Wahrnehmung wird aber immer kostenintensiver und schwieriger.

Beide Punkte, die Multilateralisierung und die Vermeidung des Fokus auf Afrika, spiegeln traditionelle deutsche Interessen wider. Nachdem sich Deutschland national also positioniert hatte, war es in der Lage, diese Interessen auch auf der internationalen Ebene einzubringen (*Upload*). Dies gelang selbst gegen die Interessen Frankreichs und Grossbritanniens. Für Deutschland war die internationale Organisation dabei erneut als Transformationsriemen für die eigenen Interessen notwendig.

Einigkeit herrschte unter den drei Ländern hinsichtlich der allgemein stärkeren Betonung kleiner, flexibler und schnell einsetzbarer Einheiten. Gleichzeitig nahm man die Anforderungen des HHG wieder auf und konkretisierte sie: a) Verfügbarkeit und Einsatzfähigkeit, b) Interoperabilität, c) Verlegbarkeit und d) Durchhaltefähigkeit wurden angestrebt.

Die mit dem HG 2010 und dem BG-Konzept auf europäischer Ebene zum *Download* bereitgestellte Fähigkeitenplanung präzisiert zum einen die erwartete nationale Fähigkeitenpalette. Zum anderen beinhaltet das BG-Konzept aber auch Identifikation, Generierung und Vorbereitung von Kräften in einem internationalen Kontext. Der Kern des BG-Konzeptes ist die Generierung von operativen Fähigkeiten im Verbund mit anderen Staaten. Dieser erfahrungsgemäss schmerzliche und oft langwierige Prozess des Bittens und Feilschens um die Bereitstellung von Fähigkeiten ist nun zeitlich *vor* einen möglichen Einsatz verlagert worden. Diese Schritte sind mit der Bereitstellung einer *Battlegroup* abgeschlossen und damit auch entpolitisiert. Damit sind auch die erkannten Probleme des HHG angegangen worden. Einschränkend ist anzumerken, dass es sich hierbei jedoch um eine deutlich kleinere Grössendimension handelt. Die konstant bereitgestellte Zahl umfasst ca. 2 000 Soldaten.

Gleichzeitig muss das BG-Konzept in einem erweiterten Kontext der Fähigkeitenentwicklung gesehen werden. Zur schnellen Krisenreaktion gehören nach einer politischen Entscheidung nicht nur die Kräfteidentifikation

62 Interview Europäischer Militärstab, Brüssel, März 2008.

bzw. Kräftegenerierung.<sup>63</sup> Es werden ebenso Fähigkeiten benötigt z.B. zur Planung und Führung des Einsatzes wie auch zur Verlegung der Kräfte ins Operationsgebiet.

Diese Fähigkeiten muss jede Nation, die die Führung einer BG übernimmt, selbst besitzen oder organisieren. Durch die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten der ESVP an der Teilnahme bei den EU BG wurden diese also in die Pflicht genommen. Anders als bei den anderen Bemühungen zur Schaffung von Fähigkeiten waren die Staaten bemüht, nicht nur die BG, sondern auch andere Fähigkeiten für sich bereitzustellen. Entsprechend stehen ab 2007 nicht nur für den Einsatz einer BG, sondern darüber hinaus u.a. auch folgende Fähigkeiten zur Verfügung:<sup>64</sup>

*Tabella: Übersicht über EU-Fähigkeiten in den Bereichen Planung und Führung sowie Strategischer Transport.*<sup>65</sup>

Planung und Führung des Einsatzes	Grundsätzlich verfügt die EU über drei konkrete Optionen: <sup>65</sup> a) EU-gemeinschaftliche Fähigkeit (EU- Operationszentrum), b) durch die Mitgliedstaaten, diese haben fünf nationale Hauptquartiere als potentielle EU Operations-Hauptquartiere angegeben. c) über «Berlin +» Rückgriff auf Nato-Fähigkeiten bei SHAPE.
Strategischer Transport	Hier gibt es keine EU-eigene Lösung. Stattdessen haben sich Konsortien gegründet, die Transportkapazitäten und Bereitschaftszeiten weitgehend auf dem zivilen Markt gekauft haben. Ein Beispiel hierfür ist die <i>Strategic Airlift Interim Solution (SALIS)</i> für den Lufttransport. Darüber hinaus hat man die Koordinationsinstitutionen verbessert. So kann das Movement Coordination Center Europe die Kapazitäten der angeschlossenen Mitgliedsstaaten koordinieren und so eine bessere Auslastung der Kapazitäten erreichen.

63 EU Military Committee. MRRC – EU Military Rapid Response Concept. Brüssel: 2003.

64 Lindstrom, Gustav. Enter the EU Battlegroups. *Chaillot Paper* 97. Paris: EU ISS, Februar 2007.

65 Dunn, Rob. *Developing Command and Control for EU-Operations*. In: Truppendienst, Folge 290, Nr. 2, 2006. <http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=430>.

### 3.3 WELCHE ROLLE FÜR INTERNATIONALE ORGANISATIONEN?

Entscheidend für die Qualität der Fähigkeitenentwicklung und deren Gemeinschaftscharakter auf der Ebene der internationalen Organisationen sind die Überschneidungen der sicherheitspolitischen und vor allem der verteidigungspolitischen Konzeptionen (Ideen) auf nationaler Ebene. Nur sie machen die Schaffung gemeinsamer Institutionen, die Fähigkeitenmanagement betreiben, und die Disposition oder Assignierung von Fähigkeiten zu den jeweiligen Organisationen (Allokation von Ressourcen) möglich. Dies gilt aufgrund der grossen Deckungsgleichheit von Nato und EU in diesem Bereich für beide Organisationen.

Faktisch besteht die Rolle der EU darin, die vorhandenen Fähigkeiten der Nationalstaaten zu organisieren und zu koordinieren. Ihr Mehrwert ist die Schaffung einer gemeinsamen Gesamtfähigkeit, die zuvor auf individueller nationaler Ebene nicht existiert hat (Synergieeffekte). Hierzu ist die institutionalisierte Organisation von Fähigkeiten entscheidender als z.B. die Schaffung neuer materieller Instrumente.

Auf absehbare Zeit wird daraus keine gemeinsame europäische Armee entstehen. Keiner der drei untersuchten Staaten zeigt auch nur marginale Bereitschaft, Souveränität im Bereich der Verteidigungspolitik abzugeben. Im Gegenteil, die entsprechenden Entscheidungsgremien und Prozedere reflektieren zu jedem Zeitpunkt das Prinzip der Einstimmigkeit und der nationalen Prärogative. So bedeutet die Bereitstellung von Kräften keinen «Automatismus» zum Einsatz dieser Kräfte. Die souveräne nationale Entscheidungsbefugnis der truppenstellenden Nationen bleibt erhalten. Dies bedeutet, dass ein Beschluss des Europäischen Rats, eine Operation durchzuführen, auch durch die jeweiligen nationalen Entscheidungsprozesse begleitet und autorisiert werden muss.

Wie weitreichend dennoch der Einfluss der EU sein kann, zeigt die *Battle-group*-Initiative. Sie reflektiert die Konzeptionen und Präferenzen insbesondere Frankreichs und des Vereinigten Königreiches: Schnelle Krisenreaktion. Die Erwartung war nicht, dass die Länder selbst mehr Kräfte über eine EU-Initiative dazu gewinnen würden. Vielmehr war das Ziel, andere europäische Staaten zur Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten zu motivieren und die eigenen Fähigkeitenkonzeptionen als Modelle auf die EU-Ebene zu projizie-

ren (*Upload*). So sollte die Initiative insbesondere für kleinere EU-Staaten die Möglichkeit eröffnen, an der laufenden Transformation der Streitkräfte teilzunehmen.

Das Ziel war dabei, über die Kooperation grössere Synergieeffekte zu erzielen. Diese Teilnahme und der Aufbau entsprechender Kontingente sollen mittelfristig dazu führen, dass die Risiken und Lasten der europäischen Sicherheit auf mehr Schultern verteilt werden können. Somit übernimmt die EU dann eine gewisse entlastende Funktion für die überstrapazierten Kontingente einzelner Mitgliedstaaten. Sie generiert dabei keine neuen Fähigkeiten durch neue Ressourcen, sondern durch Institutionen. Indirekt motiviert und forciert die EU jedoch die Fähigkeitengenerierung und die interne Transformation der Streitkräfte in allen an den BG beteiligten Staaten, ausser in Frankreich und in Grossbritannien. Um sich an den BG beteiligen zu können, müssen die anderen Staaten die von Frankreich und Grossbritannien bereits geleisteten Transformationsschritte initiieren.<sup>66</sup> Gleichzeitig liegen aber auch die Modelle hierzu vor.

Internationale Organisationen bieten also den organisatorischen und koordinierenden Kontext für die Fähigkeitengenerierung. Gerade das Beispiel der *EU-Battlegroups* verdeutlicht, dass die Staaten zwar die Kontrolle über ihre eingebrachten Fähigkeiten behalten. Die konstante Bereitstellung der Fähigkeit «Schnelle Krisenreaktion» über Jahre hinweg ist jedoch nur in einem koordinierten Rahmen und mit Beiträgen aller Beteiligten möglich. Damit kann eine internationale Organisation prinzipiell die Generierung von Fähigkeiten auf nationaler Ebene anregen und unterstützen. Diese erfolgt jedoch immer noch unter nationaler Souveränität.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Frankreich und Grossbritannien ihre Präferenzen erfolgreich auf die EU-Ebene projizieren konnten. Dies trifft insbesondere für die *Battlegroups* zu. Eine klare Definition der eigenen Präferenzen erleichtert einen erfolgreichen *Upload*. Im Gegenzug dazu konnte Deutschland seine Interessen im HG 2010 massgeblich einbringen, d.h. als erste Transformations- und Definitionsschritte auf nationaler Ebene erfolgt waren. Um den europäischen Zielen gerecht zu werden, mussten die massgeblich von Grossbritannien und Frankreich entwickelten Zielvorstellungen

66 Granholm/Jonson, *Battlegroups in Context*.



in Deutschland auf die nationale Ebene übersetzt werden, was weitreichende nationale Anpassungen zur Folge hatte. Folglich hat die EU die deutsche Fähigkeitenentwicklung vergleichsweise mehr beeinflusst als die französische und britische. Darüber hinaus sind Staaten, die sich wie Deutschland multilateralen Zielen verschrieben haben, für die normativen Forderungen internationaler Organisationen besonders empfänglich.

Der Einfluss der EU auf die nationale Fähigkeitenentwicklung hängt also in grossem Masse davon ab, dass zuvor die nationalen Präferenzen erfolgreich auf die EU Ebene projiziert wurden (*Upload*). Diese Fähigkeit wiederum erfordert, dass die nationalen Präferenzen zuvor klar definiert werden.

#### 4 AUSBLICK

Der Artikel zeigt Trends und Grenzen in der Fähigkeitengenerierung auf nationaler und internationaler Ebene auf. Das Beispiel der EU verdeutlicht die Entwicklung hin zu einer verstärkten Rolle der internationalen Organisationen. Durch die Definition eines Fähigkeitsziels auf internationaler oder regionaler Ebene bieten die internationalen Organisationen ihren Mitgliedstaaten einen Rahmen an, in dem sie Handlungsoptionen und Fähigkeiten generieren können. Mitgliedstaaten sind dabei in der Lage, auf internationaler Ebene Fähigkeiten zu generieren, ohne ihre Souveränität oder die Kontrolle über Fähigkeiten abgeben zu müssen. Die Entwicklung vom HHG zum HG 2010 hat sogar eine deutliche Steigerung der Qualität und Verbindlichkeit bei den Fähigkeitsanforderungen, aber auch der Zusagen der Akteure untereinander mit sich gebracht. Dementsprechend werden aber auch die Grenzen deutlich. Diese liegen offensichtlich in der eigenständigen Definition von Fähigkeiten durch die Organisation selbst. Keiner der untersuchten Staaten hat bis heute auf die Ausübung seiner Souveränitätsrechte im sicherheitspolitischen Bereich verzichtet. Davon ist auch in Zukunft nicht auszugehen.

Dennoch steht zu erwarten, dass die Funktion der Organisationen als koordinierender Kontext, aber auch als Bezugspunkt und Transformationsriemen von nationalen und kollektiven Interessen in den kommenden Jahren zunehmen dürfte. Steigende Anforderungen an das Krisenmanagement bei

gleich bleibend hohem Kostendruck machen solche Koordinationsoptionen schon aus Effizienzgründen erforderlich. Nur so lässt sich auf absehbare Zeit überhaupt noch signifikante Handlungsfähigkeit generieren.

Das Beispiel Deutschland zeigt jedoch, dass internationale Organisationen auch einen normativen Bezugspunkt bieten. Die notwendige Abstimmung und das gemeinsame Handeln schaffen Legitimität im Gegensatz zu einzelstaatlichem Handeln.

Angesichts dieser effizienz- und legitimationsgeleiteten wachsenden Relevanz von Organisationen steht aber auch die nächste Generation von Fähigkeiten vor zwei Herausforderungen. Dabei handelt es sich zunächst um die Anpassung an die steigenden Anforderungen bei der internationalen Kooperation. Dies betrifft zum einen Staaten untereinander, aber auch verstärkt die Einbindung nichtstaatlicher Akteure und nicht zuletzt die Kooperation zwischen mehreren internationalen Organisationen. Damit einher geht die Notwendigkeit zur verstärkten Entwicklung bzw. Einbeziehung der zivilmilitärischen Koordination.

Beide Aspekte sind Gegenstand der derzeit intensiv geführten Debatte um den so genannten *Comprehensive Approach*, d.h. einen umfassenden, zivile und militärische Elemente verbindenden Ansatz im Krisenmanagement. Hierbei gilt es, nicht erst im Feld über die Koordinierung nachzudenken, sondern bereits von Beginn an entsprechende Aspekte in die Fähigkeitsplanungen mit einzubeziehen. Betrachtet man die derzeitigen Probleme in den angesprochenen Bereichen, so liegt die Herausforderung für die Fähigkeitenentwicklung weder bei den Ressourcen noch bei der Möglichkeit, technologisch z.B. die Kommunikation zu erleichtern und Informationen bereitzustellen. Vielmehr sind es die unterschiedlichen Ideen und die daraus resultierenden Interessen und Konzepte, die die notwendige gemeinsame Zielformulierung bislang nur sehr allgemein ausfallen lassen. Möglicherweise muss man aufgrund der neuen, komplexen Gemengelage derzeitiger Konflikte erneut über neue Wege in der Fähigkeitenentwicklung nachdenken.

## PROJEKTE DES CENTER FOR SECURITY STUDIES



# VERTRAUENSBLDENE MASSNAHMEN FÜR DIE KOREANISCHE HALBINSEL

von Simon J. A. Mason und Victor Mauer

## EINLEITUNG

Als Mitglieder der Überwachungskommission der Neutralen Nationen (*Neutral Nations Supervisory Commission/NNSC*) übernahmen die Schweiz und Schweden nach dem Ende des Koreakrieges im Juli 1953 eine langfristige Verpflichtung auf der koreanischen Halbinsel. Bis heute liegt kein Friedensvertrag vor, deshalb ist die NNSC integraler und unentbehrlicher Bestandteil der Umsetzungsmechanismen des Waffenstillstandabkommens. Das Abkommen gilt als wirksame Rechtsgrundlage zur Prävention von Konflikten. Die Schweiz und Schweden sind seit jeher bemüht, Kommunikationskanäle bereit zu stellen, um Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

Im Auftrag des schwedischen Aussenministeriums und des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) untersuchte eine multinationale Forschergruppe des *Center for Security Studies* (CSS) der ETH Zürich<sup>1</sup> und des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI)<sup>2</sup> in einer Studie mit dem Titel «*Tools for Building Confidence on the Korean Peninsula*»<sup>3</sup> die mögliche Bedeutung vertrauensbildender Massnahmen (VBM) für den Friedensprozess auf der koreanischen Halbinsel. Der Bericht beschreibt verschiedene Arten militärischer und nichtmilitärischer VBM unter besonderer Berücksichtigung der Frage, wie diese speziell auf das Konfliktumfeld der koreanischen Halbinsel zugeschnit-

1 Simon Mason (*Mediation Support Project*, CSS ETH Zürich/swisspeace) und Victor Mauer (CSS).

2 Zdzislaw Lachowski (Projektkoordination), Martin Sjögren und Alyson J.K. Bailes, mit Beiträgen von Shannon Kile und John Hart.

3 [www.korea-cbms.ethz.ch](http://www.korea-cbms.ethz.ch).

ten werden können. Die Studie ist sowohl für diejenigen von Interesse, die sich mit der Koreafrage beschäftigen, als auch für VBM-Experten, die ihr Augenmerk auf die Anpassungsfähigkeit von VBM richten. Die besondere Herausforderung des Projekts lag weniger in der Analyse der politischen Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel oder in der Evaluation von Sinn und Zweck vertrauensbildender Massnahmen per se als vielmehr in der Verbindung der beiden Sachverhalte. Die Veröffentlichung des Berichts im Mai 2007 fiel zusammen mit dem erfolgreichen Abschluss des Abkommens vom 13. Februar 2007 über die nukleare Abrüstung Nordkoreas.

Im Folgenden wird zunächst auf den spezifischen Kontext des innerkoreanischen Konflikts eingegangen. Anschliessend werden einige zentrale Aussagen des Berichts zusammengefasst, wobei die Akzente auf der Rolle der sechs Parteien (die zwei koreanischen Staaten sowie die USA, China, Russland und Japan) und auf den Optionen liegen, die sich der Schweiz und Schweden im Rahmen ihrer Unterstützung des andauernden Friedensprozesses auf der koreanischen Halbinsel bieten.

## 1 DER KONTEXT DES INNERKOREANISCHEN KONFLIKTS

Nordostasien sieht sich mit einem breiten Spektrum sowohl traditioneller als auch nicht-traditioneller sicherheitspolitischer Herausforderungen konfrontiert. Im Vergleich zu anderen Regionen ist jedoch das Risiko zwischenstaatlicher Konflikte nach wie vor relativ hoch. Besonders offenkundig ist das auf der koreanischen Halbinsel. Seit dem Ende des Koreakrieges 1953 existieren die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und die Republik Korea (Südkorea) als eigenständige Staaten. Zwischen beiden Staaten gibt es kein Friedensabkommen. Die Demilitarisierte Zone (DMZ) wird von nordkoreanischen Truppen einerseits und dem Uno-Kommando (*United Nations Command*, vor allem US- und südkoreanische Truppen) andererseits überwacht.<sup>4</sup> Neben den konflikträchtigen Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea hat es immer wieder bilaterale Spannungen zwischen Nordkorea

4 Waffenstillstandsabkommen. Panmunjom, Korea, 27. Juli 1953. Das Abkommen wurde durch militärische Befehlshaber Chinas und Nordkoreas einerseits und des US-geführten Uno-Kommandos andererseits unterzeichnet.

und den USA gegeben, wobei Washington nicht nur als militärischer Verbündeter Südkoreas agierte, sondern Pjöngjang nach den Anschlägen des 11. September 2001 auch als Bedrohung im Kontext der nuklearen Proliferation, der Unterstützung des internationalen Terrorismus, der Geldwäscherei und des organisierten Verbrechens betrachtete. Nordkorea wiederum befürchtete bis vor wenigen Wochen, als der aussenpolitische Kurswechsel Washingtons gegenüber Pjöngjang erkennbar wurde, die USA könnten als Konsequenz der Rede des US-Präsidenten George W. Bush zur Lage der Nation im Januar 2002, in der das Land neben Iran und Irak als «Achse des Bösen»<sup>5</sup> bezeichnet wurde, versuchen, mittels verschärfter Wirtschaftssanktionen oder militärischer Massnahmen einen Regimewechsel herbeizuführen.

In der Vergangenheit hat es zahlreiche Bemühungen gegeben, den vorhandenen Gefahren mit einer Strategie der Deeskalation zu begegnen und einen Prozess auf den Weg zu bringen, der in einen langfristig tragfähigen Frieden auf der koreanischen Halbinsel münden würde. Die jüngsten Anstrengungen, die Lage zu stabilisieren, fanden im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche statt, die im Jahr 2003 ins Leben gerufen wurden. Daraus ging am 19. September 2005 eine gemeinsame Stellungnahme hervor, die Hoffnung auf eine Einstellung des nordkoreanischen Atomprogramms und eine Entspannung sowohl zwischen den koreanischen Staaten als auch in der gesamten Region machte.<sup>6</sup> Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea im Herbst 2005 sowie die Entscheidung Pjöngjangs, im Juli

5 «North Korea is a regime arming with missiles and weapons of mass destruction, while starving its citizens. [...] States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world. By seeking weapons of mass destruction, these regimes pose a grave and growing danger. They could provide these arms to terrorists, giving them the means to match their hatred.» Rede des Präsidenten zur Lage der Nation, Washington, DC, 29. Januar 2002. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>.

Präsident George W. Bush hat auch eine persönliche Abneigung gegenüber dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-Il eingestanden: «I loath Kim Jong-il. I've got a visceral reaction to this guy, because he is starving his people. And I have seen intelligence of these prison camps – they're huge – that he uses to break up families, and to torture people... Yes, it appalls me. It is visceral. Maybe it's my religion, maybe it's me – but I feel passionate about this.» Woodward, Bob. *Bush at War*. New York: Simon & Schuster, 2002, S. 340. Zitiert in: Moon, Chung-in/Bae, Jong Yun. *The Bush Doctrine and the North Korean nuclear crisis*. In: Gurtov, Mel/van Ness, Peter (Hrsg.). *Confronting the Bush Doctrine: Critical views from Asia-pacific*. London and New York: Routledge, 2005.

6 Gemeinsame Erklärung der vierten Runde der Sechsparteiengespräche, Peking, 19. September 2005.

2006 Raketentests und im Oktober 2006 den ersten Atomtest durchzuführen, resultierten in gravierenden Rückschlägen. Entgegen den Erwartungen konnten jedoch die Sechs-Parteien-Gespräche Ende 2006 wieder aufgenommen werden. Parallel dazu fanden bilaterale Gespräche zwischen amerikanischen und nordkoreanischen Unterhändlern statt.

Am 13. Februar 2007 konnten die sechs beteiligten Regierungen ein neues Abkommen bekannt geben.<sup>7</sup> Dieses Abkommen ersetzte die gemeinsame Erklärung vom September 2005, nach der Nordkorea für die vollständige Abrüstung seiner Kernwaffenbestände und seiner Atomanlagen mit umfangreichen Energielieferungen und Sicherheitsgarantien entschädigt werden sollte. Das Abkommen vom Februar 2007 spezifizierte die Erklärung vom September 2005 dahingehend, dass die nukleare Abrüstung im Rahmen eines stufenweisen Prozesses erreicht werden sollte. Einer ersten erfolgreichen Phase, die durch die Abschaltung des einzigen betriebsfähigen Reaktorenkomplexes in Yongbyon und die parallele Lieferung von 100 000 Tonnen Schweröl an Nordkorea gekennzeichnet war, folgte mit dem gemeinsamen Dokument vom 3. Oktober 2007 eine zweite Phase. Neben der vereinbarten Übergabe einer umfangreichen, jedoch unvollständigen Auflistung des nordkoreanischen Nuklearprogramms an China im Mai 2008 erfolgte Ende Juni 2008 die symbolische Sprengung des Kühlturms der Nuklearanlage in Yongbyon. Die USA sowie zahlreiche weitere Staaten gehen jedoch unverändert von der Existenz eines geheimen nordkoreanischen Urananreicherungsprogramms aus.<sup>8</sup>

## 2 ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS

Die CSS/SIPRI-Studie entstand in einer Zeit, in der sich ungeachtet punktueller Verschlechterungen der bi- und multilateralen Beziehungen im Kontext der Sechs-Parteien-Gespräche insgesamt ein entspannungspolitisches Fenster

7 North Korea – Denuclearization Action Plan. 13. Februar 2007. Vgl. <http://www.state.gov/t/pa/prs/ps/2007/february/80479.htm>.

8 BBC-Nachrichten. «Q&A: N Korea nuclear deal». <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/2340405.stm> (9. Juni 2008). Vgl. auch Hiemann, Roland. Nordkorea rüstet ab – wirklich? In: SWP-Aktuell 53, Oktober 2007. [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4419](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4419).



öffnete. Damit wurde die Frage nach dem «Wie weiter?» aufgeworfen. Auch wenn die nukleare Frage in den letzten Jahren berechtigterweise die grösste Aufmerksamkeit erfahren hat, ist unumstritten, dass ein langfristig ausgewogenes Sicherheitsregime auf der koreanischen Halbinsel und in der gesamten Region von einer umfassenderen Agenda getragen werden muss. Der Bericht geht deshalb nicht nur der Frage des Atomprogramms nach, sondern ist deutlich breiter angelegt: Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Rolle vertrauensbildende Massnahmen begleitend zu oder nach einem Abkommen über die dringenden Fragen spielen können.

Um diese Frage zu beantworten, wurde der Bericht in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Teil stellt den Begriff der VBM detailliert vor. Er bietet einen Überblick über die Einsatzmöglichkeiten von VBM, indem die verschiedenen Positionen und die mögliche Beteiligung der sechs Parteien an einem VBM-Prozess dargestellt und die Rollen anderer möglicher Vermittler und *Facilitator*, vor allem der NNSC-Staaten, sowie von möglichen Rahmenabkommen diskutiert werden. Der zweite Teil der Projektergebnisse besteht aus einem so genannten Werkzeugkasten (*Tool Box*) unterschiedlicher VBM im militärischen und im nicht-militärischen Bereich sowie bei nuklearen, biologischen und chemischen (NBC) Bedrohungen. Im Folgenden beschränken wir uns auf die Eigenschaften von VBM und auf eine knappe Skizzierung der Rolle der sechs Parteien sowie der Schweiz und Schwedens in diesem Prozess.

## 2.1 DEFINITION UND EIGENSCHAFTEN VON VBM

Das Konzept und die Fortentwicklung von VBM als Instrument der Diplomatie haben ihre Wurzeln in Europa.<sup>9</sup> Während des Kalten Krieges war der Hauptzweck von VBM die Verhinderung eines plötzlichen, unerwarteten Grossangriffs durch eine der beiden Konfliktparteien in Ost und West. Mit anderen Worten: Die Stabilität der eingefrorenen militärischen Beziehungen in Europa sollte gefestigt werden. VBM dienen dem Ziel, wie es

9 Vgl. Wenger, Andreas / Mastny, Vojtech / Nuenlist, Christian (Hrsg.). *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*. London und New York: Routledge, 2008.

in der Schlussakte von Helsinki der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE; später Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE) von 1975 hiess, zur Verminderung der Gefahr von bewaffneten Konflikten und von Missverständnissen oder Fehleinschätzungen militärischer Tätigkeiten beizutragen, die zu Befürchtungen Anlass geben könnten, insbesondere in einer Situation, in der den Teilnehmerstaaten klare und rechtzeitige Informationen über den Charakter solcher Tätigkeiten fehlen.<sup>10</sup> Die Vereinten Nationen verwenden heute eine breitere Definition für VBM, die auch nicht-militärische Massnahmen einschliesst: «*Actions taken to reduce or eliminate the causes of mistrust, fear, tension and hostility amongst hostile parties, such as states and non-state actors.*»<sup>11</sup>

VBM werden häufig – im Gegensatz zu «harten» (strukturellen) Massnahmen – als «weiche» oder «operationelle» Massnahmen zur Rüstungskontrolle beschrieben. Der Unterschied besteht darin, dass klassische Rüstungskontrollprozesse darauf abzielen, den verfügbaren militärischen *Input* zu kontrollieren (z.B. durch die Beschränkung von Mannschaftsstärken oder die Abschaffung oder Begrenzung von Waffen), während bei VBM die Betonung auf militärischem *Output* liegt (z.B. auf der Überwachung von erlaubten Formen militärischer Handlungen).<sup>12</sup> In der Regel sollen VBM Fehlwahrnehmungen und Sicherheitsbedenken beseitigen, die Gefahr eines unbeabsichtigten Ausbruchs kriegerischer Handlungen reduzieren (z.B. durch Informationen über Frühwarnindikatoren), die Bandbreite militärischer Optionen für die Durchführung eines Überraschungsangriffs vermindern und ganz allgemein bessere Bedingungen für die Einführung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsmassnahmen schaffen. Zu einem überwiegenden Teil sind VBM flexible und politisch, nicht jedoch rechtlich bindende Massnahmen.

10 KSZE-Schlussakte Helsinki 1975. [http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf) (9. Juni 2008).

11 United Nations Department of Political Affairs. UN Peacemaker, Glossary. Vgl. <http://peacemaker.unlb.org/glossary.php?f=C&d=126#d126> (9. Juni 2008).

12 Bertram, Christoph. *The Future of Arms Control, Part II. Arms Control and Technological Change: Elements of a New Approach*, Adelphi Paper 146. IISS: London, 1978, S. 19.

In zahlreichen Regionen hat es den Versuch gegeben, zivile vertrauensbildende Massnahmen (ZVBM) einzuführen, die auf den Erfolg der klassischen VBM aufbauen, diese ergänzen oder sogar ganz ersetzen können. Verglichen mit den scharf umrissenen VBM erschwert die relative Unschärfe der zivilen Massnahmen bisweilen die Unterscheidung von Schritten, die Teil eines systematischen und nachvollziehbaren sicherheitspolitischen Prozesses sind, von solchen, die taktisch, auf Ad-hoc-Basis oder ohne sicherheitsrelevantes Motiv unternommen werden. Obwohl ZVBM helfen können, ein politisches Klima zu schaffen, das dem Frieden und der Sicherheit zuträglich ist, können sie mangels klarer Kriterien und *Benchmarks* auch missbraucht werden. Dennoch können ZVBM gerade wegen ihrer definitorischen Unschärfe sehr früh im Verlauf eines Friedensprozesses, ja sogar schon in der Vorverhandlungsphase eingesetzt werden. Gegenüber militärischen VBM, die zu einem späteren Zeitpunkt unter günstigeren Bedingungen zum Zuge kommen können, ist das ein komparativer Vorteil.

Grundsätzlich können VBM und ZVBM von den Konfliktparteien selbst festgelegt oder von dritter Seite vorgeschlagen werden; stets müssen sie sich aber aus den Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien ergeben und diesen sinnvoll erscheinen. Es geht also nicht darum, Aussenwirkung zu erzielen oder unbeteiligte Dritte zu beeindrucken. Das schliesst keineswegs aus, dass externe Parteien wichtige Funktionen übernehmen können. Die kulturelle Komponente und die Bedeutung des lokalen Kontexts kann aber nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bevor die Rolle der sechs Parteien sowie der Schweiz und Schwedens skizziert werden, erörtert die Studie regionale Faktoren, die den Prozess beeinflussen.

## 2.2 REGIONALE VORAUSSETZUNGEN UND DIE ROLLE DER SECHS PARTEIEN

Bei der Einführung von VBM im innerkoreanischen Kontext sind fünf spezifische Faktoren zu berücksichtigen. Erstens gilt Nordostasien als eine ideologisch, politisch, wirtschaftlich, zivilisatorisch und kulturell relativ stark gespaltene Region, in der Rivalität und Wettbewerb gegenüber vertieftem Dialog und Verständigung in der Regel die Oberhand behalten. Zweitens ist die Region nicht durch eine strikt bipolare Struktur gekennzeichnet, die ein Mindestmass an politischer und militärischer Berechenbarkeit garantie-

ren würde. Zudem sind die Einflussmöglichkeiten der in der Region dominanten Mächte China und USA auf ihre Bündnispartner Nordkorea bzw. Südkorea begrenzt. Drittens herrscht ungeachtet verstärkter Bemühungen in den vergangenen Jahren ein markanter Mangel an multilateral abgestützten, regionalen Sicherheitsinstitutionen. Viertens gibt es unter den regionalen Akteuren keine Einigkeit über den Endstatus Koreas. Und fünftens zeigt sich Nordkorea wenig aufgeschlossen für so genannte «weiche» sicherheitspolitische Ansätze.

Die Studie untersucht im Einzelnen die Rolle, die staatlichen Akteuren ebenso wie internationalen Organisationen in einem VBM-Prozess auf der koreanischen Halbinsel zukommen kann. Grosse Bedeutung wird den sechs Parteien zugemessen. Nordkorea wird dabei als die Macht identifiziert, die aufgrund ihrer innenpolitischen Entwicklungen und ihrer bewusst betriebenen Selbstisolation am wenigsten für VBM zugänglich ist. Südkorea, das sich in der Vergangenheit offen für VBM gezeigt hat, ist innenpolitisch gespalten und bewegt sich im Spannungsfeld zwischen einer Politik der friedlichen Koexistenz, dem langfristigen Ziel der Vereinigung der Halbinsel und einem ausgeprägten Schutzbedürfnis angesichts einer als militant wahrgenommenen Ideologie im Norden.

Während Japan und Russland nur begrenzte Einflussmöglichkeiten attestiert werden, betont die Studie die zentrale strategische Bedeutung der USA und Chinas. Washington hat nach den Kongresswahlen im Jahre 2006 einen aussenpolitischen Kurswechsel gegenüber Nordkorea vollzogen. Die USA verfügen darüber hinaus über reiche Erfahrungen mit VBM-Prozessen. China wiederum hat sich in den zurückliegenden Jahren verstärkt auf multilaterale Ansätze konzentriert und ist geschult im Einsatz von VBM in seinen Beziehungen mit Russland, Indien und den zentralasiatischen Republiken. Als Vermittler spielt China vor allem seit dem Jahr 2006 eine besondere Rolle, die in dieser Form keine andere der sechs Parteien einzunehmen vermag. Der chinesische Ansatz entspricht dabei stärker der *manipulative mediation* als

der *facilitative mediation*<sup>13</sup>. Peking folgt eher dem «parteiischen» Modell des Insiders als dem «unparteiischen» Modell des Outsiders.<sup>14</sup> Das grösste Handicap der chinesischen Aussenpolitik liegt indessen in ihrem nachlassenden Einfluss auf Nordkorea, was nicht zuletzt auf die wirtschaftliche Schwäche und die politische Rigidität von Nordkorea zurückzuführen ist.

### 2.3 DIE NEUTRAL NATIONS SUPERVISORY COMMISSION (NNSC)

Die NNSC-Staaten könnten eine wichtige unterstützende Rolle in einem VBM-Prozess spielen. Sie haben den relativen Vorteil, dass sie langfristige Kontakte auf der koreanischen Halbinsel unterhalten und einen *facilitative mediation* Ansatz ohne Einsatz jeglicher Druckmittel verfolgen. Die NNSC, die gegründet wurde, um die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens zu überwachen, ist – nach den recht aktiven ersten Jahren ihrer Tätigkeit – inzwischen in der Praxis auf symbolische Funktionen beschränkt, die zeigen

- 13 Mediation ist eine Methode, um Verhandlungen zu unterstützen und Konflikte mit Hilfe einer unterstützenden dritten Kraft zu transformieren. Im Allgemeinen arbeiten Mediatoren in Teams, die den Prozess strukturieren und leiten, die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien ermöglichen, die Parteien darin unterstützen, ihre Interessen und Bedürfnisse auszudrücken und zu erreichen und die dazu beitragen, Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien aufzuzeigen. Es gibt verschiedene Ansätze der Mediation, die sich im Grad der Durchsetzungskraft des Mediatoren unterscheiden: Die *facilitative mediation* (mit minimalem Einfluss auf den Inhalt und Betonung auf dem Prozess; Förderung der Kommunikation), die *formulative mediation* (Betonung auf Koordination und Lösungsvorschlägen) und die *manipulative mediation* (Schaffung von Anreizen und abschreckenden Elemente, Einsatz von Druckmitteln). Die *facilitative mediation* ist eher bei der langfristigen Verringerung von Spannungen effektiv, die *manipulative mediation* ist hilfreicher, wenn es darum geht, eine Einigung zu erzielen. Vgl. Beardsley, Kyle. C./Quinn, David. M./Biswas, Bidisha/Wilkenfeld, Jonathan. Mediation style and crisis outcomes. In: *Journal of Conflict Resolution* 50 (2006), Nr. 1, S. 58–86.
- 14 Wall James/Blum Michael. Community mediation in the People's Republic of China. In: *The Journal of Conflict Resolution* 35 (1991), Nr. 1, S. 3–20; Beck, Peter M./Reader, Nicholas. China and North Korea. In: *Korea and World Affairs* 30 (2006), Spring 2006, Teil I, S. 47–78; Summer 2006, Teil II, S. 201–237.

sollen, dass der Waffenstillstand weiterhin in Kraft ist.<sup>15</sup> Sollte die NNSC als solche einen Beitrag zur Herbeiführung von VBM in den ersten Etappen eines zukünftigen innerkoreanischen Friedensprozesses spielen, müsste das Mandat geändert und ausgeweitet werden.

Allianzungebundene Staaten wie die Schweiz und Schweden haben keine versteckte politische Agenda im Koreakonflikt, verfügen aber über einen reichen Erfahrungsschatz sowie über Verbindungen nach Südkorea. Beide Staaten geniessen wegen ihrer langjährigen Präsenz und ihres Engagements für humanitäre Hilfe, für Entwicklungszusammenarbeit und für den Dialog über Menschenrechte auch in Nordkorea grossen Respekt. Da ihre politischen Einflussmöglichkeiten gering sind, ist ihre Rolle auf *facilitative mediation* beschränkt und schliesst jegliche Formen der *manipulative mediation* aus. Nicht zuletzt deshalb sind sie «natürliche» Kandidaten für die Mitgliedschaft in der *Group of Friends*.<sup>16</sup> Die NNSC-Staaten könnten ein «post-NNSC-Forum» einberufen, um die unterstützenden Bemühungen zu koordinieren und besondere Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Sie könnten ihre Hilfe bei der Einberufung einer *Group of Friends* zur Begleitung eines Friedens- und VBM-Prozesses anbieten. Es gibt Hinweise darauf, dass die USA eine Rolle für die NNSC für den Zeitpunkt ab 2012 in Erwägung ziehen, wenn sich im Anschluss an die beabsichtigte Übergabe des operativen Kommandos

15 Das Waffenstillstandsabkommen erteilte der NNSC das Mandat, die Einhaltung der Bedingungen des Abkommens zu überwachen und nachzuprüfen, denen zufolge keine neuen Truppen oder schweren Waffen zur Verstärkung auf die koreanische Halbinsel gebracht werden durften. Im Gegensatz zur *Military Armistice Commission* (MAC), deren Beobachtungs- und Überprüfungs-funktion auf die DMZ beschränkt wurde, sollte die NNSC ausserhalb der DMZ operieren. Zu diesem Zweck verfügte die NNSC über 20 *Neutral Nations Inspections Teams*, von denen zehn an vorgegeben Punkten stationiert wurden (je fünf auf beiden Seiten der Grenze) und zehn als mobile Gruppen zur Verfügung standen, um jegliche Verstösse gegen die Vorgaben des Abkommens an die MAC zu melden.

16 United Nations Department of Political Affairs. UN peacemaker, Glossary. Vgl. <http://peacemaker.unlb.org/glossary.php?f=G&d=258#d258> (9. Juni 2008). «*An informal group of member states that act in support of United Nations peace-related efforts. Such groups, most commonly known as the «friends of the Secretary-General» or «Group of Friends» of a particular process, vary in origin, size and composition. They also maintain differing relationships to the conflict in question and with both the Secretary-General and the Security Council. Friends or analogous groups have increased the legitimacy of the peace process; enhanced the leverage of the Secretary-General; harnessed the competing interests of would-be rival negotiators; aided coordination among members of the international community; and facilitated the work of the Security Council. But in other instances such groups represent a layer of interests and positions to be managed, massaged, and negotiated in addition to those of the parties to the conflict.*»

der Streitkräfte für den Kriegsfall an einen südkoreanischen Kommandostab neue Kommandostrukturen in Südkorea herausbilden werden. Jegliche Initiativen der kleinen Staaten – ob beim Ausbau von Fähigkeiten, VBM-Trainings-Workshops und Track II-Übungen (d.h. Gespräche zwischen nichtoffiziellen Vertretern beider Seiten) oder bei der Moderation von Gesprächen zur Unterstützung der Umsetzung von einzelnen VBM – müssten mit den Konfliktparteien und den Verhandlungsführern der anderen in die Sechs-Parteien-Gespräche eingebundenen Staaten koordiniert und diesen transparent kommuniziert werden.

### 3 FAZIT

Wie die jüngeren Entwicklungen im Rahmen der Denuklearisierung gezeigt haben, hat der Friedensprozess auf der koreanischen Halbinsel zahlreiche Höhen und Tiefen durchlaufen. Der Bedarf nach Unterstützung durch dritte Parteien ist deutlich erkennbar. Wie die CSS/SIPRI-Studie zeigt, können VBM in einem langfristig angelegten Friedensprozess eine wichtige, gewiss aber keine entscheidende Rolle spielen. Auch wenn den beiden koreanischen Staaten sowie den USA und China eine Schlüsselrolle zukommt, gibt es möglicherweise eine nachgeordnete Rolle für *low level mediators* wie die NNSC-Staaten. Die Schweiz und Schweden haben den Vorteil, dass ihr machtpolitisches Potential äusserst begrenzt ist und dass sie deshalb zu keinem Zeitpunkt als Bedrohung wahrgenommen werden. Die beiden Staaten verfügen über Ressourcen (Erfahrung und Finanzen) und sie haben langfristige Kontakte in der Region, die bis in das Jahr 1953 zurückreichen. Sollten sie in einem künftigen Entspannungsprozess eine unterstützende Rolle einnehmen, dann ist es wichtig, dass sich diese an der Nachfrage durch die beiden Konfliktparteien orientiert, dass ein massgeschneidertes Mandat vorliegt und dass Aktivitäten der beiden Länder in enger Absprache mit allen beteiligten Parteien stattfinden.





# MEDIATION SUPPORT PROJECT (MSP): MASSGESCHNEIDERTE VERSTÄRKUNG DER SCHWEIZERISCHEN MEDIATIONSKAPAZITÄTEN

von Simon J. A. Mason und Matthias Siegfried

## EINLEITUNG

«*With whom are you going to discuss a conflict if you don't discuss it with the people who are involved in the conflict, who have caused the conflict from the beginning, and who are still engaged in trying to kill each other?*»<sup>1</sup> Mit diesen Worten plädierte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter im Jahr 2005 für den Wert von Mediationsbemühungen in gewalttätigen Konflikten. Mediation verfolgt das Ziel, die verschiedenen in eine Auseinandersetzung involvierten Parteien zusammenzubringen, damit diese mit Unterstützung einer Drittpartei gemeinsam Wege zur Konfliktbeilegung und zur Sicherung des Friedens finden.

Im Zentrum des vorliegenden Artikels steht das *Mediation Support Project* (MSP). Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt des *Center for Security Studies* (CSS) der ETH Zürich und von *swisspeace* in Bern, welches vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt wird.<sup>2</sup> Das Hauptziel des Projekts besteht darin, die Mediationskapazitäten des schweizerischen Aussenministeriums zu erhöhen und das entsprechende Know-how zu vertiefen. In den folgenden Ausführungen sollen die wichtigsten Aktivitäten des MSP vorgestellt werden. Doch zunächst wird kurz skizziert, wo im globalen sicherheitspolitischen Kontext ein Bedarf nach Mediationsdienstleistungen besteht, wie ihre Effektivität einzuschätzen ist und welche Anstrengungen die Schweiz in diesem Bereich unternimmt.

1 The case for engagement: An interview with President Carter. In: *ACCORD: Conciliation Resources*, Nr. 16 (2005), S. 10.

2 Mitarbeiter des MSP: Simon J. A. Mason und Damiano Sguaitamatti (*Center for Security Studies*, ETH Zürich), Matthias Siegfried und David Lanz (*swisspeace*).

## 1 DER NUTZEN DER MEDIATION IM INTERNATIONALEN UMFELD

Analysiert man kurz, wie sich die internationalen Konflikte seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt haben, so lassen sich sowohl positive als auch negative Trends feststellen. Die gute Nachricht ist, dass es im Jahr 2008 rund 50 Prozent weniger Kriege gibt als beim Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 und dass die Anzahl der Flüchtlinge deutlich abgenommen hat.<sup>3</sup> Für die rund eine Milliarde Einwohnerinnen und Einwohner der OECD-Staaten, die den wohlhabendsten Teil der Weltbevölkerungen ausmachen, ist die Wahrscheinlichkeit, mit Krieg konfrontiert zu werden, bereits heute sehr gering und dürfte in Zukunft noch weiter abnehmen. Auch für die rund vier Milliarden Menschen umfassende Bevölkerung der Schwellenländer nimmt die Wahrscheinlichkeit von Kriegen ab.<sup>4</sup> Worauf sind diese positiven Entwicklungen zurückzuführen? Der wichtigste Faktor ist wohl das Ende des Kalten Krieges. Das Aufbrechen der bipolaren Ordnung des Ost-West-Konflikts schuf neue globale Rahmenbedingungen, wodurch sich Lösungsmöglichkeiten für zuvor festgefahrene Konflikte eröffneten. Ein zweiter Faktor ist das globale wirtschaftliche Wachstum, korreliert doch ein tiefes Pro-Kopf-Einkommen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Krieg.<sup>5</sup> Ein dritter Faktor, auf dem das Hauptaugenmerk dieses Artikels liegt, sind die zunehmenden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Bewältigung solcher Konflikte.

Diesen positiven Trends und dem Rückgang der bewaffneten Konflikte zum Trotz ist die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch weit von einem Zustand des Friedens entfernt. Im Jahr 2005 wurden immer noch 56 Konflikte ausgetragen. Den direkten Kampfhandlungen fielen dabei schätzungsweise 14 000 Menschen zum Opfer. Nicht berücksichtigt sind in die-

3 Egeland, Jan. *A Billion Lives – An Eyewitness Report from the Frontline of Humanity*. New York: Simon & Schuster, 2008; See also: Egeland, Jan. A Billion Lives at Stake. In: *The Huffington Post*, 28. Februar 2008. [http://www.huffingtonpost.com/jan-egeland/a-billion-lives-at-stake\\_b\\_89085.html](http://www.huffingtonpost.com/jan-egeland/a-billion-lives-at-stake_b_89085.html).

4 Collier, Paul. *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done About It*. Oxford: Oxford University Press, 2007.

5 Collier, Paul/Elliott, V. L./Hegre, Havard/Hoeffler, Anke/Reynal-Querol, Marta/Sambanis, Nicholas. *Breaking the Conflict Trap – Civil War and Development Policy*. Washington DC: World Bank/Oxford University Press, 2003, S. 4. Vgl. <http://econ.worldbank.org/prr/CivilWarPRR/>.

ser Zahl jene Todesopfer, die von den indirekten Folgen dieser Konflikte verursacht wurden.<sup>6</sup> Es muss weiter davon ausgegangen werden, dass im Unterschied zu der Bevölkerung in den Industriestaaten und in den Schwellenländern diejenige Milliarde Menschen, die den ärmsten Teil der Weltbevölkerung ausmachen, auch in Zukunft mehrfach gewalttätige Konflikte und Kriege erfahren werden. Und selbst wenn es heute weniger Flüchtlinge gibt als am Ende des Kalten Krieges, so ist die Anzahl der Binnenvertriebenen (*Internally Displaced Persons*, IDP) im letzten Jahrzehnt um etwa 10 Millionen auf insgesamt 26 Millionen angestiegen.<sup>7</sup> Dies zeigt, dass weiterhin ein grosser Bedarf nach Massnahmen besteht, die mithelfen, die Welt sicherer und friedlicher zu machen.

Internationales Engagement zugunsten einer friedlichen Streitbeilegung ist ein Element, welches dieses Ziel fördert. Ein wichtiges Instrument des internationalen Engagements ist die Mediation. Wie effektiv ist die Mediation im Umgang mit Kriegen und bewaffneten Konflikten? Zwischen 2000 und 2005 wurden 17 Konflikte durch Verhandlungen beigelegt, gegenüber nur vier militärischen Entscheidungen. Nur zwei der 17 durch Verhandlungen erreichten Schlichtungen sind bisher gescheitert. In der Mehrzahl dieser Verhandlungslösungen war eine Drittpartei als Mediator beteiligt.<sup>8</sup> Auch Studien, die einen längeren Untersuchungszeitraum berücksichtigen, lassen den Schluss zu, dass die Wahrscheinlichkeit, einen Konflikt friedlich und nachhaltig beilegen zu können, durch den Einsatz von Mediation stark ansteigt.<sup>9</sup> Diese Erfahrungen belegen, dass sich die Mediation als Instrument der Friedensförderung bewährt hat.

6 Human Security Center (Hrsg.). *Human Security Brief 2006*. University of British Columbia, 2006. <http://www.hsrgroup.org/images/stories/HSBrief2006/contents/finalversion.pdf>.

7 Internal Displacement Monitoring Center (IDMC). *Global Statistics, Global IDP estimates (1990–2007)*, 2007. <http://www.internal-displacement.org/>.

8 Human Security Center, *Human Security Brief 2006*. <http://www.hsrgroup.org/images/stories/HSBrief2006/contents/finalversion.pdf>.

9 Beardsley, Kyle C./Quinn, David M./Biswas, Bidisha/Wilkenfeld, Jonathan. Mediation Style and Crisis Outcomes. In: *Journal of Conflict Resolution* 50 (2006), Nr. 1, S. 58–86.

## 2 DIE ROLLE DER SCHWEIZ IM BEREICH DER MEDIATION

Welche Rolle spielt die Schweiz auf dem Feld der Mediation? Die Friedensförderung stellt eine Priorität ihrer Aussenpolitik dar. Die Schweiz engagiert sich aus zwei grundsätzlichen Überlegungen in diesem Bereich. Erstens tut sie dies aus Eigeninteresse: Gewalttätige Konflikte und Instabilität laufen, selbst in geografisch weit entfernten Regionen, den schweizerischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen entgegen. Je stärker die weltweiten Interdependenzen zunehmen, umso deutlicher tritt diese Tatsache zutage. Zweitens entspricht der Beitrag zu Stabilität und weltweitem Frieden einem moralischen Imperativ und stimmt sowohl mit dem Willen der Schweiz zur Solidarität als auch mit ihrer humanitären Tradition überein.

Seit dem Jahr 2000 hat sich das schweizerische Aussenministerium in etwa 20 Friedensprozessen in rund 15 Ländern in den Bereichen Mediation und Vermittlung engagiert. Normalerweise beteiligt sich das EDA direkt mit eigenem diplomatischem Personal, mit Mediationsfachleuten und mit Fachspezialisten. Dabei sind die schweizerischen Vermittlungsbemühungen meistens auf die Führungsebenen der Konfliktparteien ausgerichtet, beispielsweise auf die Regierung und auf die Spitzen einer Rebellenorganisation, wie etwa in Aceh/Indonesien, in Kolumbien, in Nepal oder im Sudan. In einigen Friedensprozessen steht die Schweiz jedoch auch mit nicht-offiziellen Repräsentanten der Konfliktparteien oder mit offiziellen Vertretern in informeller Mission in Kontakt, so in Georgien oder in den Gesprächen zwischen Israel und Palästina oder zwischen Israel und Syrien.<sup>10</sup> Manchmal steht die Schweiz gleichzeitig mit mehreren Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen in Kontakt, beispielsweise in Guatemala, in Sri Lanka oder in Tadschikistan. Generell beinhalten Mediationsbemühungen ein langfristiges Engagement. In den meisten Fällen dauern solche Verpflichtungen mehrere Jahre, wobei häufig mehrere Personen in die Mediationstätigkeit und die Bereitstellung der notwendigen Expertise involviert sind. Neben ihren eigenen, direkten Engagements finanziert die Schweiz in ausgewählten Fällen auch die Me-

10 Lang, Nicolas. «Syriens Bekenntnis zum Frieden ist glaubwürdiger geworden» – Sonderbotschafter Nicolas Lang blickt auf acht Jahre Friedensdiplomatie im Nahen Osten zurück. In: Neue Zürcher Zeitung, 17. April 2007.

diationsbemühungen anderer Akteure.<sup>11</sup> So unterstützt Bern in beispielsweise entsprechende Aktivitäten der Vereinten Nationen finanziell und mit Fachkompetenz.<sup>12</sup>

Insgesamt hat das EDA in den vergangenen Jahren viel Erfahrung im Bereich der Konfliktmediation gesammelt. Die Schweiz ist in solchen Prozessen häufig nur einer von mehreren Partnern, sie hat jedoch durch die Qualität und die Fachkenntnisse ihrer Expertinnen und Experten bereits mehrfach einen substantiellen Beitrag zu Friedensprozessen leisten können.

### 3 DIE ARBEIT DES MEDIATION SUPPORT PROJECTS (MSP)

Das MSP wurde konzipiert, um das EDA in seinen Mediationsbemühungen zu unterstützen. Das MSP zielt in diesem Zusammenhang in erster Linie darauf ab, bereits bestehende Kapazitäten verstärkt zu vernetzen und so Synergien zu schaffen. So sollen insbesondere Forschung und Praxis zusammengebracht werden, um für spezifische Fälle massgeschneiderte Lösungen entwickeln zu können. Das Aufspüren und die Nutzung von Synergien sind dabei bereits in der institutionellen Zusammensetzung angelegt: Das MSP kann auf das akademische Netzwerk des *Center for Security Studies* (CSS) der ETH Zürich sowie auf das Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen von *swisspeace* zurückgreifen. Durch den direkten Zugang zum EDA hat das MSP überdies gute Beziehungen in die Bundesverwaltung.

Die meisten konkreten Aktivitäten des MSP erfolgen auf direkte Anfrage des Aussenministeriums hin. Dabei können die Tätigkeiten des MSP in vier Bereiche gegliedert werden: 1) Forschung und Wissensmanagement, 2) Ausbildung, 3) Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit und 4) Prozessunterstützung.

11 So die *Berghof Foundation for Peace Support*, *Interpeace*, *Conciliation Resources*, das *Center for Humanitarian Dialogue* oder das *Graduate Institute of International Studies and Development* (GIISD).

12 Mason, Simon / Bleeker, Mo / Michael, Murezi / Siegfried, Matthias. Mediation in Friedensprozessen. Erfahrungen der Schweiz mit einem umfassenden Ansatz. In: *Perspektive Mediation* 4 (2007), Nr. 4, S. 184–189. Vgl. [http://www.swisspeace.ch/typo3/fileadmin/user\\_upload/pdf/msp/Mason\\_Bleeker\\_Michael\\_Siegfried.pdf](http://www.swisspeace.ch/typo3/fileadmin/user_upload/pdf/msp/Mason_Bleeker_Michael_Siegfried.pdf).

## FORSCHUNG UND WISSENSMANAGEMENT

Das Ziel der Forschungstätigkeit des MSP ist die Entwicklung einer Methodologie im Bereich der Friedensmediation. Das MSP greift dabei einerseits auf die Erfahrungen des EDA zurück und baut andererseits eigene fachliche Kompetenz in diesem Themenfeld auf. Beispielsweise interviewt das MSP systematisch und strukturiert EDA-Angehörige, welche über Mediationserfahrung verfügen, um ihre Erkenntnisse auszuwerten und generelle Schlüsse und Lehren aus den einzelnen Einsätzen zu ziehen. So wurden die Erfahrungen aus 16 Mediationseinsätzen in vierseitigen Kurzstudien zusammengefasst und analysiert. Daneben entstanden im Rahmen des MSP auch vertiefte Fallstudien wie der Artikel über das schweizerische Engagement im Nord-Süd-Friedensprozess im Sudan<sup>13</sup>, der zusammen mit einem EDA-Experten verfasste Beitrag über die Rolle von Religionen in Konflikten und bei Mediationsprozessen<sup>14</sup> oder die im Rahmen einer Kooperation zwischen dem CSS und dem *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) erarbeitete Studie über die Rolle vertrauensbildender Massnahmen auf der koreanischen Halbinsel.<sup>15</sup>

## AUSBILDUNG

Es gibt im Bereich der Mediation zahlreiche Ausbildungsmöglichkeiten, die wenigsten davon sind jedoch auf einen internationalen Kontext ausgerichtet. Das MSP entwirft und realisiert deshalb massgeschneiderte Mediationstrainings, die spezifisch auf Friedensprozesse und den Umgang mit politischen Entscheidungsträgern ausgerichtet sind. Die Dauer dieser Trainingsevents liegt zwischen einigen Tagen und drei Wochen. Zielpublikum sind vor al-

13 Mason, Simon J.A. Lehren aus den Schweizerischen Mediations- und Fazilitationsdiensten im Sudan. In: Wenger, Andreas/Mauer, Victor (Hrsg.). *Bulletin 2006 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2006, S. 43–96. <http://www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&id=20836>.

14 Bitter, Jean-Nicolas/Mason, Simon. *Religions in Conflict. Using Action Mediation When «Worlds» Clash* (im Erscheinen).

15 Lachowski, Zdzislaw/Sjögren, Martin/Bailes, Alyson/Hart, John/Kile Shannon/Mason, Simon/Mauer Victor. *Tools for Building Confidence on the Korean Peninsula*. Zürich, Stockholm: Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Schweiz; Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Schweden. Vgl. dazu den entsprechenden Beitrag im vorliegenden Bulletin.

lem Schweizer Diplomaten, Botschafter und Experten aus dem Bereich der Friedensförderung sowie Personen, die eine künftige Tätigkeit in diesem Gebiet anstreben.<sup>16</sup> Das MSP organisiert in Kooperation mit dem EDA zu dem Workshops für die Vereinten Nationen in Bereichen, in welchen die Schweiz über spezifisches Know-how verfügt (z.B. Föderalismus und Dezentralisierung). Bei ihren Ausbildungseinheiten legt das MSP auf zwei Faktoren besonderen Wert, nämlich auf die persönliche Mediationserfahrung der Referentinnen und Referenten und auf eine möglichst interaktive und praxisorientierte Gestaltung der Trainingseinheiten. So wird den Teilnehmenden mittels Rollenspielen nicht nur die intellektuelle Dimension eines Konflikts vermittelt, sondern auch die emotionale Komponente näher gebracht. Sie erhalten so einen Eindruck davon, wie anforderungsreich es ist, in komplexen Sachverhalten und unter hohem Druck als Mediatorin oder Mediator aufzutreten.

#### VERNETZUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Friedensmediation in einem internationalen Kontext ist ein hoch kompetitives Tätigkeitsgebiet. Diese ausgeprägte Konkurrenz ist der Qualität der Mediationsbemühungen häufig abträglich. Das MSP vertritt den Standpunkt, dass die Vernetzung und Koordination zwischen den in eine Vermittlung involvierten Akteuren unabdingbar sind, um Gesellschaften in Konfliktsituationen den Übergang vom Krieg zum Frieden zu erleichtern. Nur so kann eruiert werden, welcher Akteur welche Ziele am besten fördern kann. Dies bedingt auch, dass eine Drittpartei sich zurückzieht, wenn ein anderer Akteur die Aufgabe besser erledigen kann, und dass die Anerkennung für erreichte Ziele unter den beteiligten Parteien geteilt wird. Um die Vernetzung und die Koordination zu fördern, organisiert das MSP Gesprächsrunden, lädt Referentinnen und Referenten ein und erstellt Dokumentationen wie das ISN Dossier über Mediation.<sup>17</sup> Im kommenden Jahr lanciert das MSP zudem ein Mediation Support Network, um Akteure zusammenzubringen,

16 Siehe [www.peacemediation.ch](http://www.peacemediation.ch).

17 Mason, Simon J. A. *Mediation and Facilitation in Peace Processes*. ISN Dossier. Zürich: Center for Security Studies, ETH Zürich, 2006. Vgl. [www.isn.ethz.ch/news/dossier/mediation](http://www.isn.ethz.ch/news/dossier/mediation).

die auf ähnlichen Gebieten wie das MSP tätig sind, aber unter dem Dach anderer Organisationen wirken.

#### PROZESSUNTERSTÜTZUNG

Das MSP leistet auch direkte Unterstützung zuhanden von schweizerischen Diplomaten und Mediatoren. Die Mitarbeiter des MSP begleiten und beraten diese in laufenden Mediationsprozessen und verfassen praxisorientierte und zielgruppenadäquate Ratgeber zu Schlüsselthemen der Mediation. Solche Aktivitäten sind stark von den konkreten Wünschen und Bedürfnissen der Adressaten abhängig. Ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit war die Organisation einer Trainingswoche zum Thema von Friedensverhandlungen für die Konfliktparteien in der Zentralafrikanischen Republik, die als Vorbereitung für die geplanten Friedensverhandlungen diente.

#### SCHLUSS

Eine zentrale Stärke, welche das MSP auszeichnet, ist die Verknüpfung von Forschung, Ausbildung und Praxis. Der direkte Kontakt zu den Fachleuten im Feld, welcher durch die enge Kooperation mit dem EDA ermöglicht wird, und die flexiblen Arbeitsprozesse erlauben es dem MSP, massgeschneiderte und auf die tatsächlichen Bedürfnisse ausgerichtete Dienstleistungen zuhanden des EDA und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erbringen. Das schweizerische Aussenministerium demonstriert durch die Unterstützung für das MSP seine Bereitschaft, langfristig die hohe Qualität ihrer Vermittlungsaktivitäten sicherzustellen. Die Zusammenarbeit wird durch die klare Unterscheidung zwischen der eigentlichen Mediationstätigkeit, welche durch die Angehörigen des Aussenministeriums wahrgenommen wird, und der rein unterstützenden Funktion des MSP erleichtert. Als Vorteil bei der Arbeitsorganisation des MSP hat sich erwiesen, neben der konventionellen Projektplanung ausreichende zeitliche Flexibilität für das Aufgreifen von unvorhergesehen auftretenden Themen zu bewahren – eine Situation, die für die Mediation in Friedensprozessen charakteristisch ist.



## KONTAKT

Simon J. A. Mason, Dr. Sc. ETH  
Mediation Support Project  
Center for Security Studies (CSS)  
Swiss Federal Institute of Technology, ETH Zurich  
Weinbergstrasse 11  
CH-8092 Zurich, Switzerland  
Tel: +41 (0)44 632 67 67  
Fax: +41 (0)44 632 13 72  
mason@sipo.gess.ethz.ch  
CSS-Website: [http://www.css.ethz.ch/research/conflict\\_research1\\_EN](http://www.css.ethz.ch/research/conflict_research1_EN)

Matthias Siegfried  
swisspeace  
Project Coordinator  
Mediation Support Project  
Sonnenbergstrasse 17  
P.O. Box, CH – 3000 Bern 7  
Tel. +41 (0)31 330 12 04  
Fax +41 (0)31 330 12 13  
Mob. +41 (0)76 457 11 46  
matthias.siegfried@swisspeace.ch  
[www.swisspeace.ch/mediation](http://www.swisspeace.ch/mediation)



## AKTUELL UND KONZIS: DIE «CSS ANALYSEN ZUR SICHERHEITSPOLITIK»

*von Daniel Möckli*

Die im November 2006 lancierte Publikationsreihe der «CSS Analysen zur Sicherheitspolitik» bietet einen regelmässigen, konzisen Überblick über aktuelle weltpolitische Entwicklungen und Ereignisse und deren Bedeutung für die Schweiz. Die CSS Analysen richten sich an Politik, Verwaltung, Medien und eine interessierte Öffentlichkeit und wollen zur Förderung einer strategischen Kultur in der Schweiz beitragen. Monatlich werden zwei aktuelle Themen behandelt, wobei jeweils sowohl vertiefte Sachkenntnisse vermittelt als auch politische Handlungsoptionen aufgezeigt werden.

Die CSS Analysen decken im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs ein breites Themenspektrum ab. In den vergangenen Monaten wurden Beiträge zu Krisenregionen (Nahost, Kosovo), geopolitischen Machtverschiebungen (China, Russland, Afrika), dem Wandel sicherheitspolitischer Institutionen (NATO, ESVP) sowie neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen (Energiesicherheit, Umweltkonflikte, Schutz kritischer Infrastrukturen) und Trends (OSINT, Informationsoperationen) verfasst. Auch die Schweizer Aussenpolitik (Neutralität, Nahostpolitik, Europapolitik) wurde bereits mehrfach thematisiert.

Die CSS Analysen erscheinen als elektronische Publikation in deutscher, französischer und englischer Sprache ([www.ssn.ethz.ch](http://www.ssn.ethz.ch)). Sie sind gratis. Interessenten können sich in eine Mailingliste eintragen, um sich so regelmässig über die neuen Nummern informieren zu lassen. Neu werden alle Graphikelemente der Analysen zusätzlich als Download zur Verfügung gestellt ([www.css.ethz.ch/graphics](http://www.css.ethz.ch/graphics)).

### BISHER ERSCHIENENE NUMMERN

- Nr. 38: Afrikas zunehmende strategische Bedeutung
- Nr. 37: Schweizer Europapolitik: Wie tragfähig ist der Bilateralismus?
- Nr. 36: Energiesicherheit in Europa: Stand und Perspektiven
- Nr. 35: Schweizer Nahostpolitik: Ambitioniert und kontrovers

- Nr. 34: Informationsoperationen: Trends und Kontroversen
- Nr. 33: Risse im Fundament: Die NATO nach dem Gipfel von Bukarest
- Nr. 32: Open Source Intelligence: Neues nachrichtendienstliches Paradigma?
- Nr. 31: Der europäische Rüstungssektor: Der Staat unter Anpassungsdruck
- Nr. 30: Risikomanagement in der Sicherheitspolitik
- Nr. 29: Kosovos umstrittene Unabhängigkeit
- Nr. 28: Die ESVP nach dem EU-Reformvertrag: Kohärenter und effizienter?
- Nr. 27: Aktuelle strategische Trends
- Nr. 26: Klimawandel und Sicherheitspolitik
- Nr. 25: Nach Annapolis: Fragiler Friedensprozess im Nahen Osten
- Nr. 24: Umwelt- und Ressourcenkonflikte: Relevanz und Lösungsansätze
- Nr. 23: Strategisches Krisenmanagement: Trends und Konzepte
- Nr. 22: Krisenreaktionskräfte der Nato und der EU im Vergleich
- Nr. 21: Die Türkei vor einer strategischen Neuorientierung?
- Nr. 20: Neutralität und aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz
- Nr. 19: Nordkorea: Auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung?
- Nr. 18: Aufstieg der Islamisten in Nahost: Abgrenzung und Dialog
- Nr. 17: Nach den Wahlen: Frankreichs Aussenpolitik vor einem Kurswechsel
- Nr. 16: Kritische Infrastrukturen: Verwundbarkeiten und Schutz
- Nr. 15: Was will Russland? Ambitionen und Grenzen einer Grossmacht
- Nr. 14: Deutsche Verteidigungspolitik: Kontinuität und Wandel
- Nr. 13: Die illegale Drogenwirtschaft im Fokus der Sicherheitspolitik
- Nr. 12: US-Raketenabwehr: Eine strategische Herausforderung für Europa
- Nr. 11: Afghanistans schwierige Stabilisierung
- Nr. 10: Die EU und die Transformation europäischer Sicherheit

- Nr. 9: Vor dem Statusentscheid: Kosovo zwischen neuer Gewalt und labilem Frieden
- Nr. 8: Der Aufstieg Chinas: Regionale und globale Machtverschiebungen
- Nr. 7: Uno-Friedensoperationen im Wandel
- Nr. 6: Der Privatsektor als neuer Akteur der Sicherheitspolitik
- Nr. 5: Biorisiken: Schutz vor Pandemie und Bioterrorismus
- Nr. 4: Baustelle Bündnis: Die Nato nach dem Gipfel von Riga
- Nr. 3: Nach der Baker-Kommission: Wie weiter im Irak?
- Nr. 2: Brennpunkt Energiesicherheit: Erdölverknappung und die Folgen
- Nr. 1: Irans nukleare Ambitionen: Welche Optionen für den Westen?

#### KONTAKT

Daniel Möckli  
Editor CSS Analysen  
Center for Security Studies (CSS)  
ETH Zürich  
SEI F14  
CH-8092 Zürich  
analysen@sipo.gess.ethz.ch



## KURZANGABEN ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

**Dr. Christoph Doktor** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Center for Security Studies der ETH Zürich. Er arbeitet im Forschungsbereich «New Risks».

**Dr. Myriam Dunn Cavelty** ist Leiterin des Forschungsteams «New Risks» am Center for Security Studies der ETH Zürich.

**Dr. Simon J. A. Mason**, Mediator SDM, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Mediation Support Project am Center for Security Studies der ETH Zürich.

**Dr. Victor Mauer** ist stellvertretender Leiter des Center for Security Studies der ETH Zürich.

**Dr. des. Daniel Möckli** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Center for Security Studies der ETH Zürich. Er ist Editor der «CSS Analysen zur Sicherheitspolitik».

**Christian Mölling**, Diplom-Sozialwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Center for Security Studies der ETH Zürich. Er arbeitet im Forschungsbereich «Strategie und Doktrin».

**Matthias Siegfried**, lic. phil. Soziologie, MA Management in Non-profit Organizations, ist Projektkoordinator im Mediation Support Project bei Swisspeace.

**Manuel Suter**, lic. phil. I, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies der ETH Zürich. Er arbeitet im Bereich «New Risks».

**Dr. Tibor Szvircsev Tresch** arbeitete projektbezogen als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Direktion für Sicherheitspolitik des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zum Thema der Rekrutierung in europäischen Streitkräften.





## CHRONOLOGIE



# CHRONOLOGIE ZUR SCHWEIZERISCHEN SICHERHEITSPOLITIK VON JANUAR BIS DEZEMBER 2007

*zusammengestellt von Erik Dinkel und Lajescha Dubler, unter Mitarbeit von  
Christiane Callsen*

Die Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik ist Teil der Website «Netzwerk schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik – SSN» und auf dem Internet unter [www.ssn.ethz.ch](http://www.ssn.ethz.ch) aktuell abrufbar.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

APK-N	Aussenpolitische Kommission des Nationalrats
APK-S	Aussenpolitische Kommission des Ständerats
BFM	Bundesamt für Migration
BFS	Bundesamt für Statistik
BRIC-Staaten	Brasilien, Russland, Indien und China
CdA	Chef der Armee
CEMT	European Conference of Ministers of Transport (Europäische Verkehrsministerkonferenz)
CIA	Central Intelligence Agency
DAP	Dienst für Analyse und Prävention
Deza	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DSP	Direktion für Sicherheitspolitik
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council (Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat)
EASA	European Aviation Safety Agency (Europäische Agentur für Flugsicherheit)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

EU	Europäische Union
EUI	Europäisches Hochschulinstitut, Florenz
Eufor	European Union Force
Euro 08	Fussball-Europameisterschaft 2008
Europol	European Police Office (Europäisches Polizeiamt)
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
FBI	Federal Bureau of Investigation (Amerikanische Bundespolizei)
Fedpol	Bundesamt für Polizei
GASP	Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik
GPDel	Geschäftsprüfungsdelegation
GPK-N	Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats
GPK-S	Geschäftsprüfungskommission des Ständerats
GWK	Grenzwachtkorps
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergie-agentur)
IEA	Internationale Energieagentur
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
Isaf	International Security Assistance Force (Internationale Schutz-truppe in Afghanistan)
ISF	International Security Forum
IWF	Internationaler Währungsfonds
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
Kfor	Kosovo Force (Internationale Friedenstruppe im Kosovo)
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MILAK	Militärakademie an der ETH Zürich
MZDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdi- rektorinnen und -direktoren
NATMC	Nato Air Traffic Management Committee
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
Neat	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
NGO	Nichtregierungsorganisation
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission (Neutrale Waffenstill- stands-Überwachungskommission)

NPT	Nuclear Non-Proliferation Treaty (Atomwaffensperrvertrag)
NTG	Nato Training Group
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OIF	Organisation internationale de la francophonie
OPCW	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (Organisation für das Verbot von chemischen Waffen)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace (Partnerschaft für den Frieden)
PSO	Peace Support Operations
Seco	Staatssekretariat für Wirtschaft
SEF	Schweizerischer Expertenpool für zivile Friedensförderung
SES	Single European Sky (Einheitlicher europäischer Luftraum)
SIK-N	Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats
SIK-S	Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats
SIS	Schengener Informationssystem
SKH	Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe
SND	Strategischer Nachrichtendienst
Swisscoy	Swiss Company (Schweizer Kompanie im Rahmen der Kfor)
UNDP	Uno-Entwicklungsprogramm
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge)
Unicef	Uno-Kinderhilfswerk
Unifil	United Nations Interim Force in Lebanon (Friedensmission der Uno in Libanon)
Uno	United Nations Organisation (Vereinte Nationen)
Uvek	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WEF	World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
ZISP	Zentrum für Internationale Sicherheitspolitik



01.01.2007

#### **AUFNAHME RUMÄNIENS UND BULGARIENS IN DIE EU**

Rumänien und Bulgarien werden in die Europäische Union (EU) aufgenommen. Die EU wächst somit auf 27 Mitgliedstaaten an, erstreckt sich nun bis ans Schwarze Meer und zählt rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das bilaterale Vertragsnetz zwischen der Schweiz und der EU wird infolge der EU-Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien ausgeweitet. Eine Ausnahme bildet dabei das Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Die Anpassung des Freizügigkeitsabkommens auf die beiden neuen Mitgliedstaaten erfordert neue Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Eine finanzielle Unterstützung Rumäniens und Bulgariens ist auf der Grundlage des Bundesgesetzes über die Ostzusammenarbeit grundsätzlich möglich; die Verabschiedung eines entsprechenden Rahmenkredits bleibt allerdings dem Parlament vorbehalten.

01.01.2007

#### **EIN NEUER WEG ZUM BERUFSSOFFIZIER**

Um den Mangel an Berufsoffizieren zu beheben, wird eine zusätzliche Grundausbildung eingeführt. Um die Laufbahn des Berufsoffiziers einzuschlagen, braucht es nicht mehr zwingend einen Maturitätsabschluss. Neu können Offiziere, die über eine abgeschlossene dreijährige Berufslehre verfügen, die einjährige praxisbezogene Militärschule 1 an der Militärakademie an der ETH Zürich besuchen. Nach drei Jahren praktischer Erfahrung als Berufsoffizier können sie anschliessend die Militärschule 2 absolvieren und ihr Wissen in militärwissenschaftlichen Themen ergänzen.

09.01.2007

#### **LUXEMBURGISCHER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSMINISTER IN BERN**

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, empfängt den luxemburgischen Finanz- und Justizminister Luc Frieden in Bern. Nach dem Treffen, das vor allem der Pflege der bilateralen Beziehungen dient, bekräftigen die beiden Minister die gemeinsamen Interessen der Schweiz und Luxemburgs, die beide über starke Finanzplätze verfügen. Aus Sicht Friedens bestehe für die EU kein Anlass, die kantonale Steuerhoheit in der Schweiz und die Praxis der Kantone bei der Unternehmensbesteuerung anzugreifen.

09.01.2007

### WENIGER DIENSTTAGE IN EINSÄTZEN FÜR KATASTROPHENHILFE, MEHR SICHERUNGSEINSÄTZE

Das VBS gibt bekannt, dass die Schweizer Armee 2006 458 331 Dienstage in Einsätzen geleistet hat. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von acht Prozent. Während im Vergleich zu 2005 weniger Einsätze im Bereich der Katastrophenhilfe absolviert wurden, ist in der Friedensförderung sowie bei den subsidiären Sicherungseinsätzen ein Anstieg der Dienstage zu verzeichnen. Allgemein ist eine wesentliche Bedeutungszunahme der Durchdiener in Einsätzen festzustellen.

10.01.2007

### AUSSENWIRTSCHAFTSBERICHT 2006

Der Bundesrat verabschiedet den Aussenwirtschaftsbericht 2006. Im Zentrum der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik stehen die multilaterale Zusammenarbeit innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), der Ausbau der Freihandelsabkommen sowie die gezielte Berücksichtigung der Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China. Die Schweiz will sich innerhalb der WTO weiterhin für einen erfolgreichen Abschluss der Dauha-Runde einsetzen und Schweizer Unternehmen durch den Abschluss von Freihandelsabkommen einen konkurrenzfähigen Zugang zu Absatzmärkten ermöglichen.

10.01.2007

### ZUSAMMENARBEIT MIT DEUTSCHLAND IM BEREICH DER LUFTRAUMSICHERHEIT

Der Bundesrat verabschiedet einen Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland zuhanden der eidgenössischen Räte. Der Vertrag regelt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Gewährleistung der Sicherheit des Luftraums bei der Abwehr von terroristischen Anschlägen mit zivilen Flugzeugen. Der Vertrag sieht einen umfassenden gegenseitigen Informationsaustausch über die allgemeine Luftlage sowie die Verbesserung der Interventionsmöglichkeiten beider Parteien im Fall einer konkreten Bedrohung vor; der Einsatz von Waffen auf ausländischem Territorium bleibt jedoch ausgeschlossen.



11.01.2007

#### **POLNISCHER WIRTSCHAFTSMINISTER IN BERN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfängt den polnischen Wirtschaftsminister Piotr Wozniak zu einem offiziellen Arbeitsgespräch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Polen sowie die Umsetzung des schweizerischen Erweiterungsbeitrages an die zehn neuen EU-Staaten.

16.01.2007

#### **GENERALDIREKTORIN DER WHO IN BERN**

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, empfängt die neue Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Margaret Chan, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Perspektiven und Prioritäten der WHO unter der Leitung der neuen Direktorin, die Beziehungen der Organisation zur Schweiz sowie die Rolle der Schweiz als Gastgeberstaat der WHO.

19.01.2007

#### **TELEFONGESPRÄCH ZWISCHEN BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY UND DEM JAPANISCHEN PREMIERMINISTER**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, führt mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe ein Telefongespräch. Calmy-Rey und Abe vereinbaren die Aufnahme von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Partnerschafts- und Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan. Darüber hinaus bekräftigen die Gesprächspartner ihre Absicht, die bilaterale Zusammenarbeit auch im Kampf gegen die Geldwäscherei und gegen das organisierte Verbrechen zu intensivieren und auf multilateraler Ebene enger zusammenzuarbeiten.

19.01.2007

#### **WIRTSCHAFTSMINISTERIN LEUTHARD IN BERLIN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, nimmt auf Einladung der EU-Präsidentschaft am informellen Treffen der Ministerinnen und Minister für Beschäftigung und Soziales in Berlin teil. Im Anschluss an das Treffen besucht

Leuthard die jeweils im Januar in Berlin stattfindende internationale Ausstellung zu Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau.

22.01.2007

#### GEHEIMVERHANDLUNGEN DER SCHWEIZ MIT ISRAEL UND SYRIEN

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey bestätigt Medienberichte, wonach die Schweiz eine Vermittlerrolle in Geheimverhandlungen zwischen Israel und Syrien gespielt hat. Die israelische Tageszeitung «Haaretz» hatte am 16. Januar berichtet, dass einflussreiche syrische und israelische Persönlichkeiten beinahe drei Jahre lang inoffizielle Geheimgespräche geführt hätten. Ein Memorandum, das die bisherigen Ergebnisse zusammenfasst, sieht gemäss «Haaretz» die Übergabe der Souveränität über die Golanhöhen an Syrien und den Abschluss eines Friedensvertrags vor. Sowohl Israel als auch Syrien hatten die Berichte umgehend zurückgewiesen.

24.01.2007 bis 28.01.2007

#### WORLD ECONOMIC FORUM 2007

Rund 2 400 Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft aus 90 Ländern nehmen unter dem Motto «Veränderungen im globalen Machtgefüge mitgestalten» am diesjährigen *World Economic Forum* (WEF) in Davos teil. Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey eröffnet das Forum gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die zahlreichen Diskussionen und Gespräche in den rund 200 Veranstaltungen, die im Rahmen des WEF zu geopolitischen, ökonomischen und technologischen Themen stattfinden, sind dieses Jahr vor allem durch die Suche nach Konsens und Verständigung gekennzeichnet. Zum gravierendsten Problem der Gegenwart wird der Klimawandel erklärt. Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey sowie Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, nehmen im Rahmen des WEF an verschiedenen Treffen und Workshops teil. Die Schweizer Bundespräsidentin nimmt ausserdem am Open Forum in Davos teil. Die Veranstaltung wird mit einem Beitrag des scheidenden britischen Premierministers Tony Blair abgeschlossen.

25.01.2007

#### **ARMEE LIEFERT WEITERE SYSTEME ZUR MINENBESEITIGUNG IN DEN LIBANON**

Das VBS und die Deza geben bekannt, dass sie aufgrund konkreter Bedürfnisse vor Ort weitere 2000 Spezialsysteme zur Kampfmittel- und Minenbeseitigung an das zivile UN-Minenräumprogramm im Libanon liefern werden. Bereits im September 2006 lieferte die Armee auf Anfrage der Uno 1300 solcher Systeme zur Vernichtung von Blindgängern und Minen.

25.01.2007

#### **RUND 6,3 MILLIONEN DIENSTTAGE IM JAHR 2006**

Im Jahr 2006 wurden 6310537 Dienstage durch Angehörige der Armee geleistet, wie das VBS bekannt gibt. Dies entspricht der Anzahl Dienstage der Jahre 2000 bis 2003. Gegenüber 2005 wurden 2006 jedoch rund 300000 Dienstage mehr geleistet. 458331 Dienstage wurden dabei in Einsätzen geleistet.

29.01.2007 bis 30.01.2007

#### **APK-N KRITISIERT STRATEGIEPAPIER FÜR MILITÄRISCHE AUSLANDEINSÄTZE**

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) tagt im Beisein von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, Bundesrätin Doris Leuthard, der Vorsteherin des EVD, sowie Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS. Sie befasst sich unter anderem mit dem von EDA und VBS gemeinsam erarbeiteten Strategiepapier über die Teilnahme der Schweiz an militärischen Friedensoperationen. Mit Stichtentscheid des Präsidenten beschliesst die Kommission, gegenüber dem Strategiepapier eine kritische Haltung einzunehmen und den vom Bundesrat vorgesehenen Ausbau der personellen und militärischen Kapazitäten für militärische Friedensmissionen abzulehnen. Der Bundesrat legte vier Optionen vor: 1) die Beibehaltung der aktuellen Kontingentsgrösse von 250 Armeeangehörigen; 2) einen Ausbau auf rund 500 Militäranghörige bis 2008; 3) einen kontinuierlichen Weiterausbau der Leistungspalette ab 2012; 4) einen weiteren Ausbau der Bestände für Auslandseinsätze auf bis zu 2000 Soldaten.

30.01.2007 bis 31.01.2007

### BESUCH BEI DER FRANZÖSISCHEN LUFTWAFFE

Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, weilt zu einem offiziellen Besuch bei der Luftwaffe Frankreichs. Im Zentrum der Gespräche stehen Logistik, Unterhalt, Flugsicherheit und Operationen im Bereich der Luftwaffe.

31.01.2007

### GPDEL FORDERT UNTERSTELLUNG DER NACHRICHTENDIENSTE UNTER EIN DEPARTEMENT

Die Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte (GPDel) gelangt nach einer Überprüfung der Zusammenarbeit des Strategischen Nachrichtendienstes (SND) und des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) zur Auffassung, dass die Organisation der beiden Dienste keinen zeitgemässen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz liefert. Die GPDel will deshalb die Unterstellung der beiden Dienste unter ein Departement nötigenfalls auf gesetzgeberischem Weg durchsetzen. Der Bundesrat vertritt demgegenüber die Ansicht, dass sich die heutigen Kooperationsmechanismen grundsätzlich bewährt haben. Er erachtet ein neues Gesetz für die Nachrichtendienste zusätzlich zu den ohnehin geplanten Revisionen der gegenwärtigen Gesetzesgrundlagen als unnötig.

01.02.2007

### ARMEE ZIEHT POSITIVE BILANZ ÜBER WEF-EINSATZ

Wie das VBS bekannt gibt, hat die Armee den subsidiären Sicherungseinsatz am diesjährigen *World Economic Forum* erfolgreich abgeschlossen. Es kam weder zu nennenswerten Zwischenfällen noch zu gravierenden Unfällen. Durchschnittlich standen vom 15.–29. Januar 2007 pro Tag rund 3 400 Soldaten im Einsatz. Die Armee schützte ausserhalb von Davos Infrastruktureinrichtungen der Verkehr-, Strom-, und Wasserversorgung. In Davos selber kamen Angehörige der Militärischen Sicherheit in den Bereichen Personenschutz und Zutrittskontrollen zum Einsatz. Die Luftwaffe gewährleistete die Sicherheit des Luftraums. Die Einsatzverantwortung lag bei den zivilen Behörden bzw. bei der Kantonspolizei Graubünden.

02.02.2007

#### KOLUMBIANISCHE AUSSENMINISTERIN IN DER SCHWEIZ

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt die kolumbianische Aussenministerin Maria Consuelo Araujo Castro zu einem Arbeitstreffen in Genf. Im Zentrum der Gespräche steht der bewaffnete Konflikt in Kolumbien. Die Schweiz setzt sich nebst anderen Staaten für eine Lösung des Konflikts und einen Dialog zwischen der kolumbianischen Regierung und den verschiedenen bewaffneten Gruppen ein.

02.02.2007 bis 03.02.2007

#### BUNDESRAT LEUENBERGER AN UMWELTKONFERENZ IN PARIS

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, weilt an einer internationalen Umweltkonferenz in Paris. Das Treffen, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus rund 60 Staaten teilnehmen, wird vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac eröffnet. Im Zentrum der Gespräche stehen Themen der globalen Umweltpolitik, insbesondere die Idee zur Schaffung einer Weltumweltorganisation. Leuenberger bringt erneut seinen Vorschlag der Schaffung einer internationalen CO<sub>2</sub>-Abgabe ein. Kurz vor der Eröffnung der Konferenz wird in Paris der Expertenbericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), dem wissenschaftlichen Gremium der Uno-Klimaexperten, zum Klimawandel vorgestellt. Der Bericht kommt zum Schluss, dass der Mensch mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als neunzig Prozent der Verursacher der Klimaerwärmung ist.

05.02.2007 bis 10.02.2007

#### BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN KAMBODSCHA UND INDONESIEN

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Besuch in Kambodscha und Indonesien. In Kambodscha trifft die Bundespräsidentin mit König Norodom Sihamoni sowie Regierungsvertretern zusammen. Im Zentrum der Gespräche stehen Wirtschafts- und Entwicklungsfragen sowie die Menschenrechte und Themen der guten Regierungsführung. Mit Ministerpräsident Hun Sen unterzeichnet Calmy-Rey ein bilaterales Luftverkehrsabkommen. In Indonesien führt die Aussenministerin Gespräche mit dem indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono und Mitgliedern

der Regierung. Im Zentrum stehen ebenfalls Wirtschafts- und Entwicklungsfragen. Zum Abschluss ihrer Reise besucht Calmy-Rey die im Dezember 2004 von einem Tsunami heimgesuchte Region Aceh.

05.02.2007 bis 09.02.2007

#### BUNDESRAT COUCHEPIN IN DER TÜRKEI

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, hält sich zu einem offiziellen Besuch in der Türkei auf. Neben Arbeitsgesprächen mit türkischen Ministern statet Couchepin dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan einen Höflichkeitsbesuch ab. Im Zusammenhang mit der Armenierfrage plädiert Couchepin dabei für die Einsetzung einer internationalen Historikerkommission. Zur Sprache kommen in diesem Zusammenhang ausserdem die beiden in der Schweiz hängigen Verfahren gegen zwei türkische Staatsangehörige wegen mutmasslicher Leugnung des Völkermords. Im Zentrum des Treffens mit dem türkischen Bildungsminister Hüseyin Celik steht die schulische Integration junger Türken in der Schweiz; mit dem Arbeits- und Sozialminister Murat Basesgioglu bespricht Couchepin Fragen zur Rückkehr von Türken aus der Schweiz; und mit dem türkischen Kulturminister sondiert Couchepin für ein mögliches Abkommen über die Rückführung von Kulturgütern.

06.02.2007 bis 09.02.2007

#### WIRTSCHAFTSMINISTERIN LEUTHARD IN BRASILIEN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Brasilien. Im Zentrum der Reise stehen die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zur Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission sowie Gespräche zur Verbesserung des institutionellen Rahmens der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit. Von besonderem Interesse ist dabei der aus Zuckerrohr hergestellte Biotreibstoff Ethanol.

09.02.2007 bis 11.02.2007

#### BUNDESRAT SCHMID AN MÜNCHNER KONFERENZ FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt in Begleitung von Korpskommandant Christophe Keckeis, dem Chef der Armee (CdA), an der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik. Unter dem Motto «Globale Krisen

– globale Verantwortung» versammeln sich Ministerinnen und Minister, Militär-angehörige, Parlamentsmitglieder, Medienschaffende und Experten aus rund 40 Ländern in München. Im Zentrum der jährlich stattfindenden Konferenz mit jeweils rund 250 Teilnehmenden steht der Meinungs austausch über die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen sowie Themen der europäischen und globalen Sicherheit. Anwesend sind unter anderem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der russische Präsident Wladimir Putin, Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, der neue amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates sowie US-Senator John McCain. Am Rand der Konferenz trifft Schmid seinen deutschen Amtskollegen Franz Josef Jung und lässt sich von ihm über die sicherheitspolitischen Schwerpunkte der deutschen EU-Präsidentschaft informieren.

12.02.2007

#### **ANTRITTSBESUCH DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLERS**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer im Rahmen seines offiziellen Antrittsbesuchs in Bern. Im Zentrum der Gespräche, an denen ebenfalls Finanzminister Hans-Rudolf Merz, Verkehrs- und Umweltminister Moritz Leuenberger sowie Innenminister Pascal Couchepin anwesend sind, stehen die bilateralen Beziehungen, die europäische Integration, die Situation im Nahen und Mittleren Osten und die Lage im Westbalkan. In der anschliessenden Medienkonferenz äussert Gusenbauer Verständnis für die Position der Schweiz im Steuerstreit mit der EU.

12.02.2007

#### **IRANISCHER ATOM-UNTERHÄNDLER IN BERN**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey empfängt den Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik Iran, Ali Larijani, zu einem informellen Gespräch in Bern. Im Zentrum der Unterhaltung steht der Austausch von Positionen und Informationen zur iranischen Nuklearfrage. Die Bundespräsidentin fordert diesbezüglich Iran zu Transparenz auf und will sich für die Wiederaufnahme von Verhandlungen einsetzen.

12.02.2007 bis 13.02.2007

#### ITALIENISCHER HEERESKOMMANDANT IN DER SCHWEIZ

Auf Einladung des Kommandanten der Teilstreitkraft Heer, Korpskommandant Luc Fellay, weilt der italienische Heereskommandant, Generalleutnant Filiberto Cecchi, in der Schweiz. Im Zentrum des Besuchs stehen Gespräche über die Landstreitkräfte der Schweiz und Italiens sowie die Zusammenarbeit in der Ausbildung.

12.02.2007

#### SCHWEIZER RECHTSBERATER DES UNO-GENERALSEKRETÄRS BESTÄTIGT

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon bestätigt den Schweizer Nicolas Michel im Spitzenposten als Unter-Generalsekretär für rechtliche Angelegenheiten. Michel besetzte diesen Posten bereits unter Kofi Annan und bleibt nun auch im neu zusammengesetzten Kabinett Rechtsberater des Uno-Generalsekretärs.

13.02.2007

#### EU-KOMMISSION FORDERT VERHANDLUNGSMANDAT IM STEUERSTREIT

Die EU-Kommission stellt in einer Entscheidung formell fest, dass gewisse kantonale Steuerregime für Holdings, gemischte Gesellschaften und Verwaltungsgesellschaften eine Form von staatlichen Beihilfen darstellen und «mit dem guten Funktionieren» des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972 «unvereinbar» sind. Sie erwartet von der Schweiz, dass sie diese Steuerregelungen aufhebt oder so abändert, dass die unterschiedliche Besteuerung von inländischen und ausländischen Einkünften beseitigt wird. Ferner behält sie sich das Recht vor, dem EU-Rat Schutzmassnahmen vorzuschlagen, und ersucht den Rat um die Verabschiedung eines Verhandlungsmandats in dieser Angelegenheit. Gemäss EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner geniesst die Schweiz einen «privilegierten» Zugang zum EU-Binnenmarkt, weshalb die Schweiz die damit verbundenen Pflichten zu befolgen habe. Der Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU wechselt somit endgültig von der Beamten- auf die politische Ebene.



14.02.2007

#### AUSSENMINISTERIN CALMY-REY IN LUXEMBURG

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Luxemburg. Im Zentrum der Gespräche mit Premierminister Jean-Claude Juncker und Vizepremierminister Jean Asselborn, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung, stehen die Europapolitik, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Luxemburg, die Situation im Nahen und Mittleren Osten sowie die Lage in Südosteuropa. Juncker stellt sich gegen die von der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU angedrohten Strafzölle, bringt jedoch auch zum Ausdruck, dass die Schweiz diesbezüglich zu Gesprächen mit der EU bereit sein müsse.

14.02.2007

#### SANKTIONSMASSNAHMEN GEGENÜBER IRAN

Der Bundesrat verhängt gegenüber der Islamischen Republik Iran ein Exportverbot für Güter, die zu den iranischen Nuklear- und Raketenprogrammen beitragen könnten, und setzt damit die Resolution 1737 des Uno-Sicherheitsrates vom 23. Dezember 2006 um. Der Sicherheitsrat fordert Iran dazu auf, alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Anreicherung von Uran und der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen sowie die Arbeiten an allen Schwerwasserprojekten unverzüglich auszusetzen.

14.02.2007

#### SCHWEIZER MILITÄRBEOBSACHTER FÜR NEPAL

Der Bundesrat beschliesst, der Uno-Beobachtermission in Nepal bis zu sieben unbewaffnete Schweizer Militärbeobachter zur Verfügung zu stellen. Die Uno-Mission in Nepal wird auf Wunsch der beiden Konfliktparteien errichtet und soll den nepalesischen Friedensprozess unterstützen. Die Mission ist mit der Überwachung des Entwaffnungsprozesses sowie der Unterstützung der Durchführung von Wahlen in eine verfassungsgebende Versammlung im Juni 2007 betraut.

15.02.2007 bis 16.02.2007

### ITALIENISCHER GENERALSTABSCHEF IN DER SCHWEIZ

Auf Einladung von Korpskommandant Christophe Keckeis, dem Chef der Armee, stattet der italienische Generalstabschef, Admiral Giampaolo Di Paola, der Schweizer Armee einen Besuch ab. Im Zentrum der Gespräche stehen die sicherheitspolitische Lage, die Weiterentwicklung der Armee sowie die gegenseitigen Beziehungen und die Einsätze der Schweizer Armee. Im Rahmen seiner Visite trifft Di Paola zudem mit Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS, zusammen.

15.02.2007

### KRIEGSMATERIALEXPORTE 2006

Wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) bekannt gibt, exportierte die Schweiz im Jahr 2006 Kriegsmaterial im Wert von 397,6 Millionen Franken in 62 Länder. Dies entspricht gegenüber 2005 einer Zunahme von 34 Prozent und einem Anteil von 0,21 Prozent der Gesamtwarenausfuhr der Schweizer Wirtschaft. Die Zunahme der Kriegsmaterialexporte gegenüber 2005 ist auf die Lieferung von Aufklärungsfahrzeugen an die dänische Armee sowie von Panzerhaubitzen an die chilenischen Streitkräfte zurückzuführen. Neben Dänemark und Chile waren Deutschland, die USA, Spanien und Frankreich weitere Hauptabnehmer von Kriegsmaterial.

16.02.2007

### WIEDER MEHR DIENSTTAUGLICHE

Das VBS gibt bekannt, dass die Anzahl der Diensttauglichen 2006 im Vergleich zum Vorjahr von 61,01 Prozent auf 64,57 Prozent gestiegen ist. Ebenfalls zugenommen hat die Anzahl Frauen, die sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet haben, und die Anzahl Durchdiener, die 2006 gegenüber dem Vorjahr von 2 741 auf 3 485 gestiegen ist.

19.02.2007

### VERTEIDIGUNGSMINISTER SCHMID IN PARIS

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, wird von seiner französischen Amtskollegin Michèle Alliot-Marie in Paris zu einem offiziellen Arbeitsbesuch empfangen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Zusammenarbeit der Schweiz

und Frankreichs in den Bereichen Heer und Luftüberwachung sowie die internationale Sicherheitslage. Auf dem Programm steht zudem ein Besuch bei der Interventionsgruppe der *Gendarmerie Nationale*.

22.02.2007

#### ZIVILDIENTST 2006

Die Vollzugsstelle für den Zivildienst teilt mit, dass im Jahr 2006 wieder mehr Gesuche um Zulassung zum Zivildienst eingegangen sind. Der Zuwachs der Gesuche gegenüber dem Vorjahr beträgt 5,5 Prozent, und die geleisteten Zivildienstage haben um 2 Prozent zugenommen. Unter anderem wurden ausserordentliche Gruppeneinsätze bei Aufräumarbeiten nach Unwettern geleistet.

26.02.2007 bis 27.02.2007

#### BUNDESRÄTIN LEUTHARD IN WIEN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Wien. Im Zentrum der Gespräche mit dem Vizekanzler und Finanzminister, Wilhelm Molterer, dem Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein, dem Landwirtschaftsminister Josef Pröll, der Gesundheits-, Familien- und Jugendministerin Andrea Kdolsky sowie der Aussenministerin Ursula Plassnik stehen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Österreich sowie Fragen der europäischen Entwicklung und der Dauha-Runde. Ebenfalls Thema ist der Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz. Leuthard bekräftigt dabei den Standpunkt der Schweiz, dass es diesbezüglich nichts zu verhandeln gäbe.

26.02.2007 bis 27.02.2007

#### BUNDESRAT SCHMID IN ROM

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch bei seinem italienischen Amtskollegen Arturo Parisi in Rom. Im Zentrum der Gespräche stehen die Reform der Streitkräfte, die internationale Sicherheitslage sowie bilaterale Fragen. Schmid und Parisi unterzeichnen ein Abkommen, das den Militärdienst für Doppelbürger regelt.

27.02.2007

#### LIECHTENSTEINER REGIERUNGSCHEF IN BERN

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, empfängt in Bern den Liechtensteiner Regierungschef Otmar Hasler zu einem Arbeitsgespräch. Im Zentrum stehen die Schweizer Asyl- und Ausländergesetzgebung sowie die von der Schweiz im Zusammenhang mit der geplanten Assoziierung an die Abkommen von Schengen und Dublin gemachten Erfahrungen.

28.02.2007

#### BUNDESRAT BEANTRAGT KREDIT FÜR ZIVILE FRIEDENSFÖRDERUNG

Der Bundesrat beschliesst, die drei Genfer Zentren sowie das *Center for Security Studies* der ETH Zürich im Rahmen seiner Sicherheits- und Friedenspolitik weiterhin zu unterstützen. Er beantragt dem Parlament einen Kredit von rund 148 Millionen Franken für die Jahre 2008 bis 2011. Der Kredit soll den drei Genfer Zentren – dem Zentrum für Sicherheitspolitik, dem Zentrum für humanitäre Minenräumung und dem Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte – sowie dem *Center for Security Studies* der ETH Zürich ermöglichen, im Auftrag und Interesse der Schweiz ihre bisherigen Tätigkeiten und Schwerpunkte in der zivilen Friedensförderung zu konsolidieren und weiterzuführen.

28.02.2007

#### RÜSTUNGSPROGRAMM 2007

Der Bundesrat verabschiedet das Rüstungsprogramm 2007. Vorgesehen sind im Wesentlichen ein zweiter Ausbauschnitt des Führungsinformationssystems Heer, eine Leistungssteigerung der Telekommunikationsinfrastruktur sowie die Beschaffung von Laserschusssimulatoren für den Panzer 87 Leopard für insgesamt 581 Millionen Franken.

28.02.2007

#### URTEILE IM PROZESS GEGEN TERRORVERDÄCHTIGE

Das Bundesstrafgericht verurteilt sieben Angeklagte wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz. Den Vorwurf der Gründung einer kriminellen Organisation oder der Unterstützung terroristischer Aktivitäten sieht das Gericht jedoch nicht als erwiesen an. Gegen die sieben Männer aus Jemen, Somalia und dem Irak war im

Oktober 2006 in der Folge der Attentate in Riad 2003 Anklage erhoben worden. Mit der Verurteilung von zwei der Angeklagten zu acht und elf Monaten Gefängnis und der übrigen zu Geldbussen bleibt das Bundesstrafgericht deutlich unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die den Vorwurf der Unterstützung der Terrororganisation al-Kaida für drei der Angeklagten als erwiesen erachtet hatte.

02.03.2007

#### **BUNDESRAT MERZ IM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN**

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch im Fürstentum Liechtenstein. Im Zentrum des Gesprächs mit dem liechtensteinischen Regierungschef und Leiter des Ressorts Finanzen, Otmar Hasler, stehen Finanzplatzfragen, der Austausch über den Stand der Zusammenarbeit beider Länder mit der EU, insbesondere in den Bereichen der Assoziierung an Schengen und Dublin und der Betrugsbekämpfung, sowie die in der Schweiz und im Fürstentum geplanten Steuerreformen.

02.03.2007 bis 03.03.2007

#### **TÜRKISCHER JUSTIZMINISTER IN BERN**

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, empfängt den türkischen Justizminister Cemil Cicek zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche steht die Verbesserung und Konsolidierung der bilateralen Beziehungen. Weitere Themen sind die Integration von Personen türkischer Herkunft in der Schweiz, Massnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie die internationale Rechtshilfe und die Zusammenarbeit im Justizbereich. Obwohl der in wenigen Tagen in Lausanne stattfindende Prozess gegen den türkischen Linksnationalisten Dogu Perinçek nicht offiziell Gegenstand der Gespräche ist, dürfte der Besuch des türkischen Justizministers auch in diesem Zusammenhang zu sehen sein. Perinçek ist wegen Leugnung des Völkermordes an den Armeniern angeklagt.

05.03.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN ROM**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Rom. Im Zentrum des Gesprächs mit dem italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi stehen die Europapolitik, die Beziehun-

gen zwischen der Schweiz und der EU sowie die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Zur Sprache kommt auch der Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU. Prodi spricht sich diesbezüglich für einen «unbeschwertem Dialog» aus. Calmy-Rey bekräftigt ihrerseits den Standpunkt der Schweiz. Weitere Themen sind die Situation im Westbalkan und im Nahen und Mittleren Osten sowie die Reformen der Uno und der Menschenrechtsrat. Auf dem Programm steht ebenfalls ein Treffen mit dem italienischen Präsidenten, Giorgio Napolitano.

05.03.2007

#### **NATIONALRAT GENEHMIGT EINSATZ VON 15 000 ARMEEANGEHÖRIGEN AN DER EURO 08**

Der Nationalrat genehmigt mit 111 zu 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Einsatz von bis zu 15 000 Angehörigen der Armee zugunsten der Fussball-Europameisterschaft 2008 (Euro 08). Erfolglos blieb ein Vorstoss der SP, der eine Begrenzung auf maximal 10 000 Soldaten forderte.

05.03.2007 bis 15.03.2007

#### **SCHWEIZER TEILNAHME AN INTERNATIONALER ÜBUNG «COLD RESPONSE 07»**

Die Schweizer Armee nimmt mit 69 Armeeingehörigem an der multinationalen Truppenübung «*Cold Response 07*» in Norwegen teil. Im Zentrum der Übung stehen die Strukturen, Methoden und Prozesse auf taktischer und operativer Stufe im Umfeld einer fiktiven Friedensförderungsoperation.

06.03.2007

#### **BUNDESRAT LEUENBERGER IN ROM**

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Rom. Zusammen mit dem italienischen Minister für Wirtschaftsentwicklung, Pier Luigi Bersani, unterzeichnet Leuenberger einen Vertrag zur gegenseitigen Anerkennung von Elektrizität aus erneuerbaren Quellen sowie eine Vereinbarung zur Gewährleistung der Rechtssicherheit für die anstehenden Investitionen in grenzüberschreitende Stromübertragungsleitungen.

07.03.2007

#### **OECD-GENERALSEKRETÄR IN BERN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfängt den Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Angel Gurría, anlässlich seines ersten Besuchs in der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche stehen die Rolle der OECD in der multilateralen Wirtschaftszusammenarbeit, die schweizerischen Prioritäten innerhalb der Organisation sowie die Herausforderungen der Globalisierung. Gurría trifft im Rahmen seines Besuchs zudem mit Bundesrat Pascal Couchepin, dem Vorsteher des EDI, zusammen.

08.03.2007

#### **ZUSTIMMUNG DES STÄNDERATS ZUM ENTWICKLUNGSSCHRITT 2008/2011**

Der Ständerat stimmt der Revision der Armeeorganisation mit 26 Stimmen und 9 Enthaltungen zu. Allerdings sollen bloss zwei statt vier Panzerbataillone abgebaut werden, und auf den ursprünglich vorgesehenen Ausbau der Auslandeinsätze wird verzichtet. Gemäss Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS, besteht kein Anlass, diese Korrekturen zu überbewerten. Bei den betreffenden Verbänden handle es sich um 2 von 136 Bataillonen, und die gegenwärtige Bereitschaft für Auslandeinsätze entspreche der aktuellen Kapazität. Die ursprüngliche Vorlage hatte die Reduktion der Panzerverbände von acht auf vier Bataillone sowie den Ausbau der Kapazität für Auslandeinsätze auf Bataillonsstärke vorgesehen; sie war jedoch am 3. Oktober 2006 vom Nationalrat abgelehnt worden. Der durch den Ständerat gutgeheissene Kompromiss geht nun zurück an die grosse Kammer.

13.03.2007

#### **ARMENISCHER AUSSENMINISTER IN BERN**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den armenischen Aussenminister Vartan Oskanian zu einem Höflichkeitsbesuch. Im Zentrum der Gespräche stehen vor allem die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Armenien. Zur Sprache kommen auch die politische Lage im südlichen Kaukasus und der Konflikt um Nagorni-Karabach.

14.03.2007

#### **BULGARISCHER PRÄSIDENT IN DER SCHWEIZ**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey empfängt den bulgarischen Präsidenten Georgi Parwanow in Bern zu einem Höflichkeitsbesuch. Parwanow weilt anlässlich der Eröffnung der Ausstellung «Das Gold der Thraker» in der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche stehen die Europapolitik sowie die bilateralen Beziehungen. Im Rahmen besagter Ausstellung trifft der bulgarische Präsident zudem mit Bundesrat Pascal Couchepin zusammen.

14.03.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY EMPFÄNGT KUBANISCHEN AUSSENMINISTER**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey empfängt den kubanischen Aussenminister Felipe Pérez Roque zu einem Höflichkeitsbesuch. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen, multilaterale Themen und die Menschenrechte. Ein weiteres Thema ist das gegen Kuba bestehende Wirtschaftsembargo. Calmy-Rey weist darauf hin, dass sich die Schweiz schon seit Jahren in der Uno für die Aufhebung dieses Embargos ausspricht.

15.03.2007 bis 16.03.2007

#### **KORPSKOMMANDANT KECKEIS BEI DER DEUTSCHEN BUNDESWEHR**

Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee (CdA), wird in Berlin von General Wolfgang Schneiderhan, dem Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, empfangen. Im Zentrum des Besuchs stehen der Erfahrungsaustausch sowie Fachgespräche und Vorträge über Einsatz und Wandel der Streitkräfte.

19.03.2007

#### **WIRTSCHAFTSMINISTERIN LEUTHARD IN HANNOVER**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, trifft sich anlässlich der Informatik- und Telekommunikationsmesse CeBIT in Hannover mit dem niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Walter Hirche, zu einem informellen Meinungsaustausch über Wirtschaftsfragen. Im Anschluss hält Leuthard vor Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik einen Vortrag über die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik.



20.03.2007

#### **FINANZMINISTER MERZ IN BERLIN**

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, trifft im Rahmen der traditionellen Kontakte zwischen der Schweiz und Deutschland den Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zu einem Arbeitsgespräch in Berlin. Im Zentrum des Treffens stehen internationale Finanzfragen sowie die Haushalts- und Steuerpolitik in beiden Ländern. In Bezug auf die Auseinandersetzung der Schweiz mit der EU wegen der kantonalen Steuerregelungen für die Unternehmensbesteuerung legen beide Parteien ihre unveränderten Positionen dar. Die Schweiz will sich zwar Gesprächen nicht verweigern, sieht aber weder einen Grund noch Spielraum für Verhandlungen mit der EU.

20.03.2007

#### **STÄNDERAT SPRICHT SICH FÜR KREDITE UND GEGEN RÜCKZUG DES EU-BEITRITTSGESUCHS AUS**

Der Ständerat heisst die Rahmenkredite von 1,5 Milliarden Franken für die humanitäre Hilfe, von 650 Millionen Franken für die Osthilfe sowie von einer Milliarde Franken für die Kohäsionszahlungen an die neuen EU-Mitgliedstaaten gut. Somit stimmte die kleine Kammer der vom Bundesrat beantragten Reduktion der Osthilfe zu, betont aber, dass die Zahlung der Kohäsionsmilliarde nicht zulasten der Entwicklungshilfe finanziert werden soll. Mit 26 gegen 7 Stimmen lehnt der Ständerat zudem eine Standesinitiative des Kantons Schwyz ab, die den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs verlangte.

21.03.2007 bis 13.12.2007

#### **LENKWAFFENSCHIESSTESTS UND FLUGVERSUCHE DER SCHWEIZER LUFTWAFFE IN DEN USA**

Zwölf Fachspezialisten der Armasuisse, der Schweizer Luftwaffe und der Ruag Aerospace nehmen an einem rund neun Monate dauernden Einsatz mit Lenk-waffen-Schiesstests und Flugversuchen mit einer F/A-18C Hornet der Schweizer Luftwaffe in den USA teil. Der Einsatz schliesst die seit 2003 laufende Gesamtverifikation der modernisierten F/A-18-Systeme ab. Mit den Rüstungsprogrammen 2001 und 2003 hatte das Parlament eine umfangreiche Ergänzung der Ausrüstung der F/A-18-Flotte bewilligt.

21.03.2007

### BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Vaduz. Im Zentrum der Gespräche mit Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie Regierungschef Otmar Hasler, Aussenministerin Rita Kieber-Beck und Wirtschaftsminister Klaus Tschütscher stehen aktuelle Fragen der europäischen Integration, insbesondere die Assoziierung der Schweiz und Liechtensteins an die Abkommen von Schengen und Dublin, die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen sowie bilaterale Themen. In Bezug auf den Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU äussert die Liechtensteiner Regierung zwar Verständnis für die Position der Schweiz, will sich in die Angelegenheit aber nicht weiter einmischen.

22.03.2007 bis 23.03.2007

### BUNDESRAT SCHMID IN ÖSTERREICH

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem zweitägigen Besuch in Innsbruck und Wien. Im Zentrum der Gespräche mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Innenminister Günther Platter sowie Verteidigungsminister Norbert Darabos stehen die Vorbereitungen für die Fussball-Europameisterschaft 2008.

22.03.2007

### NATIONALRAT GENEHMIGT ABKOMMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

Der Nationalrat stimmt mit 110 gegen 55 Stimmen einem Abkommen zur Terrorismusbekämpfung zwischen der Schweiz und den USA zu. Das Abkommen ersetzt das *Operative Working Arrangement* (OWA), das auf die Anschläge des 11. Septembers 2001 in New York und Washington zurückgeht, und regelt die Modalitäten der Einsetzung gemeinsamer Ermittlungsgruppen.

27.03.2007

### UNO-SONDERBERICHTERSTATTER KRITISIERT DIE SCHWEIZ

Nachdem der Uno-Sonderberichterstatter über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Doudou Diène, im Januar 2006 verschiedene Gespräche mit Vertretern des Bundesrats, von Bundesämtern und von Kantonsregierungen sowie mit Angehörigen von Minderheiten geführt hat, hatte er unter anderem das Fehlen einer

einheitlichen Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus kritisiert. Vor dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf legt Diène nun seinen Schlussbericht vor. Er äussert sich erneut kritisch über gewisse Tendenzen in der Schweiz und empfiehlt eine umfassende Gesetzgebung und einen Aktionsplan gegen Diskriminierung und für einen umfassenden «Multikulturalismus».

30.03.2007

#### SICHERHEITSKONZEPT EURO 2008

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, und Martin Jäggi, Leiter Teilprojekt Sicherheit Öffentliche Hand, präsentieren das «Nationale Sicherheitskonzept Schweiz für die Uefa Euro 2008». Gemäss Schmid ist die enge Zusammenarbeit aller Sicherheitskräfte unabdingbar, und so steht das Konzept ganz im Zeichen der «Sicherheit durch Kooperation». Im Konzept definiert sind die verschiedenen Aufgaben und Verantwortungsbereiche von Polizei, Grenzwachtkorps, Armee, Rettungsdienst und privaten Sicherheitsfirmen.

02.04.2007 bis 07.04.2007

#### KOMMANDANT DER LUFTWAFFE IN CHINA

Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, weilt auf Einladung des chinesischen Luftwaffenchefs, General Qiao Qingchen, zu einem Besuch in der Volksrepublik China. Im Zentrum der Reise steht der gegenseitige Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Ebenfalls auf dem Programm steht ein Höflichkeitsbesuch beim chinesischen Verteidigungsminister Cao Cangchuan.

03.04.2007 bis 04.04.2007

#### CHEF DER ARMEE IN SLOWENIEN

Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Schweizer Armee, besucht die slowenischen Streitkräfte. Er trifft mit dem slowenischen Verteidigungsminister Karl Erjavec und dem slowenischen Generalstabschef, General Albin Gutman, zu Fachgesprächen zusammen. Ebenfalls auf dem Programm steht ein Kurzbesuch beim slowenischen Präsidenten Janez Drnovsek.

03.04.2007

#### EU ERÖFFNET BOTSCHAFT IN BERN

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und die Aussenministerin Liechtensteins, Rita Kieber-Beck, eröffnen die neue Vertretung der EU-Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein in Bern. Die Vertretung soll den Austausch von Informationen zwischen Bern und Brüssel vereinfachen und die Beziehungen mit der EU transparenter und sichtbarer machen. Sie wird von EU-Botschafter Michael Reiterer geleitet.

04.04.2007

#### EINSATZBEGINN DES 16. SWISSCOY-KONTINGENTS

Das 16. Swisscoy-Kontingent tritt in Pristina seinen Friedensförderungseinsatz zugunsten der *Kosovo Force* (Kfor) an und löst das vorgängige Kontingent, das am 5. April 2007 offiziell verabschiedet werden wird, ab. Das neue Kontingent besteht aus 215 Armeeinghörigen, darunter 10 Frauen.

09.04.2007 bis 13.04.2007

#### BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IM BALTIKUM

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu offiziellen Arbeitsbesuchen in Estland, Polen, Lettland und Litauen und trifft verschiedene Regierungsvertreter. Im Zentrum der Gespräche stehen die Auszahlungsmodalitäten des Schweizer Kohäsionsbeitrages, die Position der Schweiz betreffend den künftigen Status des Kosovos sowie der Steuerstreit zwischen Brüssel und Bern.

10.04.2007

#### EUROPAPOLITISCHE HALTUNG DER KANTONSREGIERUNGEN

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) veröffentlicht in Bern die europapolitische Haltung der Kantone. Alle 26 Kantonsregierungen teilen die Auffassung des Bundesrates, dass die Interessen der Schweiz zum gegenwärtigen Zeitpunkt am besten durch die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU gewahrt werden, und sprechen sich für eine Konsolidierung der bestehenden Verträge aus. Der Beitritt zur EU stellt kein strategisches Ziel mehr dar, soll aber als längerfristige Option offengehalten werden. Die Kantone streben eine Vertiefung der Zu-

sammenarbeit zwischen Bund und Kantonen an und verlangen einen früheren und verstärkten Einbezug in die Entscheidungsfindung.

11.04.2007 bis 13.04.2007

#### **BUNDESRAT SCHMID IN DEN USA**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in den USA. Schmid führt mit US-Verteidigungsminister Robert Gates, dessen Stellvertreter Gordon England und dem Vorsteher des *Department of Homeland Security*, Michael Chertoff, Gespräche. Im Weiteren trifft Schmid mit dem ehemaligen US-Präsidenten George Bush senior zusammen und besucht das Weltraumzentrum der Nasa sowie je eine Basis der *US Coast Guard* und der *National Guard*.

16.04.2007

#### **INDUSTRIE-, ENERGIE- UND MINENMINISTER URUGUAYS IN BERN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfängt den Industrie-, Energie- und Minenminister Uruguays, Jorge Lepra, in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die wirtschaftliche Situation und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz und Uruguays. Weitere Themen bilden die Dauha-Runde der WTO sowie die regionalen Integrationsprozesse in Europa und Südamerika.

17.04.2007

#### **FREISPRUCH IN DER «CIA-FAX-AFFÄRE»**

Das Militärgericht spricht die drei Mitarbeiter des Sonntags-Blicks vom Vorwurf der Verletzung militärischer Geheimnisse frei. Der Sonntags-Blick hatte am 8. Januar 2006 einen als geheim klassifizierten Fax des ägyptischen Aussenministeriums veröffentlicht, der durch den Schweizer Nachrichtendienst abgefangen worden war und in dem von den mutmasslichen Geheimgefängnissen und Verhörmethoden der CIA die Rede war. Gegen die drei Journalisten des Sonntags-Blicks war daraufhin von der Militärjustiz Anklage wegen der Verletzung militärischer Geheimnisse erhoben worden.

19.04.2007 bis 21.04.2007

#### SCHWEDISCHER ARMEECHEF BESUCHT SCHWEIZER ARMEE

Der Oberbefehlshaber der schwedischen Armee, General Håkan Syrén, weilt auf Einladung von Korpskommandant Christophe Keckeis zu einem Besuch bei der Schweizer Armee. Im Zentrum der Gespräche stehen die Weiterentwicklung der Armee, die Kontrolle des Luftraums sowie die militärische Zusammenarbeit der beiden Länder. Im Rahmen seines Besuchs trifft Syrén auch kurz mit Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS, zusammen.

19.04.2007

#### UNO-GENERALSEKRETÄR IN BERN

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, und Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, empfangen den neuen Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Rolle der Uno, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Uno, das internationale Genf, die globale Gesundheitspolitik sowie das Schweizer Engagement im Bereich *Peace Support Operations*. Bei dem offiziellen Arbeitsbesuch handelt es sich um das erste Treffen des neuen Uno-Generalsekretärs mit den Schweizer Bundesbehörden. Anschliessend reist Ban nach Genf weiter.

20.04.2007

#### BUNDESRAT LEUENBERGER AN KONFERENZ IN BERLIN

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, weilt anlässlich der Konferenz «Energieeffizienz: Die Welt von morgen gestalten» in Berlin. In seiner Rede vor den Energieministern der EU- und G-8-Staaten plädiert Leuenberger für eine Senkung des Energieverbrauchs in der Schweiz bis zum Jahr 2100 um zwei Drittel sowie für die Einführung einer globalen CO<sub>2</sub>-Abgabe. Am Rande der Konferenz trifft Leuenberger den für Energie zuständigen EU-Kommissar Andris Piebalgs.

23.04.2007

### **MANDAT FÜR VERHANDLUNGEN IM GRENZÜBERSCHREITENDEN GÜTERVERKEHR MIT DER EU**

Der EU-Rat erteilt der EU-Kommission ein Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz über Sicherheitsmassnahmen im grenzüberschreitenden Güterverkehr. Vorgesehen ist nicht ein neues Abkommen, sondern die Erweiterung des bestehenden Güterverkehrsabkommens von 1990 mit dem Ziel, durch die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Sicherheitsstandards die Voranmeldefrist der EU im Warenverkehr mit Drittstaaten – die sogenannte 24-Stunden-Regel – für die Schweiz aufzuheben. Ein entsprechendes Verhandlungsmandat wurde auf Schweizer Seite bereits im Februar 2007 durch den Bundesrat erlassen. Anlass für die Verhandlungen sind die neu eingeführten Sicherheitsregeln der EU, die eine Voranmeldepflicht für Warenlieferung aus und nach Drittstaaten verlangen und die am 1. Juli 2009 in Kraft treten werden.

24.04.2007

### **BUNDESRAT SCHMID EMPFÄNGT DEN DEUTSCHEN VERTEIDIGUNGSMINISTER**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, empfängt anlässlich der Eröffnung der 12. internationalen Tagung des Europa Forums Luzern den deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilaterale Zusammenarbeit, die Transformation der Streitkräfte sowie die internationale Sicherheitslage. Anschliessend unterzeichnen Schmid und Jung ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit des Luftraums bei der Bedrohung durch zivile Luftfahrzeuge. Anlässlich der Eröffnung der Tagung äussern sich beide Minister zu Fragen der Sicherheitspolitik.

24.04.2007

### **POLIZEIKOOPERATION MIT BOSNIEN-HERZEGOWINA**

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, unterzeichnet zusammen mit dem bosnischen Sicherheitsminister Tarik Sadović ein bilaterales Polizeiabkommen, mit dem der Informationsaustausch und die Koordination operativer Einsätze geregelt werden. Das Abkommen, das noch durch das Parlament verabschiedet werden muss, ermöglicht zudem die Einsetzung gemeinsamer Arbeitsgruppen sowie die Zusammenarbeit in der Ausbildung.

26.04.2007

#### CALMY-REY UND ABBAS IN GENÈVE

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, erörtert im Rahmen eines offiziellen Treffens in Genf mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas die Situation im Nahen Osten. Gegenstand des Gesprächs ist unter anderem die 2003 lancierte Genfer Initiative. Calmy-Rey äussert ihr Bedauern über das erneute Aufflammen der Gewalt in der Region und fordert die Parteien zum Dialog und zum Einhalten des Waffenstillstandes auf. Die Schweiz hat ihre Kontakte zu den palästinensischen Behörden auch nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 aufrechterhalten und will dies auch weiterhin tun.

27.04.2007 bis 28.04.2007

#### BUNDESRÄTIN LEUTHARD AN INFORMELLEM WIRTSCHAFTSMINISTERTREFFEN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, nimmt an einer informellen Tagung der Wirtschaftsministerinnen und -minister in Würzburg teil. Im Zentrum des Treffens, das unter dem Titel «Der Europäische Binnenmarkt im globalen Wettbewerb» stattfindet, steht die Positionierung Europas im Globalisierungsprozess.

01.05.2007

#### BUNDESRAT MERZ EMPFÄNGT JAPANISCHEN FINANZMINISTER

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, empfängt den japanischen Finanzminister Koji Omi zu einem offiziellen Arbeitsbesuch. Im Zentrum der Unterhaltung stehen die Pflege der bilateralen Beziehungen sowie ein Meinungsaustausch bezüglich der allgemeinen Weltwirtschaftslage.

01.05.2007

#### VORSITZENDER DER WEAPONS OF MASS DESTRUCTION COMMISSION IN BERN

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, trifft den schwedischen Abrüstungsexperten und Vorsitzenden der *Weapons of Mass Destruction Commission*, Hans Blix, in Bern. Im Zentrum des Gesprächs stehen der Einsatz gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Beitrag der Schweiz. An der anschliessenden Medienkonferenz hebt Blix das umfassende Expertenwissen der Schweiz im atomaren, biologischen und chemischen Bereich hervor und betont, dass die Schweiz einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Abrüstung leisten könne und solle.



05.05.2007 bis 06.05.2007

#### **BUNDESRAT SCHMID BESUCHT PAPST BENEDIKT XVI.**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt anlässlich der Vereidigung der neuen Schweizergardisten in Rom. Im Rahmen seines Besuchs trifft Schmid mit Papst Benedikt XVI. sowie mit dem Kommandanten der Schweizergarde, Oberst Elmar Mäder, zusammen.

07.05.2007 bis 11.05.2007

#### **BUNDESRÄTIN LEUTHARD IN SÜDAFRIKA UND TANSANIA**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation in Südafrika und Tansania. In Pretoria unterzeichnet Leuthard mit dem südafrikanischen Finanzminister Trevor Manuel ein revidiertes Doppelbesteuerungsabkommen und mit dem südafrikanischen Transportminister Jeffrey Radebe ein revidiertes Luftverkehrsabkommen. Im Anschluss reist Leuthard nach Tansania weiter, wo sie mit verschiedenen hochrangigen Regierungsvertretern zusammentrifft. Ziel der Reise nach Südafrika und Tansania ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bzw. der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und den beiden afrikanischen Staaten.

07.05.2007 bis 10.05.2007

#### **JAHRESTAGUNG DES NATO AIR TRAFFIC MANAGEMENT COMMITTEE IN LUZERN**

Zur Jahrestagung des *Nato Air Traffic Management Committee* (NATMC) treffen sich in Luzern rund 80 Spezialisten des zivilen und militärischen Luftverkehrsmanagements aus rund 40 Mitgliedstaaten der Nato, der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und des Nato-Mittelmeerdialogs. Im Zentrum des Treffens steht der Austausch von Informationen über Luftraumsicherung und Luftraumbewirtschaftung. Zur Sprache kommen ferner die Konsequenzen, die sich für die Luftstreitkräfte aus den neusten Entwicklungen der zivilen Aviatik ergeben, sowie die grenzüberschreitende Luftraumsicherung.

10.05.2007 bis 11.05.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY AN SITZUNG DES MINISTERKOMITEES DES EUROPARATES**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, nimmt an der jährlichen Sitzung des Ministerkomitees des Europarates in Strassburg teil. Im Zentrum des Treffens steht das Verhältnis zwischen dem Europarat und der EU. In ihrer Ansprache ruft die Bundespräsidentin zur Rückbesinnung des Europarats auf seine zentralen Aufgaben – die Verteidigung der Menschenrechte sowie die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie – auf und fordert von Serbien, das den Vorsitz über das Ministerkomitee übernommen hat, eine bessere und effizientere Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof.

10.05.2007

#### **CDA IM NATO-HAUPTQUARTIER IN BRÜSSEL**

Der Chef der Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, nimmt im Hauptquartier der Nato in Brüssel am Treffen der Oberkommandierenden und Generalstabschefs der Pfp-Mitgliedstaaten teil. Im Zentrum der Zusammenkunft stehen militärische Aspekte der Partnerschaft für den Frieden.

10.05.2007

#### **SCHMID EMPFÄNGT NORWEGISCHE VERTEIDIGUNGSMINISTERIN**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, empfängt die norwegische Verteidigungsministerin Anne-Grete Strom-Erichsen zu einem offiziellen Arbeitsbesuch. Im Zentrum der gemeinsamen Gespräche stehen die Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Ausbildung, die aktuelle Sicherheitslage in Europa und der Einsatz von Streumunition.

11.05.2007 bis 12.05.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN PORTUGAL**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Portugal. Im Zentrum der Gespräche mit Staatspräsident Anibal Cavaco Silva, Premierminister Jose Socrates und Aussenminister Luis Amado stehen die bilateralen Beziehungen sowie Fragen der Europapolitik. Die Bundespräsidentin bekräftigt die Position der Schweiz im Steuerstreit mit der

EU. Portugal wird im kommenden Juli die EU-Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2007 übernehmen. Zum Abschluss ihrer Reise trifft Calmy-Rey zudem mit Angehörigen der Schweizer Kolonie in Portugal zusammen.

11.05.2007

#### **BUNDESRAT COUCHEPIN AM EUI IN FLORENZ**

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, weilt zu einem Besuch am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz. Das EUI trägt durch Hochschulunterricht und Forschung zur Entwicklung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes Europas bei. Die Schweiz fördert seit 2003 den Lehrstuhl für Föderalismus und Demokratie am EUI.

11.05.2007 bis 13.05.2007

#### **BUNDESRAT SCHMID IN MOSKAU**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, weilt auf Einladung des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und ehemaligen russischen Verteidigungsministers Sergej Iwanow zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Moskau. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen sowie aktuelle Fragen der internationalen Sicherheitspolitik. Im Rahmen seiner Reise besucht Schmid zudem zwei Spiele der derzeit in Moskau stattfindenden Eishockey-Weltmeisterschaft und trifft mit dem russischen Sportminister Wjatscheslaw Fetisow zusammen.

14.05.2007 bis 16.05.2007

#### **SCHWEIZER SONDERBOTSCHAFTER IM LIBANON**

Der Schweizer Koordinator für den Nahen Osten, Didier Pfirter, reist in den Libanon. Gemäss EDA geht es dabei um die Pflege der Beziehungen und das Knüpfen von direkten Kontakten. Laut libanesischen Medien trifft Pfirter mit Vertretern der verschiedenen Parteien zusammen, darunter Ministerpräsident Fuad Siniora, der Mehrheitsführer im Parlament, Saad Hariri, sowie Präsident Emile Lahoud. Vor dem Hintergrund der libanesischen Regierungskrise unterbreitet Pfirter in den Gesprächen Vorschläge für die Schaffung eines Umfelds für einen fruchtbaren Dialog.

14.05.2007 bis 15.05.2007

#### **BUNDESRAT LEUENBERGER AN MINISTERTREFFEN DER IEA**

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, nimmt in Paris an der alle zwei Jahre stattfindenden Ministerkonferenz der Internationalen Energieagentur (IEA) teil. Im Zentrum des Treffens stehen die kurz- und langfristigen Energieversorgungsrisiken, die zentrale Rolle der Energieeffizienz sowie Technologien für eine nachhaltige Energiezukunft. Leuenberger begrüsst das an der Konferenz abgegebene Bekenntnis zur Nachhaltigkeit.

14.05.2007

#### **EU WILL MIT SCHWEIZ ÜBER STEUERSYSTEM VERHANDELN**

Der EU-Ministerrat erteilt der EU-Kommission ein Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz im Streit über die Unternehmensbesteuerung. Belgien, Luxemburg und Lettland enthalten sich der Stimme. Die EU hält einige der kantonalen Steuervorteile für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften für nicht vereinbar mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundesrat seinerseits sieht keinen Zusammenhang zwischen Steuerfragen und dem Freihandelsabkommen und lehnt Verhandlungen ab.

15.05.2007 bis 16.05.2007

#### **BUNDESRÄTIN LEUTHARD AN OECD-MINISTERRATSTREFFEN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt in Paris beim Ministertreffen der OECD. Im Zentrum der Gespräche stehen die Globalisierung, die wirtschaftliche Lage, Innovationen und Reformen sowie Aussenbeziehungen und Handel. Gemäss Beschluss des Ministerrates will die OECD mit fünf Ländern, darunter Russland, Beitrittsverhandlungen aufnehmen und mit fünf weiteren Staaten die Zusammenarbeit verstärken. Im Anschluss an die Tagung treffen sich die Minister der WTO zu einem informellen Gespräch über die Dauha-Runde.

15.05.2007

#### **BUNDESRAT MERZ EMPFÄNGT DEN FINANZSEKRETÄR HONGKONGS**

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, empfängt den Finanzsekretär Hongkongs, Henry Tang, zu einem Arbeitsbesuch. Im Zentrum der Gespräche stehen der Meinungs-austausch zur wirtschaftlichen Entwicklung Hongkongs sowie die Pflege der guten Beziehungen.

16.05.2007

#### STELLUNGNAHME DES BUNDESRATES IM STEUERSTREIT MIT DER EU

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, nehmen vor der Presse zu den Vorwürfen der EU im Steuerstreit Stellung. Calmy-Rey und Merz bekräftigen die Position der Schweiz, wonach zwischen bestimmten kantonalen Steuerpraktiken und dem Freihandelsabkommen keine Verbindung bestehe, und weisen den Vorwurf der Verletzung des Freihandelsabkommens zurück. Zu verhandeln gebe es mit der EU im Steuerbereich nichts; ein Dialog «zu gegebener Zeit» hingegen werde vorbereitet.

20.05.2007 bis 26.05.2007

#### MENSCHENRECHTSDIALOG ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND VIETNAM

Eine Delegation aus der Schweiz weilt anlässlich der fünften Runde des Dialogs über Menschenrechte und internationale Organisationen in Vietnam. Die Schweizer Delegation erhält dabei Gelegenheit, sich vor Ort ein Bild über die aktuelle Menschenrechtslage zu machen, und setzt sich für die Einrichtung eines Hinrichtungsmoratoriums in Vietnam sowie für die Veröffentlichung einer Statistik über die Anwendung der Todesstrafe ein.

22.05.2007 bis 23.05.2007

#### KLAUSUR ZUR DEPARTEMENTSREFORM

Der Bundesrat befasst sich an einer zweitägigen Klausursitzung mit der Departementsreform. Zur Diskussion stehen insbesondere die Zusammenlegung der Zuständigkeiten im Bildungsbereich sowie die Frage der Schaffung eines Sicherheitsdepartements. Letzteres soll die zurzeit auf die drei Departemente EJPD, VBS und EFD verteilten Zuständigkeiten für die innere und äussere Sicherheit zusammenfassen sowie die beiden Nachrichtendienste SND und DAP unter einem Dach vereinen. Die zuständigen Departementsvorsteher haben den Auftrag, bis im Februar 2008 weitere Vorschläge zu unterbreiten.

24.05.2007 bis 28.05.2007

#### **BUNDESRAT COUCHEPIN IN ALGERIEN**

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, weilt auf Einladung der algerischen Kulturministerin Khalida Toumi zu einem offiziellen Besuch in Algier. Im Rahmen seiner Reise trifft Couchepin mit verschiedenen hochrangigen Regierungsvertretern zusammen. Im Zentrum der Gespräche steht die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Algerien in den Bereichen Kultur, Forschung und Gesundheit. Mit dem algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika unterhält sich Couchepin ausserdem über die laufenden Verhandlungen hinsichtlich eines Beitritts Algeriens zur EFTA.

24.05.2007 bis 25.05.2007

#### **BUNDESRAT LEUENBERGER IN LEIPZIG**

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, nimmt an einem informellen Treffen der Raumentwicklungsminister der EU in Leipzig teil. Im Zentrum des Treffens stehen die nachhaltige Entwicklung europäischer Städte und der territoriale Zusammenhalt Europas. Mit der Verabschiedung der Leipzig-Charta und der Territorialen Agenda einigen sich die EU-Ministerinnen und -Minister erstmals auf gemeinsame Grundsätze der Stadtentwicklungspolitik.

29.05.2007

#### **KAMBODSCHANISCHER KÖNIG IN BERN**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfangen den kambodschanischen König Bat Samdech Praeh Boromneath Norodom Sihamoni in Bern zu einem Arbeitsessen. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kambodscha und die Uno-Reform.

30.05.2007 bis 31.05.2007

#### **BUNDESRÄTIN LEUTHARD ZU BESUCH IN NORWEGEN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Oslo. Im Zentrum der Gespräche mit Mitgliedern der norwegischen Regierung stehen die Kooperation der EFTA mit Drittstaaten, die weiteren Entwicklungen des EFTA-Abkommens sowie die Zusammenarbeit der Schweiz und Norwegens innerhalb der WTO.

31.05.2007

### BERICHT ZUR INNEREN SICHERHEIT 2006

Das Bundesamt für Polizei veröffentlicht den Bericht zur inneren Sicherheit der Schweiz 2006. Der Bericht umfasst die Bereiche Terrorismus, Gewaltextremismus, verbotene Aktivitäten von Nachrichtendiensten, Proliferation, die organisierte und die allgemeine Kriminalität sowie die Wirtschaftskriminalität. Der Bericht hält fest, dass der islamistisch motivierte Terrorismus nach wie vor auch in Westeuropa eine Bedrohung darstellt, die Schweiz in dieser westeuropäischen Gefahrenzone liegt und die Voraussetzungen für Terroranschläge somit gegeben sind. Gemäss Bericht dient die Schweiz dem islamistischen Terrorismus als Rückzugs-, Vorbereitungs-, Logistik- und Propagandaraum. Wie der Bericht weiter einräumt, gibt es in der Schweiz aktive Islamisten, unter denen auch gewaltbereite Extremisten zu finden sind. Gegenüber 2005 nahmen Vorfälle im Bereich des Linksextremismus um 62 Prozent zu. Die Anzahl registrierter rechtsextremer Gewalttaten blieb insgesamt stabil. Im Bereich der organisierten Kriminalität dominieren albanische Banden den Heroinmarkt in der Schweiz und spielen beim Menschenmuggel eine bedeutende Rolle; der Kokainhandel wird durch Gruppen aus Westafrika kontrolliert. Stark zugenommen haben 2006 Diebstähle von Buntmetallen und Delikte im Bereich der Wirtschaftskriminalität via Internet.

31.05.2007

### DRITTER OBSERVATORIUMSBERICHT ÜBER DIE PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das Bundesamt für Migration (BFM) und das Bundesamt für Statistik (BFS) publizieren den dritten Observatoriumsbericht über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Der Bericht erfasst die Zeitspanne ab Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU am 1. Juni 2002 bis zum 31. Dezember 2006. Laut Bericht entwickelte sich die Zuwanderung in der genannten Periode erwartungsgemäss und entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen. Die Zuwanderung habe keine negativen Folgen für die schweizerische Erwerbstätigkeit, die Arbeitslosenquote habe sich konjunkturbedingt entwickelt und auf die Lohnentwicklung liessen sich keine gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen feststellen. Das Seco zieht somit eine positive Bilanz. Die Gewerkschaften bezeichnen den Bericht hingegen als zu euphorisch und weisen auf Probleme in Branchen ohne Mindestlöhne sowie bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen hin.

31.05.2007

### **GESUCH DER EU FÜR GESPRÄCHE IM STEUERSTREIT**

Die EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner richtet sich mit einem Schreiben an Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, in dem sie um Gespräche mit der Schweiz hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung in den Kantonen ersucht. Der EU-Rat hatte am 14. Mai 2007 der Kommission ein entsprechendes Mandat erteilt. Das nun eingetroffene Schreiben der Aussenkommissarin erwähnt weder den Begriff «Verhandlungen» noch den Vorwurf des Verstosses der Schweiz gegen das Freihandelsabkommen von 1972, sondern ersucht die Schweiz um Sondierungsgespräche zwischen Fachdiplomaten.

01.06.2007 bis 02.06.2007

### **BUNDESRAT LEUENBERGER AN UMWELTMINISTERTREFFEN**

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, nimmt an der informellen Tagung der EU-Umweltminister in Essen teil. Im Zentrum des Treffens stehen die Themen Umwelt, Innovation und Beschäftigung. Leuenberger betont, dass Europa die Vorreiterrolle bei der Förderung von Umwelttechnologien und dem Aufbau eines entsprechenden Marktes behalten müsse.

01.06.2007 bis 02.06.2007

### **STAATSBESUCH DER PRÄSIDENTIN CHILES**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz und die Regierungsratspräsidentin des Kantons Zürich, Rita Fuhrer, empfangen am Flughafen Zürich die Präsidentin der Republik Chile, Michelle Bachelet. Nach ihrer Weiterreise wird Bachelet in Bern vom Gesamtbundesrat begrüsst. Mit Bezug auf die Neutralitätspolitik und die humanitären Werte unterstreicht Calmy-Rey zum Auftakt des Besuchs die Gemeinsamkeiten der Schweiz und Chiles. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen sowie aktuelle internationale Themen.



01.06.2007

#### **UNEINGESCHRÄNKTE PERSONENFREIZÜGIGKEIT FÜR STAATSANGEHÖRIGE DER EU-15 UND DER EFTA**

Nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsfrist zur schrittweisen Einführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und den 15 alten EU-Staaten tritt versuchsweise die vollständige Liberalisierung in Kraft. Dies bedeutet die Aufhebung der Kontingente und der Grenzzonen für Staatsangehörige der EU-15, der EFTA, Maltas und Zyperns. Der freie Personenverkehr wird versuchsweise für ein Jahr eingeführt. Sollte sich nach Ablauf dieser Frist eine Zuwanderung aus den EU-15-Ländern von über 10 Prozent als im Durchschnitt der drei vorangehenden Jahre ergeben, so dürfte die Schweiz wieder für zwei Jahre Kontingente einführen. 2008 werden die eidgenössischen Räte über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens entscheiden. Der Beschluss wird dem fakultativen Referendum unterliegen.

04.06.2007

#### **BUNDES RAT BLOCHER TRIFFT ÖSTERREICHISCHEN AMTSKOLLEGEN**

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft in Bern seinen österreichischen Amtskollegen Günther Platter zu einem Arbeitsgespräch. Im Zentrum steht die Zusammenarbeit in Polizei-, Grenz- und Migrationsfragen. Dies geschieht auch im Hinblick auf die von Österreich und der Schweiz gemeinsam durchgeführte Europa-Fussballmeisterschaft 2008.

06.06.2007

#### **NATIONALRAT VERABSCHIEDET RÜSTUNGSPROGRAMM 2007**

Der Nationalrat stimmt dem Rüstungsprogramm 2007 mit 116 zu 45 Stimmen zu. Das Rüstungsprogramm 2007 umfasst Ausgaben in der Höhe von 581 Millionen Franken. Mit 555 Millionen Franken stellt der Ausbau des Führungsinformationssystems Heer (FIS) den Hauptteil dar. Mit den restlichen 26 Millionen Franken sollen Laserschuss-Simulatoren für Leopard-Panzer angeschafft werden.

07.06.2007 bis 08.06.2007

#### **KOMMANDANT DER SCHWEIZER LUFTWAFFE IN SCHWEDEN**

Der Kommandant der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, besucht auf Einladung von Generalmajor Jan Andersson die schwedische Luftwaffe. Im Zentrum der Gespräche stehen die Reform der schwedischen Luftwaffe, der Luftpolizeidienst sowie die Ausbildung der Schweizer Luftwaffe im Ausland.

07.06.2007 bis 08.06.2007

#### **SCHWEIZER DELEGATION AN OSZE-KONFERENZ IN BUKAREST**

Eine Schweizer Delegation nimmt in Bukarest an der Konferenz der OSZE über die Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung des gegenseitigen Respekts und des Verständnisses teil. Das Treffen in Bukarest findet im Anschluss an die Konferenz der OSZE von 2005 in Córdoba über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz statt. Im Zentrum stehen dabei aktuelle praktische Massnahmen gegen Intoleranz und Diskriminierung sowie Folgearbeiten der Córdoba-Konferenz.

08.06.2007

#### **ERNENNUNG DES NEUEN BUNDESANWALTS**

Der Bundesrat wählt Dr. iur. Erwin Beyeler zum neuen Bundesanwalt. Der 55-jährige Schaffhauser, derzeit Staatsanwalt des Kantons St. Gallen, wird sein Amt als Nachfolger von Valentin Roschacher am 13. August 2007 antreten.

08.06.2007

#### **BRIGADIER NEF WIRD NEUER CHEF DER ARMEE**

Der Bundesrat wählt den 47-jährigen Brigadier Roland Nef, Kommandant des Lehrverbandes Panzer/Artillerie, zum neuen Chef der Armee. Nef wird mit der Beförderung zum Korpskommandanten die Nachfolge von Christophe Keckeis per 1. Januar 2008 antreten.

08.06.2007

#### **BUNDESRAT WILL ASSISTENZDIENSTE DER ARMEE REDUZIEREN**

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft und die Entwürfe zu den Bundesbeschlüssen über den weiteren Einsatz der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden bei der Bewachung ausländischer Vertretungen, bei der Verstärkung des Grenzwachtkorps sowie bei Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr. Nach einer zweijährigen Übergangsfrist sollen gemäss Bundesrat bis 2012 noch maximal 245 Armeeeingehörige der Militärischen Sicherheit für die erwähnten Aufgaben eingesetzt werden. Demgegenüber konnten gemäss dem Ende 2007 auslaufenden Bundesbeschluss bislang bis zu **1 100 Soldaten eingesetzt werden. Wie Bundesrat Schmid, Vorsteher des VBS, ausführt, wird man 2008 und 2009 für den Botschaftsschutz dennoch auf Milizsoldaten zurückgreifen müssen.** Nach Ablauf der Übergangsfrist sollen für die Bewachung ausländischer Vertretungen noch 125 Armeeeingehörige, bei denen es sich primär um Militärpolizisten handeln soll, eingesetzt werden.

10.06.2007 bis 15.06.2007

#### **PFP-KURS DER SCHWEIZER ARMEE IN BOSNIEN-HERZEGOWINA**

Die Schweizer Armee organisiert zum sechsten Mal im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden den PFP-Kurs UN-CMCoord United Nations Civil Military Coordination zugunsten des Uno-Büros zur Koordination humanitärer Hilfe (OCHA). Erstmals findet der Kurs im Ausland statt. Im Zentrum des Kurses, der in Sarajevo durchgeführt wird, steht die zivil-militärische Zusammenarbeit bei humanitären Krisen und Naturkatastrophen.

11.06.2007 bis 12.06.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN SPANIEN**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, wird anlässlich ihres Besuchs in Spanien von König Juan Carlos, Königin Sofia und Prinz Felipe empfangen. Der spanische Aussenminister Miguel Ángel Moratinos und die Bundespräsidentin verabschieden eine gemeinsame Erklärung zur Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Spanien und der Schweiz in internationalen Fragen – unter anderem in den Bereichen Friedensförderung, Menschenrechte, Migration und nachhaltige Entwicklung. Im Zentrum der Gespräche zwischen der Bundespräsidentin und dem spanischen Ministerpräsidenten José Luis

Rodríguez Zapatero stehen die bilateralen Beziehungen. Die beiden Länder wollen sich künftig gemeinsam verstärkt für den Frieden in Kolumbien einsetzen.

11.06.2007

#### **NATIONALRAT VERABSCHIEDET ENTWICKLUNGSSCHRITT 2008/2011 IM ZWEITEN ANLAUF**

Nach dem Ständerat stimmt der Nationalrat im zweiten Anlauf mit 106 zu 46 Stimmen dem Entwicklungsschritt 2008/2011 der Armee zu. Mit der Revision der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (AO) verlagern sich die Prioritäten der Armee-Einsätze weg von der klassischen Territorialverteidigung hin zur Raumsicherung. Anders als vom Bundesrat ursprünglich vorgesehen sollen bloss zwei statt vier Panzerbataillone abgebaut werden. Am 6. Juni 2007 hatte die grosse Kammer in zwei Vorstössen ausserdem die Verdoppelung der Anzahl Durchdiener und der Kapazitäten für Auslandseinsätze der Armee gefordert.

11.06.2007 bis 14.06.2007

#### **STABSCHEF DES SCHWEDISCHEN HEERES IN DER SCHWEIZ**

Der Kommandant des Heeres, Korpskommandant Luc Fellay, empfängt den Stabschef des schwedischen Heeres, Major General Sverker Göranson, in Bern. Im Zentrum des Treffens stehen der gegenseitige Informationsaustausch sowie die Zusammenarbeit in der Ausbildung. Zudem besucht Göranson die Gebirgsinfanteriebrigaden 9 und 10 sowie die Territorialregion 1.

12.06.2007

#### **BUNDESRAT BLOCHER AM GEMISCHTEN SCHENGEN-AUSSCHUSS IN LUXEMBURG**

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, nimmt am gemischten Schengen-Ausschuss der Justiz- und Innenminister in Luxemburg teil. Im Zentrum des Treffens steht die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems SIS. Blocher orientiert die Justiz- und Innenminister über den Entscheid des Bundesrats, sich an der Übergangslösung «SISone4ALL» zu beteiligen und erst zu einem späteren Zeitpunkt auf SIS II zu migrieren.

12.06.2007

#### **VIZEPRÄSIDENTIN VIETNAMS IN BERN**

Die Vizepräsidentin der Sozialistischen Republik Vietnam, Troung My Hoa, trifft im Rahmen eines offiziellen Arbeitsbesuchs in Bern mit verschiedenen Vertretern der Bundesbehörden zusammen. Im Zentrum der Gespräche mit Bundesrat Pascal Couchepin, dem Vorsteher des EDI, und Bundesrätin Doris Leuthard, der Vorsteherin des EVD, steht die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams.

14.06.2007 bis 28.06.2007

#### **SCHWEIZER LUFTWAFFE AN MULTINATIONALER ÜBUNG IN DEUTSCHLAND**

Die Schweizer Luftwaffe nimmt mit fünf F/A-18-Hornet-Kampffjets, einem F-5F-Tiger-Kampffjet und drei Cougar-Helikoptern an der multinationalen Übung ELITE 2007 im süddeutschen Luftraum teil. Zudem kommen Elemente aus den Bereichen Führungsunterstützung und elektronische Kriegsführung zum Einsatz. Insgesamt weilen im Rahmen der Übung ELITE 2007 rund 50 Schweizer Armeeangehörige in Deutschland.

15.06.2007

#### **BUNDES RAT BEANTRAGT 240 MILLIONEN FRANKEN FÜR ZIVILE FRIEDENS-FÖRDERUNG**

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft über die Weiterführung von Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte und beantragt einen Rahmenkredit über 240 Millionen Franken für die Jahre 2008 bis 2011. Dies entspricht gegenüber der Periode von 2004 bis 2007 einer Zunahme von 20 Millionen Franken. Mit dem Kredit soll das bisherige Engagement weitergeführt und gestärkt werden. Gemäss Botschaft sollen die Mittel in sieben Schwerpunktregionen und acht Themenfeldern gezielt eingesetzt werden. Die zivilen Friedensmissionen in Europa, besonders auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, bleiben bedeutsam; allerdings sollen die Missionen in Europa etwas reduziert und jene in Afrika und Asien ausgebaut werden. Grundsätzlich sollen künftig mehr Schweizerinnen und Schweizer in internationale Missionen entsandt werden.

15.06.2007

#### **BUNDESRAT VERABSCHIEDET BOTSCHAFT ZUR REVISION DES BWIS**

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft und den Entwurf für die Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) zuhanden des Parlaments. Die Vorlage will durch neue Mittel der Informationsbeschaffung die Früherkennung schwerwiegender Gefährdungen durch Terrorismus, verbotenen politischen oder militärischen Nachrichtendienst sowie verbotenen Handel mit Proliferationsgütern verbessern. Im Zentrum stehen dabei die Überwachung von Brief- und Telefonverkehr sowie die Kontrolle von Datenbearbeitungssystemen.

15.06.2007

#### **LANDWIRTSCHAFTSMINISTER JAPANS IN BERN**

Bundesrätin Doris Leuthard empfängt den neu ernannten Landwirtschaftsminister Japans, Norihirko Akagi, in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Entwicklungen der Landwirtschaftsverhandlungen der Dauha-Runde sowie die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan.

18.06.2007

#### **RAHMENKREDITE FÜR OSTHILFE UND KOHÄSIONSZAHLUNGEN VERABSCHIEDET**

Der Ständerat folgt im zweiten Durchgang dem Nationalrat und unterstützt die von diesem am 14. Juni verabschiedete Erhöhung des Rahmenkredits für die Fortsetzung der traditionellen Osthilfe an die Länder Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion von 650 Millionen auf 730 Millionen Franken. Der Rahmenkredit für die Osthilfe sowie jener für die Zahlung der Kohäsionsmilliarde an die neuen EU-Länder sind somit durch beide Kammern des Parlaments genehmigt.

20.06.2007

#### **MOTION ZUR SCHAFFUNG EINES SICHERHEITSDÉPARTEMENTS**

Der Ständerat überweist zuhanden des Bundesrates eine Motion zur Schaffung eines Sicherheitsdepartements. Die Motion war von der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates (SIK-S) am 17. April 2007 eingereicht worden und beauftragt den Bundesrat, alle sicherheitsrelevanten Bereiche (Armee, Polizei, Grenzschutz, Nachrichtendienste) in einem Departement zu vereinen.

20.06.2007

#### STÄNDERAT BEWILLIGT ABKOMMEN ZUR LUFTRAUMÜBERWACHUNG

Der Ständerat stimmt der Annahme des Abkommens mit Deutschland über die Zusammenarbeit im Bereich der Luftraumsicherheit bei Bedrohungen durch zivile Luftfahrzeuge einstimmig zu. Das Abkommen ermöglicht eine engere Zusammenarbeit der beiden Staaten während der Euro 08, wird aber darüber hinaus gelten und dient vorab dem Schutz vor Terroranschlägen mit Flugzeugen.

20.06.2007

#### ABGABE DER TASCHENMUNITION AN ARMEEANGEHÖRIGE SOLL ABGESCHAFFT WERDEN

Mit 35 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedet der Ständerat eine Motion, wonach die Abgabe der Taschenmunition an alle aktiven Armeeangehörigen abgeschafft werden soll. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage erachtet der Ständerat die Heimabgabe nicht mehr als sinnvoll. Von den rund 120 000 Angehörigen der Armee sollen demnach lediglich etwa 2 000 Personen der Militärischen Sicherheit die Munition weiterhin behalten können. Falls sich die Bedrohungslage verändern sollte, könnte der Bundesrat die Abgabe an sämtliche Armeeangehörige wieder veranlassen. Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

20.06.2007

#### SÄMTLICHE VERFAHREN IN DER «CIA-FAX-AFFÄRE» EINGESTELLT

Das Oberauditorat gibt bekannt, dass die noch hängigen Verfahren in der sogenannten «CIA-Fax-Affäre» eingestellt worden sind. Begründet wird die Verfahrenseinstellung mit dem Freispruch der wegen Veröffentlichung eines klassifizierten Dokuments angeklagten Journalisten vom 17. April 2007 durch das Militärgericht 6. Den Beschuldigten wurde eine Genugtuung zugesprochen.

20.06.2007

#### STÄNDERAT BEWILLIGT RAHMENKREDIT FÜR DIE GENFER ZENTREN

Der Ständerat bewilligt als Erstrat den Rahmenkredit von 148 Millionen Franken für die drei Genfer Zentren und das *Center for Security Studies* der ETH Zürich für die Jahre 2008 bis 2011. Die kleine Kammer spricht sich somit für die weitere

Unterstützung der international angesehenen sicherheitspolitischen Institutionen durch den Bund aus und heisst den entsprechenden Beschluss des Bundesrates vom 28. Februar 2007 gut.

21.06.2007

#### ABKOMMEN MIT DEN USA ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG VERABSCHIEDET

Der Ständerat genehmigt einstimmig das Abkommen zur Zusammenarbeit mit den USA in der Terrorismusbekämpfung. Das Abkommen ist vom Nationalrat bereits verabschiedet worden und bildet die Basis für gemeinsame Ermittlungen im Bereich des Terrorismus. Voraussetzung ist dabei ein eröffnetes Strafverfahren sowohl in den USA als auch in der Schweiz. Gesetzlicher Rahmen der Ermittlungen bildet das jeweilige nationale Recht. Das Abkommen ersetzt das *Operative Working Arrangement*, das zwischen den beiden Staaten im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 abgeschlossen worden war.

21.06.2007

#### ARMEEHILFE NACH SCHWEREN UNWETTERN

Der Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverband 104 der Armee kommt auf Anfrage der zivilen Behörden in den vom Unwetter heimgesuchten Gebieten Einsiedeln (SZ), Lyss (BE) und Rapperswil (BE) zum Einsatz. Um die Rettungs- und Versorgungswege offen zu halten, baut die Armee eine Notbrücke. Zudem werden Keller und Hallen ausgepumpt. Rund eine Woche zuvor stand das Katastrophenhilfebataillon 4 der Armee nach einem Unwetter in der Region Huttwil im Einsatz. Auch hier ging es darum, eine Notbrücke zu errichten sowie den Bachlauf von Schwemmholz zu räumen.

25.06.2007 bis 26.06.2007

#### INTERPARLAMENTARISCHES TREFFEN SCHWEIZ-EU

Die Schweizer Delegation beim Europäischen Parlament, angeführt von Ständerat Eugen David, und die für die Schweiz zuständige Delegation des Europäischen Parlaments unter der Leitung der Abgeordneten Diana Wallis kommen zu einem zweitägigen Treffen in Bad Ragaz zusammen. Zentrale Themen sind das weitere Vorgehen in der Steuerkontroverse, die Folgen der jüngsten EU-Erweiterungsrunde für die Schweiz – insbesondere die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf



Rumänien und Bulgarien und der Kohäsionsbeitrag – sowie die Umsetzung der Abkommen von Schengen und Dublin.

25.06.2007

#### **AUSSENMINISTERIN VON ECUADOR IN BERN**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt die Aussenministerin von Ecuador, Fernanda Espinosa Garces, zu einem Höflichkeitsbesuch in Bern. Im Zentrum des Treffens stehen die bilateralen Beziehungen sowie die Zusammenarbeit der beiden Länder im Rahmen der Uno. Ebenfalls zur Sprache kommen die Migration, der Umweltschutz und die Menschenrechte. Im Anschluss trifft die ecuadorianische Aussenministerin mit Bundesrätin Doris Leuthard, der Vorsteherin des EVD, zusammen.

25.06.2007

#### **BUNDESRAT COUCHEPIN UNTERZEICHNET FORSCHUNGSABKOMMEN MIT DER EU**

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, unterzeichnet in Luxemburg ein Forschungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Mit dem Abkommen wird die Beteiligung der Schweiz an den siebten Forschungsrahmenprogrammen der EU von 2007 bis 2013 geregelt.

25.06.2007

#### **NACHHALTIGKEITS-CHARTA FÜR DIE EURO 08 UND UMWELTMINISTER-TREFFEN IN WIEN**

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, und der österreichische Umweltminister Josef Pröll unterzeichnen in Wien eine Charta für eine nachhaltige Fussball-Europameisterschaft 2008 (Euro 08). Die Nachhaltigkeits-Charta sieht Massnahmen wie zum Beispiel die Förderung des öffentlichen Verkehrs oder die Verringerung der Abfallmenge während der Euro 08 vor und möchte die Durchführung der Spiele möglichst umwelt- und sozialverträglich gestalten. Im Anschluss an die Unterzeichnung nehmen Leuenberger und Pröll am jährlichen Treffen der Umweltminister der deutschsprachigen Länder teil.

27.06.2007

### EUROPARAT ÜBERNIMMT MARTYS ZWEITEN CIA-BERICHT

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates übernimmt in ihrer Session vom 25.–29. Juni 2007 in Strassburg den zweiten Bericht des Schweizer Sonderermittlers Dick Marty über mutmassliche CIA-Geheimgefängnisse in Mitgliedstaaten des Europarates. Sie stellt sich damit hinter Marty's Schlussfolgerungen, wonach die CIA in Polen und Rumänien mit Unterstützung der dortigen Regierungen geheime Gefängnisse unterhalten habe, in denen Terrorverdächtige festgehalten und gefoltert wurden. Widerstand gab es vor der Abstimmung vor allem von Seiten der polnischen und rumänischen Abgeordneten, die den Bericht mit der Begründung fehlender Beweise ablehnten.

28.06.2007 bis 29.06.2007

### BUNDESRÄTIN LEUTHARD AN EFTA-MINISTERTREFFEN IN VADUZ

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, nimmt am Ministertreffen der EFTA in Vaduz teil. Im Zentrum der Gespräche stehen die Beziehungen der EFTA zu Drittstaaten sowie die Entwicklungen im Rahmen des EWR-Abkommens bzw. der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.

28.06.2007

### CDA PRÄSENTIERT VISION DER ARMEE

Anlässlich eines Kader-Rapports kommunizieren Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, und Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee (CdA), die «Strategie der Schweizer Armee 2007». Das Dokument hält Grundsätze für die Führung des Bereichs Verteidigung des VBS fest und legt die strategischen Leitplanken für die Weiterentwicklung der Armee fest.

29.06.2007

### AUSSENPOLITISCHER BERICHT 2007

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, stellt den neuen ausserpolitischen Bericht vor. Der Bundesrat hatte 2006 nach den umstrittenen Äusserungen von Calmy-Rey zum Libanonkrieg eine Aktualisierung des Neutralitätsberichts von 1993 verlangt. Der nun vom Bundesrat gutgeheissene Bericht vermittelt einen Überblick über die bi- und multilateralen Beziehungen der Schweiz.

In drei Anhängen behandelt er die Neutralität, die Aufgaben der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen sowie die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts. Das Neutralitätsrecht findet seine Grenzen in den Bestimmungen der Uno-Charta und kommt erst zur Anwendung, wenn das Völkerrecht und das Uno-System der kollektiven Sicherheit nicht in der Lage sind, den Ausbruch eines internationalen bewaffneten Konflikts zu verhindern. Demgegenüber bezeichnet der Begriff der Neutralitätspolitik die Gesamtheit der Massnahmen, die der dauernd neutrale Staat in Eigeninitiative und ungeachtet der mit dem Neutralitätsrecht verbundenen Verpflichtungen ergreift, um die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit seiner Neutralität zu gewährleisten. Der Bericht führt weiter aus, dass die Schweiz als Staat ohne politische oder militärische Macht, der wegen seiner Neutralität keinem Militärbündnis angehört, ein massgebliches Interesse daran hat, dass das Völkerrecht gestärkt und weiterentwickelt wird. Das humanitäre Engagement der Schweiz und ihre Bemühungen im Bereich der Guten Dienste stehen der Neutralität nicht entgegen.

06.07.2007

#### **NEPALESISCHE DELEGATION IN DER SCHWEIZ**

Auf Einladung des EDA haben nepalesische Verfassungsspezialisten sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Parteien und Zivilgesellschaft die Schweiz besucht und ziehen zum Abschluss Bilanz. Ziel der Studienreise war die Auseinandersetzung mit dem föderalistischen System der Schweiz sowie mit staatspolitischen und menschenrechtlichen Themen. Während ihres Aufenthalts wurde die Delegation von Fachleuten aus Verwaltung und Wissenschaft informiert, und sie tauschte sich mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund sowie Stadt und Kanton Bern aus; die Teilnehmenden trafen ferner mit der Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, zusammen.

06.07.2007 bis 07.07.2007

#### **BUNDESRÄTIN LEUTHARD AN WIRTSCHAFTSMINISTERTREFFEN**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, trifft sich mit dem deutschen Minister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, sowie dem österreichischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Martin Bartenstein, in Heiligendamm zum jährlich stattfindenden Treffen der Wirtschaftsminister der drei Nachbarländer. Im Zentrum des Treffens stehen die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EU

sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Zur Sprache kommen ausserdem allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Dauha-Runde.

06.07.2007

#### **NEUE ARMEEORGANISATION GEMÄSS ENTWICKLUNGSSCHRITT 2008/2011**

Das VBS gibt bekannt, dass auf der Basis des vom Parlament im Juni genehmigten Entwicklungsschrittes 2008/2011 die Brigadestäbe des Heeres von 9 auf 8, die Anzahl der Panzerbataillone von 8 auf 6 reduziert und 4 neue Infanterie- und 2 neue Katastrophenhilfebataillone gebildet werden. Die Fliegerabwehrabteilungen der Luftwaffe werden von 15 auf 9 reduziert und die Lufttransportabteilungen neu formiert. Die Logistikbataillone werden vereinheitlicht und in 4 Bataillone überführt. Insgesamt sinkt die Anzahl Bataillone bzw. Abteilungen von 134 auf 128. Die Änderungen werden auf Anfang 2008 in Kraft treten.

08.07.2007 bis 18.07.2007

#### **BUNDESRÄTIN LEUTHARD IN CHINA UND VIETNAM**

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, weilt in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation in China und Vietnam. Im Rahmen ihrer Reise trifft die Bundesrätin mit dem chinesischen Handelsminister Bo Xilai sowie mit dem vietnamesischen Präsidenten Nguyen Mihn Triet und Premierminister Nguyen Tan Dung zusammen. Die Reise dient der Vertiefung und Festigung der Beziehungen zwischen der Schweiz und den beiden asiatischen Ländern bzw. der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit von Schweizer Firmen vor Ort.

09.07.2007 bis 18.07.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN AFRIKA**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, befindet sich auf einer Afrikareise südlich der Sahara. Vom 11. bis 13. Juli 2007 leitet Calmy-Rey in Dakar (Senegal) die Regionalkonferenz der Schweizer Botschafterinnen und Botschafter. Die Konferenz dient dem Austausch von Erfahrungen zwischen Bern und den Schweizer Vertretungen vor Ort und hat das Ziel, durch die Abstimmung strategischer Überlegungen die Interessen der Schweiz in der Region besser vertreten zu können. Vor und nach der Konferenz besucht die Bundespräsidentin Benin, Ghana, Tschad, Kongo, Burundi und Ruanda. Im Zentrum der Reise stehen die

bilateralen Beziehungen der Schweiz mit den sieben afrikanischen Ländern sowie Themen der Entwicklungshilfe und Friedensförderung.

09.07.2007 bis 19.07.2007

#### **BUNDESRAT COUCHEPIN IN JAPAN UND DER MONGOLEI**

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, weilt zu offiziellen Arbeitsbesuchen in Japan und der Mongolei. In Japan stattet Couchepin dem japanischen Premierminister Shinzo Abe einen Höflichkeitsbesuch ab und unterzeichnet zusammen mit dem japanischen Aussenminister Taro Aso ein bilaterales Abkommen, das die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Japan regelt. Als erstes Mitglied des Bundesrates besucht Couchepin ausserdem Hiroshima und gedenkt der Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Anschliessend reist Couchepin in die Mongolei. Im Zentrum der Gespräche mit der Gesundheitsministerin Danzandarjagiin Tuya und dem Sozial- und Arbeitsminister Damdingiin Demberel stehen Gesundheits-, Arbeits- und Sozialbelange. Zum Abschluss seiner Reise stattet Couchepin dem mongolischen Premierminister Miyegombo Enkhbold einen Höflichkeitsbesuch ab.

10.07.2007

#### **TREFFEN DES GEMISCHTEN AUSSCHUSSES SCHWEIZ-EU**

Am sechsten Treffen des Gemischten Ausschusses Schweiz-EU in Brüssel wird Bilanz über die Erfahrungen bei der Umsetzung des Freizügigkeitsabkommens seit dessen Inkrafttreten 2002 gezogen. Wie in den vorherigen Jahren werden die Erfahrungen von beiden Seiten positiv bewertet, und es lassen sich keine negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Erwerbstätigkeit und Lohnentwicklung in der Schweiz feststellen. Am selben Tag nehmen Delegationen der Schweiz und der EU die Verhandlungen zur schrittweisen Ausdehnung der Freizügigkeit auf die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien auf.

11.07.2007 bis 12.07.2007

#### **CHEF DER SCHWEIZER ARMEE IN RUMÄNIEN UND GROSSBRITANNIEN**

Der Chef der Schweizer Armee (CdA), Korpskommandant Christophe Keckeis, weilt zu Besuch bei den rumänischen Streitkräften. Im Zentrum stehen dabei die Visite einer Luftwaffenbasis, der nationalen Verteidigungsuniversität und des Führungssimulators der rumänischen Armee. Im Anschluss reist der CdA nach

Grossbritannien weiter, wo er mit dem britischen *Chief of Defense, Air Chief Marshal* Sir Jock Stirrup, zusammentrifft.

11.07.2007

#### HALBJAHRESBILANZ DER ARMEE

Das VBS gibt die Halbjahresbilanz der Armee-Einsätze bekannt. Die Schweizer Armee hat im ersten Halbjahr 2007 total 240 942 Dienstage in Einsätzen geleistet. Dies ist gegenüber der Vorjahresperiode ein Rückgang um 15 Prozent. Während bei den subsidiären Sicherungseinsätzen der Aufwand zurückging, nahmen die Unterstützungseinsätze sowie die Leistungen in der Katastrophenhilfe leicht zu.

12.07.2007

#### TÖDLICHE LAWINE AN DER JUNGFRAU

Sechs Soldaten der Rekrutenschule der Gebirgsspezialisten von Andermatt werden während ihres Aufstiegs an der Flanke der Jungfrau im Berner Oberland von einer Lawine erfasst und kommen dabei ums Leben. Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, drückt den Angehörigen und Freunden der Opfer sein tiefes Beileid aus. Am Unglücksort wird eine Untersuchung eingeleitet, die Aufschluss über Unfallhergang und -ursache geben soll.

12.07.2007

#### ALGERISCHER VERKEHRSMINISTER IN DER SCHWEIZ

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, empfängt den algerischen Verkehrsminister Mohammed Maghlaoui zu einem offiziellen Arbeitsbesuch. Das Interesse Maghlaouis gilt der Schweizer Verkehrspolitik, insbesondere der Neat.

18.07.2007 bis 20.07.2007

#### KOMMANDANT DER FINNISCHEN LUFTWAFFE IN DER SCHWEIZ

Auf Einladung des Kommandanten der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant Walter Knutti, weilt der Kommandant der finnischen Luftwaffe, General Heikki Lyytinen, zu einem Besuch in der Schweiz. Im Zentrum des Besuchs stehen Präsentationen und Gespräche zu verschiedenen Luftwaffenthemen.

26.07.2007 bis 27.07.2007

#### BUNDESRAT BLOCHER ZU GESPRÄCHEN IN WASHINGTON

Bundesrat Blocher, Vorsteher des EJPD, führt während zwei Tagen in Washington Gespräche mit dem amerikanischen Justizminister Alberto Gonzales, dem Minister für innere Sicherheit Michael Chertoff, dem FBI-Direktor Robert Mueller und dem US-Nachrichtendienstkoordinator Mike McConnell. Im Zentrum der Gespräche steht die Zusammenarbeit in der Strafverfolgung terroristischer Aktivitäten und in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Der neue Vertrag, der das *Operative Working Arrangement* (OWA) ersetzt, wird es den beiden Staaten zukünftig ermöglichen, gemeinsame Ermittlungstruppen im Kampf gegen den Terrorismus und dessen Finanzierung einzusetzen. Die Referendumsfrist zum neuen Abkommen läuft bis am 11. Oktober 2007. Ebenfalls thematisiert werden Rechtshilfefragen und der Auslieferungsverkehr sowie die verschärften Einreiseregeln der USA.

30.07.2007 bis 10.08.2007

#### SCHWEIZER LUFTWAFFE TRAINIERT IN DEUTSCHLAND

Die Schweizer Luftwaffe nimmt an der Luftverteidigungsübung «*Red Baron*» in Deutschland teil. Im Zentrum von «*Red Baron*» stehen Luftverteidigungsübungen mit zunehmendem Schwierigkeitsgrad über dem Meer. Die schweizerische Delegation umfasst 15 Piloten und 29 Spezialisten.

02.08.2007

#### BUNDESANWALTSCHAFT ERMITTELT IN SPRENGSTOFFDELIKT

Die Bundesanwaltschaft ermittelt gemeinsam mit der Urner Polizei in einem Sprengstoffdelikt, das am 1. August auf der Rütliwiese verübt wurde. Unbekannte liessen im Anschluss an die offizielle Bundesfeier einen Feuerwerkskörper detonieren, der mutmasslich am Vortag mit einem Zeitzünder in der Rütli-Wiese vergraben wurde. Als Urheber der Detonation werden rechtsextreme Kreise vermutet. Verletzt wurde niemand. Die meisten Besucher hatten zum Zeitpunkt der Detonation das Rütli bereits verlassen.

02.08.2007

### NEUREGELUNGEN ZU RAUMSICHERUNGSOPERATIONEN DER ARMEE

Das VBS und die zivilen Behörden vervollständigen die neuen Grundlagen zum militärischen Reglement «Taktische Führung XXI». Die Ergänzungen präzisieren die Umsetzung des Operationstyps Raumsicherung im Spektrum der Armee-Einsätze auf taktischer Stufe. Sie bauen auf den im vergangenen Jahr gemeinsam von den zivilen Behörden und dem VBS erarbeiteten sieben Kernaussagen zur Beziehung zwischen der Armee und den zivilen Behörden im Bereich der inneren Sicherheit auf. Die Neuregelungen betreffen die Einsatzverantwortung der zivilen Behörden und der Armee, das Einsatzspektrum der Armee, wobei auf die Unterscheidung zwischen präventiver und dynamischer Raumsicherung zukünftig verzichtet wird, und die Einsatzarten der Armee.

06.08.2007

### FDP-POSITIONSPAPIER ZUR ARMEE UND SICHERHEITSPOLITIK

Die FDP präsentiert in Bern ein neues Positionspapier zur Sicherheitspolitik und Entwicklung der Armee. Sie stellt darin den Grundsatz «Sicherheit durch Kooperation» ins Zentrum und fordert in diesem Zusammenhang ein stärkeres Engagement für die militärische Friedensförderung im Ausland und die Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der EU. Im Weiteren verlangt die FDP eine Verdoppelung des Anteils der Durchdiener zur Erhöhung der Reaktions- und Leistungsfähigkeit der Armee.

07.08.2007

### WIRTSCHAFTSMINISTERIN LEUTHARD IN INDIEN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, befindet sich auf einer Wirtschaftsmission in Indien, wo sie in New Delhi Gespräche mit dem Handels- und Industrieminister Kamal Nath sowie mit dem Finanzminister Palaniappan Chidambaram führt. Im Rahmen ihres Zusammentreffens unterzeichnen Leuthard und Nath ein Protokoll, das die Schaffung einer Arbeitsgruppe im Bereich des Schutzes von geistigem Eigentum vorsieht. Thematisiert werden unter anderem auch die Rahmenbedingungen und Anliegen der Schweizer Unternehmen vor Ort. Die Wirtschaftsmission Leuthards steht im Rahmen der Strategie, den Kontakt der Schweiz mit den wichtigsten Transformationsländern – Brasilien, Russland, Indien und China – zu intensivieren.



09.08.2007

#### **ARMEE-EINSATZ NACH DEN UNWETTERN**

Nach den heftigen Niederschlägen in weiten Teilen der Deutsch- und der Westschweiz in der Nacht auf den 9. August leistet die Armee Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Kantone. Auch die armeeeigene Infrastruktur ist vom Hochwasser betroffen; die Schäden können jedoch dank der frühzeitigen Alarmierung und den eingeleiteten Massnahmen in Grenzen gehalten werden.

16.08.2007

#### **PRÄSENTATION DES ARMEE-AUFKLÄRUNGSDETACHEMENTS 10**

Das Armee-Aufklärungsdetachment 10 (AAD 10), das seit dem 1. August 2007 mit einem Teilbestand für Sonderoperationen in Krisensituationen zur Verfügung steht, wird in Isone erstmals den Medien vorgestellt. Die Aufgaben dieses Verbandes umfassen – gemäss der Verordnung vom 3. Mai 2006 – den Schutz von Schweizer Personen und Sachen im Ausland bei erhöhter Bedrohung, die Evakuierung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern aus Krisengebieten sowie die Beschaffung von wichtigen Informationen in diesem Rahmen. Das AAD 10 stellt laut Korpskommandant Luc Fellay eine Antwort auf moderne Bedrohungsszenarien dar und bietet der Armee ein Instrument für besonders anforderungsreiche Aktionen.

20.08.2007 bis 21.08.2007

#### **VIZEMINISTERIN FÜR AUSLANDKONGOLESSEN IN BERN**

Die Vizeministerin für Auslandkongolesen, Colette Tshomba Ntundu, trifft im Rahmen eines offiziellen Arbeitsbesuches in Bern mit Vertretern des EDA und des BFM zusammen. Der Besuch dient der Fortsetzung des Migrationsdialogs zwischen den beiden Ländern, den der Direktor des BFM, Eduard Gnesa, bei seinem Aufenthalt in der Demokratischen Republik Kongo im Mai dieses Jahres aufgenommen hat. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen, die Menschenrechtssituation im Osten der Demokratischen Republik Kongo sowie die Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit im Bereich Rückkehr und Reintegration von abgewiesenen Asylsuchenden.

23.08.2007

#### ERNENNUNG CARLA DEL PONTES ZUR BOTSCHAFTERIN IN ARGENTINIEN

Der Bundesrat ernennt die gegenwärtige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, Carla Del Ponte, zur ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafterin der Schweiz in Argentinien. Del Ponte wird ihr neues Amt im Januar 2008 nach Ablauf ihres Mandats am Uno-Kriegsverbrechertribunal antreten.

24.08.2007

#### RESULTATE DER TRENDUMFRAGE «SICHERHEIT 2007»

Unter dem Titel «Sicherheit 2007» veröffentlichen das *Center for Security Studies* der ETH Zürich und die Militärakademie an der ETH Zürich die Ergebnisse der alljährlichen Trendumfrage über das Sicherheitsbefinden der Schweizerinnen und Schweizer. Diese entsprechen weitgehend den Ergebnissen der letztjährigen Trendanalyse. So fühlt sich die grosse Mehrheit der Schweizer und Schweizerinnen sicher, und die Zukunft der Schweiz wird optimistisch beurteilt. Dem Bundesrat, Parlament und der Wirtschaft wird allgemein hohes Vertrauen entgegengebracht. In Bezug auf die aussenpolitische Situation wird der bilaterale Weg mit der EU mehrheitlich begrüsst, und auch die Zusammenarbeit mit der Uno findet Unterstützung. Eine militärische Kooperation mit der Nato oder der EU kann sich jedoch weiterhin nur eine Minderheit vorstellen, und das Neutralitätsprinzip ist bei neun von zehn Befragten nach wie vor unumstritten. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben das Sicherheitsempfinden der meisten Befragten nicht stark beeinträchtigt; allerdings schätzen 40 Prozent die Terrorgefahr auch für die Schweiz als realistisch ein. Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit werden jedoch unterschiedlich bewertet. Gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist die Zahl jener, welche die Armee als nötig betrachten. Ebenfalls zurückgegangen ist die Unterstützung für militärische Auslandseinsätze.

27.08.2007 bis 30.08.2007

#### BOTSCHAFTERKONFERENZ 2007 IN BERN

Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter der Schweiz im Ausland – Botschafterinnen und Botschafter, Generalkonsulinnen und Generalkonsuln sowie Leiterinnen und Leiter der Deza-Kooperationsbüros – nehmen an der dreitägigen Botschafterkonferenz in Bern teil. Unter der Leitung von Bundespräsidentin Micheline

Calmy-Rey, der Vorsteherin des EDA, werden Dossiers der Schweizer Aussenpolitik sowie zentrale departementsinterne Fragen im Plenum und in Arbeitsgruppen behandelt. Themen sind die geographische und sektorielle Koordination der Aussenpolitik zwischen dem EDA und den übrigen Departementen, die laufende Reorganisation des Aussennetzes sowie der Finanzdruck. Calmy-Rey verspricht, sich für finanzielle Verbesserungen zugunsten des diplomatischen Dienstes einzusetzen, verteidigt aber auch die Reorganisation ihres Departementes und betont, dass diese Reformen nichts an der Verteilung des Personals zwischen Ausland und Zentrale ändern werden.

27.08.2007 bis 05.09.2007

#### **EINSATZ DER ARMEE UND DER DEZA BEI WALDBRÄNDEN IN GRIECHENLAND**

Die Task Force «Pelo» der Schweizer Armee steht mit vier Super Pumas und insgesamt 39 Personen des VBS auf der griechischen Halbinsel Peloponnes im Einsatz. In rund 500 Löscheinsätzen helfen sie, die verheerenden Waldbrände einzudämmen. Ebenfalls im Einsatz stehen drei humanitäre Spezialisten der Deza, die im zivil-militärischen Bereich und in der Logistik Unterstützung bieten sowie Abklärungen zur Vorsorge von Brandfällen treffen.

27.08.2007 bis 28.08.2007

#### **INSPEKTEUR DES DEUTSCHEN HEERES BESUCHT DIE SCHWEIZ**

Auf Einladung des Kommandanten Heer, Korpskommandant Luc Fellay, weilt der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde, zu einem zweitägigen Besuch in der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche stehen der Entwicklungsschritt 2008/2011 und die Zusammenarbeit in der Ausbildung.

29.08.2007

#### **TEILREVISION DER NACHRICHTENDIENSTVERORDNUNG UND DER VERORDNUNG ÜBER DIE ELEKTRONISCHE KRIEGFÜHRUNG**

Der Bundesrat stimmt einer Teilrevision der Verordnung über die Nachrichtendienste im VBS (VND) sowie der Verordnung über die elektronische Kriegführung (VEKF) zu. Die Teilrevisionen betreffen die Zuständigkeiten innerhalb der Nachrichtendienste und sollen deren politische Führung stärken. Neu soll der Bundesrat und nicht mehr der Sicherheitsausschusses des Bundesrates für bestimmte Geschäfte zuständig sein.

31.08.2007 bis 02.09.2007

#### BUNDESRAT LEUENBERGER AN EU-UMWELTMINISTERTREFFEN

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, nimmt an einem informellen EU-Umweltministertreffen in Lissabon teil. Die Teilnehmenden aus der EU, der EFTA, den EU-Beitrittskandidatenländern und Nordafrika erörtern die effiziente Nutzung der Ressource Wasser, insbesondere im Hinblick auf Dürre und Wasserknappheit. Die Schweiz sieht sich als «Wasserschloss Europas» auch auf internationaler Ebene verantwortlich für den Schutz und die Nutzung des Wassers. Leuenberger legt in diesem Zusammenhang den Zustand und das Management der Wasserressourcen in der Schweiz dar, weist auf Herausforderungen hin und skizziert Lösungsvorschläge.

31.08.2007

#### BUNDESRAT SCHMID IN KOSOVO

Bundesrat Schmid, Vorsteher des VBS, weilt für einen eintägigen Besuch in Kosovo, wo er in Pristina an der Kommandoübernahme des neuen Kommandanten der Kfor teilnimmt und Gespräche mit dem neuen französischen Verteidigungsminister Hervé Morin, dem deutschen Amtskollegen Franz Josef Jung und dem Präsidenten des Kosovo führt. In seinem Treffen mit dem kosovarischen Präsidenten Fatmir Sejdiu spricht sich Schmid für die Umsetzung des Ahtisaari-Plans aus, der die Unabhängigkeit der serbischen Provinz unter internationaler Beobachtung vorsieht.

31.08.2007

#### MEMORANDUM OF UNDERSTANDING MIT ÄGYPTEN UNTERZEICHNET

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, unterzeichnet im Anschluss an ein Arbeitsgespräch mit der ägyptischen Ministerin für internationale Zusammenarbeit, Fayza Abounaga, ein *Memorandum of Understanding* (MoU) über die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. Das MoU knüpft an das am WEF 2007 in Davos unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen Ägypten und der EFTA an. Es sieht Massnahmen vor, die Ägypten helfen sollen, stärker vom Freihandelsabkommen mit der EFTA zu profitieren und in Übereinstimmung mit den europäischen Normen produzieren und exportieren zu können.

01.09.2007 bis 02.09.2007

#### **GESPRÄCHE USA-NORDKOREA IN GENÈVE**

Die USA und Nordkorea führen in Genf bilaterale Gespräche über die vollständige Einstellung des nordkoreanischen Atomprogramms. Nordkorea erklärt sich an dem Treffen bereit, sämtliche Atomanlagen bis Ende Jahr still- und alle Programme zur Entwicklung von Nuklearwaffen offenzulegen. Die Details der Umsetzung werden Gegenstand der Gespräche der Sechsergruppe (USA, Nordkorea, Südkorea, China, Japan und Russland) sein, die im Laufe des Septembers in Peking stattfinden sollen.

02.09.2007 bis 08.09.2007

#### **ANGEHENDE DEUTSCHE MILITÄRÄRZTE AUF STUDIENREISE IN DER SCHWEIZ**

Auf Einladung von Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS, weilt eine Gruppe von Sanitätsoffiziersanwärtern der deutschen Bundeswehr in der Schweiz. Im Rahmen der Studienreise der künftigen Militärärzte vermitteln Spezialisten der Schweizer Armee fachspezifische Inhalte, die durch praktische Arbeiten vertieft werden. Ausserdem stehen Besuche in der ganzen Schweiz und die Besichtigung diverser Leistungen des Sanitätsdienstes der Schweizer Armee auf dem Programm. Die angehenden Militärärzte sind während des gesamten Aufenthalts in Andermatt stationiert.

03.09.2007 bis 04.09.2007

#### **BUNDESRAT BLOCHER AN TREFFEN IN WEIMAR**

Bundesrat Blocher, Vorsteher des EJPD, nimmt an dem jährlich stattfindenden Ministertreffen zwischen Deutschland, Österreich, dem Fürstentum Liechtenstein sowie der Schweiz teil. Im Zentrum des Austausches zwischen Blocher, dem deutschen Innenminister Wolfgang Schäuble, dem österreichischen Innenminister Günther Platter sowie Rita Kieber-Beck, der Aussenministerin des Fürstentums Liechtensteins, steht die Sicherheitszusammenarbeit, insbesondere die Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität. In diesem Zusammenhang gründen sie eine Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung. Im Hinblick auf die Euro 08 unterzeichnen Blocher und Platter ein Abkommen zur Vereinfachung des Einreiseverfahrens für visumspflichtige Besucherinnen und Besucher. Ebenfalls diskutiert werden die Umsetzung des Schengen/Dublin-Abkommens in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein sowie der Vertrag von

Prüm zum grenzüberschreitenden Austausch und Abgleich von DNA-, Fingerabdruck- und Halterdaten, den Deutschland und Österreich unterzeichnet haben. Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein prüfen derzeit, ob und in welcher Form eine Beteiligung an diesem Vertrag sinnvoll ist.

05.09.2007

#### **BUNDESRAT BEWILLIGT AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL**

Der Bundesrat bewilligt ein Ausfuhrgesuch von Kriegsmaterial nach Südkorea. Vorgesehen ist die Lieferung von Treibladungspulver und Ersatzteilen zu Lenk- waffen. Die jüngsten Entwicklungen in Nord- und Südkorea in Bezug auf die Normalisierung der Beziehung zwischen den beiden Staaten – für Oktober 2007 haben die beiden Staatschefs ein Gipfeltreffen vereinbart – sprechen laut EVD für die positive Stellungnahme der Schweiz. Im Juni 2005 hatte der Bundesrat eine Praxisänderung gegenüber Südkorea eingeleitet; zuvor waren Gesuche für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südkorea abgelehnt worden.

05.09.2007

#### **SCHWEIZER HILFE BEIM AUFBAU VON STRUKTUREN IM SÜDSUDAN**

Der Bundesrat bewilligt den vom VBS und EDA beantragten Einsatz von zivilen Experten aus dem VBS im Südsudan. Nachdem die Schweiz eine bedeutende Rolle in der Vermittlung eines Waffenstillstandes zwischen der Sudanesischen Volksbe- freiungsarmee (SPLA) und den sudanesischen Regierungstruppen im Jahr 2002 ge- spielt hat, will sie nun mit Expertenwissen in den Bereichen des humanitären Völ- kerrechts, des Kriegsvölkerrechts, der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, des Disziplinarstrafrechts, der Sanitätsausbildung sowie des Managements in Logistik, Administration und Kommunikation zum Aufbau staatlicher Strukturen im süd- sudanesischen Sicherheitssektor beitragen. Der zeitlich unbefristete Einsatz sieht ein Team von maximal drei Personen vor, das ständig vor Ort ist und je nach Bedarf kurzfristig mit weiteren Experten verstärkt werden kann. Obwohl die Experten aus dem VBS rekrutiert werden, handelt es sich um einen zivilen Friedensförderungs- einsatz im Sinne des Bundesgesetzes über Massnahmen zur zivilen Friedensförde- rung und Stärkung der Menschenrechte.

05.09.2007

### **VERÖFFENTLICHUNG DES GPK-BERICHTS ÜBER DIE STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDEN DES BUNDES**

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) veröffentlicht ihren Bericht zur Funktion der Strafverfolgungsbehörden des Bundes. Der Bericht beleuchtet einerseits Fragen des Zusammenwirkens zwischen dem EJPD und der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts als administrative und fachliche Aufsichtsbehörden über die Bundesanwaltschaft sowie Fragen zum Rücktritt von Bundesanwalt Roschacher im Sommer 2006. Die GPK-N gelangt zum Schluss, dass der EJPD-Vorsteher, Bundesrat Christoph Blocher, das Arbeitsverhältnis mit Roschacher auflöste, ohne dass Kündigungsgründe im Sinne des Personalgesetzes vorlagen. Ausserdem sei die dem Bundesanwalt ausbezahlte Abgangsentschädigung ohne entsprechende gesetzliche Grundlage erfolgt. Damit habe Blocher seine Kompetenzen überschritten, da die Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit dem Bundesanwalt allein in der Zuständigkeit des Gesamtbundesrates liegt, und in die Unabhängigkeit des Bundesanwaltes eingegriffen. Die GPK-N kritisiert ausserdem, dass der Bundesrat seine Verantwortung als Wahl- und Aufsichtsbehörde des Bundesanwalts nicht wahrgenommen habe, obwohl es seit längerem Anzeichen für Konflikte zwischen dem EJPD-Vorsteher und der Bundesanwaltschaft gegeben habe. Die GPK-N empfiehlt, die administrative und fachliche Aufsicht über die Bundesanwaltschaft künftig zu trennen, um damit die Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft sicherzustellen.

06.09.2007

### **PROJEKT ONYX REALISIERT**

Das VBS teilt mit, dass die Realisierung des Funkaufklärungssystems Onyx nach neunjähriger Entwicklungszeit abgeschlossen wurde. Onyx wurde im Jahr 1997 vom Bundesrat mit dem Ziel lanciert, die Aufklärung von Satellitenkommunikation voranzutreiben. Das moderne Funkaufklärungssystem ermöglicht den Empfang internationaler ziviler und militärischer Kommunikationen, die über Satelliten abgewickelt werden, und liefert dadurch den obersten Bundesbehörden, insbesondere dem Strategischen Nachrichtendienst des VBS, Informationen zur Beurteilung und Entscheidungsfindung im Bereich der Sicherheitspolitik.

07.09.2007 bis 08.09.2007

#### STELLVERTRETENDER KOMMANDANT DER US-STREITKRÄFTE IN DER SCHWEIZ

Korpskommandant Christophe Keckeis, Chef der Armee, empfängt General William E. Ward, den stellvertretenden Kommandanten der US-Streitkräfte in Europa, zu einem zweitägigen Besuch in der Schweiz. Auf der Agenda stehen eine Besichtigung des Infanterie-Trainingszentrums des Heeres in Walenstadt sowie ein Höflichkeitsbesuch bei Bundesrat Samuel Schmid, dem Vorsteher des VBS. Weiter führt General Ward Fachgespräche zu den Themen Streitkräfteentwicklung, Friedensförderung und Luftsicherheit. Im Hinblick auf seine künftige Funktion als Kommandant der amerikanischen Streitkräfte in Afrika trifft er sich ausserdem mit Vertretern des EDA zu einem Gedankenaustausch.

10.09.2007

#### AUSDEHNUNG DER ERMITTLUNGEN IM RÜTLI-SPRENGSTOFFDELIKT

Die Bundesanwaltschaft dehnt die Strafuntersuchung im Zusammenhang mit dem am 1. August 2007 auf dem Rütli verübten Sprengstoffdelikt aus. Sie sieht einen materialtechnischen Zusammenhang zwischen dem Anschlag während der Bundesfeier und den Sprengstoffanschlägen auf Einrichtungen von drei politischen Exponenten der Rütli-Feier – des Urner Sicherheitsdirektors Josef Dittli, der Präsidentin der Rütlikommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Judith Stamm, sowie von Nationalrat Edi Engelberger – am 4. September 2007. Die Ermittlungen in den zwei Fällen werden nun zusammengelegt; die Täterschaft des Anschlages wird in rechtsextremen Kreisen vermutet.

10.09.2007 bis 13.11.2007

#### MITARBEITER VON LABOR SPIEZ LEITET UNO-UNTERSUCHUNG

Stefan Mogl, Chef Chemie im Labor Spiez, leitet als unabhängiger Experte eine Untersuchung der Uno an deren Hauptsitz in New York. Gemeinsam mit einer amerikanischen Expertin und dem Uno-Untergeneralsekretär für Sicherheit klärt er verschiedene offene Fragen im Zusammenhang mit Proben, die im August in Büros der *United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission* (Unmovic) gefunden wurden. Dabei handelte es sich um Substanzen, welche ein Team der Vorgängermission, der *UN Special Commission* (Unscm), 1996 in einer irakischen Waffenfabrik beschlagnahmt hatte und die elf Jahre später bei der Räumung von Büros und Archiven der Unmovic in New York wieder entdeckt



wurden. Die Proben erwiesen sich als ungefährliche organische Lösungsmittel und andere Komponenten. In einem Bericht zuhanden des Chef de Cabinet des Uno-Generalsekretärs unterbreitet der Untersuchungsausschuss eine Reihe von Empfehlungen zur Verhinderung ähnlicher Vorfälle in der Zukunft.

10.09.2007

#### **SLOWENISCHER VERTEIDIGUNGSMINISTER IN DER SCHWEIZ**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, empfängt in Bern den slowenischen Verteidigungsminister Karl Erjavec, der für einen zweitägigen Besuches in der Schweiz weilt. Im Rahmen der Gespräche wird unter anderem die militärische Zusammenarbeit diskutiert, die beide Seiten intensivieren wollen.

11.09.2007

#### **KOLUMBIANISCHER AUSSENMINISTER IN DER SCHWEIZ**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den Aussenminister der Republik Kolumbien, Fernando Araujo Perdomo, in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen, die vor allem auf diplomatischer und wirtschaftlicher Ebene intensiviert werden sollen. Zurzeit laufen in verschiedenen Bereichen Verhandlungen über Abkommen, so ein Investitionsabkommen, ein Doppelbesteuerungsabkommen, ein Freihandelsabkommen mit der EFTA, ein Abkommen zur Erleichterung der Rechtshilfe in Strafsachen sowie ein Kulturgüterschutzabkommen. Die Schweiz und Kolumbien streben weiter eine intensivere Zusammenarbeit im Wissenschafts-, Technologie- und Migrationsbereich an. Die Bundespräsidentin bekräftigt ausserdem die seit Jahren laufenden Vermittlungsbemühungen der Schweiz im Konflikt mit der Farc.

12.09.2007

#### **ERNENNUNG DES STELLVERTRETERS DES CDA**

Der Bundesrat ernennt Brigadier André Blattmann zum Stellvertretenden des Chefs der Armee und befördert ihn zum Divisionär. Blattmann wird die Stelle per 1. Januar 2008 übernehmen.

12.09.2007

### FRIEDENSFÖRDERUNGSEINSATZ VON SCHWEIZER MILITÄRBERATERN IN BURUNDI

Der Bundesrat bewilligt die Entsendung von bis zu vier unbewaffneten Schweizer Militärberatern in die Uno-Mission in Burundi. Die Entsendung erfolgt auf eine formelle Anfrage des *Department of Peacekeeping Operations* (DPKO) an die Schweizer Mission bei der Uno in New York. Die Uno stationierte im Juni 2004 eine Blauhelm-Mission (ONUB) in Burundi zur Überwachung des 2003 vereinbarten Waffenstillstandsabkommens. Seit Anfang 2007 gehören der ONUB auch Militärberater an. Die Aufgaben der unbewaffneten Militärbeobachter umfassen Funktionen in den Bereichen bi- und multilaterales Projektmanagement, Beobachterausbildung und Ausbildungs-Controlling. Grundlage für den Einsatz von Schweizer Militärberatern ist die Resolution 1719 des Uno-Sicherheitsrates vom 25. Oktober 2006.

12.09.2007

### STAATSVETRAG ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND ÖSTERREICH

Der Bundesrat stimmt einem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Österreich zu, der eine engere Kooperation der beiden Staaten bei der Luftraumüberwachung ermöglichen soll. Der Vertrag mit Österreich steht in einer Reihe von entsprechenden Abkommen, welche die Schweiz mit Frankreich, Italien und Deutschland abgeschlossen hat. Mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Sicherung des Luftraums gegen nicht-militärische Bedrohungen soll der Gefahr von Terroranschlägen, wie sie am 11. September 2001 in den USA geschehen sind, begegnet werden. Die Zusammenarbeit mit Österreich umfasst insbesondere den gegenseitigen Informationsaustausch, jedoch keine grenzüberschreitenden Luftpolizeieinsätze, wie dies in den Abkommen mit den übrigen Nachbarstaaten der Fall ist.

13.09.2007

### ITALIENISCHER AUSSENMINISTER IN BERN

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, empfangen den italienischen Aussenminister und Vizepräsidenten des Ministerrats, Massimo D'Alema, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Im Zentrum der Gespräche stehen die Arbeiten an den grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten – der Lötschbergbasistunnel und

die neue S-Bahn-Linie Mendrisio-Varese. Calmy-Rey und D'Alema unterzeichnen ausserdem eine gemeinsame Erklärung, die eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in der Form von regelmässigen Treffen und der Entwicklung neuer Projekte in Bereichen von gemeinsamem Interesse vorsieht. Dazu gehören die europäische Integration, die Vereinten Nationen, das humanitäre Völkerrecht, die Partnerschaft für den Frieden (PfP), der Balkan und der Nahe Osten sowie die kulturelle Zusammenarbeit.

14.09.2007

#### **JAHRESKONFERENZ DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT 2007**

Unter dem Motto «Jugend und Entwicklung: Die Chance nutzen – jetzt!» präsentiert die Deza an der Jahreskonferenz der Entwicklungszusammenarbeit 2007, die von Deza und Seco durchgeführt wird, ihre neue Jugend-Politik. Dabei stehen drei Ziele im Vordergrund: die Unterstützung der Jugendlichen bei der Entfaltung ihrer Potenziale, die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und die Erhöhung ihrer Mitsprachemöglichkeiten bei politischen Entscheidungsprozessen. An der eintägigen Konferenz debattieren Jugendliche sowie politische Vertreter aus der Schweiz und Burkina Faso, dem diesjährigen Partnerschaftsland, über entwicklungspolitische Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze.

18.09.2007

#### **BUNDES RAT BLOCHER AN DER SITZUNG DES GEMISCHTEN SCHENGEN-AUSSCHUSSES**

Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, nimmt an der Sitzung des gemischten Schengen-Ausschusses der Justiz- und Innenminister in Brüssel teil. Er weist darauf hin, dass die Schweiz eine rasche Ratifizierung der Assoziierung der Schweiz an die Abkommen von Schengen und Dublin durch die EU begrüssen würde. Die operative Anbindung der Schweiz an den Schengen/Dublin-Raum, insbesondere an die Schengener Fahndungsdatenbank, wird erst nach der Ratifizierung und einer anschliessenden Evaluation durch die EU möglich sein. Damit die Beteiligung an Schengen/Dublin möglichst rasch umgesetzt werden kann, hat der Bundesrat am 16. Mai 2007 beschlossen, sich dem «SISone4all», einer Übergangslösung der Schengener Fahndungsdatenbank, anzuschliessen und zu einem späteren Zeitpunkt auf die Version SIS II umzustellen.

19.09.2007

#### RAHMENKREDIT FÜR ZIVILE FRIEDENSFÖRDERUNG

Der Ständerat bewilligt einstimmig den vom Bundesrat beantragten Rahmenkredit von 240 Millionen Franken für die Weiterführung von Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte in den Jahren 2008 bis 2011.

20.09.2007

#### SICHERHEITSPOLITISCHE BESCHLÜSSE DES STÄNDERATES

Der Ständerat genehmigt das Rüstungsprogramm 2007. Ebenso nimmt er die Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates zur Verdoppelung der Kapazitäten für Auslandseinsätze der Armee bis 2010, die am 26. März 2007 eingereicht worden war, an. Die Parlamentarische Initiative der freisinnig-demokratischen Fraktion zur Verdoppelung der Anzahl Durchdiener, eingereicht am 20. März 2006, lehnt der Rat allerdings ab.

20.09.2007

#### AKADEMIE FÜR HUMANITÄRES VÖLKERRECHT UND MENSCHENRECHTE IN GENÈVE

Die Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, nimmt an der Eröffnung der Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte in Genf teil. Die neue Akademie, die das *Centre universitaire de droit international humanitaire* ablöst, ergänzt den 2006 geschaffenen Lehrstuhl für Menschenrechte am *Institut universitaire de hautes études internationales* (IUHEI) in Genf und soll zur Entwicklung eines Kompetenzzentrums im Bereich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte beitragen.

21.09.2007

#### BUNDESRAT VERABSCHIEDET BERICHT ÜBER DIE VERTEIDIGUNGSATTACHÉS

Der Bundesrat verabschiedet seinen Bericht an die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) über die Verteidigungsattachés (VA). Der Bericht wurde in der Folge der Inspektion der GPK-N und des entsprechenden Berichts vom 23. Mai 2006 erstellt und ersetzt die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 2006. In dem Bericht nimmt der Bundesrat Stellung zum heutigen System der VA. Er kommt zum Schluss, dass das Instrument der VA zur Wahrung der sicherheitspolitischen und militärischen Interessen der Schweiz unverzichtbar

ist. Allerdings sieht er bei gewissen Aspekten Handlungsbedarf und hat zu diesem Zweck verschiedene Massnahmen getroffen, welche die Effizienz des Dienstes der VA nachhaltig steigern sollen.

21.09.2007

#### **BUNDESRAT VERABSCHIEDET BOTSCHAFT ZUM BEITRITT ZUM UNO-ABKOMMEN GEGEN KORRUPTION**

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zum Beitritt der Schweiz zum Uno-Übereinkommen gegen Korruption. Das Übereinkommen sieht eine verstärkte Bekämpfung der Korruption auf globaler Ebene vor. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, verschiedene Formen der Korruption zu bestrafen. Da das geltende schweizerische Recht den Anforderungen des Übereinkommens bereits genügt, sind keine Anpassungen der Gesetze notwendig.

23.09.2007 bis 26.09.2007

#### **BINATIONALE FLIEGERABWEHR-KAMPAGNE AUF KRETA**

Die Schweizer Fliegerabwehr führt mit der Deutschen Luftwaffe ein gemeinsames Fliegerabwehrschiessen auf dem Schiessplatz NAMFI (*Nato Missile Firing Installation*) auf Kreta, Griechenland, durch. Das Schweizer Detachement umfasst 60 Personen und hatte sich nach der Ausbildung in der Schweiz in Bayern mit dem deutschen Partnerverband auf das taktische Schiessen vorbereitet. Die binationale Schiesskampagne «*Open Spirit*» in Kreta ermöglicht einerseits das Überprüfen von zentralen Aspekten der Einsatz- und Ausbildungsdoktrin der Schweizer Fliegerabwehr, andererseits können Erfahrungswerte in der bilateralen Zusammenarbeit gewonnen werden. Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, stattet den Truppen auf Kreta am 25. September 2007 einen Besuch ab.

23.09.2007 bis 26.09.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY AN DER UNO-GENERALVERSAMMLUNG**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, nimmt an der 62. Uno-Generalversammlung in New York teil. In ihrer Rede äussert sie sich zu verschiedenen internationalen Themen und Konflikten und fordert die Uno-Mitgliedstaaten auf, ihre politische Verantwortung in den grossen globalen Krisen wahrzunehmen sowie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu respektieren. Ferner betont Calmy-Rey die Dringlichkeit einer Reform des Sicherheitsrates. Am Rand

der Generaldebatte führt Calmy-Rey Gespräche mit dem Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon, dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und dem syrischen Aussenminister Walid al-Muallim. Mit dem chinesischen Aussenminister Yang Jiechi unterzeichnet Calmy-Rey ein *Memorandum of Understanding* zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Am 24. September nimmt Calmy-Rey ausserdem an einem hochrangigen Treffen zum Klimawandel teil.

24.09.2007 bis 01.10.2007

#### SCHWEIZER LUFTWAFFE IN NORWEGEN

Die Schweizer Luftwaffe nimmt mit vier F/A-18-Kampffjets an der multinationalen Übung «*Arctic Tiger 2007*» in Örand, Norwegen, teil. An der Luftverteidigungsübung wirken neben dem Gastgeberland Norwegen auch Staffeln der Luftwaffen Belgiens, Frankreichs, der Türkei, Grossbritanniens, Griechenlands, Spaniens, Tschechiens und Deutschlands sowie der Nato mit. Die Übung gibt den Teilnehmern der Schweizer Luftwaffe – 13 Piloten und 24 Mitglieder der Bodencrew – Gelegenheit, ihre Kenntnisse im Bereich Luftverteidigung im Verbund zu vertiefen.

24.09.2007

#### BUNDESRAT MORITZ LEUENBERGER AN UNO-KLIMAKONFERENZ

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Uvek, nimmt auf Einladung von Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon an einer hochrangigen Klimakonferenz in New York teil. Die eintägige Zusammenkunft, welche einen Tag vor der Eröffnung der Uno-Generalversammlung stattfindet, vereint rund 70 Staats- und Regierungschefs. Sie dient der Vorbereitung der Klimakonferenz in Bali im kommenden Dezember und soll der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gegen die Klimaerwärmung Impulse verleihen. In seiner Erklärung vor der Versammlung ruft Bundesrat Leuenberger sämtliche Staaten dazu auf, ihre Treibhausgasemissionen zu senken, und schlägt die Einführung einer weltweiten CO<sub>2</sub>-Abgabe vor. Ebenfalls im Rahmen der Klimakonferenz leitet Leuenberger ein Treffen der sogenannten Umweltgruppe, welcher Staats- und Regierungschefs aus dem Fürstentum Liechtenstein, Südkorea und Mexiko angehören. Ziel der Gruppe ist es, durch die Erarbeitung konsensfähiger Positionen die internationalen Klimaverhandlungen voranzubringen.

24.09.2007 bis 05.10.2007

#### EUROPÄISCHER ANTI-FOLTER-AUSSCHUSS IN DER SCHWEIZ

Eine Delegation des «Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe» weilt für einen zweiwöchigen Besuch in der Schweiz, wo sie verschiedene Strafanstalten und Polizeigefängnisse inspiziert. Dabei findet sie keine Hinweise auf Folter oder schwere Misshandlungen, wie sie den Vertretern des Bundes und der besuchten Kantone mitteilt. Diesen Befund sowie Empfehlungen zur Verbesserung der Haftbedingungen wird der Ausschuss nun noch in einem Bericht zuhanden des Bundesrates darlegen. Der Ausschuss, der die Schweiz seit 1991 viermal besucht hat, stützt sich auf das «Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe», das von allen Mitgliedstaaten des Europarates ratifiziert worden ist.

25.09.2007

#### ZWEITE VERHANDLUNGSRUNDE SCHWEIZ-EU ZUR AUSWEITUNG DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Die Schweiz und die EU führen in FÜRigen am Vierwaldstättersee die zweite Verhandlungsrunde über die Ausweitung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien durch. Im Zentrum der Verhandlungen stehen die Ausgestaltung der Übergangsperiode und die Geltungsdauer der besonderen Schutzklausel (Ventilklausel) im Zusammenhang mit der Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes für die beiden neuen EU-Staaten.

27.09.2007

#### NATIONALRAT BEWILLIGT RAHMENKREDIT FÜR GENFER ZENTREN

Der Nationalrat genehmigt den Rahmenkredit von 148 Millionen Franken für die Unterstützung der drei Genfer Zentren und des *Center for Security Studies* der ETH Zürich während des Zeitraums von 2008 bis 2011. An derselben Sitzung stimmt der Nationalrat dem Bundesbeschluss über das Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit des Luftraums bei Bedrohungen durch zivile Luftfahrzeuge zu. Ebenfalls heisst der Rat die drei Bundesbeschlüsse über die Assistenzdienste der Armee gut. Sie ermöglichen in den nächsten vier Jahren die reduzierte Weiterführung von Einsätzen zur Botschaftsbewachung, zur Verstärkung des Grenzwachtkorps sowie

für Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr. Der Rat befürwortet ausserdem eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates (SIK-SR) zur Aufbewahrung von Taschenmunition im Zeughaus; ebenso nimmt er die Motion der SIK-SR zur Schaffung eines Sicherheitsdepartements an.

28.09.2007

#### **BUNDESRAT VERABSCHIEDET BOTSCHAFT ZU POLIZEIABKOMMEN MIT BOSNIEN-HERZEGOWINA**

Der Bundesrat verabschiedet eine Botschaft zur Genehmigung eines bilateralen Polizeiabkommens zwischen der Schweiz und Bosnien-Herzegowina, das die bestehende polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten vertiefen soll. Das Abkommen wurde am 14. Februar 2007 vom Bundesrat gutgeheissen und am 24. April 2007 von Bundesrat Christoph Blocher, dem Vorsteher des EJPD, und dem bosnischen Sicherheitsminister Tarik Sadović unterzeichnet. Es regelt den Informationsaustausch und die Koordination operativer Einsätze und ermöglicht bei Bedarf die Einrichtung gemeinsamer Arbeitsgruppen sowie die Unterstützung im Bereich Aus- und Weiterbildung.

01.10.2007 bis 02.10.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN BRÜSSEL**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, trifft in Brüssel mit dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, zu einem Arbeitsessen zusammen. Thema sind die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Dabei vereinbaren sie die Aufnahme des sogenannten «Dialogs» über die Steuerkontroverse für Mitte November. Ausserdem sollen die Verhandlungen über ein bilaterales Strommarktabkommen am 8. November beginnen. Anschliessend führt Calmy-Rey ein Gespräch mit Javier Solana, dem Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik.

02.10.2007

#### **NEUER CHEF DER OSZE-MISSION IN KOSOVO ERNANNT**

Das EDA begrüsst die Ernennung des Schweizer Diplomaten Tim Guldemann durch die OSZE zum neuen Chef der OSZE-Mission in Kosovo. Guldemann steht seit 1982 im Dienst des EDA, ist aber seit Mitte 2004 beurlaubt und als Professor



für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt tätig. Als neuer OSZE-Missionschef wird Guldemann gleichzeitig Stellvertreter des Leiters der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen in Kosovo (Unmik).

03.10.2007

#### **BADEN-WÜRTTEMBERGS MINISTERPRÄSIDENT IN DER SCHWEIZ**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt in Bern den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Günther Oettinger, zu einem Höflichkeitsbesuch. Im Rahmen der Gespräche werden vor allem die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die Probleme im Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich thematisiert. Beim deutschen Bundesland handelt es sich um einen der wichtigsten Handelspartner der Schweiz, und die Schweiz gehört zu den grössten Direktinvestoren in Baden-Württemberg.

04.10.2007

#### **EINSATZBEGINN DES 17. SWISSCOY-KONTINGENTS**

Das neue Swisscoy-Kontingent tritt in Kosovo seinen Friedensförderungseinsatz zugunsten der *Kosovo Force* (Kfor) an. Es löst das vorgängige Kontingent, das am 5. Oktober 2007 offiziell verabschiedet werden wird, ab. Das 17. Kontingent besteht aus 220 Soldaten, darunter 11 Frauen.

04.10.2007

#### **LIECHTENSTEINISCHER REGIERUNGSRAT IN DER SCHWEIZ**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, empfängt den liechtensteinischen Regierungsrat Martin Meyer zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in der Schweiz. Im Rahmen der Gespräche werden die Herausforderungen im Hinblick auf die Euro 2008, die Erkenntnisse aus der Erdbebenübung Rheintal 06 vom vergangenen Herbst sowie die bilaterale Kooperation im Bereich des Bevölkerungsschutzes erörtert.

08.10.2007 bis 09.10.2007

#### **BUNDESRAT LEUENBERGER IN ASERBAIDCHAN**

Bundesrat Leuenberger, Vorsteher des Uvek, unterzeichnet während eines zweitägigen Besuchs in Baku, Aserbaidschan, mit dem aserbaidchanischen Industrie- und

Energieminister Natig Alijev ein *Memorandum of Understanding* (MoU) im Energiebereich. Mit dem MoU soll die bilaterale Zusammenarbeit zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Erdgas und Öl intensiviert werden. Mit Aussenminister Elmar Mamedyarov schliesst Bundesrat Leuenberger zudem ein Luftverkehrsabkommen ab, das den Flugverkehr zwischen beiden Ländern erleichtern soll. Weiter unterzeichnet Leuenberger mit Verkehrsminister Ziya Mammadov ein Landverkehrsabkommen über den internationalen Personen- und Güterverkehr. Das Abkommen ist für die Schweizer Transporteure von Interesse, da in Aserbaidshan die Wirtschaft rasch wächst und das Land auf einer wichtigen Verkehrsachse liegt, die Europa mit Zentralasien und China verbindet. Nebst der Unterzeichnung der verschiedenen Abkommen trifft Bundesrat Leuenberger unter anderem mit Präsident Illham Aliyev und Premierminister Artur Rasizade zusammen.

09.10.2007

#### BUNDESRAT BLOCHER IN PARIS

Bundesrat Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft sich mit der französischen Innenministerin Michèle Alliot-Marie zu einem Arbeitsgespräch in Paris. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des schweizerisch-französischen Abkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Justiz-, Polizei- und Zollsachen unterzeichnen sie ein revidiertes Abkommen, welches das Abkommen von 1998 ersetzen soll. Das revidierte Abkommen regelt die Zusammenarbeit bei Grossereignissen, Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, gibt einen präziseren Rahmen für die grenzüberschreitende Observation und Nacheile und ermöglicht eine bessere Ahndung von Strassenverkehrsvergehen. Das Abkommen muss nun von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden, bevor es in Kraft treten kann.

09.10.2007 bis 10.10.2007

#### SCHWEIZ AN OSZE-KONFERENZ ÜBER INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG

Eine Schweizer Delegation unter der Leitung von Botschafter Anton Thalmann, Stellvertreter des Staatssekretärs im EDA, nimmt an der OSZE-Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen in Córdoba teil. Die Konferenz dient der Vertiefung der Ergebnisse der OSZE-Konferenzen von Córdoba (2005) und Bukarest (2007), an denen ebenfalls Themen der Diskriminierung und Intoleranz behandelt wurden. Botschafter Thalmann warnt an der Tagung vor steigender Intoleranz gegenüber Muslimen in Europa und plädiert für die friedliche Koexistenz von Menschen mit unterschiedlichen Religionen.

09.10.2007

### **ZUSTANDEKOMMEN DER EIDGENÖSSISCHEN VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL-EXPORTEN»**

Die Bundeskanzlei gibt das formelle Zustandekommen der am 21. September 2007 eingereichten eidgenössischen Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» bekannt. Die Initiative wird von einem 35 Organisationen umfassenden Bündnis unter der Führung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) getragen. Sie fordert ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial und besondere militärische Güter.

14.10.2007 bis 24.10.2007

### **OSZE-WAHLBEOBACHTER IN DER SCHWEIZ**

Eine Delegation von Wahlexperten der OSZE beobachtet die Vorbereitungen und Durchführung der Parlamentswahlen vom 21. Oktober 2007 in der Schweiz. Die Delegation möchte von den Erfahrungen der Schweiz profitieren und sich Know-how zur Weiterentwicklung jüngerer Demokratien im OSZE-Raum aneignen. Die Experten konzentrieren sich bei ihren Beobachtungen auf die Medien-Berichterstattung im Vorfeld der Wahlen sowie die briefliche Stimmabgabe.

17.10.2007

### **ERÖFFNUNG DES GLOBALEN HUMANITÄREN FORUMS**

In Genf wird das Globale Humanitäre Forum (GHF), das auf eine Initiative des EDA zurückgeht und unter dem Vorsitz des ehemaligen Uno-Generalsekretärs Kofi Annan steht, offiziell eröffnet. Die neue Institution versteht sich als Brückenbauerin zwischen humanitären Akteuren und Vertretern der Privatwirtschaft, Wissenschaft und Politik. Die private Stiftung will mit neuen Allianzen zur Lösung drängender Probleme beitragen. Das Forum befindet sich noch im Aufbau und wird dabei vom Bund mit 1,3 Millionen Schweizer Franken unterstützt. Der thematische Schwerpunkt des Forums liegt im ersten Jahr auf den humanitären Folgen des Klimawandels.

17.10.2007

#### **BERICHT ZUR PFLICHTLAGERPOLITIK**

Der Bundesrat nimmt den Bericht des EVD über die Pflichtlagerpolitik für die Jahre von 2008 bis 2011 zur Kenntnis. In dem Bericht wird einerseits Rechenschaft abgelegt über die Umsetzung der für die zurückliegende Periode von 2004 bis 2007 geplanten Massnahmen, andererseits wird die Ausrichtung der Pflichtlagerpolitik für die Jahre von 2008 bis 2011 dargelegt. Die Pflichtlagermengen an lebenswichtigen Gütern werden Ende 2007 einem Normalverbrauch von 3 bis 4,5 Monaten entsprechen. Das EVD legt dem Bundesrat alle vier Jahre einen Bericht über die Pflichtlagerpolitik vor.

18.10.2007

#### **UNICEF-BERICHT «KINDERHANDEL IN EUROPA»**

Das Uno-Kinderhilfswerk Unicef veröffentlicht den ersten Bericht zu Menschenhandel in Europa, der Kinder ins Zentrum rückt. Mit dem Bericht möchte Unicef die Öffentlichkeit für die bislang wenig beachtete Problematik sensibilisieren. Im gleichen Zusammenhang veröffentlicht die Schweizer Unicef-Sektion den Bericht «Kinderhandel und die Schweiz». Dieser erste umfassende Bericht zur Situation in der Schweiz in Bezug auf den Kinderhandel enthält grundlegende Vorschläge für Behörden und politische Entscheidungsträger zur Prävention und Bekämpfung des illegalen Geschäfts mit Kindern. Unicef empfiehlt der Schweiz, einen nationalen Aktionsplan für Kinderrechte zu erstellen und darin Massnahmen gegen den Kinderhandel festzulegen.

19.10.2007

#### **SCHWEIZ VERURTEILT DEN ANSCHLAG IN PAKISTAN**

Die Schweiz verurteilt in aller Schärfe den am Vortag in Karachi verübten Anschlag auf die Oppositionsführerin und ehemalige pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto, dem mehr als hundert Menschen zum Opfer fielen und der zahlreiche Verletzte forderte. Die Schweiz appelliert an die Regierung Pakistans und alle betroffenen Akteure, die Sicherheit und Stabilität wiederherzustellen, um den Demokratisierungsprozess fortsetzen und die nächsten Wahlen durchführen zu können.

20.10.2007 bis 22.10.2007

#### **BUNDESRAT HANS-RUDOLF MERZ AN BRETTON-WOODS-JAHRESTAGUNG**

Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des EFD, nimmt an der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe teil. Zentrale Themen der Tagung sind die weltwirtschaftliche Lage und der Zustand der internationalen Finanzmärkte, die Stimmrechtsreform im Währungsfonds sowie die langfristige Finanzierung des IWF. Die Stimmrechtsreform zielt auf eine angemessene Vertretung aller Länder ab, die den jüngeren weltwirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt. Merz äussert in diesem Zusammenhang den Wunsch nach einer ausgewogenen und an ökonomischen Kriterien ausgerichteten Lösung. Ziel ist, die Reform bis zur nächsten Jahrestagung im Herbst 2008 abzuschliessen.

23.10.2007

#### **SLOWENISCHER AUSSENMINISTER IN DER SCHWEIZ**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den slowenischen Aussenminister Dimitrij Rupel zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern. Calmy-Rey spricht sich für eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen im Rahmen der Kohäsionsmilliarde aus. Diese Zusammenarbeit soll in einem Rahmenabkommen zwischen den beiden Ländern geregelt werden, das bald unterschriftsreif sein soll. Daneben sprechen Calmy-Rey und Rupel vor allem über europapolitische Themen von gemeinsamem Interesse.

24.10.2007

#### **VERORDNUNG ÜBER DIE SICHERHEITSPOLITISCHE FÜHRUNG DES BUNDESRATES**

Der Bundesrat erlässt eine Verordnung über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrates, welche die Weisung von 2006 ersetzt. Die Verordnung legt die Aufgaben der verschiedenen Organe der sicherheitspolitischen Führung fest und regelt die Zuständigkeiten und Abläufe auf Bundesstufe bei Krisensituationen. Zu den wichtigsten Organen gehören der Sicherheitsausschuss und dessen Stab sowie die Lenkungsgruppe Sicherheit.

29.10.2007

#### POSITIONSPAPIER VON ECONOMIESUISSE ZUR EUROPAPOLITIK

Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, Economiesuisse, veröffentlicht ein Papier zum Stand der Beziehungen Schweiz-EU aus Sicht der Wirtschaft sowie zu den kommenden europapolitischen Herausforderungen. Economiesuisse bestätigt darin den bilateralen Weg als bewährtes Instrument der Schweizer Europapolitik und betont die Wichtigkeit der effizienten Umsetzung der bestehenden Abkommen. Der Verband sieht grundsätzlich keinen Bedarf für eine Vertiefung der Beziehungen durch neue Abkommen. Von besonderer Bedeutung für die Schweiz als Wirtschaftsstandort seien einerseits die Fortführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf die neuen Mitgliedstaaten, andererseits die Bewahrung der Vorzüge im Bereich der Unternehmensbesteuerung.

29.10.2007

#### INFORMELLES TREFFEN DER VIER STAATSOBERHÄUPTER DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, nimmt in Vaduz an einem informellen Treffen der Staatsoberhäupter Liechtensteins, Österreichs und Deutschlands teil. Die Vertreter der vier Staaten – Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Bundespräsident Heinz Fischer, Bundespräsident Horst Köhler und Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey – tauschen sich über innenpolitische und internationale Angelegenheiten aus und betonen die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Im Anschluss an das Treffen unterzeichnen Calmy-Rey und die Aussenministerin des Fürstentums Liechtenstein, Rita Kieber-Beck, ein Abkommen über die gemeinsame Finanzierung von Projekten der humanitären Hilfe in Drittländern.

29.10.2007

#### SCHWEIZ UND BRASILIEN LANCIEREN GEMEINSAME WIRTSCHAFTSKOMMISSION

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, empfängt den brasilianischen Aussenminister Celso Amorim in Bern. Gemeinsam eröffnen sie die erste Sitzung der Schweizerisch-Brasilianischen Wirtschaftskommission, die im Februar 2007 anlässlich Leuthards Wirtschaftsmission in Brasilien ins Leben gerufen worden war. Die gemischte Wirtschaftskommission

soll unter Einbezug der Privatwirtschaft die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Brasilien gemäss der vom Bundesrat verabschiedeten BRIC-Strategie weiter intensivieren. Im Rahmen des Besuches führen Leuthard und Amorim weitere Arbeitsgespräche, in denen insbesondere der auf der Brasilienreise Leuthards eingeleitete Dialog fortgesetzt und wichtige Wirtschaftsdossiers vertieft werden.

29.10.2007 bis 31.10.2007

#### **TRUPPENÜBUNG DER INFANTERIEBRIGADE 4**

Die Infanteriebrigade 4 der Schweizer Armee führt an verschiedenen Orten in der Schweiz die Volltruppenübung «4Plex 07» mit dem Thema «Führungsverbund in der Raumsicherung» durch. Die Übung baut auf der gleichnamigen Übung des Vorjahres auf und dient der Festigung der dort einstudierten Mechanismen. Ziel der Übung ist es, den Führungsverbund der Brigade im Rahmen einer Operation zur Raumsicherung zu testen. Die Infanteriebrigade 4 setzt sich dabei mit verschiedenen Situationen auseinander, in denen sie zum Beispiel gewalttätigen Gruppen unterschiedlichen Organisationsgrades, gewaltsamen Zusammenrottungen, Plünderungen, Sabotageakten und Anschlägen auf wichtige Objekte entgegentreten muss. Während der dreitägigen Übung kommen auch das Führungsunterstützungsbataillon 4, das Aufklärungsbataillon 4, das Panzersappeurbataillon 4 und die Artillerieabteilung 10 zum Einsatz. Während die Truppen Gefechtseinsätze zu leisten haben, müssen sich die Stäbe der eingesetzten Truppenkörper mit den Planungs- und Führungsprozessen auseinandersetzen. Für 2009 ist eine weitere Volltruppenübung vorgesehen.

30.10.2007 bis 31.10.2007

#### **AFRIKANISCHE KONFERENZ ÜBER BEWAFFNETE GEWALT UND ENTWICKLUNG**

Die kenyanische und die schweizerische Regierung veranstalten in Nairobi gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Uno (UNDP) eine Konferenz über bewaffnete Gewalt und Entwicklung. Die Teilnehmer des Treffens – 27 afrikanische Regierungen, Vertreter von Geberländern, 6 regionale und 9 internationale Organisationen sowie 25 Nichtregierungsorganisationen – setzen sich mit den Konsequenzen bewaffneter Gewalt für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents auseinander und beschliessen praktische Massnahmen zur Bekämpfung dieser Problematik. Zum Schluss verabschieden die 27 Staaten eine Erklärung über bewaffnete Gewalt und Entwicklung. Diese Erklärung steht in der Folge

der Genfer Erklärung über bewaffnete Gewalt und Entwicklung, die am 7. Juni 2006 von 51 Staaten angenommen worden war.

30.10.2007

#### **BRASILIANISCHER PRÄSIDENT LULA DA SILVA IN DER SCHWEIZ**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und den Aussenminister Celso Amorim zu Gesprächen in Zürich. Am Vortag ist Calmy-Rey in Bern bereits zu einem Arbeitstreffen mit dem Aussenminister zusammengekommen. Im Zentrum der Gespräche steht die Vertiefung der bilateralen Beziehungen, die Calmy-Rey und Lula da Silva durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen. Anhand eines regelmässigen politischen Dialogs auf hoher Ebene streben die beiden Staaten eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Ebene sowie bei der Entwicklung erneuerbarer Energien und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität an.

30.10.2007

#### **BUNDESRAT BLOCHER UNTERZEICHNET REVIDIERTES LUGANO-ÜBEREINKOMMEN**

Bundesrat Blocher unterzeichnet in Lugano das revidierte Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen. Das Lugano-Übereinkommen war 1988 in Lugano unterzeichnet worden und 1992 für die Schweiz in Kraft getreten. Zu den Vertragsstaaten gehören 19 Staaten, darunter die Nicht-EU-Staaten Schweiz, Norwegen und Island. Das revidierte Übereinkommen weitet den Geltungsbereich auf die neuen EU-Staaten aus, bringt inhaltliche Neuerungen und soll die rechtliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa verstärken. Die Ratifizierung des revidierten Abkommens wird eine Anpassung des schweizerischen Schuldbetriebs- und Konkursgesetzes erfordern, die der Bundesrat mit einer Botschaft beim Parlament beantragen wird.

31.10.2007

#### **MINDESTSTANDARDS FÜR PRIVATE SICHERHEITSFIRMEN**

Der Bundesrat verabschiedet eine Verordnung über die Auftragsvergabe an private Sicherheitsfirmen. Diese hält die Voraussetzungen fest, die Firmen, welche im



Auftrag des Bundes im In- oder Ausland Schutzaufgaben wahrnehmen, zu erfüllen haben. Die Verordnung geht auf zwei parlamentarische Vorstösse zurück, die unter dem Eindruck des zunehmenden Einsatzes von privaten Sicherheits- und Militärfirmen in Kriegs- und Krisengebieten eingereicht wurden. Gemäss Verordnung müssen private Sicherheitsfirmen mit Bundesauftrag zukünftig hinreichende Garantien hinsichtlich der Rekrutierung, Ausbildung und Kontrolle ihres Personals bieten, ihre Seriosität nachweisen können und zahlungsfähig sein. Die Bundesbehörde hat jeweils vertraglich festzulegen, ob und in welchem Umfang die Sicherheitsfirmen polizeilichen Zwang und polizeiliche Massnahmen in ihrem Einsatz anwenden dürfen und ob eine Bewaffnung des Personals im Hinblick auf Notwehr- oder Notstandssituationen erforderlich ist.

31.10.2007 bis 03.11.2007

#### **BUNDESRAT BLOCHER IN CHINA**

Bundesrat Blocher, Vorsteher des EJPD, weilt für einen offiziellen Besuch in China. Während seines viertägigen Aufenthalts trifft er sich mit verschiedenen ranghohen Vertretern der chinesischen Regierung. In den Gesprächen wird die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Migration, Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung, geistiges Eigentum und Metrologie besprochen. Blocher fordert insbesondere eine Verbesserung der Rechtssicherheit für die in China tätigen Schweizer Unternehmen sowie einen besseren Schutz der Patentrechte. Die menschenrechtliche Situation kommt am Rande zur Sprache. Allgemein streben die beiden Staaten vor allem im Hinblick auf die Olympischen Spiele 2008 in Peking einen intensiveren Informationsaustausch an.

02.11.2007 bis 06.11.2007

#### **BUNDESRÄTIN LEUTHARD AM PERSISCHEN GOLF**

Bundesrätin Leuthard, Vorsteherin des EVD, besucht mit einer Wirtschaftsdelegation das Sultanat Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), wo sie mit hochrangigen Politikern zusammentrifft. Die Wirtschaftsmission ist Ausdruck der vom Bundesrat beschlossenen Aussenwirtschaftsstrategie für die Staaten des Golfkooperationsrates, namentlich Saudiarabien, die VAE, Kuwait, Katar, Oman und Bahrain. In Oman unterzeichnet Leuthard gemeinsam mit dem omanischen Wirtschaftsminister Ahmed bin Abdunabi Macki ein Abkommen zur Steuerbefreiung von Luftfahrtsunternehmen. Im Anschluss reist die Wirtschaftsdelegation weiter nach Abu Dhabi, wo sich Leuthard mit der VAE-Wirtschaftsministerin

Scheicha Lubna bin Chalid al-Kasimi trifft. Zum Abschluss ihrer Reise besucht die Delegation Dubai, wo sie Bauwerke besichtigt und mit dem Industrie- und Finanzminister der Emirate zusammenkommt.

03.11.2007

#### **SAUDIARABISCHER KÖNIG ABDALLAH IN GENÈVE**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, empfängt den saudiarabischen König Abdallah zu einem Gespräch in Genf, wo er sich seit Donnerstag zu einem privaten Besuch aufhält. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Funktionsweise der Schweizer Institutionen sowie die Stadt Genf als internationaler Standort.

05.11.2007 bis 08.11.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN INDIEN**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, hält sich zu einem offiziellen Staatsbesuch in Indien auf. In Delhi nimmt sie an der Eröffnung der vierten Weltkonferenz zum Föderalismus teil, an der Staatschefs und hochrangige Regierungsmitglieder aus zahlreichen Ländern teilnehmen. In einer Ansprache zeigt Calmy-Rey die Gemeinsamkeiten der föderalistischen Systeme Indiens und der Schweiz auf. Weiter führt Calmy-Rey Gespräche mit Indiens Präsidentin Pratibha Devising Patil, mit Premierminister Manmohan Singh und Aussenminister Pranab Mukherjee. Als Vorsteherin des EDA wohnt sie zudem der Unterzeichnung eines Vertrags ihres Departements mit einem indischen Energieproduzenten zur Reduktion von Emissionen bei.

05.11.2007

#### **BUNDESRAT BLOCHER IM GESPRÄCH MIT AFRIKANISCHEN ORGANISATIONEN**

Bundesrat Blocher, Vorsteher des EJPD, trifft sich auf Wunsch der afrikanischen Gemeinschaft in der Schweiz mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener afrikanischer Organisationen zu einem Gespräch. Die Teilnehmenden diskutieren Fragen der Sicherheit und der Integration, und Blocher erläutert die schweizerische Migrationspolitik. Der Dialog steht im Rahmen regelmässig stattfindender Treffen, die Blocher mit verschiedenen Gemeinschaften und Organisationen durchführt.

05.11.2007

#### NEUER CHEF DER NNSC IN KOREA

Der Bundesrat ernennt Oberst im Generalstab Jean-Jacques Joss zum neuen Chef der Schweizer Delegation bei der Neutralen Waffenstillstands-Überwachungskommission (NNSC) in Korea. Joss wird sein neues Amt Ende November 2007 antreten. Die NNSC, die sich aus Vertretern Polens, Schwedens und der Schweiz zusammensetzt, überwacht am 38. Breitengrad den Waffenstillstand von 1953 zwischen Nord- und Südkorea. Gegenwärtig gehören der Schweizer Delegation fünf Personen des VBS an.

06.11.2007

#### OECD-WIRTSCHAFTSBERICHT ZUR SCHWEIZ 2007

Die OECD veröffentlicht einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage und Wirtschaftspolitik der Schweiz. Sie konstatiert, dass die Schweiz ihre Wachstumsflaute überwunden hat, betont aber gleichzeitig die Notwendigkeit weiterer wirtschaftspolitischer Reformen. Die starke Zuwanderung zeige positive Effekte für den Wohlstand der Schweiz, während die Produktivität der Binnenwirtschaft aufgrund des fehlenden Wettbewerbs auf einem durchschnittlichen Niveau verharre. Unter anderem fordert die OECD die Schweiz zu einer nachhaltigeren Finanzpolitik, mehr Wettbewerb und einer besseren Integration ausländischer Staatsangehöriger in den Arbeitsmarkt auf.

07.11.2007

#### DRITTE VERHANDLUNGSRUNDE SCHWEIZ-EU ZUR AUSWEITUNG DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Die Schweiz und die EU führen in Brüssel die dritte Verhandlungsrunde über die Ausweitung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien durch. Die beiden Delegationen einigen sich auf die Kontingente, die Bern während der Übergangsfrist für Arbeitssuchende aus den zwei Ländern festlegen kann. Weiterhin offen bleiben der Beginn und die Dauer der Übergangsperiode sowie die Geltungsdauer der besonderen Schutzklausel in Bezug auf die schrittweise Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes für Bulgarien und Rumänien. Während die EU-Kommission für eine Übergangsperiode von sieben Jahren nach dem EU-Beitritt der beiden Staaten plädiert, wünscht die Schweiz eine längere Frist.

07.11.2007 bis 09.11.2007

### **KONFERENZ FÜR NATIONALE SICHERHEITSKOOPERATION UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ**

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) führt in Zusammenarbeit mit der Deza die Konferenz für Nationale Sicherheitskooperation und Bevölkerungsschutz in Montreux durch, an der rund 200 Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen kantonalen Amtsstellen, der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes, der Armee und weiterer Institutionen der Nationalen Sicherheitskooperation teilnehmen. Diesjähriges Thema ist die Koordination der internationalen Hilfe bei Grosskatastrophen in der Schweiz, die bislang ungenügend geregelt ist. Referenten aus dem In- und Ausland berichten über ihre Erfahrungen aus internationalen Einsätzen und zeigen die Herausforderungen auf, mit denen Verantwortliche und Einsatzkräfte in solchen Situationen konfrontiert werden.

07.11.2007

### **US-GESUNDHEITSMINISTER MIKE LEAVITT IN DER SCHWEIZ**

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des EDI, empfängt den US-Gesundheitsminister Mike Leavitt im Rahmen seiner Europareise zu einem Arbeitsbesuch in der Schweiz. Im Zentrum des Besuches, bei dem sich Leavitt mit verschiedenen Vertretern und Fachleuten des Gesundheitswesens trifft, steht das schweizerische Gesundheitssystem, insbesondere die obligatorische Krankenversicherung. Im Zusammenhang mit einer allfälligen Reform des US-Gesundheitswesens ist Leavitt daran interessiert, Einblick in andere Systeme zu erhalten.

08.11.2007 bis 09.11.2007

### **ALGERISCHER VERTEIDIGUNGSMINISTER BESUCHT DIE SCHWEIZ**

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, empfängt den algerischen Verteidigungsminister Abdelmalek Guenaïzia in Bern. Es handelt sich um den ersten offiziellen Besuch eines algerischen Verteidigungsministers in der Schweiz. In den Gesprächen zu Themen der internationalen Sicherheit und zur bilateralen Zusammenarbeit beschliessen die beiden Verteidigungsminister, eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Algerien in den Bereichen Zivilschutz und Katastrophenhilfe zu prüfen. Im Anschluss an die Gespräche findet ein Treffen mit Armeechef Christophe Keckeis statt. Am folgenden Tag besichtigt der algerische Verteidigungsminister Einrichtungen des VBS in Thun und Spiez.

08.11.2007 bis 09.11.2007

### BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN MOSKAU

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, hält sich zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Moskau auf, wo sie Gespräche mit dem russischen Aussenminister Sergej Lawrow und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin führt. Mit Lawrow unterzeichnet sie ein *Memorandum of Understanding* zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Die beiden Staaten wollen in mehreren Bereichen kooperieren, darunter im Umweltschutz, in rechtlichen Belangen sowie in Bildung und Forschung. Russland gehört zur Gruppe der BRIC-Staaten, die der Bundesrat dieses Jahr in aussenwirtschaftlicher Hinsicht als Schwerpunktländer bezeichnet hat. Diskutiert werden ferner das in Ausarbeitung befindliche Abkommen über Visa-Erleichterungen und das Rückübernahmeabkommen mit Russland.

08.11.2007

### ERSTE VERHANDLUNGSRUNDE SCHWEIZ-EU IM ELEKTRIZITÄTSBEREICH

In Brüssel treffen sich die Delegationen der Schweiz und der EU zur ersten Verhandlungsrunde über ein bilaterales Stromabkommen. Hauptanliegen beider Seiten ist die Versorgungssicherheit. Zentrale Verhandlungspunkte sind die Regelung des Stromtransits, die Harmonisierung der Sicherheitsstandards zur Verhinderung von Netzüberlastungen, die Anerkennung der Zertifikate für Strom aus erneuerbaren Quellen (sogenannter «grüner Strom») und der gegenseitige freie Marktzugang. Eine wichtige Grundlage für die Verhandlungen ist das Schweizer Stromversorgungsgesetz, mit dem die Schweiz 2008 die Voraussetzungen für eine Angleichung der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen im Strombereich schaffen wird.

09.11.2007

### DIPLOMFEIER DER MILITÄRAKADEMIE AN DER ETH ZÜRICH

22 schweizerische und 2 ausländische Absolventen und Absolventinnen des Studiengangs Berufsoffizier an der ETH Zürich erhalten ihre Diplome. 14 Berufsoffiziere erhalten für ihren erfolgreichen Abschluss des dreijährigen Bachelor-Studiengangs an der ETH Zürich und an der MILAK das international anerkannte Diplom «Bachelor of Arts ETH in Staatswissenschaften» sowie das Eidgenössische Diplom als Berufsoffizier. 8 Berufsoffiziere, die bereits einen zivilen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss besitzen, sowie 2 Angehörige ausländischer Armeen

erhalten zum Abschluss ihres einjährigen Diplomlehrgangs an der MILAK das Eidgenössische Diplom als Berufsoffizier.

09.11.2007

#### TRUPPENKOMMANDANTEN-RAPPORT IN LUZERN

Die Armeespitze tagt in Luzern für den alljährlichen Truppenkommandanten-Rapport, an dem dieses Jahr gegen 200 Truppenkommandanten der Schweizer Armee sowie 40 Gäste teilnehmen. Bundesrat und VBS-Vorsteher Samuel Schmid, der abtretende Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, und der neue Chef der Armee, Brigadier Roland Nef, würdigen die Leistungen des Milizkadets im vergangenen Jahr und geben einen Ausblick auf die Stossrichtung und Herausforderungen der Armee in der kommenden Zeit.

12.11.2007

#### AUNS-SCHWARZBUCH ZUR NEUTRALITÄT

Die Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz (Auns) veröffentlicht ein Schwarzbuch zur schweizerischen Neutralität seit dem Uno-Beitritt vor fünf Jahren. Sie erörtert darin ihre Vorstellung einer «integralen» Neutralität, worunter sie eine strikte Beachtung des Neutralitätsrechts und eine äusserst zurückhaltende Neutralitätspolitik versteht. Sie kritisiert die momentane Neutralitätspolitik der Schweiz, die ihrer Meinung nach vorsichtiger und zurückhaltender sein sollte, die Teilnahme der Schweiz an friedensfördernden Einsätzen sowie das Verhalten des Bundesrates im Libanon- und im Balkankonflikt.

12.11.2007

#### DICK MARTY STELLT BERICHT ÜBER SCHWARZE LISTEN VOR

Dick Marty, Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, präsentiert in Paris einen Bericht, in dem er scharfe Kritik an den sogenannten schwarzen Listen der Uno und der EU übt. Auf diesen Listen stehen Personen und Institutionen, die der Unterstützung des islamistischen Terrors verdächtigt werden. Marty kritisiert insbesondere die intransparenten Sanktionen des Uno-Sicherheitsrates und der EU-Kommission gegenüber diesen Personen, wie die Blockierung ihrer Vermögen und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Da diese Personen laut Marty den Sanktionen schutzlos ausgeliefert sind, fordert er unabhängige Instanzen bei der Uno und der EU, an die sie sich wenden können.

Die Schweiz, Schweden und das Fürstentum Liechtenstein unterstützen die Idee einer unabhängigen Revisionsstelle bei der Uno ebenfalls und setzen sich dafür ein, die Initiative voranzutreiben.

12.11.2007 bis 07.12.2007

#### NACHTFLUGKAMPAGNE DER SCHWEIZER LUFTWAFFE IN NORWEGEN

Piloten der Schweizer Luftwaffe trainieren im Rahmen der Kampagne «*Nightway*» in Oerland (Norwegen) den Nachtflug. Im Einsatz sind sechs F/A-18 Kampffjets und ein Reserveflugzeug. Die Nachtflugkampagne gilt als eine Ergänzung des Nachtflugtrainings und wird aufgrund der Lärmemissionen im Ausland durchgeführt. Ausserdem bietet sich in Norwegen die Möglichkeit, das Fliegen bei Nacht unter erschwerten Bedingungen zu vertiefen und zu konsolidieren. Rechtliche Grundlage für das Training ist ein Abkommen zwischen der Schweiz und Norwegen.

12.11.2007

#### DIALOG ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER EU ZUR KANTONALEN UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

In Bern findet eine erste Gesprächsrunde auf Fachebene zum Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU statt, in der die Delegationen des Bundes und der EU-Kommissionen die gegenseitigen Standpunkte erläutern. Streitpunkt sind gewisse kantonale Steuererleichterungen für Holdings, gemischte und Verwaltungsgesellschaften, die laut EU eine staatliche Beihilfe darstellten und mit dem Freihandelsabkommen von 1972 nicht vereinbar seien. Aus Schweizer Perspektive sind die Vorwürfe nicht haltbar, da die entsprechenden Steuerbestimmungen nicht in den Anwendungsbereich des Freihandelsabkommens fielen, die Schweiz weder EU-Mitglied noch Teil des EU-Binnenmarktes ist, die sogenannten Steuererleichterungen allen Wirtschaftsteilnehmern offenstehen und die kantonalen Bestimmungen den bilateralen Warenhandel zwischen der Schweiz und der EU nicht beeinträchtigen. Aus diesen Gründen lehnt die Schweiz in dieser Angelegenheit Verhandlungen mit der EU ab, ist jedoch zu einem Dialog auf technischer Ebene bereit. Ein weiteres Treffen ist auf Anfang 2008 vorgesehen.

13.11.2007 bis 14.11.2007

#### OSZE-VERTRETER IN DER SCHWEIZ

Ömür Orhun, Vertreter des OSZE-Vorsitzes für den Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen, stattet der Schweiz einen zweitägigen Besuch ab, um sich ein Bild über die Situation der hierzulande lebenden Muslime zu machen. Er trifft sich mit Angehörigen der muslimischen Gemeinschaft, Vertretern der kommunalen und kantonalen Behörden, Mitgliedern des Parlaments sowie mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und den Bundesräten Pascal Couchepin und Christoph Blocher zu Gesprächen. Insgesamt bezeichnet Orhun die Situation der Muslime in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern als relativ gut, stellt jedoch wachsende Ängste in der Schweizer Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen fest, welche zu einer zunehmend ablehnenden Haltung führten. Orhun wird seine Beobachtungen in einem Bericht zuhänden des OSZE-Vorsitzes bis im Frühjahr 2008 zusammenfassen.

13.11.2007 bis 30.11.2007

#### STABSRAHMENÜBUNG DER SCHWEIZER ARMEE

Die Führung der Schweizer Armee nimmt während drei Wochen an der Stabsrahmenübung «Stabilo 07» teil, die in verschiedenen Schweizer Städten durchgeführt wird. Bei der Übung, die im Rahmen von «Sicurezza 07/08» stattfindet, handelt es sich um eine Planungsübung in Echtzeit zur Bewältigung schwieriger Lagen im Rahmen einer Raumsicherungsoperation. Miteinbezogen werden sowohl die strategische und die militärstrategische Führungsstufe als auch die operative und die taktische Ebene. Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, ist ebenfalls Teil des Szenarios und erlässt die militärstrategischen Weisungen, die die Grundlagen für die militärische Operation bilden. Kern der Übung ist, den Entwicklungsschritt 2008/2011 zu verifizieren. Im März 2008 soll die Auswertung der Übung in Berichtsform vorgelegt werden.

13.11.2007

#### BUNDESRÄTIN LEUTHARD AM «JOINT ECOFIN»

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, nimmt am «*Joint Ecofin*», der jährlichen Sitzung der Wirtschafts- und Finanzminister der EU und der EFTA, teil. Diese Treffen dienen dem Meinungsaustausch und der Koordination der Ak-



tivitäten der einzelnen Länder. Im Zentrum der diesjährigen Zusammenkunft stehen der Klimawandel und die Energiepolitik. Leuthard erläutert die Politik der Schweiz in diesem Bereich und zeigt die Fortschritte und Ziele in Bezug auf die Reduktion der Treibhausgase auf.

14.11.2007

#### **EXPORT VON FLIEGERABWEHRSYSTEMEN NACH PAKISTAN GESTOPPT**

Der Bundesrat beschliesst, aufgrund der gegenwärtigen Situation in Pakistan die Bewilligung zur Ausfuhr von Fliegerabwehrsystemen in diesen Staat bis auf weiteres aufzuschieben.

14.11.2007

#### **ENGERE RÜSTUNGSKOOPERATION ZWISCHEN DER SCHWEIZ, BELGIEN, DÄNEMARK UND IRLAND**

Der Bundesrat genehmigt Vereinbarungen der Schweiz mit Belgien, Dänemark und Irland über eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung sowie die Verlängerung der Kooperationsvereinbarung mit Spanien. Die Zusammenarbeit soll die Nutzung von Synergien ermöglichen und umfasst die Gebiete der wehrtechnischen Forschung, Entwicklung, Fertigung, Beschaffung und Instandhaltung von Rüstungsmaterial. Zudem ist ein Informationsaustausch über Rüstungsfragen vorgesehen. Der Bundesrat strebt über die verstärkte internationale Rüstungskoope-ration ausserdem eine Kostenoptimierung bei Technologieanpassungen und im Instandhaltungsbereich an.

14.11.2007

#### **ERWEITERTE ZUSAMMENARBEIT MIT EUROPOL**

Der Bundesrat dehnt den Anwendungsbereich des Abkommens mit Europol über die polizeiliche Zusammenarbeit von 8 auf 25 Kriminalitätsbereiche aus. Die erweiterte Zusammenarbeit, die am 1. Januar 2008 in Kraft treten soll, wird unter anderem neu auch Tötungen, den illegalen Organhandel, Entführungen und Geiselnahmen, den organisierten Raub, die Produktpiraterie, den illegalen Waffenhandel und die Korruption umfassen. Die euro-regionale Zusammenarbeit durch Schengen und Europol ist nebst der bilateralen und der global-multilateralen Polizeizusammenarbeit ein Pfeiler der internationalen Polizeizusammenarbeit, die der Bundesrat kontinuierlich ausbauen will.

14.11.2007

### ÜBERNAHME DER ANGEPASSTEN RECHTSGRUNDLAGEN DES SCHENGENER INFORMATIONSSYSTEMS

Der Bundesrat heisst die Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU zur Übernahme der Anpassungen der Rechtsgrundlagen des Schengener Informationssystems (SIS) gut und überweist diese dem Parlament zur Genehmigung. Damit erfolgt ein weiterer Schritt zum Anschluss der Schweiz an das SIS. Die Anpassungen betreffen einerseits die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes beim bestehenden Fahndungssystem «SISone4ALL» der Schengen-Staaten. Andererseits beinhalten sie die Rechtsgrundlagen für das System der zweiten Generation (SIS II), welches jenes der ersten Generation ablösen soll, sobald es operationell ist.

15.11.2007

### BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY IN PARIS

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, weilt zu einem offiziellen Besuch in Paris, wo sie Gespräche mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy führt. Calmy-Rey und Sarkozy sprechen sich für eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen aus, insbesondere im wirtschaftlichen, kulturellen, technologischen und polizeilichen Bereich. Diskutiert werden ferner internationale Themen von gemeinsamem Interesse, wobei Irans Nuklearambitionen und die Bemühungen um eine Freilassung der Farc-Geiseln in Kolumbien, bei denen Frankreich, Spanien und die Schweiz seit Jahren zusammenarbeiten, im Zentrum des Austausches stehen.

15.11.2007

### SITZUNG DES GEMISCHTEN AUSSCHUSSES ZUM FREIHANDELSABKOMMEN SCHWEIZ-EU

Eine schweizerische Delegation nimmt in Brüssel an der 53. Sitzung des Gemischten Ausschusses zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU teil. Im Zentrum der Gespräche steht der Handel zwischen der Schweiz und der EU, der gegenüber der Vorjahresperiode um rund 12 Prozent zugenommen hat. Die Schweizer Delegation betont die Wichtigkeit des formellen Beschlusses des EU-Rates vom 23. Juli 2007, mit dem der zollfreie Re-Export von EU-Ursprungsware rechtlich abgesichert wurde. Ein weiteres Thema ist die von der EU geplante Voranmeldepflicht von Waren im grenzüberschreitenden Handelsverkehr mit Dritt-

staaten (sogenannte 24-Stunden-Regel). Beide Parteien sind der Ansicht, dass eine möglichst handelsfreundliche Lösung gefunden werden soll. Auch die Steuerkontroverse wird thematisiert, wobei die Schweiz erneut betont, dass die kantonale Unternehmensbesteuerung nicht unter das Freihandelsabkommen fällt.

15.11.2007

#### TSCHECHISCHER AUSSENMINISTER IN DER SCHWEIZ

Im Rahmen der Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit in Luzern empfängt Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, den tschechischen Aussenminister Karel Schwarzenberg zu einem offiziellen Arbeitsbesuch. Im Zentrum der Gespräche stehen die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der Europapolitik. Tschechien gehört zu den Ländern, die vom Erweiterungsbeitrag der Schweiz an die EU profitieren werden. Die Umsetzung der ersten Projekte im Zusammenhang mit dem Beitrag sollen Anfang 2008 in Angriff genommen werden.

15.11.2007

#### UMSETZUNG DES SCHWEIZER BEITRAGS AN DIE EU

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag an die EU soll anfangs 2008 in zehn neuen EU-Staaten in Form erster konkreter Projekte eingesetzt werden. Anlässlich der Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit informieren das Seco und die Deza über die bevorstehende Umsetzung des Beitrags. Verantwortlich für die Koordination und Umsetzung der Projekte vor Ort sind die sogenannten *National Coordination Units*, deren Vertreter sich an der Konferenz erstmals der Schweizer Öffentlichkeit vorstellen. Voraussetzung für die Umsetzung sind Rahmenabkommen mit den betreffenden EU-Staaten, deren Unterzeichnung noch dieses Jahr erfolgen soll.

21.11.2007

#### BEENDIGUNG DES MILITÄRISCHEN EINSATZES IN AFGHANISTAN

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, informiert den Bundesrat über die Beendigung des Engagements der Schweizer Armee in Afghanistan auf den 1. März 2008. Seit 2004 hat die Schweiz in Afghanistan zwei bis vier Stabsoffiziere zugunsten der *International Security Assistance Force* (Isaf) stationiert. Der

Entscheid des VBS beruht darauf, dass sich der Einsatz der Isaf in Afghanistan aufgrund des Wiedererstarkens der Taliban-Milizen zunehmend von einer friedenserhaltenden Unterstützungsoperation in eine Operation zur Bekämpfung Aufständischer gewandelt hat. Die in Kunduz stationierten Schweizer Offiziere müssen immer mehr Kräfte für den Selbstschutz einsetzen und können dadurch ihre eigentliche Aufgabe des Wiederaufbaus kaum mehr wirksam erfüllen.

21.11.2007

#### ERNENNUNG DES NEUEN HEERESKOMMANDANTEN

Der Bundesrat ernennt Brigadier Dominique Andrey zum neuen Heereskommandanten und befördert ihn zum Korpskommandanten. Der bisherige Kommandant des Heeres, Korpskommandant Luc Fellay, wird auf Anfang 2008 die Aufgabe als *Special Advisor to the Director* am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) übernehmen.

21.11.2007

#### BILATERALE RAHMENABKOMMEN FÜR EU-ERWEITERUNGSBEITRAG

Der Bundesrat genehmigt die bilateralen Rahmenabkommen mit den am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Die Rahmenabkommen sind Voraussetzung und Grundlage für die Umsetzung des Schweizer Erweiterungsbeitrages an diese Länder. Die Projekte, mit denen anfangs 2008 begonnen werden soll, konzentrieren sich vor allem auf strukturschwache Randregionen. Rechtliche Grundlage in der Schweiz für die Verwendung des Erweiterungsbeitrags ist das Osthilfegesetz, das am 26. November 2006 vom Schweizer Volk angenommen wurde.

21.11.2007

#### REVISION DER VERORDNUNG ÜBER DIE MILITÄRDienstPFLICHT

Der Bundesrat revidiert die Verordnung über die Militärdienstpflicht (MDV) vom 19. November 2003. Verschiedene Punkte werden klarer gefasst oder korrigiert, um sie den Bedürfnissen der Praxis anzupassen. Neu müssen Berufsmilitärs 180 Tage Friedensförderungs- oder Assistenzdienst im Ausland leisten, wenn sie eine höhere Position anstreben. Weitere Anpassungen betreffen unter anderem die Einführung eines Mindestalters für die Beförderung zum Oberstleutnant oder

Oberst sowie die Verkürzung der Gesamtdienstleistungspflicht der Stabsadjutanten, Hauptadjutanten und Chefadjutanten. Ausserdem werden die Voraussetzungen für den Einsatz von Angehörigen der Armee in der Militärverwaltung und deren Betriebe gelockert.

23.11.2007

#### GPB-BERICHT ZUR RÜSTUNGSBESCHAFFUNG

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) veröffentlicht ihren Bericht zur Rüstungsbeschaffung im VBS. Der Bericht beruht auf einer Evaluation durch die parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK), nachdem das Thema wiederholt Kontroversen ausgelöst hat. Die GPK-N kritisiert das Fehlen einer klaren Strategie für die Rüstungsbeschaffung, insbesondere bei der Einfuhr von Rüstungsmaterial aus Ländern, die sich im Kriegszustand befinden oder Menschenrechtsverletzungen begehen. Die GPK-N fordert den Bundesrat auf, eine Beschaffungsstrategie auszuarbeiten, die die «ausserpolitische Verträglichkeit» eines Anbieters bzw. seines Herkunftslandes präzisiert. Weiter kritisiert die GPK-N die mangelnde Transparenz in Bezug auf den Verfahrensverlauf, Bewertungskriterien und ihre Gewichtung.

24.11.2007

#### EHRUNG CARLA DEL PONTES

Carla Del Ponte, die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für das frühere Jugoslawien, wird in Augsburg mit dem erstmals verliehenen «Augsburger Universitätspreis für Versöhnung und Völkerverständigung» geehrt. Sie erhält den Preis für ihr Engagement, mit dem sie dem Strafgerichtshof in Den Haag weltweit zu hoher Glaubwürdigkeit verholfen habe.

26.11.2007 bis 27.11.2007

#### BUNDESRÄTIN LEUTHARD IN ITALIEN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, eröffnet in Bari die italienisch-schweizerische Wirtschaftskonferenz «Bari 07 – The Meeting», welche die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen der beiden Länder beabsichtigt. An dem zweitägigen Anlass, der von der Schweizer Botschaft in Rom und der Region Bari organisiert wird, nehmen rund 300 schwei-

zerische und italienische Firmen teil. Am folgenden Tag trifft sich Leuthard in Rom mit dem italienischen Minister für Wirtschaftsentwicklung, Pier Luigi Bersani. Die beiden tauschen sich über Verbesserungen im Bereich Transport und Infrastruktur sowie über die Personenfreizügigkeit und Energiefragen aus.

26.11.2007 bis 29.11.2007

#### BUNDESRAT SCHMID IN LIBERIA UND MALI

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, bereist Liberia und Mali. In Liberia besucht Schmid die Uno-Friedensmission (Unmil), wo er sich im Hinblick auf einen möglichen Einsatz von Schweizer Experten in diesem Gebiet ein Bild über die militärischen und zivilen Dimensionen eines Einsatzes unter Uno-Mandat macht. Die Unmil befasst sich seit dem Ende des Bürgerkriegs in Liberia 2003 mit der Entwaffnung und Wiedereingliederung von Rebellen, darunter zahlreiche Kindersoldaten. In Mali trifft sich Schmid mit Präsident Amadou Toumani Touré und weiteren Vertretern der malischen Behörden. Ausserdem besucht er das *Peace Keeping Training Center* der Afrikanischen Union in Bamako, das vom VBS finanziell unterstützt wird.

26.11.2007 bis 30.11.2007

#### INTERNATIONALE KONFERENZ DES ROTEN KREUZES UND DES ROTEN HALBMONDS IN GENÈVE

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, eröffnet in Genf die 30. internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, die dieses Jahr unter dem Motto «Zusammen für Menschlichkeit» steht. In ihrer Rede bezeichnet sie die Zunahme bewaffneter nichtstaatlicher Gruppierungen als eine der Hauptherausforderungen für die Umsetzung des humanitären Völkerrechts. Die Teilnehmenden der fünftägigen Konferenz – Delegierte aus 186 Ländergesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds sowie Regierungsvertreter aus 194 Staaten – befassen sich vor allem mit der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen in Krisenfällen.

26.11.2007

#### GESPRÄCHE MIT MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN

Der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) im Bundesamt für Polizei führt ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von rund 30 muslimischen Orga-

nisationen in der Schweiz durch, an dem Fragen der inneren Sicherheit im Kontext des Islams diskutiert werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen sich gegen jegliche Gewalt aus und wollen damit ein Zeichen gegen die Vermengung der islamischen Religion und Kultur mit islamistischem Extremismus und Terrorismus setzen. Der Dialog soll in Zukunft im Rahmen von regelmässigen Treffen weitergeführt werden.

27.11.2007

#### INTERNATIONALE NAHOST-FRIEDENSKONFERENZ IN ANNAPOLIS

Auf Einladung von US-Präsident George Bush und Aussenministerin Condoleezza Rice treffen sich in Annapolis im US-Bundesstaat Maryland der israelische Premierminister Ehud Olmert und der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, sowie zahlreiche Regierungsvertreter und Angehörige internationaler Organisationen, um Lösungswege im Nahostkonflikt zu diskutieren. Abbas und Olmert bekennen sich zur Fortsetzung von Verhandlungen und legen sich darauf fest, die im Rahmen der *Roadmap* im Frühjahr 2003 eingegangenen Verpflichtungen zügig umzusetzen. Eine Annäherung in den zentralen Streitpunkten – Grenzen, Jerusalem, palästinensische Flüchtlinge und israelische Sicherheit – kommt allerdings nicht zustande. Die Schweiz, die seit dem Wahlsieg der Hamas 2006 als einziger westlicher Staat auf Dialog mit den Islamisten und eine innerpalästinensische Versöhnung setzt, hat keine Einladung an die Konferenz erhalten.

28.11.2007

#### STELLUNGNAHME DES BUNDESRATES ZUM GPK-BERICHT

Der Bundesrat verabschiedet seine Stellungnahme zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) betreffend die «Überprüfung der Funktion der Strafverfolgungsbehörden des Bundes» vom 5. September 2007. In Bezug auf die Frage der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft teilt der Bundesrat die Auffassung der GPK-N, dass die heutige geltende Aufsichtsregelung lückenhaft und zu wenig klar sei. Diesem Aspekt werde im Rahmen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes Rechnung getragen. Es habe sich gezeigt, dass die aktuell geltende Mehrfachaufsicht systembedingt unbefriedigend sei. Aus diesem Grund und angesichts der praktisch ab Inkrafttreten der Effizienzvorlage aufgetretenen Kompetenzstreitigkeiten habe sich der Bundesrat schon früh und wiederholt für eine Vereinigung der Wahl

und Aufsichtsbefugnisse bei der Exekutive ausgesprochen. Diese Ansicht würde vom Rechtskonsulenten des Bundesrates, Prof. Georg Müller, sowie von dem von ihm beigezogenen Experten auf dem Gebiet des Strafprozessrechts, Prof. Niklaus Schmid, unterstützt. Gleichzeitig veröffentlicht das EJPD seine am 3. August 2007 eingereichte Stellungnahme zum Berichtsentwurf der GPK-N. Die Argumente der EJPD-Stellungnahme seien für die Endfassung des GPK-Berichts, der am 5. September 2007 veröffentlicht wurde, nicht berücksichtigt worden.

29.11.2007 bis 30.11.2007

#### **BUNDESPRÄSIDENTIN CALMY-REY AN OSZE-TAGUNG**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Staatssekretär Michael Ambühl nehmen an der Tagung des OSZE-Ministerrates in Madrid teil. An der Tagung nehmen Vertreter und Vertreterinnen der 56 Teilnehmerstaaten sowie der 11 Partnerstaaten aus dem Mittelmeerraum und aus Asien teil. Calmy-Rey plädiert vor dem Ministerrat für die Übertragung des jährlich wechselnden OSZE-Vorsitzes an Kasachstan im Jahr 2010. Sie kritisiert zudem die Weigerung Russlands, Beobachter der OSZE bei den Duma-Wahlen am 2. Dezember zuzulassen. Keine Entscheidung fällt bezüglich einer Verlängerung der Ende Jahr ablaufenden OSZE-Mission in Kosovo, für die sich die Schweiz ebenfalls ausspricht. Die von der Schweiz geforderte Verabschiedung der Konvention über die Rechtspersönlichkeit der OSZE wird ebenfalls nicht umgesetzt. Das OSZE-Treffen geht ohne Verständigung auf eine formelle gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende.

30.11.2007

#### **TREFFEN DER DEUTSCH-FRANZÖSISCH-SCHWEIZERISCHEN REGIERUNGSKOMMISSION**

In Basel findet die 19. Sitzung der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein statt. Die Kommission beschäftigt sich mit Fragen der Strassen- und Bahninfrastruktur, der Umsetzung der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit und Katastrophenhilfe. Ein weiteres Thema ist zudem die Ausweitung der Zusammenarbeit am Oberrhein.



02.12.2007

#### BUNDESRAT SCHMID TRIFFT ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLER

Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, trifft sich vor der Ziehung der Gruppen für die Fussball-Europameisterschaft 2008 mit dem österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zu einem Arbeitsfrühstück in Luzern. Diskutiert werden die gemeinsamen Vorbereitungen im Bereich Sicherheit, Verkehr und Kultur für die Euro 08.

03.12.2007

#### BUNDESRÄTIN LEUTHARD AN EFTA-MINISTERTREFFEN

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, nimmt in Genf am Ministertreffen der EFTA teil. Behandelt werden die kürzlich abgeschlossenen, hängigen und geplanten Freihandelsabkommen. Die EFTA-Staaten sind sich einig, dass angesichts der stockenden WTO-Runde das eigene Netz von Freihandelsverträgen zügig ausgebaut und dadurch der Zugang zu den wichtigsten Märkten gesichert werden soll. Die Schweiz arbeitet momentan an einem bilateralen Abkommen mit Japan und der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EFTA und Indien.

03.12.2007 bis 14.12.2007

#### BUNDESRAT LEUENBERGER AN UNO-KLIMAKONFERENZ IN BALI

Bundesrat Leuenberger, Vorsteher des Uvek, nimmt mit einer Schweizer Delegation an der Uno-Klimakonferenz in Bali, Indonesien, teil. Anwesend sind Regierungsvertreterinnen und -vertreter aus über 180 Ländern sowie zahlreiche Beobachter von internationalen Organisationen und NGOs sowie der Medien. Thema ist die Suche nach einem Verhandlungsrahmen für das künftige internationale Klimaregime nach Kyoto. Das Abschlussdokument findet schlussendlich die Zustimmung aller 187 vertretenen Länder einschliesslich der USA, Chinas und Indiens. Ohne konkrete Reduktionsziele zu nennen legt die sogenannte *Bali-Roadmap* einen Verhandlungsfahrplan fest, der bis 2009 zu einem Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll führen soll. Die Schweiz lanciert den Vorschlag, den «*Clean Development Mechanism*» (CDM) einer Prüfung zu unterziehen. Ausserdem stellt Leuenberger ein Finanzierungsmodell vor, das die weltweiten Kosten, die im Zusammenhang mit den Massnahmen gegen den Klimawandel entstehen, für die kommenden Jahre decken soll. Parallel zur Klimakonferenz nimmt Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, am 8. und

9. Dezember 2007 an einem informellen Treffen von Handels- und Wirtschaftsministerinnen und -ministern in Bali teil. Bei dem Meinungsaustausch wird die Frage erörtert, welche Rolle dem Handel im Zusammenhang mit der globalen Klimapolitik zukommen kann.

03.12.2007

#### JAHRESZIELE 2008 DES BUNDESRATES

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, präsentiert die Ziele des Bundesrates für das Jahr 2008 vor dem Nationalrat. Im aussen- und sicherheitspolitischen Bereich stehen folgende Schwerpunkte im Vordergrund: Eine allfällige Vereinigung der sicherheitspolitisch relevanten Bereiche in einem Sicherheitsdepartement, die Koordination von Aussenwirtschaft und Entwicklungshilfe, die sicherheitspolitische Strategie der Schweiz und das weitere Vorgehen in der Sicherheitspolitik, Entscheide über die Weiterführung des bis 2009 gültigen Personenfreizügigkeitsabkommens und dessen Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien, die Umsetzung der Assoziierung an die Abkommen von Schengen und Dublin sowie Rahmenkredite zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen und multilateraler Entschuldungsmassnahmen.

04.12.2007

#### RUMÄNISCHER PRÄSIDENT IN DER SCHWEIZ

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, empfängt den rumänischen Präsidenten Traian Basescu zu einem offiziellen Besuch in Bern. An einer Arbeitssitzung auf dem Landsitz Lohn, an dem auch Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, und Bundesrat Blocher, Vorsteher des EJPD, teilnehmen, werden bilaterale Themen, die europäische Zusammenarbeit und Fragen der internationalen Politik erörtert. Zwischen 1992 und 2006 hat die Schweiz in Rumänien rund 190 Mio. Schweizer Franken in verschiedene Bereiche und Projekte als Transitionshilfe investiert. Ein weiteres zentrales Thema der Gespräche ist die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien, wobei sich Calmy-Rey für einen Abschluss der Verhandlungen mit der EU bis Ende Jahr oder bis Anfang 2008 ausspricht.

07.12.2007

#### **BILATERALE RAHMENABKOMMEN MIT LETTLAND UND LITAUEN**

Der Bundesrat genehmigt die bilateralen Rahmenabkommen mit Lettland und Litauen. Die bilateralen Rahmenabkommen mit den zehn neuen EU-Staaten sind Voraussetzung für die Umsetzung des Erweiterungsbeitrages, mit der anfangs 2008 begonnen werden soll. Mit Lettland und Litauen ist dieser Vorbereitungsprozess nun abgeschlossen.

07.12.2007

#### **VERTIEFUNG DER POLIZEIKOOPERATION MIT FRANKREICH**

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zum revidierten Abkommen über die grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit mit Frankreich. Das revidierte Abkommen regelt die gegenseitige Unterstützung bei Grossereignissen, Katastrophen oder schweren Unglücksfällen und präzisiert den Rahmen für die grenzüberschreitende Observation und die Nacheile. Das revidierte Abkommen ersetzt das bestehende Abkommen von 1998.

10.12.2007

#### **RÜCKTRITT OGI ALS UNO-SONDERBERATER**

Alt Bundesrat Adolf Ogi gibt bekannt, dass er auf Ende Jahr sein Mandat als Uno-Sonderberater für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden abgeben werde. Seit 2001 engagierte sich Ogi dafür, die Bedeutung von Sport in der Förderung von Entwicklung, Gesundheit, Bildung und Frieden an Organisationen und Verbände zu vermitteln und den Sport als Bestandteil der Uno-Entwicklungszusammenarbeit zu etablieren. Ogi wurde für seine Arbeit bei der Uno von der Schweiz entschädigt.

11.12.2007

#### **TERRORISTISCHE ANSCHLÄGE IN ALGERIEN**

Die Schweiz verurteilt in aller Schärfe die zwei gleichentags in Algier verübten Attentate, die mehrere Dutzend Opfer und zahlreiche Verletzte forderten. Bei der ersten Bombenexplosion in der unmittelbaren Nähe mehrerer Uno-Gebäude wurden auch elf Uno-Mitarbeiter getötet, während die zweite Explosion vor allem Studierende traf. Der nordafrikanische Flügel der Terrororganisation al-Kaida bekennt

sich zum Attentat. Die Schweiz übermittelt den Behörden und der algerischen Bevölkerung ihr aufrichtiges Beileid und ihre tiefe Anteilnahme.

12.12.2007 bis 13.12.2007

#### **BUNDESRATSWAHLEN 2007**

Die Vereinigte Bundesversammlung nimmt die Gesamterneuerungswahl des Bundesrates vor. Wiedergewählt werden Moritz Leuenberger (SP), Pascal Couchepin (FDP), Samuel Schmid (SVP), Micheline Calmy-Rey (SP), Hans-Rudolf Merz (FDP) und Doris Leuthard (CVP). Anstelle des amtierenden SVP-Bundesrats Christoph Blocher wählt die Bundesversammlung die Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Die überraschende Wahl kommt durch eine Mitte-Links-Koalition zwischen Sozialdemokraten, Grünen und Christlichdemokraten zustande. Widmer-Schlumpf erzielt auf Anhieb 116 Stimmen und setzt sich im zweiten Wahlgang mit 125 gegen 115 Stimmen endgültig durch. Nach einer ein-tägigen Bedenkfrist nimmt Widmer-Schlumpf die Wahl an. Die SVP schliesst Bundesrat Schmid nach Leistung des Amtseids noch am ersten Wahltag aus der SVP-Fraktion aus; nach der Erklärung der Wahlannahme durch Bundesrätin Widmer-Schlumpf wird auch sie aus der Fraktion ausgeschlossen. Für die Nachfolge von Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz wird die bisherige Vizekanzlerin Corina Casanova (CVP) gewählt.

12.12.2007

#### **VIERTE VERHANDLUNGSRUNDE SCHWEIZ-EU ZUR AUSWEITUNG DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT**

Die Schweiz und die EU führen in Bern die vierte Verhandlungsrunde über die Ausweitung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien durch. Die beiden Delegationen werden sich über die wesentlichen Punkte des Übergangsregimes einig. So soll der Zugang zum Arbeitsmarkt für die beiden EU-Mitgliedstaaten während sieben Jahren schrittweise und kontrolliert geöffnet werden, wobei während dieser Übergangsfrist weiterhin die Möglichkeit besteht, gewisse arbeitsmarktliche Beschränkungen aufrechtzuerhalten. Offen ist nach wie vor die Frage der Dauer der besonderen Schutzklausel (Ventilklausel), die auch nach Ablauf des Übergangsregimes eine erneute Einführung von Kontingenten für die beiden Länder erlaubt, falls die Zuwanderung zu stark sein sollte. Die Schweiz verlangt eine Dauer von fünf Jahren, Bulgarien und Rumänien fordern jedoch eine Gleichbehandlung mit den Ländern, die der EU 2004 beigetreten waren.

13.12.2007 bis 14.12.2007

### MULTINATIONALE KONFERENZ SICHERHEIT EURO 2008 IN ZÜRICH

In Zürich findet die zweite Anrainer-, Transit- und Teilnehmerstaatenkonferenz Sicherheit Euro 2008 statt. An der Tagung nehmen rund 120 Angehörige von Polizeikräften aus 25 Nationen sowie Vertreter von Interpol, Europol, Frontex, Eurojust, der Euro 2008 SA und dem Kooperationsverband «*Collaboration des services de police ferroviaire et de sécurité*» (COLPOFER) teil. Im Zentrum der Konferenz stehen Fragen der internationalen Sicherheitszusammenarbeit während der Fussball-EM 2008. Erörtert werden unter anderem die Möglichkeiten des Datenaustausches, die Verhinderung der Ein- und Ausreise von gewaltbereiten Personen, die Polizeiunterstützung aus dem Ausland, der Einsatz von Grenzbeamten sowie die Entsendung von szenekundigen Beamten und Verbindungsbeamten. Für die Sicherstellung des internationalen Datenaustausches und die Verhinderung der Ein- beziehungsweise Ausreise von Gewalttätern initiiert das Bundesamt für Polizei auf der Basis bestehender Verträge bilaterale Ministererklärungen mit allen Teilnehmerstaaten sowie mit wichtigen Transitländern.

17.12.2007

### INTERNATIONALE GEBERKONFERENZ FÜR DIE PALÄSTINENSER

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, nimmt in Paris an der internationalen Geberkonferenz für die palästinensischen Gebiete teil. Die Konferenz, die von Frankreich, der EU, den Vertretern des Nahost-Quartetts und Norwegen gemeinsam präsiert wird, soll dazu beitragen, die finanzielle und wirtschaftliche Situation in den von Israel besetzten Gebiete zu verbessern und die Institutionen der palästinensischen Autonomiebehörde zu unterstützen. Die Staatengemeinschaft sagt den Palästinensern insgesamt 7,4 Milliarden US-Dollar Unterstützung zu, wobei die Schweiz ein Engagement von 72 Millionen US-Dollar über einen Zeitraum von drei Jahren in Aussicht stellt, das im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe geleistet werden soll. Die Teilnehmer der Konferenz rufen Israel ausserdem zu einem sofortigen Siedlungsstopp und zur Aufhebung der Handelsbarrieren auf.

18.12.2007

#### DEPARTEMENTSVERTEILUNG IM BUNDESRAT

Der Bundesrat nimmt die Verteilung der Departemente vor. Die neu gewählte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wird demnach das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) von Bundesrat Christoph Blocher übernehmen. Die übrigen Regierungsmitglieder behalten ihre bisherigen Departemente.

18.12.2007

#### NATIONALRAT FÜR GESETZ ÜBER POLIZEILICHE INFORMATIONSSYSTEME

Der Nationalrat stimmt dem «Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes» (BPI) mit 114 zu 54 Stimmen zu. Mit dem Gesetz soll ein nationaler Polizei-Index eingeführt werden, um die Suche nach Personendaten zu erleichtern und die Amtshilfe unter den Kantonen sowie zwischen Bund und Kantonen effizienter zu gestalten.

19.12.2007

#### BUNDESBESCHLÜSSE ZU ASSISTENZDIENSTEN DER ARMEE

Der Ständerat heisst die drei Bundesbeschlüsse zur Verlängerung des Assistenzdienstes der Armee gut. Die Beschlüsse ermöglichen die Weiterführung des Einsatzes der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden beim Schutz ausländischer Vertretungen, zur Verstärkung des Grenzwachtkorps bei den Grenzschutzaufgaben sowie zugunsten der Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr in dem vom Bundesrat vorgeschlagenen reduzierten Umfang für weitere vier Jahre.

20.12.2007

#### NATIONALRAT LEHNT VERDOPPELUNG DER DURCHDIENER AB

Der Nationalrat lässt die parlamentarische Initiative der freisinnig-demokratischen Fraktion zur Verdoppelung der Anzahl Durchdiener fallen und schliesst sich damit dem Beschluss des Ständerates an. Allerdings überweist er mit 104 zu 51 Stimmen ein Postulat an den Bundesrat zur Prüfung der Vor- und Nachteile einer Erhöhung der Anzahl Durchdiener.

20.12.2007

#### **UNTERZEICHNUNG DER RAHMENABKOMMEN FÜR UMSETZUNG DES ERWEITERUNGSBEITRAGS**

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des EDA, und Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des EVD, unterzeichnen im Rahmen einer offiziellen Feier in Bern die bilateralen Rahmenabkommen mit den zehn Staaten, in denen ab Anfang 2008 Programme zur Umsetzung des Erweiterungsbeitrages realisiert werden. An der Feier nehmen Ministerinnen und Minister aller zehn Partnerstaaten, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind, teil. Die Programme sollen sich vor allem auf die strukturschwachen Randregionen konzentrieren.

21.12.2007

#### **KEINE REVISION DER RASSISMUSSTRAF NORM**

Der Bundesrat nimmt ein Arbeitspapier des Bundesamtes für Justiz über den Revisionsbedarf der Rassismusstrafnorm zur Kenntnis und gibt bekannt, dass er zurzeit keinen Bedarf nach einer Präzisierung der Gesetzesbestimmung sieht. Christoph Blocher, Vorsteher des EJPD, hatte bei seinem Türkei-Besuch im Oktober 2006 eine Revision der Rassismusstrafnorm angekündigt und anschliessend eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung des obengenannten Papiers beauftragt.

21.12.2007

#### **STRATEGIE «ABC-SCHUTZ SCHWEIZ»**

Der Bundesrat nimmt die Gesamtstrategie «ABC-Schutz Schweiz» für einen nationalen ABC-Schutz zur Kenntnis. Die Strategie soll den im ABC-Schutz beteiligten Partnern des Bundes und der Kantone als gemeinsame Grundlage und Leitlinie für Prävention, Intervention und koordinierte Führung dienen. In der Folge beauftragt der Bundesrat die Kommission für ABC-Schutz (KomABC) und das VBS, rechtliche und organisatorische Massnahmen zur Umsetzung der Strategie zu erarbeiten.

21.12.2007

#### **ÜBUNGSPROGRAMM 2008 FÜR INTERNATIONALE MILITÄRISCHE AUSBILDUNGSZUSAMMENARBEIT**

Der Bundesrat genehmigt das Übungsprogramm 2008 für die militärische Ausbildungszusammenarbeit im internationalen Rahmen. Dazu gehören Ausbil-

dungsaktivitäten im Rahmen der PFP sowie bi- und multinationale Übungen. Die Mehrzahl der internationalen Übungen werden von der Luftwaffe durchgeführt, die Führung, Luftverteidigung und Nachtflug in Deutschland und Skandinavien trainiert. Rechtliche Grundlage für die Teilnahme von Angehörigen des VBS oder der Armee an internationalen Übungen ist Artikel 48a des Militärgesetzes.

21.12.2007

#### VERLÄNGERUNG DES SWISSCOY-EINSATZES

Der Bundesrat beschliesst die Fortführung des Einsatzes der Swisscoy in der multinationalen Kfor bis zum 31. Dezember 2011. Ausserdem beschliesst er, dass der bewilligte Maximalbestand von 220 Armeeingehörigen bei Bedarf um zusätzlich maximal 50 Personen für eine Dauer von höchstens zwei Monaten aufgestockt werden kann. Da der Einsatz bewaffnet erfolgt und länger als drei Wochen dauert, bedarf er der Genehmigung durch die Bundesversammlung.

27.12.2007

#### ANSCHLAG IN PAKISTAN

Das EDA verurteilt in aller Schärfe das Attentat in Pakistan, das der ehemaligen pakistanischen Premierministerin und Oppositionspolitikerin Benazir Bhutto und rund 20 weiteren Personen das Leben gekostet hat. Es ruft die pakistanischen Behörden sowie alle betroffenen Akteure dazu auf, die Stabilität im Lande wiederherzustellen und die Weiterführung des demokratischen Prozesses zu sichern.